

Das Dilemma der BrückenbauerInnen: LokalpolitikerInnen mit
Migrationshintergrund

Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Georg-August-Universität Göttingen

vorgelegt von

Cihan Sinanoglu
geboren in Göttingen

Göttingen, 2019

Erstgutachter/in: Prof. Dr. Karen Schönwälder

Zweitgutachter/in: Prof. Dr. Gabriele Rosenthal

Weitere Mitglieder der Prüfungskommission:

Drittprüfer/in: Prof. Dr. Boris Nieswand

Tag der mündlichen Prüfung: 26.04.2017

Danksagung

Die vorliegende Dissertation wäre ohne die Förderung und Unterstützung zahlreicher Personen nicht möglich gewesen. Bei ihnen möchte ich mich an dieser Stelle bedanken.

Für die vielen kritischen Hinweise und inspirierenden Rückmeldungen meiner Erstbetreuerin Prof. Dr. Karen Schönwälder, die mich über die ganze Zeit motiviert und unterstützt hat. Meiner Zweitgutachterin Prof. Dr. Rosenthal für ihr Fachwissen und ihre geistreichen Anregungen. Prof. Dr. Boris Nieswand für die Genauigkeit des Zuhörens, die ständige Bereitschaft, Rede und Antwort zu stehen und die anregenden Gespräche.

Dem Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften in Göttingen, das mir die Gelegenheiten gegeben hat, mein Forschungsprojekt in einem internationalen Forschungskontext zu entwickeln und zu diskutieren. Der Friedrich Ebert-Stiftung für das Promotionsstipendium und die materielle und ideelle Förderung.

Den InterviewpartnerInnen, die mir das Vertrauen geschenkt und dieses Forschungsprojekt durch ihre Bereitschaft und ihr Engagement erst ermöglicht haben.

Bei meinen FreundInnen, die mich in den schwierigen Zeiten aufgefangen haben. Sie haben mich motiviert nicht aufzugeben und immer weiter zu machen. Meiner Familie, die lange auf den Abschluss dieser Arbeit warten musste. Ich danke ihnen für ihre unendliche Geduld und ihren unerschütterlichen Glauben in meinen Weg. Ich bedanke mich bei meinen Großeltern, die sich auf den Weg nach Deutschland gemacht haben, um ihren Kindern und Enkelkindern ein besseres Leben zu ermöglichen. Sie haben mir die Kraft gegeben, dieses Forschungsprojekt zu Ende zu bringen.

Göttingen, im Mai 2019

Inhalt

1 Einleitung.....	7
1.1 Stand der Forschung.....	9
1.2 Forschungsfrage und Verortung der Arbeit.....	22
1.3 Aufbau der Arbeit.....	24
2 Konzeptioneller Rahmen: Politische Repräsentation, Ethnizität und politische Positionierungen....	28
2.1 Theorien politischer Repräsentation.....	29
2.1.1 Deskriptive Repräsentation – zwischen Selbstbestimmung und Essentialismus.....	33
2.2 Ethnizität – Grenzziehungsprozesse in Selbst und Fremdwahrnehmung	37
2.2.1 Grenzziehungsprozesse	38
2.3 Wirkungen ethnischer Grenzziehungsprozesse auf das Selbstverständnis und die politische Praxis.....	39
2.3.1 Ethnische Grenzziehungen als ermöglichende und einschränkende Bedingungen des politischen Handelns.....	40
2.3.2 Ethnizität als Ressource im politischen Feld – Typologien von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund.....	41
2.3.3 Ethnizität als Selbstverständnis.....	43
2.3.4 Kontextuelle und situationelle Dimensionen von Ethnizität	45
2.4 Ethnische Grenzziehungen und Positionen	49
3 Studiendesign und methodologische Überlegungen.....	55
3.1 Die Untersuchungsgruppe – Rekrutierung von InterviewpartnerInnen	57
3.2 Offene Leitfadeninterviews	60
3.3 Teilnehmende Beobachtungen.....	63
3.4 Dokumentenanalyse von Sitzungsprotokollen	65
3.5 Analyse von Terminkalendern und Facebook-Profilen	66
3.6 Auswahl der Untersuchungsstädte	67
3.7 Die Auswertung der Daten	69
3.8 Methodologische Reflexionen – Eigener Migrationshintergrund im Feld	76
4 Portraits der zwei Untersuchungsstädte.....	79
4.1 Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hannover und Frankfurt.....	80
4.2 Vernetzungen und Orte der Interaktion in Hannover und Frankfurt.....	84
4.2.1 Die Entwicklung der politische Repräsentation - Vernetzungen und Orte der Interaktion in Hannover	85

4.2.2 Die Entwicklung der politischen Repräsentation - Vernetzungen und Orte der Interaktion in Frankfurt.....	92
4.3 Migrantenorganisationen – Interessenvertretung, Profilierung und Wählermobilisierung	104
4.3.1 Migrantenorganisationen in Hannover	104
4.3.2 Migrantenorganisationen in Frankfurt	107
4.4 Städtische Politik: Entstehung politischer Räume für migrantische AkteurInnen	109
4.4.1 Mobilisierung durch Polarisierung – Artikulation von migrantischen Interessen.....	109
4.4.2 Städtische Politik und die Nachfrage nach BrückenbauerInnen	112
5 Karrierewege von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover und Frankfurt	118
5.1 Karrierewege von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover.....	121
5.2 Karrierewege von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt.....	133
5.3 Politische Repräsentationen – zwischen Wählbarkeit und Interessenvertretung.....	157
6 Kommunalpolitischer Alltag: diverse Handlungsarenen	160
6.1 Ein Jahresrückblick - kommunalpolitischer Alltag von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt und Hannover	162
6.1.1 Der parlamentarische Alltag in Frankfurt und Hannover	162
6.1.2 Politische Diskussionsveranstaltungen.....	163
6.1.3 Kulturelle Veranstaltungen	174
6.1.4 Demonstrationen und Kundgebungen	182
6.2 Die substantielle Repräsentation: Alltag in den Stadtparlamenten.....	188
6.2.1 Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt und Hannover	190
6.2.2 Migrations- und integrationspolitische Themen in den Stadtparlamenten	197
6.2.3 Anzahl der Wortbeiträge in Frankfurt	198
6.2.4 Anzahl der Wortbeiträge in Hannover.....	201
6.2.5 Themenschwerpunkte in der Migrations- und Integrationspolitik in Frankfurt und Hannover	202
6.2.6 Zwischen Distanz und Nähe – Varianzen der Vermittlung.....	211
6.3 Wahlkampfführung - ethnische Ressourcen und Interaktion im Wahlkampf	226
6.3.1 Wahlkampf in Hannover – zwischen Moschee und ethnischen Ökonomien	231
6.3.2 Wahlkampf in Frankfurt – die Vermittlung als Ressource	239
6.4 Migrants Day – Das Wechselspiel zwischen Distanz und Nähe	245
7 Positionen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund.....	262
7.1 Die AufsteigerInnen.....	264
7.2 Die Vorbilder	270

7.3 Die migrantischen Lobbyisten.....	272
7.4 Die „normalen“ LokalpolitikerInnen.....	276
7.5 Positionspräferenzen und Positionswechsel	278
8 Spannungsverhältnisse politischer Repräsentation - zwischen Nähe und Distanz zum Migrationshintergrund.....	284
8.1 Spannungsverhältnisse der politischen Repräsentation	284
8.2 BrückenbauerInnen – Balancierung verschiedener Erwartungen	288
8.3 Abgeordnete mit Migrationshintergrund = BrückenbauerInnen?	290
9 Fazit	292
Literatur- und Quellenverzeichnis	298
Anlage: Übersicht über die geführten Interviews	311

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht der interviewten Abgeordneten in Hannover	59
Tabelle 2: Übersicht der interviewten Abgeordneten mit in Frankfurt	59
Tabelle 3: Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt	191
Tabelle 4: Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover.....	193
Tabelle 5: Wortbeiträge und integrations- und migrationspolitischen Bezug	199

1 Einleitung

Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten durch die Migration von Menschen aus vielen Teilen der Welt zunehmend heterogener geworden. Welchen Einfluss diese neue Vielfalt auf gesellschaftliche Strukturen und Institutionen hat und haben wird, ist umstritten und noch nicht hinreichend untersucht. Im Fokus der Migrationsforschung stehen bislang vor allem die geringen Chancen im Bildungssystem und die Ungleichheit auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Menschen mit Einwanderungsbiografie. Der demografische Wandel und die wachsende Zahl der Einbürgerungen erhöhen jedoch die wahlpolitische Relevanz von Personen mit Migrationshintergrund und rücken somit langsam ihr politisches Verhalten in den Fokus der Sozialwissenschaften und der breiteren Öffentlichkeit (Schönwälder 2009a: 833). Trotz der wachsenden Zahl von potentiellen WählerInnen mit Migrationshintergrund sind die Menschen mit Migrationshintergrund in den deutschen Parlamenten immer noch unterrepräsentiert. Bloemraad und Schönwälder stellen fest, dass

„By 2011, about 3 per cent of the members of the German national parliament had a migration background, a low proportion compared to the estimated 20 per cent of the population with migrant origins“ (Bloemraad/Schönwälder 2013: 565).

Und auch auf lokaler Ebene weist die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund mit 4 % ein erhebliches Defizit auf. Dennoch lässt sich ein Aufwärtstrend in den Räten deutscher Großstädte in Bezug auf die parlamentarische Repräsentation beobachten. Waren es zwischen 2001 und 2006 noch 166 Abgeordnete mit Migrationshintergrund, so gelangten zwischen 2006 und 2011 bereits 198 Abgeordnete mit Migrationshintergrund in die Stadtparlamente¹ (Schönwälder/Sinanoglu/Volkert 2011: 12). Trotz der berechtigten Kritik an dieser Unterrepräsentation in den deutschen Parlamenten lassen sich aber auch erfolgreiche PolitikerInnen mit Migrationshintergrund finden, die den Weg in die Parlamente schaffen. Der positive Trend zeigt, dass die Menschen mit Migrationshintergrund nicht mehr länger nur Objekte politischer Entscheidungen sind, sondern als politische AkteurInnen demokratische Willensbildungsprozesse mitgestalten.

¹ Die Gemeindevertretung ist kein Parlament, sondern Organ einer Selbstverwaltungskörperschaft; die Rechtssetzungstätigkeit der Gemeinden wird im System der Gewaltenteilung „trotz eines gewissen legislativen Charakters“ dem Bereich der Verwaltung zugeordnet. Gerade in Hessen wird der Begriff „Kommunalparlament“ im allgemeinen Sprachgebrauch aber häufig benutzt (Dreßler 2010: 172).

Dabei gehen repräsentationstheoretische Annahmen davon aus, dass PolitikerInnen mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle in einer repräsentativen Demokratie einnehmen, da sie ihre (migrations-) spezifischen Erfahrungen in den politischen Prozess mit einbringen können (Phillips 1995: 9). Diese Verknüpfung politischer Repräsentation mit den Charakteristika einer Person wird in der Identitätstheorie politischer Repräsentation (Herzog 1989) unter anderem als descriptive representation (Pitkin 1967) oder social representation (Esaiasson/Holmberg 1996) bezeichnet. Die Prämisse dabei ist, dass Sozialcharakteristika sich unmittelbar in stringentes politisches Denken und Handeln übersetzen lassen. Diese Annahme wird allerdings selten empirisch überprüft (Esaiasson/Holmberg 1996: 6).

Die Erwartungen und Anforderungen, die an den Migrationshintergrund von PolitikerInnen geknüpft werden, lassen sich exemplarisch an den Debatte über die Migrantenquote in der SPD (Medick 2011) und über die Ernennung Aygül Özkans (CDU) zur Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration in Niedersachsen zeigen. Der damalige Bundespräsident Christian Wulff nannte die Ernennung Özkans zur Sozialministerin ein „wichtiges Signal für die Muslime in Deutschland“ (FAZ.net 2010). PolitikerInnen mit Migrationshintergrund werden als Vorbilder und BrückenbauerInnen gesehen, die zwischen MigrantInnen und der Einwanderungsgesellschaft vermitteln können. Doch sehen sie sich selbst als InteressenvertreterInnen von ethnischen und religiösen Gruppen? Was sind die Bedingungen für die BrückenbauerInnen und was zeichnet diese im Speziellen aus? Macht es einen Unterschied, ob Menschen mit Migrationshintergrund in den Parlamenten sitzen?

Die vorliegende Arbeit untersucht lokale Abgeordnete mit Migrationshintergrund in Frankfurt und Hannover, die mit ihrem Migrationshintergrund ein soziales Merkmal aufweisen, dessen Bezug bzw. Verbindung zur politischen Praxis und ihrem Selbstverständnis erst empirisch untersucht werden muss. Dabei wird in dieser Arbeit argumentiert, dass die eigene oder familiäre Migrationsgeschichte von Abgeordneten mit Migrationshintergrund eine Ressource in Bezug auf die politische Repräsentation darstellen kann, aber nicht zwangsläufig muss.

Mit ethnischen Grenzziehungen sollen hier soziale Phänomene oder Konstruktionen bezeichnet werden, die an reale oder imaginierte Herkunftsbezüge anknüpfen (Heckmann 1992; Wimmer 2009). Ethnizität wird dabei nicht als singuläre, homogene und statische Identität behandelt, sondern vielmehr als eine Alternative neben unterschiedlichen Identifizierungen. Ethnische Grenzziehungen entstehen dabei in einem dynamischen Prozess

zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmungen. Wie Brubaker und Cooper konstatieren, ist die Relevanz solcher Identifizierungen: „fundamentally situational and contextual“ (Brubaker/Cooper 2000: 14).

Die vorliegende Arbeit legt den Fokus auf die Fragestellung, ob und wenn ja auf welche Art und Weise ethnische Grenzziehungsprozesse bedingt sind durch den lokalen und institutionellen Kontext. Dafür wurden in dieser Arbeit mehrere methodische Zugänge gewählt, um die kontext- und situationsspezifischen Bedingungen von ethnischen Grenzziehungen zu erfassen. Meine Arbeit wird zeigen, dass sich große Variationen identifizieren lassen, ob und wie unterschiedliche Abgeordnete ihren Migrationshintergrund in der politischen Praxis z.B. zur Mobilisierung von Unterstützung im Wahlkampf und zur Darstellung ihrer Position in den Parteien einsetzen. Diese Ergebnisse sind vor dem Hintergrund von vorausgegangener Forschung zu verstehen. Im Folgenden werden die Fragestellung und die Relevanz der vorliegenden Studie innerhalb der bestehenden Literatur diskutiert. Am Ende des Kapitels wird eine Übersicht über den Aufbau der Arbeit gegeben.

1.1 Stand der Forschung

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der politischen Repräsentation und Partizipation von MigrantInnen wurde in den Sozialwissenschaften eine lange Zeit wenig beachtet. Erst in den letzten Jahren rückt das Thema in den Fokus der sozialwissenschaftlichen Betrachtung (Ramakrishnan/Bloemraad 2008). In der Literatur gibt es eine große Vielfalt von Definitionen und Konzepten, die das politische Handeln von AkteurInnen aus unterschiedlichen Perspektiven analysieren. Die konzeptionellen Rahmungen reichen von institutionalistischen bis zu Ressourcenmobilisierungsansätzen. Empirische Studien zeichnen sich zudem durch verschiedene qualitative und quantitative methodologischen Ansätzen aus, die auf Fallstudien, Experimenten, Interviews, teilnehmenden Beobachtungen, Diskussionsgruppen und Umfragen beruhen. Diese Arbeit knüpft vor allem an zwei relevante Forschungsfelder an: Erstens an die Ethnizitätsforschung und zweitens an die Forschung zur politischen Partizipation und Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund.

Politische Partizipation und Ethnizität

Auch wenn die vorliegende Arbeit einen Fokus auf die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund legt, so lassen sich einige Erkenntnisse aus der Forschung zum Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und Ethnizität für das vorliegende Forschungsinteresse übernehmen. Ein Teil der US-amerikanischen Literatur zur politischen Partizipation von ethnischen Minderheiten untersucht die Rolle von individuellen Eigenschaften vor allem für die Einbürgerung und das Wahlverhalten von MigrantInnen. Solche Eigenschaften beinhalten Geschlecht, Bildung, Beruf, sprachliche Fähigkeiten, Familienstand-/Verhältnisse und Alter. Die Ergebnisse zeigen, dass sich das politische Verhalten von MigrantInnen nicht entscheidend von anderen US-AmerikanerInnen unterscheidet. Höhere Bildung, höheres Einkommen und Alter erhöhen die politische Partizipation von MigrantInnen (Verba/Schlozman/Brady/Nie 1993; Ramakrishnan 2005; Leighley 2011). Vergleicht man die verschiedenen ethnischen Gruppen untereinander, so sieht man, dass sich bei gleichen sozio-ökonomischen Bedingungen Unterschiede in dem politischen Verhalten zeigen. Es müssen somit migrations- und gruppenspezifische Faktoren mit herangezogen werden, um die bestehenden Unterschiede erklären zu können (Schönwälder/Baykara-Krumme/Schmid 2008: 835; Maxwell 2012: 108). Diese Faktoren könnten Ethnizität, Zeitpunkt und Alter bei der Migration, Aufenthaltsdauer, Sprachkenntnisse, politische Sozialisation (im Herkunfts- und Einwanderungsland), Nationalität, Wahrnehmung von ausländerfeindlichen Bedrohungen im Einwanderungsland und ethnische Gruppenbezüge sein (Uhlener/Cain/Kiewiet 1989; Verba/Schlozman/Brady et al. 1993; Hero/Campbell 1996; DeSipio 1998; Lien/Conway/Wong 2004; Ramakrishnan 2005).

In den letzten Jahren haben die Studien zur politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund zugenommen, die gezielt ethnische/nationale Gruppen als Analyseeinheit untersuchen und sie als selbstverständlich gegeben voraussetzen. Ein Schlüsselkonzept für das Verständnis dieser Studien ist das Konzept der ethnischen Gruppenidentitäten, ethnischer Gruppenidentifikation und ethnischen Gruppenbewusstseins. Die ethnische Gruppenidentifikation ist das individuelle Verständnis einer Gruppenzugehörigkeit und die psychische Bindung zu einer Gruppe, aus der keine politischen Schlussfolgerungen gezogen werden. Das Gruppenbewusstsein hingegen wird als multidimensionales Konzept beschrieben, das durch die Wahrnehmung einer Zugehörigkeit

zu einer benachteiligten und diskriminierten Gruppe entsteht (Miller/Gurin/Gurin/Malanchuk 1981). Die Unterscheidung besteht folglich in der politischen und ideologischen Dimension, die dem Gruppenbewusstsein zugeschrieben wird.

Die klassische Literatur zur politischen Partizipation europäischer EinwandererInnen in den USA bewertete die Gruppenidentitäten als wichtige Ressource für das politische Engagement (Dahl 1961; Jones-Correa 1998; Rogers 2006). Das Konzept spielte bei der Bewertung der Bürgerrechtsbewegung in den USA eine entscheidende Rolle. Ein starkes Gruppenbewusstsein galt dort als wichtiges Instrument der Afro-AmerikanerInnen zur Überwindung der diskriminierenden Verhältnisse innerhalb der amerikanischen Gesellschaft (Rogers 2006: 170). Die Gruppenidentität wurde als aktivierendes Element für die kollektive Forderung nach gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe beschrieben (McAdam/McCarthy/Zald 1996; Chong 2014). Es verwundert daher nicht, dass das Konzept der ethnischen Gruppenidentitäten Einzug in aktuelle Forschungen gefunden hat (Jones-Correa 1998; Lien/Conway/Wong 2004).

Die Forschungen zur politischen Partizipation von MigrantInnen in Europa und Deutschland haben sich anfangs vor allem auf Migrantorganisationen konzentriert. Dabei herrschte lange Zeit eine überwiegend kritische Haltung gegenüber dieser Form der Selbstorganisation vor. So wurde eine Ausrichtung auf das Herkunftsland oft als Abwendung von Deutschland und als Hindernis für die politische Beteiligung in Deutschland gesehen. Ähnlich wie in anderen Ländern bewegt sich die Forschung zu den Migrantorganisationen zwischen den idealtypischen Positionen „ethnische Kolonie als Integrationsbrücke“ und „ethnischen Gruppenbildungen als Integrationsfalle“ (Diehl 2002; Pries 2010: 93). Darüber hinaus gibt es Studien, die sich mit der politischen Partizipation von MigrantInnen in Migrantorganisationen (Diehl 2002) und dem zivilgesellschaftlichen Engagement türkischstämmiger MigrantInnen in Deutschland befassen (Halm/Sauer 2007).

Politische Repräsentation und Ethnizität

In der Forschung zur politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund lassen sich soziologische und politikwissenschaftliche Forschungsstränge unterscheiden. Beide bewegen sich zwischen institutionalistischen und Ressourcenmobilisierungsansätzen und unterscheiden sich in ihrer methodologischen Konzeption. Dennoch lassen sich in allen

Studien, ob implizit oder explizit, bestimmte Typologien von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund finden, die im Rahmen des Forschungsinteresses von Bedeutung sind. Die ersten Ansätze zur Erforschung politischer Repräsentation von ethnischen Minderheiten sind in den USA zu finden. In seiner bekannten Studie über die politischen Prozesse in New Haven analysiert Dahl bereits 1961 das Aufkommen von „ethnic politics“ und argumentiert, dass die Größe einer ethnischen Gruppe ausschlaggebend für die politische Repräsentation ist. Ethnizität ist hierbei charakterisiert durch ökonomische, soziale und kulturelle Homogenität und ein entscheidender Faktor in der ersten Phase der politischen Inkorporation von EinwandererInnen (Dahl 1961: 34). In der späteren Phase der Integration verliert die Ethnizität jedoch an Relevanz für die politische Partizipation von EinwandererInnen. Spätere empirische Studien können allerdings zeigen, dass die modernisierungstheoretischen bzw. assimilationstheoretischen Annahmen einer Auflösung von Ethnizität im Zeitverlauf nicht haltbar sind. Meine Arbeit verspricht eine weitere Klärung dieser Kontroverse und macht den Zusammenhang zwischen ethnischen Grenzziehungsprozessen und politischem Verhalten im kommunalpolitischen Kontext zu ihrem Gegenstand.

Zugang ethnischer Gruppen zu Parteien und politischen Ämter

Ein großer Teil der Forschung zur politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund kommt aus den USA, Großbritannien und Frankreich. Diese Studien untersuchen dabei meist den Zugang ethnischer Gruppen in die Parteien und politischen Ämter. Back und Solomos untersuchen in ihrem Buch „Race, politics and social change“ (1995) unter anderem die politische Repräsentation von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Birmingham im Kontext der 1990er Jahre. Die Autoren üben dabei Kritik an:

„(...)the static and unchanging conceptions of the political system which do not allow room for the impact of political mobilization and action processes of representation“ (Solomos/Back 1995: XI).

Deshalb konzentriert sich die Studie: „on the dynamic of politicized racialised identities as they are formed and reformed“ (Solomos/Back 1995: XI). Folgt man Back und Solomos, so

lassen sich drei Typen von PolitikerInnen in den alltäglichen politischen Prozessen Birminghams finden:

1. Der kommunale Anwalt/Anwältin (*communal advocate*) ist in dem instrumentellen Modus (Verhandlungen, in denen politische Unterstützung im Austausch für politische Positionen und Ressourcen angeboten wird) von lokaler Politik zu verorten (Solomos/Back 1995: 144). Es geht dabei um die Belange von ethnischen Minderheiten, die in den lokalen Strukturen der Stadt angesiedelt sind. Diese politische Aktivität kann sich innerhalb ethnischer Gemeinschaften und politischer Kampagnen abspielen. Back und Solomos machen darauf aufmerksam, dass ein Großteil der InterviewpartnerInnen erst durch die Übernahme der Rolle als informelle Anwälte und Berater für Bekannte und Verwandte in ihren entsprechenden lokalen Gemeinschaften politisch aktiv wurden. Dies gilt vor allen Dingen für die südasiatischen KommunalpolitikerInnen, die zur ersten Generation von Einwanderern gehören. Andere PolitikerInnen geben an, dass der Weg in die Parteien und in das Stadtparlament als logische Konsequenz ihrer Tätigkeit und Verantwortung von ihren Gemeinschaften erwartet wurde. In diesem Zusammenhang spielen die Sprachkenntnisse und die Erfahrungen mit dem Umgang mit bürokratischen Prozessen einer Stadt eine entscheidende Rolle. Back und Solomos sprechen von „informal patrons“ oder von einer „pastoral role they were performing within their communities“ (Solomos/Back 1995: 132). Die Parteiideologie spielt für die Abgeordneten bei dem Zugang in die Parteien eine untergeordnete Rolle. Zu beachten sind dabei die Faktoren der Generation und der Konjunktur, die zur Entstehung dieses Politikertyps geführt haben. Die PolitikerInnen, die Zugang in die Parteien finden, repräsentieren eine Elite innerhalb ihrer Gemeinschaften.
2. Der Typ „*labour first*“ zeichnet sich durch die Aktivität in Gewerkschaften und in den Ausschüssen und Gremien der Labour Party aus. Fragen der „politics of race“ treten nur als zweitrangige Themen auf und ordnen sich der politischen Agenda der Labour Party unter. Die politische Identität orientiert sich hier eher an den Kategorien von Klasse als von „race“. Back und Solomos machen deutlich, dass dieser Typus in dem Kontext der politischen Kultur der Labour Party in Birmingham gesehen werden muss. Die Prämisse dieser politischen Kultur ist: „black politicians must be first and foremost members of the Labour Party“ (Solomos/Back 1995: 141). Dieses steht der

Entwicklung einer schwarzen politischen Identität entgegen. Schwarze PolitikerInnen sind dadurch einem enormen politischen Druck innerhalb der Partei ausgesetzt, sich in der ideologischen Agenda der Labour Party zu positionieren.

3. „*Black socialist*“: Dieser Typ ist geprägt von der Hoffnung der Etablierung einer schwarzen Sektion innerhalb der Labour Party, innerhalb derer schwarze Interessen in die Labour Party integriert und politische Verantwortung an die schwarzen PolitikerInnen übertragen wird.

Back und Solomos beziehen in ihren konzeptionellen Überlegungen zur Rolle von Ethnizität und „race“ für die Karrierewege von Abgeordneten kontextuale Faktoren mit ein, wie z.B. die institutionellen Strukturen der Stadt Birmingham sowie die nationalen und lokalen Diskurse über die Wahrnehmung und Debatten von ethnischen Minderheiten. Die vorliegende Studie wird für Analyse ethnischer Grenzziehungsprozesse die kontextuellen und institutionellen Rahmenbedingungen der beiden Städte Hannover und Frankfurt mit einbeziehen. Der methodologische Ansatz ihrer Studie, in dem mehrere Abgeordnete mit Migrationshintergrund interviewt wurden, lässt mehrere Schlüsse über Subjektivierungsprozesse und Handlungsstrategien von Abgeordneten mit Migrationshintergrund zu. Über das politische Verhalten und die politische Praxis erfährt man in der Studie allerdings weniger. Vielmehr führt die methodologische Limitierung zu deterministischen und statischen Typologien, in denen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund auf die oben skizzierten Rollen beschränkt werden. Zu fragen wäre etwa, ob die vorgeschlagenen Typologien sich in bestimmten Kontexten und Situationen ändern können? Welchen Einfluss hat das Selbstverständnis für die politische Praxis? Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, durch die Kombination unterschiedlicher Methoden, die kontextuellen und situationellen Faktoren zu erfassen, um die Dynamik verschiedener Identifizierungen und Grenzziehungsmechanismen im kommunalpolitischen Feld sichtbar machen zu können.

Eine weitere Einschränkung für die vorliegende Arbeit erfährt die vorgeschlagene Typisierung, wenn man versucht, sie international vergleichend anzuwenden. Versucht man, wie ich in der vorliegenden Studie, die Typen auf die kommunalen Kontexte in Deutschland zu übertragen, so ergibt sich zum Beispiel die Frage, ob der Typus des „Black Socialist“, der unter Rückbezug auf „race“ eine politische Etablierung der Interessen der Schwarzen innerhalb einer Partei anstrebt, in Deutschland zu finden ist. Die migrations- und

integrationspolitischen Traditionen und Ideologien Deutschlands und Großbritanniens unterscheiden sich erheblich und es ist anzunehmen, dass auf Grund von verschiedenen Traditionen im Umgang mit Migration und vor dem Hintergrund von unterschiedlichen Parteistrukturen ein kontextspezifisches Verständnis der politischen Repräsentation von MigrantInnen von hoher Relevanz ist. Vereinfacht man die migrationspolitischen Unterschiede beider Länder, steht Großbritannien zunächst für einen Multikulturalismus. In diesem Rahmen können ethnische Traditionen gepflegt und die Identität symbolisch in der Öffentlichkeit gezeigt werden. Die universalistischen Regeln (Rechtswesen, Demokratie etc.) stehen allerdings nicht zur Debatte. Das deutsche Integrationsmodell ist maßgeblich durch die Tradition eines auf dem Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) aufbauenden Nationenmodells geprägt. Die MigrantInnen sind, so vermute ich, somit einem größeren Integrations- bzw. Assimilationsdruck ausgesetzt als die MigrantInnen in Großbritannien. Daher folgere ich, dass die multikulturalistische Ausrichtung diskursive Räume schafft, die ethnische Rückbezüge und die Artikulierung von Interessen bestimmter ethnischer Gruppen nicht sanktioniert, wobei der Integrationsdruck in Deutschland zu einer Vermeidung ethnischer Rückbezüge im politischen Alltag der Abgeordneten führen könnte.

Romain Garbaye vergleicht in seinem Buch *Getting into local Politics: The politics of Ethnic Minorities in British and French Cities* die politische Repräsentation von ethnischen Minderheiten in drei ausgewählten Städten: Birmingham, Lille und Roubaix. Die Studie analysiert die politischen Prozesse und die politischen Karrieren von AkteurInnen mit Migrationshintergrund, die zu ihrer Wahl in die kommunalen Parlamente geführt haben (Garbaye 2005). Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, unter welchen Bedingungen ethnische Minderheiten in die lokalen Parlamente gewählt werden und welche Beziehungen zwischen ethnischer Vielfalt und Parteien links im Spektrum der Parteienlandschaft bestehen. Die Arbeit untersucht dabei drei institutionelle Dimensionen:

1. Nationale Rahmenbedingungen: Migrationspolitische Geschichte des Landes und die Beziehung zwischen lokaler und nationaler Ebene.
2. Lokale Parteienpolitik und
3. Stile kommunaler Regierungen.

Trotz ähnlicher sozio-ökonomischer Charakteristika der Städte macht Garbaye sehr unterschiedlichen Beobachtungen in den verschiedenen nationalen und lokalen Kontexten. So kann er im Fall Birmingham zeigen, dass die lokalen Machtstrukturen zu einer Allianz

zwischen der Labour-Party und der Gruppe von Eliten und AktivistInnen ethnischer Minderheiten (afrikanisch-karibischer und asiatischer Herkunft) führten. In Lille hingegen besteht keinerlei solcher Allianzen, was zu Barrieren und Nachteilen in der parlamentarischen Repräsentation führt. Die Inklusion ethnischer Minderheiten in Birmingham wurde durch die Gelegenheitsstrukturen, wie die Wahlbezirke, das Mehrheitswahlrecht, die Strukturen innerhalb der Parteien und die internen und externen Wettbewerbsstrukturen maßgeblich beeinflusst. Garbaya argumentiert ähnlich wie Back und Solomos, indem er ausführt, dass:

„ [...] the institutional configuration [...] constituted the basis for three models of incorporation in the context of ward-level Labour politics: the patronage model, the activist model and the ethnic community model“ (Garbaya 2005: 142).

Das „patronage model“, welches vor allen Dingen in den 1980er Jahren vorherrschend war, zeichnete sich durch Aushandlungsprozesse zwischen ethnischen Minderheiten und Parteieliten aus. Der rechte Flügel der Partei erkannte die Chance, die Eliten ethnischer Minderheiten als sogenannte „vote broker“ einzusetzen und somit den linken Flügel zu schwächen. Ziel war es somit, Stimmen der ethnischen Minderheiten zu bekommen und unter ihnen neue Mitglieder zu gewinnen (Garbaya 2005: 126). Das zweite Modell der „radical activists“ besteht ebenfalls aus innerparteilichen Wettbewerbsstrukturen, unterscheidet sich aber in zwei wesentlichen Punkten von dem „patronage-model“. Erstens sind die Karrierewege der Abgeordneten eng mit dem linken Flügel verwoben. Zweitens sind Abgeordnete mit Migrationshintergrund autonomer von etablierten Parteieliten und konzentrieren sich bei ihren politischen Positionierungen weniger auf die Mobilisierung der Wählerschaft in der eigenen Community (Garbaya 2005: 130). Das „ethnische Modell“ kennzeichnet, dass Abgeordnete mit pakistanischer Herkunft die Strukturen der Labour-Party als Plattform nutzen, um Einfluss und Mandate zu erringen. Ihre Positionierung und Legitimierung in der Partei und somit die Karrierewege werden auf Grundlage und in Beziehungen zu den jeweiligen ethnischen Gemeinschaften vollzogen (Garbaya 2005: 136). Ein weiterer wichtiger Beitrag zum Verständnis und der Rolle von Ethnizität im politischen Kontext für PolitikerInnen mit Migrationshintergrund sind die Arbeiten von Marco Martiniello. In seinem Artikel „Ethnic Politicians in Belgium“ erarbeitet Martiniello einige Hypothesen über mögliche Faktoren, die das politische Handeln von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund im belgischen Kontext beeinflussen könnten.

Die demographische Dominanz einer ethnischen Minderheit in belgischen Städten führt nach Martiniello zu einer höheren politischen Präsenz (Martiniello 1998: 120). Diese zeigt sich in den dichten Netzwerken von Migrant*innenorganisationen und Vereinen und hat somit einen doppelten Effekt. Sie bildet zum einen die Grundlage für die Herausbildung von politischen Eliten und zum anderen die Ressource der politischen Mobilisierung von Wähler*innen. Diese Faktoren könnten somit zu einer Ressource für die (ethnischen) Mobilisierungs- und Darstellungs- bzw. Repräsentationsmuster der Abgeordneten mit Migrationshintergrund werden.

Doch nicht nur die demographische Komposition kann entscheidend für die Handlungsstrategien von Abgeordneten mit Migrationshintergrund sein. Die Exklusion, Stigmatisierung und Diskriminierung von ethnischen Gruppen kann zu einem aktiven und vitalen Organisationsleben bzw. zu einem Mobilisierungspotential führen (Martiniello 1998: 120).

Die Migrationserfahrungen der einzelnen Abgeordneten können die Mobilisierungs- und Darstellungs- bzw. Repräsentationsmuster unterschiedlich beeinflussen. So gibt es Arbeitsmigrant*innen, politische Flüchtlinge, Familienzusammenführungen, Student*innen oder Abgeordnete in der zweiten und dritten Generation. Diese verschiedenen Sozialisierungen und Migrationswege führen zu verschiedenen Wahrnehmungs- und Interpretationsmustern im politischen Alltag. Martiniello macht darauf aufmerksam, dass:

„(...) foreign students or political refugees share a relatively high education compared with the offspring of migrant workers. It is easier for them to understand and manipulate the symbolic codes of the local political society (language for example)“ (Martiniello 1998: 120).

Diese verschiedenen sozialen Hintergründe können dazu führen, dass ethnische Rückbezüge an Bedeutung verlieren und andere Ressourcen wie z.B. Bildungsstatus mobilisiert werden, um Führungspositionen innerhalb vorgestellter ethnischer Gemeinschaften zu besetzen. Die politischen Parteien beeinflussen die (ethnischen) Mobilisierungs- und Darstellungs- bzw. Repräsentationsmuster, indem sie bestimmte Erwartungen an die Abgeordneten mit Migrationshintergrund haben. Diese Erwartungen sind sehr ambivalent. Wähler*innenmobilisierung, Parteipolitik und Erwartungen der Wähler*innen mit Migrationshintergrund decken sich nicht immer und führen somit zu unterschiedlichen Handlungsstrategien. Martiniello beschreibt dieses Dilemma, indem er ausführt:

„On the one hand the party may just want them there to attract the ethnic vote without questioning the party's views on immigration and ethnicity. On the other hand, to secure the support of their own ethnic group, they may be asked to act as community leaders, which sometimes translates into pressure from the ethnic community to act against their party's policy, for example in the field of migration and ethnicity“ (Martiniello 1998: 120).

Dieses Spannungsverhältnis beschreibt Martiniello als „political schizophrenia“, die das Phänomen vielfältiger Erwartungen verschiedener Sphären, wie z.B. der Parteien, der eigenen Wählerschaft und der breiteren Öffentlichkeit verdeutlicht.

Laure Michon untersucht in ihrer Studie „Ethnic minorities in local politics“ (Michon 2011) die Karrierewege, Rekrutierungsmuster und Diskurse der Repräsentation von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Paris und Amsterdam. Sie kommt zu dem Schluss, dass: *„ethnicity is neither a necessary nor an adequate reason for individuals to get access to politics“ (Michon 2011: 147).* In dem Selbstverständnis der Abgeordneten mit Migrationshintergrund spielen ethnische Identifizierungen keine Rolle. Es sind eher die externen Zuschreibungen von Parteien und Wählerschaft, die Ethnizität zu einer relevanten Kategorie für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund werden lassen. Für Michon ergeben sich daraus zwei Dimensionen, in denen Ethnizität eine Rolle spielen kann. Erstens durch ethnische Fremdzuschreibungen, die durch das politische Umfeld entstehen. Und zweitens durch ethnische Selbstzuschreibungen bzw. Identifizierungen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund selbst. Die ethnischen Grenzziehungsprozesse im politischen Feld entstehen also aus einem Zusammenspiel von Fremd- und Selbstzuschreibungen.

„On both dimensions ethnicity can be seen as: a positive feature, a negatively loaded element, or [as] irrelevant“ (Michon 2011: 148).

Interessant für diese Arbeit sind die Ethnisierungs- und De-Ethnisierungsprozesse, die in einem Zusammenspiel aus Fremd- und Selbstzuschreibungen entstehen. Hier stellt sich erneut die Frage, in welchen Kontexten und Situationen der Migrationshintergrund als politisch relevante Kategorie konstruiert wird. Zu fragen ist etwa, ob die selbst zugeschriebene politische Rolle mit dem politischen Handeln der Abgeordneten korrespondiert.

Die Arbeit von Michon macht deutlich, dass es sinnvoll ist, die externen Zuschreibungen der Parteien oder der Wählerschaft zu berücksichtigen, um Prozesse der ethnischen

Grenzziehungen zu verstehen. Diese sind vor allem in ihrer situationellen Wandelbarkeit noch immer nicht ausreichend untersucht. Die vorliegende Studie hat das Ziel, ein besseres Verständnis von kontextuell und situationell erzeugten Grenzziehungsprozessen zu bekommen. Zudem ist es wichtig, strukturelle Eigenschaften einer Stadt wie z.B. die Migrations- und integrationspolitische Geschichte, Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund und die Wahrnehmungen bestimmter ethnischer Gruppen (gibt es z.B. stigmatisierte Gruppen?) sowie die Netzwerke von Migrantorganisationen einzubeziehen. All diese Faktoren schaffen oder limitieren Diskursräume, in denen mögliche ethnische Rückbezüge entstehen können.

Rahsaan Maxwell argumentiert in seinem Buch „Ethnic Minority Migrants in Britain and France. Integration Trade-Off“, dass die soziale (soziale und kulturelle Interaktion mit der „Mehrheitsgesellschaft“), ökonomische (Bildungs- und Berufsabschlüsse und Status auf dem Arbeitsmarkt) und politische (Interessenvertretung im politischen System) Integration von ethnischen Minderheiten zu einem Mechanismus von Austauschverhältnissen führt. Maxwell`s These lautet, dass:

„[...]groups with better social integration outcomes will have less capacity for group mobilization because they are more likely to interact with mainstream society and less likely to need strong coethnic networks for survival. This creates a trade-off, because their relatively weak capacity for group mobilization reduces their ability to respond to economic difficulties or apply political pressure“ (Maxwell 2012: 4).

Im Vergleich dazu, haben segregierte Gruppen ein höheres Mobilisierungspotential, da sie auf ethnische Netzwerke angewiesen sind, um ihre Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren. Diese Gruppenmobilisierung stellt wiederum wertvolle Ressourcen für die ökonomische und politische Integration dar. Nach Maxwell hängt die politische Repräsentation von ethnischen Minderheiten in Parlamenten von der ethnischen Gruppenmobilisierung ab. Die Funktion von ethnischer Gruppenmobilisierung besteht aus drei Aspekten:

1. Die Sichtbarkeit von einigen Gruppen wird erhöht, und es werden Anreize für Eliten geschaffen die jeweiligen KandidatInnen zu unterstützen.
2. Die politische Arbeit innerhalb der Parteien wird vereinfacht, und die Einflussmöglichkeiten auf die Kandidatenaufstellungen werden erhöht.

3. Die Wählermobilisierung von ethnischen Gruppen erhöht die Wahrscheinlichkeit, einen KandidatInnen ihrer ethnischen Gruppe zu wählen.

Ein weiterer Forschungsstrang beschäftigt sich mit Bedingungen und Auswirkungen von Rekrutierungsprozessen benachteiligter Gruppen in Parteien, wie z.B. ethnischer Minderheiten und Frauen (Norris/Lovenduski 1995). Lovenduski und Norris unterscheiden dabei zwischen individuellen und parteibezogenen Faktoren, die miteinander verbunden sind und die im Rekrutierungsprozess zusammenwirken. Die individuellen Faktoren werden dabei als „supply“, und die Partei als „demand“ Faktoren bezeichnet. Für Norris besteht die „supply“- Seite innerhalb der Rekrutierungsprozesse aus folgenden Elementen:

„The ‘motivation’ of candidates can be expected to influence whether they choose to stand for office, meaning their psychological drive, ambition and interest. The political capital which candidates possess also influences this process, including all the assets which facilitate a political career such as a record of party service, financial resources, and political networks. Logically, people with the greatest motivation and resources will be most willing to consider a political career“ (Norris/Franklin 1997: 187).

Für Norris besteht die “supply“-Seite des Rekrutierungsprozesses also aus politischem Kapital und politischen Motivationen. Fraglich ist dabei, ob und wenn ja auf welche Art und Weise ethnische Grenzziehungsprozesse zu einer Motivation oder zu einem politischen Kapital werden.

Politische Repräsentation in der deutschsprachigen Literatur

Im deutschsprachigen Raum befindet sich die Forschung zur politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund noch in den Anfängen. Dennoch lässt sich in den letzten Jahren ein Anstieg von Studien und Publikationen zu diesem Thema beobachten (Schönwälder 2009b,2009c; Wüst/Heinz 2009; Bird/Saalfeld/Wüst 2010; Schönwälder 2010; Wüst/Schmitz 2010; Schönwälder/Sinanoglu/Volkert 2011; Nergiz 2013; Softic 2015). Die Studien lassen sich dabei in politikwissenschaftliche und soziologische Studien unterteilen. Der erste Strang der Forschung untersucht das politische Verhalten in Parlamenten, indem neben Anfragen und Anträgen von Bundes- und Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund die Ausschussmitgliedschaften analysiert werden (Wüst/Schmitz 2010; Saalfeld/Wüst 2011). Die soziologischen Studien untersuchen eher die Biographien bzw. Karrierewege und Subjektivierungsprozesse von Bundestagsabgeordneten mit

Migrationshintergrund, die meist anhand von qualitativen Interviews erfasst werden (Nergiz 2013; Softic 2015).

Beide Forschungsstränge leisten einen wertvollen Beitrag, um die Auswirkungen und Bedingungen politischer Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund besser verstehen und erklären zu können. Dennoch weisen beide Forschungsstränge eine Forschungslücke auf, die ich mit dieser Arbeit schließen möchte. Quantitative Studien, die sich mit dem parlamentarischen Verhalten beschäftigen, legen ihren Fokus wie erwähnt meist auf die Auswertung und Analyse von Anfragen und Anträgen. Alle weiteren Handlungsfelder bzw. außerparlamentarischen Handlungen wie z.B. Wahlkampf oder Auftritte bei Veranstaltungen, Proteste sowie Netzwerke zu verschiedenen Interessengruppen werden von diesen Studien nicht erfasst. Des Weiteren erfährt man wenig darüber, ob die Abgeordneten mit Migrationshintergrund sich selber mit ihrer Migrationsbiographie identifizieren. Es ist wenig darüber bekannt, auf welche Art und Weise die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in den Parlamenten sprechen und ob ihre Reden sich von denen der Abgeordneten ohne Migrationshintergrund unterscheiden. Ferner ist zu fragen, wie sich die Anfragen und Anträge auf die einzelnen Abgeordneten mit Migrationshintergrund verteilen, um z.B. zwischen aktiven und passiven Abgeordnete mit Migrationshintergrund differenzieren zu können.

Die Studien, die sich mit Karrierewegen, Identifizierungen und Motivationen beschäftigen, können aufgrund der methodologischen Einschränkungen das Verhalten der Abgeordneten mit Migrationshintergrund nicht erfassen. Vielmehr werden die Subjektivierungs- und Aushandlungsprozesse anhand von Interviews aus Sicht der Abgeordneten analysiert. Es wäre durchaus denkbar, dass unterschiedliche Identifizierungen in unterschiedlichen Kontexten und Situationen entstehen können. Beide Forschungsstränge weisen methodologische Limitierungen auf, die dazu führen, dass verschiedene Handlungsarenen im politischen Feld nicht erfasst werden können.

Ziel der vorliegenden Studie ist es, die politische Praxis und die Subjektivierungsprozesse bzw. Motivationen, Erfahrungen und Identifizierungen miteinander zu verknüpfen. Innerhalb der politischen Praxis sollen Handlungsfelder herausgearbeitet werden, um mögliche ethnische oder andere Grenzziehungsprozesse im Entstehungskontext beschreiben und erklären zu können.

1.2 Forschungsfrage und Verortung der Arbeit

Vor dem Hintergrund der besprochenen Literatur und der Fragen, die diese offen lässt, stelle ich mit der vorliegenden Arbeit die Rolle von ethnischen Grenzziehungsprozessen für die politischen Identifikationen und Handlungsstrategien von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt. Im Speziellen werden diese mit einem empirischen Fokus auf Abgeordnete in den Stadtparlamenten Hannover und Frankfurt erörtert. Untersucht wird, ob und wie Abgeordnete mit Migrationshintergrund:

1. in ihren Karrierewegen,
2. ihrer politischen Praxis und
3. politischen Selbstverständnissen,

durch ethnische Grenzziehungsprozesse beeinflusst werden.

Nach Rosenthal bildet sich die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Zugehörigkeit zu einem soziokulturellen Kollektiv in einem biographischen Prozess heraus und wird je nach Kontext und Situation von AkteurInnen unterschiedlich ausgehandelt (Rosenthal 1999: 32).

Die vorliegende Arbeit wird daher nicht einfach fragen, ob und wie die ethnischen Selbstdefinitionen der Abgeordneten lauten. Vielmehr sollen die politischen Karrierewege und die Selbstverständnisse mit der empirisch offenen Frage:

„Welche biographischen (und dies bedeutet immer auch: sozialen) Konstellationen führen a) zur Herausbildung, b) zur Thematisierung und c) zur Transformation ethnischer Zugehörigkeitskonstruktionen. Es gilt also aus der Perspektive und der Handlungsgeschichte der Subjekte den lebenslangen Prozess der Konstruktion von sozialer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Wir-Gruppe, ob nun Ethnie, Nation, politische oder religiöse Gemeinschaft, und die lebensgeschichtlichen Konstellationen zu rekonstruieren, unter denen die zugeschriebene oder selbstgewählte Zugehörigkeit eine Aufwertung oder Abwertung erfährt. Dabei soll das Wechselspiel zwischen Selbst- und Fremddefinitionen, zwischen der Beharrlichkeit etablierter, tradierter und internalisierter sozialer Konstruktionen und den Transformationen im Lebenslauf in Korrespondenz zum gesellschaftlichen Wandel empirisch aufgezeigt werden“ (Rosenthal 2004: 2).

Die Beziehung zwischen den Kategorien Migrationshintergrund und Ethnizität

Für die Beantwortung der Forschungsfragen ist es wichtig zwischen statistischen Konzepten, wie dem Migrationshintergrund, und subjektiven ethnischen Identifizierungen bzw. Einstellungen zu unterscheiden, die nicht automatisch aus den objektiven Merkmalen

abgeleitet werden können (Schönwälder/Baykara-Krumme/Schmid 2008: 5). Für das Statistische Bundesamt zählen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund alle Menschen:

„(...) die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen und alle in Deutschland mit deutscher Staatsangehörigkeit Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Der Migrationsstatus einer Person wird somit sowohl aus ihren persönlichen Merkmalen zu Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit wie auch aus den entsprechenden Merkmalen der Eltern abgeleitet“ (Bundesamt 2005).

In Deutschland werden in den offiziellen Statistiken nicht die ethnischen Zugehörigkeiten erfasst, sondern der Migrationshintergrund oder die Staatsangehörigkeit. Für Schönwälder et al. hat die Erfassung des Migrationshintergrundes seine Berechtigung da:

(...)die eigene Migrationserfahrung oder die mindestens eines Elternteils (gelegentlich auch Großelternteil), auf eigene bzw. familiäre Erfahrungen eines „Systemwechsels“, vielleicht traumatische Erfahrungen als Flüchtling verweist; er ist zudem ein Indiz für eine möglicherweise von der Landessprache verschiedene Erstsprache, einen spezifischen Sozialisationskontext und auch für eine ethnische Identifizierung“ (Schönwälder/Baykara-Krumme/Schmid 2008: 5).

Auf ethnische Identifizierungen und kollektive Zugehörigkeiten kann man durch den Migrationshintergrund allerdings nicht schließen. Der Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund als wissenschaftliche Kategorie und der Identifizierung der Individuen mit der Herkunftsgruppe müssen nicht kongruent sein. Boris Nieswand kritisiert die Kategorie des Migrationshintergrundes, indem er ausführt:

„Die sehr breite Definition der Kategorie „Migrationshintergrund“, die zusehends die als veraltet wahrgenommene Kategorie des „Ausländers“ ablöst, zielt darauf ab, migrationsbezogene Merkmale möglichst weitgehend zu erfassen. Sie führt allerdings auch dazu, dass qualitative Unterschiede zwischen Personen mit Migrationshintergrund und dem Rest der Gesellschaft verschwimmen. Dies birgt die methodologische Gefahr, dass andere, relevantere Differenzierungen, die gegebenenfalls soziale Phänomene besser erklären, aber quer zu dieser Unterscheidung laufen, verdeckt werden“ (Nieswand 2010: 3).

In jüngster Zeit wurde das Konzept der ethnischen Gruppenidentität in der amerikanischen Literatur kritisiert. Einer der Kritikpunkte ist, dass die Studien nicht wirklich klären können,

wie, warum und wann sich politische Akteure als ein Teil einer Gruppe verstehen oder sich als Gruppe mobilisieren. Taeku Lee kritisiert die weitverbreitete:

(...) premise that many scholars carry over from the black/white paradigm of research into racial politics [...], which is that individuals who share a demographic label— e.g., African American, Latino, Asian American, Arab American—will also share common political goals and interests and act in concert to pursue them” (Lee 2008: 458).

Diese Annahme bezeichnet Lee als “Identity-to-politics link”. Diese Verdinglichung von Gruppen, denen eindeutige Interessen und Handlungen zugeschrieben werden, ist aber empirisch nicht haltbar. Rogers Brubaker bezeichnet diese allgegenwärtige Tendenz, ethnische, religiöse oder nationale Gruppen als zentrale Charakteristika der gesellschaftlichen Welt und als wissenschaftliche Analyseeinheiten zu benutzen, kritisch als groupism (Brubaker 2004). Meine Arbeit knüpft an die Forderung an, ethnische Motivationen und Identifikation nicht als selbstverständlich und gegeben anzunehmen, sondern sie als eine Möglichkeit oder eine von verschiedenen Alternativen zu betrachten. Ziel ist es, die Bedingungen und Formen möglicher ethnischer Grenzziehungen im politischen Kontext zu untersuchen. Es bleibt festzuhalten, dass der Migrationshintergrund zur Erfassung einer statistischen Gruppe durchaus nützlich ist. Die Identifizierungen und Interpretationen dieser Kategorie durch die AkteurInnen selbst werden dadurch nicht erfasst. Darüber hinaus sollte die Kategorie Migrationshintergrund so offen wie möglich gehalten werden, um andere mögliche sozial relevante Differenzierungen erfassen zu können. Es bleibt somit eine empirische Frage, ob, wann und wie der Migrationshintergrund als Differenzierungsmerkmal relevant wird.

1.3 Aufbau der Arbeit

In Kapitel 2 wird der konzeptionelle Rahmen der Arbeit erarbeitet. Dabei werden unterschiedliche Theoriestränge verschiedener Disziplinen miteinander verknüpft. Die Beziehung zwischen der politischen Repräsentation, Ethnizität sowie flexiblen politischen Positionierungen ist ein noch wenig untersuchtes Forschungsfeld, in dem bisher kein theoretisches Konzept vorliegt. Dazu gilt es, die vorliegenden Ansätze und Ergebnisse kritisch zu prüfen, die für die Untersuchung relevanten Prämissen und Ergebnisse zu isolieren, sie zu verknüpfen und in einen konzeptuellen Rahmen zu integrieren, der die möglichen Formen

und Bedingungen der politischen Repräsentation von Abgeordneten mit Migrationshintergrund nachvollziehbar macht. Die folgenden Überlegungen benennen Spannungsverhältnisse zwischen Ethnizität, politischer Repräsentation und kontextuellen Bedingungen politischen Handelns.

In Kapitel 3 werden das Studiendesign und die methodologischen Überlegungen dargelegt.

In Kapitel 4 werden Annahmen über die mögliche Rolle stadtspezifischer bzw. kontextueller Faktoren, in denen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund handeln, formuliert. Vier mögliche Einflussfaktoren des städtischen Kontextes werden analysiert: *Die Struktur der eingewanderten Bevölkerung, Vernetzungen und Orte der Interaktion, Mobilisierung durch Polarisierung und Migrantorganisationen*. Der Abschnitt *Vernetzungen und Orte der Interaktion* verfolgt dabei das Ziel, politische Ereignisse und Bewegungen aufzuzeigen, die zu einer Vernetzung zwischen migrantischen und nicht-migrantischen Akteurinnen und den Parteien geführt haben. Daran anknüpfend werden in dem Abschnitt *Mobilisierung durch Polarisierung* zwei politische Ereignisse vorgestellt, die Motivation für einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund darstellen, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Gleichzeitig schufen die politischen Polarisierungen politische Räume in Form von Diskursen, in denen sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund positionieren konnten.

Die Karrierewege der Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind Gegenstand des 5. Kapitels. Im Mittelpunkt stehen neben den politischen Erfahrungen und Motivationen die Rekrutierungsprozesse und Prozesse der Kandidatenaufstellung. Dabei lässt sich ein Zusammenspiel zwischen städtischen Akteuren wie z.B. Migrantorganisationen, Parteien und individuellen Netzwerken in den politischen Karrieren von Abgeordneten mit Migrationshintergrund beobachten. Ferner gibt es Unterschiede zwischen den Städten und ihren eigenen Dynamiken. Das Kapitel zeigt, dass der Migrationshintergrund in der Wahrnehmung der Abgeordneten eine wichtige Rolle bei den Kandidatenaufstellungen spielt, jedoch nicht in allen Fällen. Daraus lässt sich eine Repräsentationslogik ableiten, die einen Einfluss auf die unterschiedlichen Selbstverständnisse der Abgeordneten mit Migrationshintergrund hat.

In Kapitel 6 wird der politische Alltag der Abgeordneten mit Migrationshintergrund rekonstruiert. Ziel ist es, die spezifischen Handlungsarenen der Abgeordneten herauszuarbeiten. Innerhalb der verschiedenen politischen Felder lassen sich

unterschiedliche Interaktionen, Netzwerke, Positionen und Strategien von Abgeordneten mit Migrationshintergrund beobachten. Kontexte der Ethnisierung und De-Ethnisierung sollen dabei herausgearbeitet werden. Im ersten Abschnitt wird ein Überblick über den politischen Alltag gegeben. In folgenden Abschnitten wird eine politische Veranstaltung (Migrants Day) näher betrachtet, die deutlich macht, welche Anforderung an BrückenbauerInnen gestellt wird und wie sich Abgeordnete zu den verschiedenen Erwartungen positionieren. Im zweiten Beispiel wird der Wahlkampf der Abgeordneten mit Migrationshintergrund näher analysiert. Die Wahlkämpfe bieten dabei einen Kontext, in dem ethnische Ressourcen eingesetzt werden können. Der letzte Abschnitt betrachtet die substantielle Repräsentation der Abgeordneten mit Migrationshintergrund bzw. ihr parlamentarisches Verhalten. Im Fokus stehen die Anfragen und Anträge der Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Die Ergebnisse zeigen, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund häufiger migrations- und integrationspolitische Themen behandeln als Abgeordnete ohne Migrationshintergrund. Jedoch zeigen sich Unterschiede unter den Abgeordneten. Explizit ethnische Identifizierungen und Anträge lassen sich nicht beobachten.

In Kapitel 7 werden verschiedene Positionen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Bezug auf ihre politischen Positionen vorgestellt. Dabei nimmt die Narration des sozialen Aufstiegs eine zentrale Rolle in den Positionierungen der Abgeordneten ein. Kennzeichnend für diese ist, dass der Migrationshintergrund als eine wahrgenommene Hürde überwunden wird. Der soziale Aufstieg führt zu einem Selbstverständnis, ein Vorbild für andere Menschen mit Migrationshintergrund zu sein. Eine andere Position ist die des/der migrantischen LobbyistIn, der/die sich für die Interessen von MigrantInnen stark macht. In der Position von „normalen“ LokalpolitikerInnen spielt der Migrationshintergrund im Selbstverständnis eine untergeordnete Rolle, stattdessen werden universelle Werte wie Gleichheit und Gerechtigkeit für die ganze Stadtbevölkerung in den Vordergrund gestellt.

In Kapitel 8 werden die Ergebnisse zusammengeführt. Ziel ist es dabei, die Beziehung zwischen den verschiedenen Positionen und die Positionswechsel zu analysieren. Die Figur des Brückenbauers ist dabei gleichzeitig Strukturbedingung und eine Position, die eingenommen werden kann, um die unterschiedlichen Erwartungen im kommunalpolitischen Kontext zu balancieren. Es gibt allerdings Bedingungen, um als BrückenbauerInnen anerkannt und diskursiv positioniert zu werden.

In Kapitel 9 werden die konzeptionellen und methodologischen Überlegungen in einen breiteren Forschungskontext gestellt. Dabei werden die Spannungsverhältnisse dieser Arbeit als Chance begriffen Limitierungen aufzuzeigen, um daraus neue Forschungsfragen für zukünftige Forschungsprojekte zu entwickeln.

2 Konzeptioneller Rahmen: Politische Repräsentation, Ethnizität und politische Positionierungen

Die Fragestellung und das Problem, das in dieser Studie erarbeitet und gelöst werden soll, machen es notwendig, verschiedene Theoriestränge aus verschiedenen Disziplinen miteinander zu verknüpfen. Die Beziehung zwischen der politischen Repräsentation, und der Funktionsweise von Ethnizität sowie flexiblen politischen Positionen ist ein noch wenig untersuchtes Forschungsfeld, in dem noch kein theoretisches Konzept vorliegt. Daher ist es Ziel dieses Kapitels, einen konzeptionellen Rahmen zu entwickeln. Dazu gilt es, die vorliegenden Ansätze und Ergebnisse kritisch zu prüfen, die für die Untersuchung relevanten Prämissen und Ergebnisse zu isolieren, sie zu verknüpfen und sie in einen konzeptionellen Rahmen zu integrieren. Dieser Rahmen soll die möglichen Formen und Bedingungen der politischen Repräsentation durch die Abgeordneten mit Migrationshintergrund nachvollziehbar machen.

Da sich die folgende Studie mit Abgeordneten mit Migrationshintergrund auseinandersetzt, beschäftigt sich der erste Abschnitt mit den repräsentationstheoretischen Grundlagen, um die damit verbundenen Annahmen und die relevanten normativen und empirischen Ansätze kritisch zu evaluieren. In einem zweiten Abschnitt wende ich mich dem Konzept der Ethnizität zu, welches durch meinen empirischen Fokus auf Abgeordnete mit Migrationshintergrund von höchster Relevanz ist. Durch eine Verbindung beider Forschungsstränge ist es mir möglich, das begriffliche und konzeptionelle Instrumentarium der empirischen Analyse herauszuarbeiten. In einem dritten Abschnitt gehe ich, aufbauend auf die Erläuterungen zu Repräsentation und Ethnizität, auf die Beziehung zwischen ethnischen Grenzziehungsprozessen und Positionen ein. Somit wird klar erarbeitet, dass Fragestellungen zum politischen Handeln von Abgeordneten mit Migrationshintergrund durch komplexe Zusammenhänge markiert sind und passende methodische Innovationen notwendig sind, um den Stand der Forschung (siehe Kap. 1) theoretisch ambitioniert zu erweitern.

2.1 Theorien politischer Repräsentation

Es gibt eine umfangreiche Literatur zur politischen Repräsentation, die verschiedene Definitionen und Konzepte beinhaltet (Pitkin 1967; Phillips 1995; Mansbridge 1999; Linden/Thaa 2009; Kühne 2013) Unter dem Begriff der Repräsentation versteht man allgemein

„zahlreiche Arten und Formen der Vertretung, der Vergegenwärtigung, des Handelns für andere sowie der Darstellung ganz allgemein“ (Alemann 1985: 863).

Einer der wichtigsten Beiträge zur politischen Repräsentation ist Hannah Pitkins Abhandlung in *„The Concept of Representation“*. Pitkin kommt in ihrer Untersuchung zu einer Definition, die ich mir für die vorliegende Studie zu Eigen mache:

„Representing here means acting in the interest of the represented, in a manner responsive to them“ (Pitkin 1967: 209).

Politische Repräsentation entsteht also immer dann, wenn die Interessen, Meinungen, Perspektiven und Stimmen der BürgerInnen in einem politischen Willensbildungsprozess durch politische Akteure „präsent“ gemacht werden. Entscheidend für diese Studie ist, dass es dabei um die Selbstverständnisse und politische Praxis von Abgeordneten mit Migrationshintergrund geht. Die Fokussierung liegt auf der Fragestellung, wie sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund als RepräsentantInnen wahrnehmen, wen sie repräsentieren und wie sie ihre Rolle interpretieren und praktisch ausfüllen. Pitkin unterscheidet in ihrem Konzept zwischen vier Arten von Repräsentation:

1. Bei der formalen Repräsentation (formalistic view) geht es um die Frage der Verbindlichkeit bzw. wer für wen entscheiden darf. Pitkin unterscheidet zwischen einer Autorisierung der Repräsentanten (authorization view) und ihrer Rechenschaftspflicht (accountability view) gegenüber den Repräsentanten (Pitkin 1967: 38).
2. Unter dem Konzept der „Standing-For Representation“ vollzieht sich die politische Repräsentation nicht durch das politische Handeln der politischen AkteurInnen bzw. Abgeordneten, sondern durch die reine Anwesenheit bzw. das Abbild (image) bestimmter sozialer Eigenschaften der Abgeordneten (Pitkin 1967: 61). Dabei unterscheidet Pitkin zwei unterschiedliche Ansätze, die sie descriptive representation

und symbolic representation nennt. Bei der descriptive representation geht es um die Zusammensetzung des Parlamentes, das möglichst eine Widerspiegelung der Gesellschaft sein sollte. Dabei geht es um die Frage, in welchem Umfang sich die Abgeordneten und die WählerInnen in ihren sozio-ökonomischen Eigenschaften wie Klasse, Geschlecht, Alter, Ethnizität usw. ähneln bzw. in welchem Umfang diese sozio-ökonomischen Eigenschaften durch die Abgeordneten repräsentiert sind. Übertragen auf die kommunale Ebene geht es somit um die Widerspiegelung der Stadtgesellschaft in den Stadtparlamenten.

3. Bei der symbolischen Repräsentation sehen sich die Gewählten in den Repräsentanten wieder. Dabei basiert die Repräsentation nicht auf sichtbaren Regeln oder Handlungen, „sondern auch auf Werten und Emotionen wie Vertrauen und Akzeptanz, die von den Repräsentanten und Repräsentierten geteilt werden“ (Pitkin 1967: 102; Knaut 2011: 104).
4. Unter substantieller Repräsentation versteht Pitkin: „acting in the interest of the represented, in a manner responsive to them“ (Pitkin 1967: 9). Im Gegensatz zur passiv verstandenen deskriptiven und symbolischen Repräsentation, geht es bei der substantiellen Repräsentation um das tatsächliche Handeln.

Die Fragestellung dieser Studie- wie, wo und wann sich ethnische Grenzziehungsprozesse im kommunalpolitischen Kontext beobachten lassen - sowie die Definition Pitkins, die ich oben bereits vorgestellt habe, machen deutlich, dass ich hier das Konzept der *Standing-For Representation* als einen Ausgangspunkt nehme und ihre Konsequenzen für die *Acting-For Representation* bzw. die substantielle Repräsentation herausarbeite.

Pitkin räumt der deskriptiven Repräsentation eine untergeordnete Rolle im Repräsentationsprozess zu.

„It is representation if the people (or constituency) are present in the governmental action, even though they do not act literally for themselves. Insofar as this is a matter of substantive acting for others, it requires independent action in the interest of the governed, in a manner at least potentially responsive to them, yet not normally in conflict with their wishes“ (Pitkin 1972: 222).

An dieser Stelle wird deutlich, dass die Repräsentation aus bestimmten erwarteten Verhaltensnormen besteht und es zwischen Abgeordneten und den WählerInnen bzw. den Repräsentanten und Repräsentierten eine Verbindung gibt, die nicht zwangsläufig über die

soziale Identität hergestellt wird, sondern in einer Interaktion zwischen den beiden entsteht. Anstatt die Ähnlichkeit sozialer Merkmale als Maßstab für den Repräsentationsprozess zu setzen, führt Pitkin Responsivität als entscheidendes Kriterium ein. Die Repräsentation entsteht in einem dynamischen Prozess zwischen den Erwartungen der Repräsentierten an das politische Handeln der Repräsentanten. Die Repräsentanten wiederum versuchen im Interesse der Repräsentierten zu handeln, ihr politisches Verhalten ist responsiv zu den Erwartungen der Repräsentierten. Unter Responsivität versteht man die

„Rückkopplung des politischen Handelns der Repräsentanten an die Interessen der von ihnen repräsentierten Menschen“ (Uppendahl 1981: 127).

Man könnte auch von „Empfänglichkeit, Reaktionswilligkeit, Sensibilität, Bedürfnisorientierung oder Bedürfnissensibilität“ sprechen (Alemann 1981: 120). Auch wenn sich Pitkin gegen eine Idee einer identischen Repräsentation ausspricht, da sie Handlungsspielräume von Abgeordneten einengen würde, bleibt ihr Bezug auf die Responsivität unklar. Sich nicht im Konflikt zu den Interessen der Wählerschaft zu befinden, suggeriert zumindest einen identitätspolitischen Bezug.

In dem deutschen Kontext parlamentarischer Demokratie spielt die deskriptive Repräsentation im Sinne einer Spiegelung der Gesellschaft kaum eine Rolle. Wie oben bereits erwähnt, entspricht die Zusammensetzung der Parlamente bei weitem nicht der Zusammensetzung der Gesellschaft und das auf allen politischen Ebenen. Dabei wird dies nur zum Teil als problematisch wahrgenommen, da die Abgeordneten nicht für bestimmte Wählergruppen, sondern für Parteiprogramme stehen. Im Kontext der bundesdeutschen Politikwissenschaft konzentrieren sich die konzeptionellen Überlegungen Uppendahls, ähnlich wie bei Pitkin, auf die Responsivität im Repräsentationsprozess. In seiner Weiterführung des Ansatzes verweist er auf den „menschlichen Faktor“ und betont die Notwendigkeit von Handlungsspielräumen der Repräsentanten sowie deren unterschiedlich ausgeprägte „Fähigkeit zur Identifizierung der Wünsche, Vorstellungen und Bedürfnisse der Repräsentierten“ (Uppendahl 1981: 129).

Jane Mansbridge kritisiert Pitkins Überlegungen zur formalen Repräsentation als „promissory representation“, da sie auf einem Handlungsversprechen für die Zukunft basiert. Mansbridge stellt dem drei neuere Konzepte entgegen (Mansbridge 2003: 516).

1. Im Fokus der antizipatorischen Repräsentation steht nicht das Versprechen des Repräsentanten zum Zeitpunkt seiner Wahl, er antizipiert vielmehr die Interessen, Wünsche und Erwartungen seiner WählerInnen für die zukünftige Wahl.
2. Bei der gyroskopischen Repräsentation wird angenommen, dass die Präferenzen der Repräsentanten fix, starr und schwer veränderbar sind. Eine Veränderung ist nur durch Neuwahlen möglich.
3. Die surrogate representation geht über die Beziehung zwischen den Repräsentanten und WählerInnen im Wahlkreis hinaus und fokussiert sich auf die Ergebnisse von Repräsentationsleistungen, die sich auf andere Gruppen innerhalb des gesamten Repräsentationssystems beziehen.

Die Form der Surrogate Repräsentation, auch als Ersatz-Repräsentation bezeichnet, basiert auf der Annahme einer Verantwortlichkeit bestimmten Gruppen gegenüber, die stärker wird „when the surrogate representative shares experiences with surrogate constituents in a way that a majority of the legislature does not“ (Mansbridge 2003: 523). Für Mansbridge sind das z.B. weibliche Abgeordnete oder Abgeordnete ethnischer Minderheiten, die - so die Annahme - bestimmte Erfahrungen teilen. Bei der surrogate Repräsentation nehmen sich also die Abgeordneten mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer Sichtbarkeit automatisch als RepräsentantInnen von ethnischen Minderheiten wahr oder werden von anderen als solche wahrgenommen. Die Verbindung zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation ist bei Mansbridge eine theoretische Perspektive und bedarf einer empirischen Überprüfung. Fraglich ist dabei, ob sich die Repräsentanten tatsächlich mit ihrem Migrationshintergrund identifizieren und wenn ja welche Auswirkungen das auf die substantielle Repräsentation hat. Ich werde diese Annahme weiter unten noch einmal ausführlicher diskutieren.

Eine Akzentverschiebung der theoretischen Überlegungen bekommt die politische Repräsentation durch die Konzeption des „representative claims“ von Saward, der im Gegensatz zu Pitkin versucht zu verstehen

„what representation does, rather than what it is; to explore the effects of its invocation rather than the institutional embodiment; to stress the dynamic character than its correctly understood forms or types“ (Saward 2010: 4).

Dabei entsteht die Repräsentation nicht erst durch den Wahlakt, sondern durch Repräsentationsansprüche, die von verschiedenen politischen AkteurInnen in den

politischen Raum transportiert werden (Kühne 2013: 467). Politische AkteurInnen positionieren sich dabei als VertreterInnen bestimmter Interessengruppen, die man

„als in Identitätsrhetoriken eingebettete Handlungen und Sprechakte unterschiedlichster Art verstehen (kann)“ (Jentges 2014: 42).

Dabei ist bei der Untersuchung von Repräsentationsansprüchen stets zu fragen, wer die Ansprüche, in wessen Namen zu welchen Angelegenheiten vor welchem Publikum erhebt (Kühne 2013: 467). Die Stärke der Konzeption von Saward liegt darin, dass er die politische Repräsentation von AkteurInnen auf mehrere Handlungszonen verlegt, wie z.B. Wahlkreis und Parteiinteressen. Die Konzeption verschiedener Handlungszonen und somit der Einfluss des Publikums auf möglicherweise unterschiedliche Repräsentationsformen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund wird im Laufe der empirischen Analyse übernommen und operationalisiert. Weiter unten werde ich die Überlegungen zu dem Publikum, den verschiedenen Handlungszonen und deren möglichen Einfluss auf das politische Handeln von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund erneut aufgreifen.

2.1.1 Deskriptive Repräsentation – zwischen Selbstbestimmung und Essentialismus

Wie oben bereits erwähnt, steht Pitkin der deskriptiven Repräsentation kritisch gegenüber und sieht sie bestenfalls als eine Ergänzung zur substantiellen Repräsentation. Als Gründe nennt sie die fehlende Responsivität und Rechenschaftspflicht gegenüber den Repräsentierten. Das politische Handeln der Repräsentanten werde irrelevant werden, da ausschließlich die sozialen Eigenschaften als Bewertungsmaßstab gelten würden. Darüber hinaus würden die Handlungsspielräume, Eigeninitiative und Kreativität der Repräsentanten eingeschränkt werden. Die Repräsentanten würden zu einem passiven Medium der Informationsvermittlung degradiert, worunter ihre politische Kompetenz leide (Pitkin 1967: 90).

In den theoretischen Debatten der 1990er Jahre wird die deskriptive Repräsentation im Zuge der Bürgerrechts- und Frauenrechtsbewegungen in den USA aufgewertet. Innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion lassen sich dabei Pro und Contra Positionen zur deskriptiven Repräsentation finden (Bausch 2014: 31ff.). Den theoretischen Annahmen der deskriptiven Repräsentation liegt das Argument zugrunde, dass der angebliche Neutralitätsanspruch der

politischen Sphäre nicht aufrechterhalten werden kann, wenn Ungleichheiten zwischen gesellschaftlichen Gruppen nicht nur toleriert, sondern im Ergebnis verstärkt werden:

„Denn die Negation der Relevanz von sozialen, kulturellen, geschlechtlichen oder ethnischen Zugehörigkeiten durch die liberale Sichtweise individueller Selbstbestimmung verkenn[t] sowohl die Bedeutung solcher Identitäten für soziale Individuen als auch die Machtunterschiede zwischen diesen Gruppen“ (Petersen 2010: 37).

Anne Phillips spricht sich in ihrem Buch „The Politics of Presence“ für fördernde Maßnahmen aus, um der ungleichen Repräsentation von Frauen und Minderheiten in den Parlamenten entgegenzuwirken (Phillips 1995: 21; 1997: 298). Dennoch sieht Phillips die deskriptive Repräsentation kritisch, da es keine Garantie dafür gebe, dass sich Mitglieder benachteiligter Gruppen auch als RepräsentantInnen für die Interessen dieser Gruppen einsetzen. Dies könnte nur dann angenommen werden, wenn ein essentialistisches Gruppenverständnis vorliege, was sie jedoch strikt ablehnt. Die politischen Willensbildungsprozesse und die demokratischen Entscheidungsfindungen sollten sich an politischen Ideen bzw. Ideologien orientieren. Dennoch gesteht sie ein, dass es einen Zusammenhang zwischen der Vertretung politischer Ideen, die in der Bevölkerung vorkommen, und der Präsenz von Angehörigen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen gibt (Phillips 1995: 24ff.). Für Phillips lassen sich vier Argumente anführen, auf deren Basis eine höhere Repräsentanz von Frauen und Minderheiten gefordert werden kann (Phillips 1995: 62ff.): Vorbilds-, Gerechtigkeits-, Interessenargument und das Argument der Transformation. Beim Vorbildsargument kommt den Angehörigen marginalisierter Gruppen eine Vorbildfunktion im Repräsentationsprozess zu. In Bezug auf Frauen argumentiert Phillips, dass der Zugang zu politischen Ämtern und eine höhere Repräsentation dazu führen, dass sich Frauen akzeptiert fühlen und dadurch ermuntert werden an politischen Willensbildungsprozessen teilzunehmen (Atkeson/Carrillo 2007; Dovi 2007: 307ff.; Wolbrecht/Campbell 2007). Fraglich ist, ob sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund im Repräsentationsprozess als Vorbilder einer migrantischen Bevölkerung wahrnehmen und ob diese Wahrnehmung einen Einfluss auf die substantielle Repräsentation hat. Diese Frage soll im Laufe der vorliegenden Studie beantwortet werden. Das Gerechtigkeitsargument beinhaltet die Forderungen nach Fairness bzw. der gleichberechtigten Repräsentation von Männern und Frauen im politischen Feld. Für Phillips ist es „patently and grotesquely unfair for men to monopolize representation“ (Phillips 1995:

63). Das Interessenargument führt an, dass die Einbeziehung von Mitgliedern systematisch ausgegrenzter Gruppen einen erweiternden Einfluss auf die Inhalte der Politik hat. Für die vorliegende Studie bedeutet dies, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund durch ihre Präsenz neue Perspektiven und Meinungen in den politischen Prozess mit einbringen können, was zu einer Sensibilisierung des politischen Feldes für migrantische Interessen führt. Ähnlich argumentiert Williams im Falle der Repräsentation von Frauen, wenn sie ausführt, dass die Interessen und Forderungen von Frauen nur durch Frauen repräsentiert werden können, da nur sie in der Lage sind, aus den spezifischen Perspektiven und sozialen Positionierung zu sprechen (Williams 2000: 119). Schließlich geht die transformatorische Argumentation davon aus, dass alle politischen Meinungen und Perspektiven vorgebracht und zur Diskussion gestellt werden müssen, um hegemoniale Sichtweisen zu hinterfragen. Dies sei nur durch die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen gewährleistet.

Für Jane Mansbridge besteht deskriptive Repräsentation dann, wenn

“(...) representatives are in their own persons and lives in some sense typical of the larger class of persons whom they represent. Black legislators represent Black constituents, women legislators represent women constituents, and so on” (Mansbridge 1999: 629).

Sie sieht in der deskriptiven Repräsentation die Chance, dass die Interessen marginalisierter Gruppen in das politische System einbezogen werden. Diese Interessen bezeichnet Mansbridge als „uncrystallized interests“, die den Gruppenmitgliedern bislang nur wenig oder gar nicht bewusst waren und von den politischen Parteien noch nicht berücksichtigt wurden. Einen entscheidenden Vorteil in der deskriptiven Repräsentation sieht Mansbridge neben der vertikalen Kommunikation zwischen WählerInnen und RepräsentantInnen in der horizontalen Kommunikation zwischen RepräsentantInnen: Migrantische Repräsentanten könnten bei der Artikulationen migrantischer Interessen auf die mit den WählerInnen geteilten Erfahrungen verweisen und dabei mit einer „voice carrying the authority of experience“ (Mansbridge 1999: 644) sprechen. Fraglich ist hier, ob die geteilten Erfahrungen auch zu einer größeren Akzeptanz der Abgeordneten mit Migrationshintergrund führen. Denn auch das Gegenteil könnte eintreten und den Abgeordneten könnten die geteilten Erfahrungen als Befangenheit ausgelegt werden und somit als Defizit an Sachlichkeit. Neben der Artikulation von Gruppeninteressen spielen die symbolischen Elemente innerhalb der deskriptiven Repräsentation eine weitaus wichtigere Rolle als bei Pitkin:

„Easier communication with one's representative, awareness that one's interests are being represented with sensitivity, and knowledge that certain features of one's identity do not mark one as less able to govern all contribute to making one feel more included in the polity. This feeling of inclusion in turn makes the polity democratically more legitimate in one's eyes“ (Mansbridge 1999: 651).

Das symbolische Element, das der deskriptiven Repräsentation zugrunde liegt, hat nach Mansbridge das Potential die soziale Bedeutung zu verändern. Dabei geht es um die Anerkennung und Sensibilisierung für die Interessen von Frauen und ethnischen Minderheiten. In der vorliegenden Untersuchung werde ich Interaktionsprozesse zwischen den Abgeordneten mit Migrationshintergrund und WählerInnen analysieren. Die Kategorie des Migrationshintergrundes könnte Emotionen wie Vertrauen und Akzeptanz zwischen den InteraktionspartnerInnen auslösen, die wiederum einen Effekt auf die substantielle Repräsentation durch die Abgeordneten haben könnten.

Kritik an der deskriptiven Repräsentation - Essentialismus und Exklusion von Subgruppen

Den theoretischen Annahmen zur deskriptiven Repräsentation wird ein impliziter Essentialismus vorgeworfen, also die Annahme dass Gruppen natürliche, homogene, stabile und unveränderbare Einheiten der sozialen Welt darstellen. Einer der Kritikpunkte ist, dass die Studien nicht wirklich klären können, wie, warum und wann sich politische Akteure als ein Teil einer Gruppe verstehen oder sich als Gruppe mobilisieren.

Diese Verdinglichung von Gruppen, denen eindeutige Interessen und Handlungen zugeschrieben werden, ist aber empirisch nicht haltbar. Rogers Brubaker bezeichnet diese allgegenwärtige Tendenz, ethnische, religiöse oder nationale Gruppen als zentrale Charakteristika der gesellschaftlichen Welt und als wissenschaftliche Analyseeinheiten zu benutzen, kritisch als „groupism“ (Brubaker 2004). Spivak hingegen schlägt einen strategischen Essentialismus vor, der auf einer Konstruktion einer vermeintlichen Authentizität basiert, die sich aus den Erfahrungen der Unterdrückung ergibt (Spivak 1987: 205). Ähnlich wie Pitkin unterscheidet Spivak zwischen Vertretung als politischer Repräsentation und Vertretung als Abbildung:

„The relationship between the two kinds of representation brings in, also, the use of essentialism because no representation can take place – no Vertretung, representation - can take place without essentialism. What it has to take into account

is that the “essence” that is being represented is a representation of the other kind, Darstellung” (Spivak 1990: 109).

Für Spivak liegt das Problem darin, dass beide Vorstellungen nicht auseinandergehalten, sondern zusammengedacht werden. Daraus ergibt sich die Gefahr, dass angenommen wird, es gäbe einen authentischen Repräsentanten und eine migrantische Bevölkerung mit gleichen Interessen, wohlwissend, dass „Subjekte der Repräsentation immer imaginierte heterogene Subjekte sind“ (do Mar Castro Varela/Dhawan 2004: 211). Die politische Repräsentation im Sinne der Darstellung kann somit nie vollständig abgebildet werden und muss in letzter Instanz fragmentarisch bleiben. Die politische Repräsentation beinhaltet immer auch eine „self-presentation“ (Spivak 1990: 63), daher schlägt Spivak eine „persistent critique“ vor. Diese soll verhindern, die Anderen als bloßes Objekt des Wissens zu betrachten. Denn dadurch werden Ungleichheiten reproduziert, in dem es nur ausgewählten Repräsentanten gestattet wird an öffentlichen Orten zu sprechen, die Anderen (im Kontext dieser Studie die WählerInnen mit Migrationshintergrund) zu repräsentieren und damit Geltung und Legitimität zu erlangen. Diese Zulassung einiger Auserwählter ist deswegen möglich, weil damit unter anderem die Mehrheit ihre Gutmütigkeit und Großzügigkeit unter Beweis stellen kann. Das Zulassen dieser Weniger ermöglicht die weitere konstante Exklusion der Mehrheit der migrantischen Bevölkerung (Spivak 1990: 63; do Mar Castro Varela/Dhawan 2004: 212).

2.2 Ethnizität – Grenzziehungsprozesse in Selbst und Fremdwahrnehmung

Wie oben bereits ausgeführt, wird Ethnizität als eine soziale Position und eine spezifische Perspektive verstanden, die es braucht, um die Interessen einer migrantischen Bevölkerung artikulieren und vertreten zu können.

Ethnizität als Begriff und Konzept ist seit den 1950er Jahren ein fester Bestandteil von sozialwissenschaftlichen Analysen, die sich überwiegend mit migrationsbezogener Vielfalt beschäftigen. Dabei werden die Begriffe Ethnizität, ethnische Identität und ethnische Gruppe, Community oder Gemeinschaft weder in Statistiken noch in wissenschaftlichen Diskussionen einheitlich verwendet (Foner/Fredrickson 2004: 4; Schönwälder/Baykara-Krumme/Schmid 2008: 3). Dennoch lassen sich einige Hauptkenntnisse der bisherigen Forschung zusammenfassen.

Max Weber hat bereits sehr früh in seinen Forschungen gezeigt, dass es für das Zustandekommen von Ethnizität weniger auf das Vorliegen tatsächlicher Verwandtschaft ankommt als vielmehr auf den „subjektiven Glauben an eine Abstammungsgemeinschaft“ (Weber 1956: 237). Es handelt sich also um das Ergebnis von Bewusstseinsprozessen und Sinnzuschreibungen, die erst in einem zweiten Schritt zu einem sozialen Tatbestand transformiert werden (Müller/Zifonun 2010: 12). Für Wimmer bezieht sich die Definition Webers von Ethnizität als Glaube an eine gemeinsame Kultur oder Abstammung „auf kulturelle Praktiken, die als „typisch“ für die Gemeinschaft empfunden werden und auf die Mythen einer gemeinsamen historischen Herkunft oder auf phänotypische Ähnlichkeiten“ (Wimmer 2010: 102). Spitzt man die Definition zu, dann handelt es sich bei dem Konzept von Ethnizität um Individuen, die sich selbst aufgrund ihrer Herkunft und damit verknüpft ihrer Kultur als verschieden wahrnehmen bzw. von Anderen als verschieden wahrgenommen werden (Schönwälder/Baykara-Krumme/Schmid 2008: 5). Heckmann spricht von einem „sozialen Tatbestand der ‘Ethnizität’, d.h. [...] dass der Glaube an eine gemeinsame Herkunft, Gemeinsamkeiten der Kultur und auf dieser Basis beruhende Solidargefühle Beziehungen zwischen Menschen strukturieren und gruppenbildend wirken“ (Heckmann 1992: 54-58; Banton 2001: 181).

2.2.1 Grenzziehungsprozesse

Diese Studie verfolgt einen konstruktivistischen Ansatz, der davon ausgeht, dass ethnische Identifizierungen und kollektive Identitäten durch einen interaktiven Konstruktionsprozess entstehen. Konstruktivistische und interaktionistische Ansätze in der Migrationsforschung konzentrieren sich auf ethnische Grenzziehungen. Demnach entstehen ethnische Identifizierungen in der Wechselseitigkeit von Fremdzuschreibungen einerseits und Selbstzuschreibungen andererseits (Jenkins 1997: 344; Wimmer 2009: 144). Relevant für den Forschungsgegenstand sind zwei zentrale Annahmen (Wimmer 2008: 67-68).

1. Die Akteure markieren ethnische Grenzen anhand kultureller Aspekte, die sie als relevant erachten (subjektivistische Annahme).
2. Ethnische Grenzen resultieren aus Handlungen von Individuen auf beiden Seiten der Grenze und aus ihren Interaktionen über die Grenze hinweg. Die Privilegierung und Diskriminierung entlang ethnischer Merkmale konstituieren und stabilisieren die

Zusammengehörigkeit von Menschen als ethnische Gruppe (interaktionistischer Ansatz).

Der Ansatz der ethnischen Grenzziehungen geht davon aus, dass Grenzen von AkteurInnen gezogen werden, diese aber subjektiv konstruiert und kontext- bzw. situationsabhängig sind. Jede Identifikation mit einer Gruppe impliziert somit gleichzeitig eine kategoriale Grenzziehung. Was für Implikationen diese Grenzziehungen im politischen Alltag und der politischen Praxis hat, wird im folgenden Kapitel diskutiert.

Eine weitere Forschungsagenda, die ich mir in der vorliegenden Studie zu Eigen machen will, ist das Verständnis von Ethnizität in den Cultural Studies und der Post-Colonial Studies. Ethnizität wird dabei als ein Selbstverortungsprozess von marginalisierten Gruppen im Kontext der identitätspolitischen Anerkennungskämpfe gedeutet. Für Eickelpasch und Rademacher bedeutet dieses Konzept von Ethnizität die Rückeroberung der Handlungsfähigkeit.

„Ethnizität bezeichnet in diesem Kontext keinen Zustand, keine vorgegebene soziale Struktur oder Kultur, sondern eine strategische Praxis im Rahmen einer ‚Politik des Lokalen‘: die Suche nach einem Standort, von dem aus man sprechen kann, nach einem Ort der Selbstermächtigung und des politischen Selbstbewusstseins.“ (Eickelpasch/Rademacher 2015: 91).

Im Gegensatz zu anderen Ansätzen, die sich mit Migration und Integration beschäftigen, wird in den Cultural Studies die Handlungsfähigkeit (agency) der Marginalisierten in den Vordergrund gerückt. Diese Studie fokussiert sich auf die Selbstverortungsstrategien der Abgeordneten mit Migrationshintergrund, anstatt sich auf vordefinierte und zugeschriebene Kultur- und Identitätsannahmen zu stützen, die sich oft in multikulturalistischen und assimilationstheoretischen Konzepten finden lassen.

2.3 Wirkungen ethnischer Grenzziehungsprozesse auf das Selbstverständnis und die politische Praxis

Wie oben dargestellt, beruhen identitätspolitische Ansätze auf der Annahme, dass eine Verbindung zwischen den Personen bzw. Sozialcharakteristika und dem politischen Handeln besteht. Daher sollen im Folgenden einige Annahmen darüber entwickelt werden, ob und wie ethnische Grenzziehungsprozesse das Selbstverständnis und die politische Praxis von Abgeordneten mit Migrationshintergrund beeinflussen könnten.

Es scheint mir an dieser Stelle sinnvoll, die theoretischen und konzeptionellen Annahmen über Ethnizität in zwei Dimensionen zu unterteilen. Die erste Dimension begreift Ethnizität als individuell-kognitive Wahrnehmungs- und Interpretationsschemata, die zweite Dimension betrifft die situationellen bzw. kontextuellen Faktoren, die mögliche ethnische Bezüge hervorbringen, markieren und positionieren können. Diese Unterscheidung ist eine analytische Trennung, um die vorgeschlagenen theoretischen Überlegungen zu ordnen und sichtbar zu machen.

2.3.1 Ethnische Grenzziehungen als ermöglichende und einschränkende Bedingungen des politischen Handelns

Wie erörtert besteht das Hauptspannungsverhältnis, welches in dieser Studie untersucht wird, in der Annahme der Verbindung zwischen (ethnischen) Zuschreibungen und Identifizierungen und der Übersetzung dieser Charakteristika in politisches Handeln. Die Repräsentationslogik, die stark an Personen bzw. die Eigenschaften der Personen gebunden ist, hinterlässt einen blinden Fleck in Bezug auf die Verbindung zum politischen Handeln. Die ethnischen Grenzziehungen sind aber eingebettet in Situationen und Kontexte bzw. soziale Strukturen. Soziale Strukturen lassen sich in Giddens' Verständnis mit Regeln und Ressourcen identifizieren. Diese wirken ermöglichend und einschränkend ("enabling" und "constraining") (Giddens 1984: 169). Handlungsformen setzen, um kompetent und erkennbar hervorgebracht zu werden, bestimmte sinnhafte Regeln - und daneben bestimmte materielle Ressourcen als notwendig voraus: Sinnhafte Regeln definieren das angemessene "accomplishment" einer Handlungsweise, sie bringen durch das praktische Bewusstsein der Akteure hindurch, in denen sie als körperlich-mentale Erinnerungsspuren präsent sind, produktiv-ermöglichend Handlungsweisen hervor. Zugleich limitieren sie, welches Handeln überhaupt denkbar und vollziehbar erscheint (Reckwitz 1999: 6). In Anschluss an Giddens sollen ethnische Grenzziehungen als soziale Interaktionen verstanden werden, die ermöglichend und einschränkend auf politische Handlungen einwirken können. In den folgenden Abschnitten sollen die möglichen Implikationen ethnischer Grenzziehungsprozesse für das politische Handeln von AkteurlInnen näher bestimmt werden.

2.3.2 Ethnizität als Ressource im politischen Feld – Typologien von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund

In der Literatur lassen sich einige Typologien von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund finden. Dabei werden implizite und explizite Annahmen darüber gemacht, auf welche Art und Weise Ethnizität als politische Ressource im politischen Feld auftaucht. In der Studie von Back und Solomos, die sich mit PolitikerInnen mit Migrationshintergrund in Birmingham auseinandersetzten und die schon einleitend in Kapitel 1.1 behandelt wurde, konnten die Autoren neben dem *communal advocate* und *party soldier*, den *black socialist* ausfindig machen. Die beiden Typen des *communal advocate* und *black socialist* machen deutlich, wie ethnische Grenzziehungsprozesse die politischen Identifizierungen und politischen Karrieren der PolitikerInnen beeinflussen. Dabei taucht der *communal advocat* auch ähnlich in anderen Studien als ethnischer Entrepreneur, *community leader*, *Broker* oder *Bridge-Builder* auf (Solomos/Back 1995; Martiniello 1998; Garbaye 2005; Maxwell 2012; Nergiz 2013). Charakteristisch für diesen Typus von PolitikerInnen ist, dass er meist durch seine elitäre Position als Brücke oder Sprachrohr von ethnisch diskriminierten Gruppen fungiert. Er besitzt die Fähigkeit „ethnische“ WählerInnen zu mobilisieren. Die PolitikerInnen identifizieren sich bewusst mit der eigenen ethnischen Gemeinschaft und artikulieren aus ihrer Position heraus die Ausgrenzungen, Benachteiligungen und Diskriminierungen der eigenen Gruppe. Es stellt sich die Frage, wie bzw. auf welche Art und Weise die Abgeordneten mit Migrationshintergrund es schaffen, die legitime Rolle eines ethnischen Entrepreneurs einzunehmen. Der Typus des „party soldiers“ bei Back und Solomos zeigt, dass ethnische Grenzziehungsprozesse nicht zwangsläufig die politischen Identifizierungen der PolitikerInnen bestimmen und die unterschiedlichen Karrierewege unabhängig von ethnischen Ressourcen möglich sind. Vielmehr lassen sich PolitikerInnen finden, die sich z.B. nur mit den Werten und Normen der Parteien identifizieren bzw. alternative Identifizierungen aufweisen.

Für Bourdieu haben ExpertInnen für ethnische Themen, man kann sie auch als ethnopolitische AkteurInnen oder Entrepreneurs bezeichnen, einen performativen Charakter. Erst mit der Aktivierung oder Aufrufung von Gruppen durch die ethnischen Entrepreneurs, werden diese Bestandteile sozialer Realitäten. Die Aktivierungen dienen dazu Kollektive zu erwecken, zu vereinen und zu mobilisieren. Mit dem Prozess der Vergegenständlichung von Gruppen leisten die ethnopolitische Akteure - wie Bourdieu argumentiert - einen Beitrag „to

producing what they apparently describe or designate“ (Bourdieu 1991: 220). Ähnlich argumentiert Lal wenn sie ausführt:

“Three attributes characterize ethnic identity entrepreneurs. First, ethnic identity entrepreneurs appeal to essentialized image of identity in which ethnicity “trumps” all other bases of affiliation and authenticity. Second, ethnic identity entrepreneurs invoke this essentialized identity and group membership to justify a claim to, or, monopolization of, scarce resources and entitlements by way of a process of social closure” (Lal 1997: 385).

In anderen wissenschaftlichen Kontexten lassen sich weitere Annahmen über den Ressourcencharakter von Ethnizität finden. Foroutan und Schäfer vermuten, dass Erfahrungen, die geprägt sind von der permanenten „Konfrontation mit Unterschiedlichkeit[en]“ (Foroutan/Schäfer 2009: 17) schließlich zu einer zusätzlichen Ressource führen können, welche dafür sorgen können, dass Personen mit Migrationshintergrund bzw. hybrider Identität besonders auf dem Arbeitsmarkt in bessere soziale Positionen gelangen. Die Erfahrungen im „Umgang[...] mit kultureller wie persönlicher Differenz“, das Wissen über „andere Modelle“ des sozialen Zusammenlebens, Bi-Lingualität und die „Empathie“, die konstant eingesetzt wird, um zum Teil „gegensätzliche kulturelle [Strukturen]“ im Selbst auszubalancieren, können als „Potenzial“ fungieren, das diese Personen zu Vermittlern, Moderatoren und „Verhandlungspartnern“ qualifiziert (Foroutan/Schäfer 2009: 16ff.; Foroutan 2010).

Die Begriffe des Brückenbauers und Vermittlers suggerieren bereits, dass verschiedene Interessen und Positionen ausgehandelt und kommuniziert werden müssen. Es lässt sich argumentieren, dass der Migrationshintergrund der Abgeordneten in bestimmten Kontexten relevant wird, jedoch nicht in allen. Die ethnischen Entrepreneurs, Brückenbauer, Vermittler werden als „ExpertInnen“ für verschiedene migrations- und integrationspolitische Themen wahrgenommen. Gerade für die politische Repräsentationslogik scheinen die (ethnischen-) Ressourcen besonders gefragt zu sein. Ihre Wirkungsstärke können politische Akteure mit Migrationshintergrund gerade an den Stellen einsetzen, wo migrationsspezifische Interessen nicht genügend artikuliert werden oder wo vermeintliche Probleme und Konflikte eintreten, die aufgrund von unterschiedlichen Zugehörigkeiten entstehen (dazu gehören z.B. Themen wie der Islam, Kriminalität, Diskriminierung und Rassismus usw.). Die Migrationserfahrungen könnten dann als authentisch erlebte Geschichten in den politischen Alltag miteingebracht werden.

Doch die ethnischen Selbst- und Fremdzuschreibungen können zu Einschränkungen in der politischen Praxis führen, da den Abgeordneten mit Migrationshintergrund für andere politische Themen und Bereiche die Expertise abgesprochen wird. Repräsentationstheoretische Annahmen, die aus den Sozialcharakteristika politische Handlungen ableiten, reduzieren somit Komplexität.

2.3.3 Ethnizität als Selbstverständnis

Es sollen einige Annahmen formuliert werden, auf welche Art und Weise ethnische Identifizierungen die Wahrnehmung politischer Repräsentation beeinflussen könnten. Brubaker macht einige Vorschläge, um ethnische Grenzziehungen zu systematisieren. Ich nehme diese hier auf, um einige Hypothesen zu formulieren (Brubaker 2009: 32) .

- *Wege der Identifizierung mit sich selbst und anderen*

Zu klären wäre, ob ethnische Identifizierungen wichtig für das politische Selbstverständnis von Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind. Wenn ethnische Identifizierungen wichtig sind, dann wäre weiter zu fragen, welche ethnischen Identifizierungen eine Rolle spielen. So könnte es z.B. durchaus sein, dass sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund als „Deutsche“ „TürkInnen“ oder Deutsch-TürkInnen identifizieren. Zusätzlich wäre dann noch zu fragen, ob die ethnischen Identifizierungen der Abgeordneten auch einen Einfluss auf die Wahrnehmung in Bezug auf ihre Wählerschaft und die politische Praxis haben.

- *Interpretationen und Deutungen von Situationen*

Ethnische Identifizierungen sind Interpretationsschemata, die in verschiedenen Kontexten oder Situationen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund abgerufen werden. Sie dienen der Orientierung und Sinnggebung in ihrem politischen Kontext. Wie oben bereits ausgeführt, bewegen sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in unterschiedlichen Handlungsarenen. Fraglich ist, ob unterschiedliche Situationen in unterschiedlichen Handlungsarenen zu unterschiedlichen Deutungen führen und an welchen ethnischen Kategorisierungen bzw. Grenzen diese verlaufen.

- *Erklärungen von Handlungen*

Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund müssen in der politischen Praxis ihr Handeln vor WählerInnen und vor der eigenen Partei rechtfertigen. Ethnische Identifizierungen können als Erklärung von politischen Handlungen herangezogen werden. Sich für die Interessen von MigrantInnen einzusetzen und in migrations- und integrationspolitischen Bereichen tätig zu sein kann z.B. damit begründet werden, selber einen Migrationshintergrund zu haben. Es könnte aber auch durchaus sein, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund keine ethnischen Identifizierungen, sondern das Parteibuch bzw. die politische Ausrichtung ihrer Partei als Erklärung ihrer politischen Handlungen in den Vordergrund stellen.

- *Motivation für politische Karrieren*

Die Gründe für Mitgliedschaften oder Mitarbeit in Parteien sind vielfältig und erklären sich theoretisch in ähnlicher Weise wie die politische Partizipation insgesamt. (Verba/Schlozman/Brady et al. 1993; Leighley 1999; Ramakrishnan 2005). Es finden sich instrumentelle und nicht-instrumentelle Anreize, die den Nutzen einer Mitgliedschaft begründen (Whiteley/Seyd/Richardson 1994: 80). Fraglich ist, ob Migrationserfahrungen eine Motivation oder einen Anreiz für den Eintritt in eine Partei darstellt. Bukow unterscheidet fünf Anreize (Bukow 2012: 52):

- kollektive Anreize (politische Ziele),
- selektive Anreize (ergebnis- und prozessorientiert),
- nicht-instrumentelle normative Anreize (soziale, institutionelle Erwartungen),
- altruistische Anreize (Weltanschauung) und
- expressive Anreize (Spaß, Sympathien).

Die nicht-instrumentellen und instrumentellen Anreize könnten mit den eigenen oder familiären Migrationserfahrungen zusammenhängen. So könnte die gleichberechtigte Teilhabe von MigrantInnen am gesellschaftlichen Leben ein politisches Ziel von Abgeordneten mit Migrationshintergrund sein. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass das Engagement gegen soziale Ungleichheit von MigrantInnen ein normativer Anreiz für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund darstellt.

2.3.4 Kontextuelle und situationelle Dimensionen von Ethnizität

An dieser Stelle sollen die Überlegungen von Saward (Kap.2.1) zu den unterschiedlichen Handlungszonen (Wahlkreis und Parteiinteressen) von Abgeordneten und die Mehrdimensionalität unterschiedlicher individueller Identifizierungen, die jeweils kontext- und situationsabhängig aktiviert werden können, zusammengeführt werden. Ich gehe davon aus, dass unterschiedliche Handlungszonen einen Einfluss auf unterschiedliche Repräsentationsformen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund haben. Dabei ist zu beachten, dass Abgeordnete mit Migrationshintergrund aus ihrer vermittelnden Position heraus vor unterschiedlichem Publikum in unterschiedlichen Handlungszonen agieren müssen. Für Okamura ist die Aktivierung ethnischer Identitäten abhängig von:

„the actor’s subjective perception of the situation in which he finds himself“ und „the salience he attributes to ethnicity as a relevant factor in that situation“ (Okamura 1981: 454; Waters 1990; Jenkins 1997).

Brubaker und Cooper argumentieren:

„Self- and other-identification are fundamentally situational and contextual“ (Brubaker/Cooper 2000: 14).

Für Nagel sind ethnische Grenzziehungen ein:

„(...) dialectical process involving internal and external opinions and processes as well as the individuals self-identification and outsiders ethnic designation – i.e. what you think your ethnicity is versus what they think your ethnicity is. Since ethnicity is changing situationally, the individual carries a portfolio that are more or less salient in various situations vis a vis various audiences. When audiences change the socially defined array of ethnic choices open to the individual changes“ (Nagel 1994: 162).

Im Folgenden werden die Situationen, Kontexte und Interaktionen, in denen sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund bewegen, herausgearbeitet, um mögliche Bedingungen von ethnischen und anderen Identifizierungen und politischen Handlungen sichtbar zu machen. Es lässt sich festhalten, dass mögliche ethnische und andere Identifizierungen immer im Kontext ihrer Aktivierungen zu berücksichtigen sind. Geht man von der Annahme aus, dass ethnische Identifizierungen situations- und kontextabhängig sind, dann ist es notwendig, die Kontexte und Situationen zu bestimmen, in denen die

Abgeordneten mit Migrationshintergrund politisch handeln. Fasst man die Literatur zur politischen Repräsentation zusammen, lassen sich drei Eigenschaften der Kontexte ausfindig machen, die einen Einfluss auf ethnische Grenzziehungen haben könnten. Die Parteien, die Bevölkerungsstruktur und das Niveau ethnischer Organisation.

Parteien

Die Parteien bilden Gelegenheitsstrukturen für politische Akteure, um sich politisch zu engagieren und politische Verantwortung zu übernehmen. Die Parteien rekrutieren dabei Mitglieder, vergeben Posten und stellen KandidatInnen für die Wahlen auf. Dabei entscheiden die Parteien welche Sozialcharakteristika der Abgeordneten relevant sind, wenn es um die Rekrutierung und Kandidaten- bzw. Listenaufstellungen geht (Norris/Lovenduski 1995; Norris 1997) Sie sind somit Teil von Grenzziehungsprozessen und haben einen entscheidenden Einfluss darauf, wo und auf welche Art und Weise sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund positionieren. Eine Erklärung für die Präsenz oder Abwesenheit von Menschen mit Migrationshintergrund sehen Norris und Lovenduski (1993) in den Selektionsprozessen innerhalb der Parteien. Einige empirische Studien stützen diese Annahme und zeigen insbesondere die Schlüsselfunktion von Parteien, wenn es um die Aufstellungsprozesse von KandidatInnen mit Migrationshintergrund geht (Solomos/Back 1995; Martiniello 1998; Bird/Saalfeld/Wüst 2010; Maxwell 2012; Nergiz 2013). Einige Studien konnten zeigen, dass die Schirmherrschaft bestimmter Parteieliten entscheidend dafür war, dass Abgeordnete mit Migrationshintergrund in politische Ämter kommen. Diese Schirmherrschaft bestand aus den strategischen Überlegungen der Parteieliten, „ethnic votes“ für sich und die Partei zu gewinnen. Dabei spielen die Angebots- und Nachfragedynamiken innerhalb der Parteien eine wichtige Rolle. Auf der Angebotsseite braucht es geeignete und qualifizierte BewerberInnen, die Nachfrage fokussiert sich auf die Ansprüche und Forderungen der verschiedenen „gatekeeper“ (WählerInnen, parteiinterne Selektoren wie z.B. Vorstand in Parteien) (Norris/Lovenduski 1993: 377). Die Parteien bewerten bei den Kandidatenaufstellungen die sozialen Eigenschaften wie z.B. berufliche Qualifikation, Geschlecht oder den Migrationshintergrund als positive oder negative Merkmale, wobei immer wahlstrategische Überlegungen eine Rolle spielen können (Norris/Lovenduski 1993: 377). Wie oben bereits erwähnt, sind in repräsentativen Demokratien die sozialen Eigenschaften der KandidatInnen von grundlegender Bedeutung,

da sie das Gesicht der Parteien bei den Wahlen repräsentieren. Die beiden Ebenen der Angebots- und Nachfrageseite interagieren innerhalb des politischen Feldes, wie z.B. bei Rekrutierungs- und Nominierungsprozessen.

“In practice supply-side and demand-side factors interact. Perceived prejudice by party activists, complex application procedures, or anticipated failure, may discourage potential candidates from coming forward” (Norris/Lovenduski 1993: 381).

Fraglich ist dabei, ob der Migrationshintergrund von den Eliten in den Parteien als positives oder negatives Merkmal bewertet wird. Entscheidend für die vorliegende Studie ist, ob und wie die Abgeordneten ihren Migrationshintergrund während der Rekrutierungs- und Nominierungsphase wahrnehmen und ob sie ihrem Migrationshintergrund in diesen Phasen eine Bedeutung beimessen. Dabei gilt es zu beachten, dass Parteien nicht ausschließlich als stimmenmaximierende rationale Akteure ohne jegliche ideologische Ausrichtung zu betrachten sind. Auch wenn diese Studie keinen organisationstheoretischen Ansatz verfolgt, so ist es dennoch notwendig zu verstehen, dass es sich bei Parteien

„nicht ausschließlich um einheitliche Akteure handelt, (...) sondern [sie] aus unterschiedlichsten Gruppierungen, Organisationseinheiten und Gliederungen bestehen, die jeweils völlig unterschiedliche Interessen vertreten können“ (Jun/Haas/Niedermayer 2008: 14).

Daraus folgt, dass neben dem Interesse der Parteien Wahlen zu gewinnen und dafür die geeigneten KandidatInnen aufzustellen durchaus unterschiedliche Interessen bezüglich der Rekrutierung und Nominierung von KandidatInnen mit Migrationshintergrund bestehen können. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund bewegen sich also in einem komplexen Parteiengeflecht, das aus verschiedenen Erwartungen, Netzwerken und Interessen besteht.

- *Die Wahrnehmung der Abgeordneten mit Migrationshintergrund ein strategisches Element bei der Wählermobilisierung der Partei zu sein, hat einen Einfluss auf die politische Positionierung (integrations- und migrationspolitischen Themen) und führt zu einem ethnisch geprägten politischen Selbstverständnis.*

- *Die Erwartungen der Partei den Werten einer Partei zu folgen, ist entscheidender für das politische Selbstverständnis und die politische Praxis als ethnische Grenzziehungen.*
- *Die Erwartungen von Partei, WählerInnen und Öffentlichkeit sind ambivalent und führen somit zu unterschiedlichen Handlungsoptionen.*

Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Migrantenorganisationen als Gelegenheitsstrukturen

Die bisherigen Annahmen über Ethnizität als mögliche Ressource im politischen Feld und das Aufkommen von ethnischen Entrepreneurs, BrückenbauerInnen usw. sind immer gekoppelt an eine zu mobilisierende Masse von Menschen mit Migrationshintergrund in den jeweiligen Städten. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund stellt eine Gelegenheitsstruktur für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund dar, die gegebenenfalls von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund mobilisiert werden kann. Ein Indiz für das Vorhandensein einer Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist deren politische und gesellschaftliche Organisation in Städten.

In dem Abschnitt zum Stand der Forschung wurden einige Studien diskutiert, die den Einfluss von Umfang und Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf die politische Repräsentation herausgestellt haben (Garbaye 2005, Maxwell 2012, Martiniello 1998). Für Maxwell stellen segregierte Gruppen ein Mobilisierungspotential dar, da sie auf ethnische Netzwerke angewiesen sind, um ihre Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren. Fraglich ist dabei, ob die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover und Frankfurt sich selbst und ihre Herkunftsgruppe als segregiert und benachteiligt wahrnehmen und ob das einen Einfluss auf ihre Darstellungs- und Repräsentationsmuster hat. Dennoch soll hier die Annahme festgehalten werden, dass Gruppenmobilisierung eine wertvolle Ressource für die politische Integration darstellt.

Tillie und Fennema machen einen Vorschlag, die Kontextbedingungen für die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund zu spezifizieren. In ihrer Studie zu Amsterdam und anderen niederländischen Städten konnten Tillie und seine Forschungsgruppe eine Korrelation zwischen dem Ausmaß politischer Partizipation und politischem Vertrauen auf der einen Seite und der Dichte und Anzahl der Netzwerke ethnischer Organisationen auf der anderen Seite feststellen (Fennema/Tillie 1999: 201;

Jacobs/Tillie 2004: 240; Tillie 2004: 160). Auch wenn die Studie nicht das Ausmaß und Bedingungen politischer Partizipation von MigrantInnen im Fokus hat, so lassen sich trotzdem die Überlegungen übernehmen, dass „ethnic civic community“ eine Ressource darstellt, die eingebettet ist „in the structure of the organisational network of a community“ (Tillie 2004:160). Interessant für mein Forschungsinteresse sind dabei zwei Punkte von Charakteristika der „ethnic civic community“: die Anzahl ethnischer Organisationen und die Verfügbarkeit von ethnischen Massenmedien bzw. in welchem Ausmaß diese strukturellen Bedingungen von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen werden. Tillie unterscheidet zwischen individuellem und kollektivem sozialen Kapital. Individuelles soziales Kapital besteht aus den individuellen Netzwerken. Das kollektive soziale Kapital besteht aus dem Ausmaß der „ethnic civic community“. Ich gehe davon aus das ethnische Strukturen in einer Stadt und ihre Vernetzungen einen Einfluss auf die Abgeordneten mit Migrationshintergrund haben können. So könnte das individuelle soziale Kapital von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund beim Eintritt in die Partei und Kandidatenaufstellungen genutzt werden. Eine hohe Anzahl von z.B. türkischen Organisationen und Medien könnten für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund bei der Wählermobilisierung ein wichtiger Faktor sein, um ein Gruppenbewusstsein herzustellen. Das Vorhandensein einer „ethnic civic community“ könnte die Parteien dazu bewegen eine/n Kandidat/ie/n mit Migrationshintergrund aufzustellen, die bzw. der einer großen und gut vernetzten ethnischen Gruppe zugeordnet wird. Ich schließe daraus, dass der Umfang und der Grad der Vernetzung von ethnischen Gruppen in einer Stadt einen Einfluss auf die Selbstverständnisse und politischen Handlungen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund haben.

2.4 Ethnische Grenzziehungen und Positionen

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit den Karrierewegen, Selbstverständnissen und der politischen Praxis von Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Dabei hat die Studie nicht das Ziel, den Zusammenhang zwischen den Interessen der WählerInnen und dem politischen Handeln von Abgeordneten zu untersuchen. Vielmehr soll untersucht werden, wie die Abgeordneten ihre Repräsentationsrolle interpretieren und wahrnehmen. Die möglichen ethnischen Grenzziehungsprozesse im kommunalpolitischen Kontext zu untersuchen, bedeutet sich mit der politischen Positionierung von Abgeordneten mit

Migrationshintergrund auseinanderzusetzen. In den bisherigen Ausführungen sind bereits einige Typologien von Rollen und Identifizierungen von Abgeordneten vorgestellt worden, die in der Literatur auftauchen (Kap 2.3.2). Im Folgenden sollen einige rollentheoretische Annahmen diskutiert werden, da sie einen wichtigen Bezugspunkt in den politikwissenschaftlichen Debatten darstellen. In einem zweiten Schritt werden Positionen als Alternative zu rollentheoretischen Annahmen formuliert, da letztere zu einer Einengung und Limitierung führen und Spannungsverhältnisse zwischen politischen Identifizierungen und politischer Praxis nur unzureichend abbilden können.

Rollentheorien und politische Repräsentation

In der Repräsentationsforschung lassen sich seit längerem rollentheoretische Annahmen finden, die die politischen AkteurInnen in das Zentrum ihrer Analysen rücken (Wahlke/Buchanan/Eulau/Ferguson 1962; Loewenberg/Mans 1988). Wahlke et al. definieren Rollen als Bündel geteilter und informell vermittelter Normen („coherent set of Norms“: (Wahlke/Buchanan/Eulau et al. 1962: 8). Die methodologische Herangehensweisen, wie z.B. qualitative und quantitative Interviews, führen allerdings dazu, dass Rollen dabei als Rollenorientierungen von Abgeordneten verstanden werden, nicht aber als eine Kombination von Orientierung und Verhalten (Schöne 2010. 38). In ihrem Modell zu parlamentarischen Rollen unterscheiden Wahlke et al. zwischen zwei Repräsentationsformen Style und Focus (Eulau/Wahlke/Buchanan/Ferguson 1959: 756). Die Style-Dimension bezieht sich auf die Frage,

"whether the representative should act as an agent who takes instructions from his constituents rather than act according to his own mature judgement" (Thomassen 1991: 262).

Die style Dimension bezieht sich somit auf das, was Pitkin als „the mandate-independence controversy“ bezeichnet. Dabei geht es um die Frage, ob ein Abgeordneter im Sinne des freien Mandates als Delegierter (trustee) seiner Wählerschaft handelt, oder im Sinne des imperativen Mandats (delegate), die Interessen seiner Wählerschaft über seine eigenen Urteile stellt. Die Focus Dimension fragt danach, wer repräsentiert wird, z.B. die lokalen WählerInnen, eine Nation usw. und ist somit output orientiert. Denn

"[the] focus of representation refers to the interest the representative must defend, local interests of his constituency or those of the nation" (Thomassen 1991: 262).

Repräsentation wird dabei hauptsächlich anhand des repräsentierten "Inhaltes" gemessen. Entscheidend ist, was repräsentiert wird, welche Interessen und Wünsche beispielsweise umgesetzt werden. Es ist im Unterschied zum style nicht von Relevanz, wie diese "richtigen" Entscheidungen zustande kommen. Die Unterscheidung der beiden Dimensionen ist theoretisch bedeutsam, weil sie verdeutlicht, dass Focus, d.h. wen der Abgeordnete vertritt, und Style, d.h. wie er oder sie sein bzw. ihr Mandat ausübt, voneinander unabhängig sein können.

Es bleibt festzuhalten, dass sich die Abgeordneten in unterschiedlichen Handlungskontexten bewegen und mit verschiedenen AkteurInnen inner- und außerhalb ihrer parlamentarischen Tätigkeit interagieren. Die Idee von multiplen Handlungskontexten und Interaktionspartnern halte ich für einen geeigneten Rahmen, um unterschiedliche Rollen zu erfassen. Für die Fragestellung der vorliegenden Studie bieten sich die Schriften von Searings an, der dem struktur-funktionalistischen Ansatz von Wahlke einen motivationalen Ansatz entgegenstellt. Für Searing sind politische Rollen „composite patterns of goals, attitudes, and behaviours characteristic of people in particular positions“ (Searing 1995: 418-437). Motive, Ziele und verschiedene parlamentarische Rollen von Abgeordneten stehen bei Searing im Mittelpunkt der Analyse. Basierend auf offenen Interviews und teilnehmender Beobachtung rekonstruiert Searing acht verschiedene Rollen, die er nach Positionsrollen und Präferenzrollen differenziert. Die Stärke von Searings Ansatz liegt in der methodologischen Erweiterung durch die teilnehmende Beobachtung, die zusätzlich zu den Rollenorientierungen auch tatsächliches Rollenverhalten miteinbezieht.

Die Ansätze, die Rollenorientierungen in den Fokus rückten und somit das konkrete Rollenverhalten nicht erfassen konnten, führten zu einer konzeptionellen Erweiterung einer „Stilanalyse“ und somit einer Fokussierung auf die Abgeordnetenpraxis (Patzelt 2009: 331). Die Arbeiten Fenno untersuchen dabei die alltägliche Praxis und Konventionen des politischen Handelns von Abgeordneten. Fenno interessiert dabei nicht nur die Rollenorientierungen, die dem Handeln von Abgeordneten zugrunde liegen, sondern vielmehr das beobachtbare Verhalten von Abgeordneten. Die Abgeordneten bewegen sich dabei in zwei Handlungsarenen, die zwischen „home style“ und „hill style“ differenziert

werden. Patzelt hat in seinen Arbeiten die beiden Stile als „Wahlkreisstil“ und Parlamentsstil“ übersetzt (Patzelt 1993: 77).

Die bisherigen Ausführungen konnten zeigen, dass sich Abgeordnete in unterschiedlichen Handlungsarenen bewegen und dabei unterschiedliche Rollen einnehmen können. Kühne hält allerdings zu Recht fest, dass „nur selten untersucht wird, welche verschiedenen Rollen ein Abgeordneter innerhalb des Parlaments innehaben kann“ (Kühne 2013: 481). Ziel der vorliegenden Studie ist es, durch die Fokussierung auf die politische Praxis und durch die Kombination verschiedener Methoden, diese Forschungslücke zu schließen.

Positionen und ethnische Grenzziehungen

Habermas sieht in den Rollen einen Determinismus, weil sie keine Rücksicht auf die im Sozialisierungsvorgang entstehende Individualisierung nehmen (Habermas 1973: 120). Der Determinismus von Rollentheorien berücksichtigt nicht die Freiheitsgrade von Individuen. Unter Rückgriff auf Goffman behandelt Habermas das Problem der Interrollenkonflikte, bei dem der Einzelne oft mit einer großen Anzahl an einander nicht kompatibler Erwartungen und Bezugsgruppen konfrontiert werde. Habermas greift auf die bei Goffman beschriebene Rollendistanz zurück (Habermas 1973: 127). Danach könnten sich Individuen von den an sie gerichteten Anforderungen emanzipieren. Ein alternatives Konzept, das die Rollentheorie nicht aufgibt, sondern erweitert, findet sich in den Konzepten und Annahmen von Positionen und positionalen Systemen. Positionen, so die Annahme, ergeben sich aus den Prozessen der Individualisierung in und zwischen unterschiedlichen sozialen Situationen (White 1992: 314). Einige Annahmen der neueren Netzwerkforschung gehen davon aus, dass sich im Laufe der Sozialisation durch unterschiedliche Identitätsprozesse mit unterschiedlichen Positionierungen in verschiedenen Rollenrahmen die Eigenheiten der Person herausbilden. Die personale Identität kann als eine Positionierungsgeschichte angesehen werden, die in Aushandlungsprozessen von Konflikten in verschiedenen Netzwerken entsteht. Der Habitus (Bourdieu 1982), der aus sozialen Klassen erwächst, ist die Folge davon. Mit dem Begriff der personalen Identität ist gemeint, dass Personen bestimmte Eigenschaften zugeordnet werden, die sich aus den im Laufe des Lebens durchschrittenen unterschiedlichen Positionierungen in sozialen Kreisen ergeben können.

Der Determinismus, der aus den Rollentheorien entsteht, wird in den Netzwerkforschungen durch ein „sozialkonstruktives und situationales Muster“ ersetzt (White 1992;

White/Nevitte/Blais/Gidengil/Fournier 2008; Stegbauer 2010: 138). Die Menschen greifen bei den Aushandlungen zum Teil auf bekannte Verhaltensmuster zurück, die sich an den Mustern von Rollentheorien orientieren. Trotz dieser „Leitbilder“ erfolgt die Aushandlung von Positionen in konkreten Situationen. Solche Situationen sind durch eine Offenheit hinsichtlich des Aushandlungsprozesses gekennzeichnet. Diese Spannungsverhältnisse „zwischen „Common Sense“ über Rollenbeziehungen und der Einzigartigkeit von Situationen mit ihren Aushandlungen in konkreten Situationen nennt man unter den Rückgriff auf Nadel „Theory of Social Structure“ (Nadel 2013), „Nadels Paradox“ (DiMaggio 1992; Stegbauer 2010: 138). Das Problem wird auf die Aushandlungsebene verlagert. Dort konstituiert sich eine Struktur, die unter Rückgriff auf den „Common Sense“ entsteht. Die Akteure orientieren sich an den meist bekanntesten und in ähnlichen Situationen herausgebildeten Konventionen. Nach White sind es die AkteurInnen, die das Problem des Paradoxons lösen können (White 1992; White/Nevitte/Blais et al. 2008). Einen ähnlicher Ansatz lässt sich bei Anthias finden, die aus einer intersektionellen Perspektive heraus ein Konzept von Zugehörigkeit entwickelt, das sie als "translokale Positionalität" bezeichnet (Anthias 2002,2009). Mit diesem Begriff verweist sie einerseits auf den intersektionell strukturierten sozialen Ort von Individuen in der Gesellschaft und andererseits auf die komplexe und widersprüchliche Natur von Positionierungen, die sich durch die Überschneidung von Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit ergibt. Obwohl die Grenzen zwischen Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit eigentlich flexibel und kontextabhängig sind, werden diese gegen innen oft homogenisiert, wobei Prozesse der Differenzierung (Dichotomisierung, Naturalisierung und Zuschreibung) und der Hierarchisierung eine Rolle spielen (Anthias 2002,2009).

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, dass Grenzziehungsansätze bestimmte Strategien für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund zur Verfügung stellen, um sich gegenüber Zuschreibungen und Erwartungen positionieren zu können. Durch Grenzüberschreitungen (boundary crossing) können Abgeordnete mit Migrationshintergrund versuchen, die eigene Position im Hinblick auf die ethnischen Grenzen zu verbessern. Sie identifizieren sich mit der sozial erwünschten Kategorie und versuchen sich anzupassen (Wimmer 2008, 1039 f.). So könnte es sein, dass die Abgeordneten sich von bestimmten in der Öffentlichkeit problematisierten Gruppen distanzieren und eine Assimilation in den Mainstream anstreben. Durch Grenzverwischung (boundary blurring) werden ethnische Grenzziehungen durch die Betonung anderer Kategorien, bspw. universelle Zugehörigkeiten

(ganze Stadtbevölkerung, Partei), für unwichtig erklärt. Die Strategie der Aufwertung hat das Ziel, die Hierarchie zwischen Kategorien umzudeuten und die eigene stigmatisierte Gruppe aufzuwerten (Wimmer 2008, 1037 f.). Dies lässt sich z.B. bei den von Back und Solomos beschriebenen „black socialists“ beobachten. Zuletzt zielen Grenzverschiebungen (boundary shifting) auf eine Öffnung der Grenze und Erweiterung der Wir-Gruppe um die vormals ausgeschlossene Ihr-Gruppe ab (Zolberg und Woon 1999).

Die Grenzziehungsstrategien bringen unterschiedliche Positionen hervor, die zwischen verschiedenen (ethnischen) Zugehörigkeiten oszillieren. Diese Positionen sind eingebettet in unterschiedliche Erwartungen, die an die Abgeordneten durch die Parteien und die Wählerschaft gerichtet werden. Die Abgeordneten bewegen sich zudem in unterschiedlichen Handlungsarenen, in denen diese Erwartungen immer wieder neu ausgehandelt werden müssen.

3 Studiendesign und methodologische Überlegungen

Die vorstehende Diskussion zum Stand der Forschung machte klar, dass die Literatur zur politischen bzw. parlamentarischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund an einigen Stellen methodologische Limitierungen aufweist. Dabei lassen sich Studien finden, die entweder Subjektivierungsprozesse von Abgeordneten mit Migrationshintergrund durch qualitative Interviews oder das parlamentarische Verhalten durch quantifizierende Dokumentenanalysen erfassen. Will man ethnische Grenzziehungsprozesse von Abgeordneten mit Migrationshintergrund im kommunalpolitischen Kontext analysieren und verstehen, dann ist es notwendig, Subjektivierungsprozesse bzw. politische Identifizierungen und das politische Verhalten zusammen zu untersuchen. Um ethnische Grenzziehungsprozesse im kommunalpolitischen Kontext erfassen zu können, habe ich mich für eine Mischung aus mehreren methodischen Vorgehensweisen entschieden. Der Methodenmix bestand dabei aus offenen Leitfadeninterviews, teilnehmenden Beobachtungen und Dokumentenanalysen, die simultan und im Zeitraum von 2011 bis 2014 in Hannover und Frankfurt durchgeführt wurden. Für die Dokumentenanalyse konnte ich primär auf Terminkalender der Abgeordneten mit Migrationshintergrund und auf die online verfügbaren Sitzungs- bzw. Wortprotokolle der beiden Stadtparlamente zurückgreifen. Da die Selbstpräsentation von PolitikerInnen und der Wählerkontakt zunehmend online geschieht, stützen sich folgenden Analysen zusätzlich auf eine Online-Ethnografie der Facebook-Profile von Abgeordneten mit Migrationshintergrund. In der Entwicklung der Methodologie greife ich mit dieser Arbeit auf Ansätze der Grounded Theory zurück (Glaser/Strauss 1967), wobei dieser nicht in jedem einzelnen Schritt strikt gefolgt wird. Die methodologische Positionierung der Grounded Theory entstand aus der Abgrenzung zu einem nomologisch-deduktiven Forschungsmodell, das auf das Testen und Verifizieren von Theorie ausgerichtet ist (Glaser/Strauss 1967: 26ff.). Glaser und Strauss plädieren dabei für eine induktive Herangehensweise, in der die Erkenntnisse allein aus dem empirischen Material gewonnen und nicht durch theoretische Vorannahmen des Forschers verzerrt werden. Für Breidenstein et al. bedeutet ethnographische Analyse „analytische Ansätze zu rezipieren, sich mit soziologischen Theorieschulen auseinanderzusetzen und gegenstandsbezogene Arbeiten zu konsultieren“

(Breidenstein/Hirschauer/Kalthoff/Nieswand 2015: 118). Die formulierten theoretischen Grundannahmen der vorliegenden Arbeit dienten als konzeptioneller Analyserahmen, der die Untersuchung strukturierte. Das Wissenschaftsverständnis, das dieser Arbeit zugrunde liegt, ist kein theorieprüfendes Verfahren, in dem Hypothesen in Form von Theorien geprüft werden sollen. Vielmehr sollen subjektive Sinn- und Relevanzstrukturen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover und Frankfurt beschrieben werden, um darüber hinaus zu Erkenntnissen über ethnische Grenzziehungsprozesse im kommunalpolitischen Kontext zu gelangen. Das Ziel ist es, Identifizierungsprozesse und insbesondere ethnische Grenzziehungsprozesse mit dem politischen Alltag bzw. der politischen Praxis der Abgeordneten mit Migrationshintergrund zusammenzubringen. Daher hat diese Arbeit neben den qualitativen Interviews und einer eher quantifizierenden Dokumentenanalyse einen ethnographischen Ansatz gewählt, in dem die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in einem Zeitraum von vier Jahren immer wieder beobachtet und begleitet wurden. Dieser Ansatz bot vor allem zwei Vorteile:

- Mit der teilnehmenden Beobachtung konnte ich Regeln und alltagspraktische Verhaltensmuster erheben, die den Abgeordneten nicht immer bewusst waren oder ihnen nicht als erwähnenswert erschienen, weil sie selbstverständliche Bestandteile ihres politischen Alltags sind. Die teilnehmende Beobachtung ermöglichte nicht nur intellektuelles Wissen zu sammeln, sondern ein Gefühl für das Feld zu entwickeln. Gerade der Umstand, dass lokale Abgeordnete mit Migrationshintergrund in unterschiedlichen Kontexten mit unterschiedlichen AkteurInnen interagieren, machte die teilnehmende Beobachtung zu einem wichtigen methodologischen Instrument.
- Die offenen Leitfadeninterviews konnten einen Einblick in die Relevanzstrukturen, Interpretation und Deutungen der politischen Praxis von Abgeordneten mit Migrationshintergrund geben. Im Zentrum standen Selbstverständnisse und Rollenverständnisse im kommunalpolitischen Kontext.
- Die Dokumentenanalyse von Sitzungsprotokollen hatte zum Ziel, die substantielle Repräsentation zu untersuchen, um Erkenntnisse über einen Teil der politischen Praxis zu bekommen. Die Rekonstruktion des politischen Alltags wurde durch die Analyse von Facebook-Profilen und Terminkalendern komplettiert.
- Ich habe mich in der vorliegenden Analyse für kommunale Abgeordnete mit Migrationshintergrund in Frankfurt und Hannover entschieden. Die beiden lokalen

Kontexte sollen dabei nicht systematisch verglichen werden, vielmehr sollen ethnische Grenzziehungsprozesse auf ihre kontextuellen und situationellen Bedingungen hin untersucht werden. Meine theoretischen Überlegungen sind dabei, dass die lokale Ebene vielfältige Kontaktmöglichkeiten zwischen den Abgeordneten und BürgerInnen bietet, die ich mir als Forscher zunutze machen will. Politische Prozesse werden dadurch für die politischen Akteure aber auch für den Beobachter anschaulich und erfahrbar, da sie vielfältige Beeinflussungschancen und Mitwirkungsmöglichkeiten bereithalten (Bogumil/Holtkamp 2007: 9).

Diese methodologische Triangulation bzw. die Kombination verschiedener Methoden hatte zum Ziel, die Selbstverständnisse und politische Praxis von Abgeordneten mit Migrationshintergrund zusammenzubringen. Die Kombination und Spiegelung der einen Methode ermöglichte die Validierung der Ergebnisse anderer. Die verschiedenen methodologischen Ansätze produzierten unterschiedliche Daten, die zu einem Erkenntnisgewinn auf unterschiedlichen Ebenen führte (Flick 2011: 11). Die verschiedenen Analyseebenen machten gleichzeitig die Widersprüchlichkeiten und Inkonsistenzen deutlich, die durch die verschiedenen Daten und Methoden entstanden. Diese Bruchstellen und Spannungsverhältnisse waren allerdings konstitutiv für eine der Hauptkenntnisse dieser Arbeit, nämlich dass sich Varianzen und Spannungsverhältnisse verschiedener Identifizierungen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in der politischen Praxis beobachten lassen. Im Folgenden werde ich zunächst die unterschiedlichen Erhebungs- und Auswertungsmethoden beschreiben. Danach gehe ich auf die spezifischen komparativen Ziele der Studie ein und letztlich werde ich meinen eigenen Migrationshintergrund im Feld reflektieren.

3.1 Die Untersuchungsgruppe – Rekrutierung von InterviewpartnerInnen

Das Sampling der Untersuchungsgruppe erfolgte nach drei festgelegten Kriterien. Das erste Kriterium war, dass die InterviewpartnerInnen bzw. beobachteten Abgeordneten einen Migrationshintergrund aufweisen mussten. Als Abgeordnete mit Migrationshintergrund haben ich Personen einbezogen, die nicht in Deutschland geboren sind und in dieses Land einwanderten oder aber Kinder eines Vaters und/oder einer Mutter sind, die nicht deutsche Staatsangehörige sind oder waren. Es wurde also die erste und zweite Migrantengeneration einbezogen, inklusive der Kinder bikultureller Paare. Wenn ich in diesem Text von

MigrantInnen, EinwandererInnen oder migrantischen Abgeordneten spreche, meine ich immer diese Gruppe. Identifiziert wurden die Abgeordneten mit Migrationshintergrund anhand eines ausländischen Geburtsorts und/oder eines die ausländische Herkunft nahe legenden Namens. Die Einordnung wurde gegebenenfalls durch Onlinerecherchen, z. T. im direkten Kontakt verifiziert.

Das zweite Kriterium war, dass die PolitikerInnen mit Migrationshintergrund bei den Kommunalwahlen 2011 in die Stadtparlamente der beiden Städte Frankfurt und Hannover gewählt wurden, d.h. das Sample bestand nur aus Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Das dritte Kriterium, das nur für die teilnehmenden Beobachtungen in der Wahlkampfphase galt, bestand aus KandidatInnen mit Migrationshintergrund, die eine gute Listenplatzierung aufwiesen und somit gute Chancen hatten in die Stadtparlamente gewählt zu werden. Dies bestätigte sich im Laufe des Forschungsprozesses, d.h. alle KandidatInnen mit Migrationshintergrund, die während der Wahlkampfphase beobachtet wurden, gelangten anschließend in die Stadtparlamente.

Kommunalwahlen in Hannover und Frankfurt

In Hannover wurde am 11. September 2011 die neue Ratsversammlung der Landeshauptstadt Hannover gewählt. Die 64 Ratssitze verteilten sich auf 24 Abgeordnete der SPD, 16 Abgeordnete der CDU, 14 Abgeordnete der Grünen, zwei Abgeordnete der FDP, drei Abgeordnete der Linken, einen Abgeordneten der Wählergemeinschaft (WfH) und jeweils zwei Sitze belegten die Piraten und die Hannoveraner. Fünf der 64 gewählten Ratsmitglieder wiesen einen Migrationshintergrund vor (siehe Tabelle 1). Vier von fünf Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund bilden das Sample für die Stadt Hannover.

In Frankfurt fanden die Wahlen am 27.03.2011 statt. Die CDU konnte 28 und die Grünen 24 Mandate in der Stadtverordnetenversammlung erlangen. Beide Fraktionen hatten somit eine deutliche Mehrheit der 93 Sitze im Frankfurter Stadtparlament. Die SPD kommt auf 20 Mandate. Die Linke kann fünf Mandate erlangen. Die FDP und die Freien Wähler kommen jeweils auf vier Mandate in der Stadtverordnetenversammlung. Die Piraten kommen auf zwei Mandate und sechs weitere Parteien und Wählergruppen kommen auf jeweils ein Mandat. Von den 93 Stadtverordneten hatten zunächst 15 Stadtverordnete einen Migrationshintergrund. Im Laufe der Legislaturperiode schieden vier Stadtverordnete mit

Migrationshintergrund aus und es kamen drei Stadtverordnete mit Migrationshintergrund hinzu. Das Sample in Frankfurt umfasst zwölf Stadtverordnete mit Migrationshintergrund. In Hannover machen die Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund 7,8 % der gesamten Ratsversammlung aus. In Frankfurt kommen die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund auf 16,1 %. Vergleicht man die Anzahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund mit der Bevölkerungsstruktur der beiden Städte (Kap. 3.6), dann fällt auf, dass eine erhebliche Unterrepräsentation der Menschen mit Migrationshintergrund vorliegt. In Frankfurt machen AusländerInnen und deutsche StaatsbürgerInnen mit einem Migrationshintergrund 47,4 % der Stadtbevölkerung aus. In Hannover sind 27,8 % der EinwohnerInnen AusländerInnen und Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit.

Tabelle 1: Übersicht der interviewten Abgeordneten in Hannover

Name	Partei	Geschlecht	Geburtsjahr	Geburtsort	Migrationshintergrund
Kaya	SPD	m	1969	Deutschland	Türkei
Tuna	SPD	w	1971	Deutschland	Türkei
Güler	Grüne	w	1986	Deutschland	Türkei
Demir	Grüne	m	1981	Deutschland	Türkei

Tabelle 2: Übersicht der interviewten Abgeordneten mit in Frankfurt

Name	Partei	Geschlecht	Geburtsjahr	Geburtsort	Migrationshintergrund
Mehmet	SPD	m	1956	Türkei	Türkei
Amir	SPD	m	1983	Syrien	Syrien
Jannis	SPD	m	1951	Griechenland	Griechenland
Burcin	SPD	w	1969	Deutschland	Türkei
Herbert	SPD	m	1961	Deutschland	Österreich
Katharina	CDU	w	1974	Russland	Russland
Elif	CDU	w	1962	Türkei	Türkei
Ergül	Grüne	m	1970	Türkei	Türkei
Gülsen	Grüne	w	1971	Türkei	Türkei

Lea	Grüne	w	1961	Frankreich	Frankreich
Alev	Linke	w	1993	Deutschland	Türkei
Lorenzo	Liste	m	1958	Italien	Italien

Feldzugang und Rekrutierung

Der Zugang ins Feld basierte auf zwei Bausteinen. Erstens konnte ich auf Netzwerke und Kontakte zurückgreifen, die ich während der Studie „Vielfalt sucht Rat“ zwischen 2010-2011 aufbauen konnte. Für die Studie „Vielfalt sucht Rat“ hatte ich in den Jahren 2010-2011 über 30 Interviews mit Abgeordneten mit Migrationshintergrund aus ganz Deutschland geführt. Unter diesen befanden sich auch Abgeordnete mit Migrationshintergrund aus Hannover und Frankfurt. Durch den bereits bestehenden Kontakt und das Vertrauen, das durch die Veröffentlichung der Studie im Jahre 2011 entstanden war, konnte ich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund aus Hannover und Frankfurt für meine Studie gewinnen. Das bestehende Vertrauensverhältnis führte dazu, dass die bereits bekannten Abgeordneten Kontakte zu den KandidatInnen herstellten, die ich noch nicht kannte. Alle Interviewpartner wurden zunächst schriftlich kontaktiert. Meldeten sich potentiellen Interviewpartner nicht zurück, wurde telefonisch nachgefragt, sofern die Kontaktdaten ausfindig gemacht werden konnten. Zusätzlich wurden vor den Wahlkampfphasen die Kandidatenlisten analysiert und potentielle KandidatInnen mit Migrationshintergrund mit guten Listenplatzierungen ausfindig gemacht. Darüber hinaus wurde durch Onlinerecherche versucht, weitere Informationen über die KandidatInnen mit Migrationshintergrund zu sammeln.

3.2 Offene Leitfadeninterviews

Als methodischer Zugang wurden offene Leitfadeninterviews gewählt. Es mag zunächst ambivalent erscheinen, subjektive Identifikationsprozesse mit Hilfe eines Leitfadeninterviews zu analysieren, da diese Strukturierung gegen die Offenheit als eines der zentralen Prinzipien der qualitativen Sozialforschung steht (Lamnek/Krell 2010; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014). Für Przyborski und Wohlrab-Sahr wird gegen das Prinzip der Offenheit in Leitfadeninterviews dann verstoßen, wenn „sich an einer festen Reihenfolge vorgegebenen Frage orientiert (wird), die auf die subjektiven Relevanzstrukturen der

Befragten nicht eingeht, dieser vielmehr immer wieder abschneidet und dem vorab vorgenommenen Ordnungsraster unterwirft (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 139). Um das Spannungsverhältnis zwischen Offenheit und Strukturierung in der Kommunikation des Leitfadeninterviews zu regulieren, habe ich bereits in der Erarbeitung des Leitfadens die Offenheit über eine offene Erzählaufforderung und themenfokussierte Fragestellungen zusammengeführt (Rosenthal 2008: 48ff.). Der Leitfaden diente dabei primär als Orientierungshilfe, der je nach Interviewsituationen flexibel genutzt werden konnte. Das Ziel war es

„Raum für die Darstellung von Sachverhalten und Positionen in ihrem situativen Kontext, ihren Entstehungszusammenhang und ihre Einbettung in die Relevanzstrukturen der Befragten zu geben“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 144).

Auch Rosenthal formuliert die Forderung, sich als Forschende an „Relevanzsystemen der Alltagshandelnden“ (Rosenthal 2008: 53ff.) zu orientieren, was für sie zugleich eine Reflexion und Lösung von methodischen Prämissen bedeutet:

„Sind wir als SozialforscherInnen an bestimmten Themen interessiert – z.B. an Migrationsprozessen oder dem Erleben der Erwerbslosigkeit – erfordert dies, dass wir [...] nicht vorher festlegen, was zu einem Thema gehört und was nicht. Weder beim Erleben der Migration noch der Erwerbslosigkeit können wir vorab wissen, was für den einzelnen Alltagshandelnden relevant ist und was nicht“ (ebd.).

Strukturierung des Leitfadens: Von der Offenheit zur Spezifität

Wie oben bereits erwähnt, wurde am Anfang des Interviews eine offene, narrative Eingangsfrage gestellt, die Abgeordnete mit Migrationshintergrund dazu befähigen sollte, eine subjektive Perspektive auf das interessierende Phänomen zu entwickeln. Die Eingangsfrage lautete:

„Ich bin an ihrem politischen Werdegang interessiert. Vielleicht können sie mir einfach von ihren ersten politischen Erfahrungen bis wie sie in die Kommunalpolitik gekommen sind erzählen?“

Nach der offenen Frage wurden dann spezifischere Nachfragen gestellt, die sich an der Eingangserzählung orientiert haben. Ziel war es in der Eingangserzählung angedeutete aber nicht weiter ausgeführte Darstellungen näher zu durchleuchten, um die „signifikanten Konfigurationen“ der interessierenden Sachverhalte erfassen zu können (Merton 1995: 67).

Im Anschluss an die Erarbeitung und Erfassung der Eingangsdarstellung, wurden die thematisch geordneten Fragen gestellt. Die thematischen Fragen wurden allerdings flexibel gehandhabt und orientierten sich in einem Zirkelschluss immer wieder an der Eingangsdarstellung. Przyborski und Wohlrab-Sahr machen darauf aufmerksam, dass diese Vorgehensweise es ermöglicht

„Sachverhalte in ihrer situativen Einbettung und in ihrem sozialen, personalen, und institutionellen Kontext in den Blick zu nehmen“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 144).

Die thematischen Ausrichtungen basierten und orientierten sich an der Auseinandersetzung mit den theoretischen politikwissenschaftlichen und migrationssoziologischen Ansätzen zu Rollenverständnissen im Zusammenhang parlamentarischer Repräsentation und ethnischen Grenzziehungsprozessen (Kap.2). Daraus ergaben sich folgende Schwerpunkte, die sich in dem Leitfaden wiederfanden:

1. Politische Karrierewege

In diesem Themenkomplex wurden die politischen Erfahrungen, Motivationen und Netzwerke erfragt, die in die Stadtparlamente geführt haben. Dabei wurde zwischen den Phasen politische Erfahrungen vor dem Mandat im Stadtparlament, Parteientritt und Kandidatur unterschieden. Im Fokus stand neben den möglichen politischen Erfahrungen im Heimatland der weitere Verlauf der Migration. Erfragt wurde neben dem Beginn der politischen Arbeit in Deutschland, die Netzwerke und die kontextuellen Bedingungen der Untersuchungsstädte. Da wo keine eigenen, sondern nur familiäre Migrationserfahrungen vorlagen, wurden dennoch die Migrationserfahrungen der Familie erfragt, um mögliche Einflüsse auf die Identifizierungen und Motive aufspüren zu können.

2. Selbstverständnisse

In diesem Untersuchungsbereich wurden mögliche ethnische Grenzziehungen und Konstruktionen erfasst. Im Fokus stand dabei die mögliche Rolle des Migrationshintergrundes für politische Selbstverständnisse. Diese wurde allerdings in einem ersten Schritt nicht direkt erfragt, sondern z.B. durch die Frage nach politischen Alltagserfahrungen stimuliert. So lautete eine der Fragen nach möglichen ethnischen Grenzziehungen „Wie sieht so ein Wahlkampf eines Kandidaten aus? Was kann ich mir darunter vorstellen?“. Dabei blieb offen, ob in der Beschreibung des Wahlkampfes die Bedeutung des Migrationshintergrundes für die politische Mobilisierung thematisiert wird

oder nicht. Erst am Ende der Erzählungen und Darstellungen wurden konkrete Fragen zu Selbst- und Fremdwahrnehmungen in Bezug auf ethnische Grenzziehungen gestellt.

3. Politische Praxis

In dem letzten Themenabschnitt wurde nach dem politischen Alltag gefragt. Dazu gehörten neben der Erfassung der Ämter und Posten innerhalb der Parteien die Besetzung von Ausschüssen in den Parlamenten, sowie außerparlamentarische politische Aktivitäten. Ziel war es die Reflexionen und Konstruktionen des politischen Handelns im politischen Alltag zu erfassen.

Die drei Themenkomplexe sind nicht stringent voneinander trennbar. Innerhalb der politischen Karrierewege und der politischen Praxis werden verschiedene politische Identifizierungen sichtbar. Darüber hinaus wurden die Themenkomplexe flexibel der Eingangserzählung bzw. Darstellung angepasst, so dass sich die Prioritäten der einzelnen Themenkomplexe mit den unterschiedlichen Interviewpartnern änderten.

3.3 Teilnehmende Beobachtungen

Neben den offenen Leitfadeninterviews wurden teilnehmende Beobachtungen im Feld durchgeführt. Im Gegensatz zu qualitativen Interviews werden bei den teilnehmenden Beobachtungen die Daten zeitgleich mit den sozialen Geschehen und aus seiner lokalen Verortung heraus gewonnen (Breidenstein/Hirschauer/Kalthoff et al. 2015: 71). Beobachten bedeutet dabei erst einmal, dass der Forscher seine ganze Körpersensorik benutzt, um den Forschungsgegenstand zu erschließen. Zweitens muss der Forschende den sozialen Sinn des beobachteten Geschehens und der Ereignisse fokussieren und verstehen. Drittens muss der Forschende

„Situationen quer zu den vordergründigen Relevanzen der Akteure lesen und scheinbar Hintergründiges und Abseitiges ins Zentrum der Beobachtung rücken“ (Breidenstein/Hirschauer/Kalthoff et al. 2015: 71).

Ich habe mich bei meinen teilnehmenden Beobachtungen an den vier Strategien nach Scheffer orientiert (Scheffer 2002; Breidenstein/Hirschauer/Kalthoff et al. 2015: 75-80):

1. Wiederholung: Ein grundlegendes Problem der teilnehmenden Beobachtung ist die Komplexität und Geschwindigkeit des situativen Geschehens und der Interaktionen. Um dieser Komplexität und Geschwindigkeit gerecht zu werden, habe ich die beobachteten

Geschehnisse mit einer Videokamera oder einem Audiogerät aufgenommen. Zusätzlich habe ich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund mehrmals in den gleichen Kontexten wie z.B. im Wahlkampf oder anderen politischen Veranstaltungen beobachtet, um

„Wissenslücken zu schließen, Varianten zu entdecken, fehlende Details zu ermitteln oder den gesamten Ablauf mehr oder weniger zu komplettieren“ (Breidenstein/Hirschauer/Kalthoff et al. 2015: 75).

Dazu gehören z.B. regelmäßige Beobachtungen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund an Wahlkampfständen oder bei verschiedenen politischen Veranstaltungen. Ziel ist es durch die Wiederholungen die lokale Soziologie der beobachteten Geschehnisse zu erfassen, eventuelle Störungen und Abweichungen von alltäglichen Routinen wahrzunehmen, um sie mit den vorherigen Beobachtungen zu vergleichen (Breidenstein/Hirschauer/Kalthoff et al. 2015: 77).

2. Mobilisierung: Im Gegensatz zu den Wiederholungen, in der man vom gleichen Posten beobachtet, wurde bei diesem Erhebungsschritt der Posten verlassen, um den Abgeordneten zu folgen. Der kommunalpolitische Alltag, in dem sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund bewegen, besteht aus komplexen Netzwerken und Interaktionen in unterschiedlichen Kontexten. Sie agieren in den Ratssitzungen bzw. Stadtverordnetenversammlungen, sind Mitglieder verschiedener Ausschüsse, nehmen an Parteiversammlungen und verschiedenen politischen Veranstaltungen teil. Um ein adäquates Hintergrundwissen über die Interaktionen im kommunalpolitischen Kontext zu bekommen, wurden die Abgeordneten mit Migrationshintergrund daher in ihren zeit- und raumgreifenden Aktivitäten begleitet. Dazu wurden mehrere Abgeordnete während der Wahlkämpfe und anderen politischen Ereignissen über mehrere Stunden und Tage beobachtet. Laut Breidenstein et.al (2013) kann ein mobilisierter Beobachter

„per Spurensuche aufschlüsseln, wie Situationen zusammenhängen, was woran anschließt, was worauf aufbaut und was wie zueinander in Beziehung steht. Die Beobachtung verlässt hier die reine Situationsanalyse und verkoppelt sie mit der Analyse von Prozessen und Verfahren, also situationstranzendierende Zeiteinheiten“ (Breidenstein/Hirschauer/Kalthoff et al. 2015: 78).

3. Fokussierung: Die Fokussierung dient dazu, die Offenheit und eine weite Perspektive, die am Anfang des Forschungsprozesses noch besteht, einzugrenzen, um das

komplexe Forschungsfeld allmählich zu ordnen und auf die relevanten Merkmale zu konzentrieren. Dabei lassen sich thematische, zeitliche, räumliche sowie personale Fokussierungen unterscheiden. Die teilnehmenden Beobachtungen wurden von der personalen Fokussierung dominiert, in der die Abgeordneten mit Migrationshintergrund während der Wahlkämpfe und anderen politischen Veranstaltungen oft auf Schritt und Tritt begleitet wurden.

3. Perspektivenwechsel: Ziel des Perspektivenwechsels ist es, durch das Wechseln der sozialen Seite einen neuen Blick auf das Geschehene zu bekommen. Dies bedeutet, dass man sich mental mit gegensätzlichen und parteilichen Wahrnehmungsweisen auseinandersetzt. Während der Wahlkämpfe habe ich Wahlkampfstände aufgesucht und habe mich unter die potentiellen WählerInnen gemischt. Neben lockeren Gesprächen mit WählerInnen, habe ich Gespräche mit anderen KandidatInnen geführt, die keinen Migrationshintergrund hatten. Dazu kamen Gespräche mit KandidatInnen mit Migrationshintergrund, die nicht Teil meines Samples waren, da sie auf den Listen weit unten zu finden waren. Die Perspektive von WählerInnen einzunehmen, bedeutet zu reflektieren, dass unterschiedliche Erwartungen und Ansichten in Interaktionen entstehen können.

Im Fokus der teilnehmenden Beobachtung standen das Handeln und Interagieren von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Die Entscheidung, den methodologischen Zugang der teilnehmenden Beobachtung zu wählen, basierte auf der Annahme, dass ethnische Grenzziehungsprozesse situativ und kontextuell entstehen bzw. in sozialen Interaktionen zu verorten sind.

3.4 Dokumentenanalyse von Sitzungsprotokollen

Für die Analyse der substantiellen Repräsentation, also der Frage, ob sich der Migrationshintergrund im parlamentarischen Handeln widerspiegelt, wurden die Sitzungsprotokolle der beiden Stadtparlamente in Frankfurt und Hannover untersucht. Da die thematischen Schwerpunkte im Mittelpunkt standen, wurde stärker quantifizierend gearbeitet (mehr dazu in Kap. 6.1)

3.5 Analyse von Terminkalendern und Facebook-Profilen

Für die Rekonstruktion des politischen Alltages habe ich mehrere Quellen herangezogen. Aus Interviews konnte ich vor allem Daten über die Reflexionen, Interpretationen und Rekonstruktionen des politischen Handelns der Abgeordneten mit Migrationshintergrund gewinnen. Die Analyse der Terminkalender und Facebook-Profile machten es mir darüber hinaus möglich, Bewegungsprofile der Abgeordneten mit Migrationshintergrund zu erstellen, durch die thematische Schwerpunkte, politische Positionierungen und Netzwerke zu Organisationen analysiert werden konnten. Ähnlich wie bei den Sitzungsprotokollen wurde bei der Analyse eher quantifizierend gearbeitet.

Ich habe insgesamt sieben (fünf Frankfurt; zwei Hannover) Terminkalender von Abgeordneten mit Migrationshintergrund analysiert. Die Analyse umfasste den Zeitraum vom 01.01.2012-01.01.2013. In diesen Terminkalendern habe ich einen detaillierten Einblick in den politischen Alltag der Abgeordneten bekommen.

- Wie sieht der politische Alltag eines Abgeordneten mit Migrationshintergrund aus?
- An welchen Veranstaltungen nehmen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund teil?
- Mit welchen Organisationen und Vereinen sind die Abgeordneten mit Migrationshintergrund vernetzt?

Neben den Terminkalendern habe ich zehn Facebook-Profile (sieben Frankfurt; drei Hannover) der Abgeordneten mit Migrationshintergrund analysierte. Die Analyse der Facebook-Profile diente dazu die sieben Terminkalender abzugleichen und das Sample von Abgeordneten für die Rekonstruktion des politischen Alltags zu erhöhen. Die Auswahl der drei zusätzlichen Facebook-Profile erfolgte nach dem Grad der Online-Aktivität. Es wurden Abgeordnete ausgewählt, die regelmäßig die Orte und Veranstaltungen, an denen sie teilnahmen, gepostet haben. Der Untersuchungszeitraum umfasste dabei ebenfalls das Jahr 2012 (01.01.2012-01.01.2013) Dabei lag der Fokus der Analyse auf den Fragen:

- An welchen Veranstaltungen nehmen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund teil?
- Mit welchen Organisationen und Vereinen sind die Abgeordneten mit Migrationshintergrund vernetzt?

- Welche politischen Themen werden auf den Profilen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund geteilt?

3.6 Auswahl der Untersuchungsstädte

Die Entscheidung, Abgeordnete mit Migrationshintergrund in zwei Städten zu untersuchen, hatte zur Grundlage, die stadtspezifischen Eigenheiten herauszuarbeiten und mögliche lokale Unterschiede in ethnischen Grenzziehungsprozessen zu lokalisieren. Im Fokus dieser Arbeit steht kein Vergleich, in dem es darum geht, die unterschiedliche Anzahl von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in den Stadtparlamenten von Frankfurt und Hannover zu erklären. Vielmehr wird angenommen, dass der städtische und kommunalpolitische Kontext einen Einfluss auf die Karrierewege, politischen Identifikationen und die politische Praxis von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund hat. Die Rolle des Migrationshintergrundes für die politischen Identifizierungen und politische Praxis sind somit maßgeblich beeinflusst durch die Bevölkerungsstruktur, die migrations- und integrationspolitische Geschichte sowie migrations- und integrationspolitischen AkteurInnen, Institutionen, Organisationen und Netzwerken in Städten.

Untersuchungsort Frankfurt am Main

Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt am Main stellte mit 15 Stadtverordneten mit Migrationshintergrund in der Wahlperiode 2006-2011 die meisten Abgeordneten mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten (Schönwälder/Sinanoglu/Volkert 2011: 12). Aus diesem Grund lag es nahe, die Stadt Frankfurt als Untersuchungsort zu wählen. Neben der Anzahl an Stadtverordneten mit Migrationshintergrund spielte die Bevölkerungsstruktur von Frankfurt am Main eine wichtige Rolle bei der Auswahl. Die Stadt Frankfurt am Main hat 144.706 deutsche StaatsbürgerInnen mit einem Migrationshintergrund, was einen Anteil von 21,3 % an der Gesamtbevölkerung ausmacht. Dazu kommen AusländerInnen und Ausländer, die einen Anteil von 26,1 % an der Gesamtbevölkerung ausmachen (176.935 ausländische EinwohnerInnen). Rechnet man die beiden Gruppen zusammen, dann hat die Stadt Frankfurt am Main einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, der bei 47,4 % liegt (Frankfurt, Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Dezernat XI - Integration. 2012: 20). Zudem weist Frankfurt eine lange

migrations- und integrationspolitische Geschichte auf, die von den Häuserkämpfen und Mietstreiks in Frankfurt Westend in den 1960er Jahren bis zur Gründung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten Ende der 1980er Jahre reicht (mehr dazu in Kap. 4).

Untersuchungsort Hannover

Die Landeshauptstadt Hannover hatte mit 4 Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund in der Wahlperiode 2006-2011 eher einen durchschnittlichen Wert im Vergleich zu anderen Städten (Schönwälder/Sinanoglu/Volkert 2011: 25). Die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund ist in Hannover im Gegensatz zu Frankfurt eher ein neues Phänomen (mehr dazu in Kap.4). Dennoch knüpfte ich während der Interviews, die ich für die Studie „Vielfalt sucht Rat“ im Jahre 2011 in Hannover geführt hatte, Kontakte zu politischen Akteuren wie z.B. Kaya, der zum ersten Bezirksbürgermeister mit Migrationshintergrund im Bezirk Hannover-Nord und Vorsitzenden mit Migrationshintergrund des SPD Stadtverbandes gewählt wurde. Dieser einmalige Vorgang in Deutschland, aber auch der Kontrast zu Frankfurt, machte die Stadt Hannover interessant für meine Auswahl als 'Kontraststadt'.

Daneben leben in der Stadt Hannover 446.226 Personen, die eine deutsche und 82.653, die eine ausländische Staatsangehörigkeit (erste Nationalität) besitzen. 15,6 % der Gesamtbevölkerung Hannovers sind somit AusländerInnen. 64.487 sind Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit. Somit kann bei 12,2 % der Deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit nachgewiesen werden. Dabei handelt es sich sowohl um Spätaussiedler, Eingebürgerte, Kinder von einem deutschen und einem ausländischen Elternteil als auch um Kinder ausländischer Eltern, die nach Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts am 1. Januar 2000 in Deutschland geboren wurden. Rechnet man diese beiden Gruppen zusammen, bilden Ausländer und Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund. Diese Bevölkerungsgruppe umfasste insgesamt 147.140 Menschen oder 27,8 % der in Hannover mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen (Hannover 2007: 3).

Beide Städte bieten durch ihre Bevölkerungsstruktur, ihre migrations- und integrationspolitischen Strukturen, wie z.B. Ausländer- bzw. Integrationsbeiräten und Migrantenorganisationen sowie öffentlich bekannten politischen AkteurInnen mit Migrationshintergrund, einen geeigneten Ort, um mögliche kontextuelle Einflüsse auf

ethnische Grenzziehungsprozesse im kommunalpolitischen Feld zu untersuchen. Dennoch unterscheiden sich die beiden Städte in ihrer migrations- und integrationspolitischen Geschichte. Somit können diese kontextuellen Unterschiede in der Analyse von ethnischen Grenzziehungsprozessen beachtet und eingebunden werden.

3.7 Die Auswertung der Daten

Das Datenmaterial bildeten die Interviews (in Audio und als Transskripte), teilnehmende Beobachtung (in Audio- und Videoaufnahmen und Beobachtungsprotokolle), Terminkalender (Kopien von insgesamt sieben Abgeordneten; fünf aus Frankfurt; zwei aus Hannover) und Facebook-Profile (neun aus Frankfurt; zwei aus Hannover) der Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Im Folgenden sollen die Vorgehensweise bei der Analyse näher erläutert werden.

Auswertung der Interviews und teilnehmenden Beobachtung

Bei der Auswertung der Daten habe ich mich an der Methodologie der Grounded Theory orientiert, d.h. ich habe die Daten einer rekonstruktiv-hermeneutischen Analyse unterzogen. Dabei wurde sowohl deduktiv abgeleitete Annahmen aus den theoretischen Überlegungen zu ethnischen Grenzziehungsprozessen und Formen der deskriptiven und substantiellen Repräsentation zugrunde gelegt als auch mögliche, sich aus dem Interviewmaterial induktiv ergebende Kategorien herausgearbeitet. Die Vergleichbarkeit wurde durch den gemeinsam geteilten kommunalpolitischen Kontext der Abgeordneten mit Migrationshintergrund sowie durch die leitfadenorientierte Interviewführung hergestellt (Meuser/Nagel 2009: 56). Das systematische Vergleichen der Interviewtexte und Beobachtungsprotokolle machte es möglich, neben Unterschieden und Gemeinsamkeiten, Muster in den Aussagen herauszuarbeiten. Die zentrale Auswertungsmethode basierte auf dem Kodieren von Interviewtransskripten und Beobachtungsprotokollen. Für Strauss und Glaser sind Codes „Kategorien, Schlagworte oder Themen, die Ausschnitten von Daten zugeordnet wurden“ (Breidenstein/Hirschauer/Kalthoff et al. 2015: 124). Ich habe mich bei dem Kodieren an Breidenstein et.al orientiert, die in der Tradition der qualitativen Sozialforschung folgende Systematisierung des Kodierens vorschlagen (Breidenstein/Hirschauer/Kalthoff et al. 2015: 137):

- Benennung: Ziel war es, Implizites zu explizieren, Geahntes und Gespürtes in Sprache und Schrift zu überführen.
- Vergleiche: Mittels Listen (Kategorien) wurden die Daten zu einem Thema oder Code zusammengeführt. Ziel ist es dabei, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten.
- Sortierverfahren: Mittels der Codes werden Beobachtungen, Ereignisse und Aussagen analytischen Themen zugeordnet und zu umfassenderen Sinneinheiten zusammengefasst. Die Sequenzialität und Chronologie jedes einzelnen Interviews wurde somit durch die Zuordnung einzelner Textabschnitte unter inhaltliche Kategorien aufgelöst.
- Relationieren: Im Laufe des Kodierverfahrens wurden aus den Textausschnitten Hypothesen formuliert und mit anderen Textausschnitten in Beziehung gesetzt. Dies führte dazu, dass sowohl Zusammenhänge und Muster gefunden als auch Codes und Hypothesen verworfen wurden.
- Metastruktur: Die Relationierung führte zu einer Metastruktur, die sich über die Daten legte und sich als eigenständige Sinnstruktur bearbeiten ließ. Dadurch wurde eine Distanzierung hergestellt, die es möglich machte, anders über den Zusammenhang von Daten und Themen nachzudenken.

Fallanalysen

Das offene Kodieren hatte vor allem die Systematisierung des Gesamtmaterials im Blick. Die Fallanalyse fokussiert eher aufs Exemplarische. Breidenstein et.al machen dabei deutlich, dass

„der Fall nicht bloß ein Beispiel für oder von etwas [ist], der Fallanalyse liegt vielmehr die Vermutung zugrunde, dass sich aus dem Partikularen immer auch Verallgemeinerbares erkennen lässt. Sie geht davon aus, dass das Allgemeine nur in Form des Konkreten existiert und es Arbeit am Fall bedarf, um herauszuarbeiten, welche allgemeinen Bedingungen, Strukturen und Konstellationen für den spezifischen Fall kennzeichnend ist“ (Breidenstein/Hirschauer/Kalthoff et al. 2015: 139).

Die vorliegende Arbeit hat dabei jeweils ein Wahlkampfeignis in Frankfurt und Hannover ausgewählt sowie eine politische Diskussionsveranstaltung in Hannover. Darüber hinaus werden einige Abgeordnete mit Migrationshintergrund stärker akzentuiert als andere, da

diese Biographien exemplarisch für die Strukturen und Dynamiken ethnischer Grenzziehungsprozesse im kommunalpolitischen Kontext stehen. Die Auswahl geeigneter Situationen bzw. Settings und die Fokussierung auf einzelne Fälle und Biographien erfolgten nach fünf Kriterien (Breidenstein/Hirschauer/Kalthoff et al. 2015: 140). Die ausgewählten Settings im Wahlkampf und die ausgewählte politische Veranstaltung wurden besonders detailreich und nuanciert beschrieben. Dabei wurde ein gesprächsanalytischer Zugriff gewählt, in der die wörtliche Wiedergabe von Aussagen, Pausen und Versprecher erfasst wurden. Zusätzlich wurde eine Interaktionsanalyse durchgeführt, in der die Interaktionszüge detailliert erfasst wurden.

- das Spektrum möglicher Fälle: Die Fälle, die in der vorliegenden Arbeit ausgewählt wurden, folgen einer Kontrastierung, d.h. es wurden Fälle ausgewählt, die das Spektrum der Möglichkeiten und Varianzen abbildet. So wurden Fälle ausgewählt, die ethnische und nicht ethnische Settings wie z.B. Interaktionen mit Publikum und WählerInnen mit und ohne Migrationshintergrund aufwiesen. Eine andere Kontrastierung bestand darin, Abgeordnete mit Migrationshintergrund mit unterschiedlichen politischen Identifizierungen in unterschiedlichen Kontexten abzubilden.
- Relevanz der Fälle im Kontext des Feldes: Der Wahlkampf wurde von vielen Abgeordneten als Schlüsselereignis beschrieben, was nicht überraschend ist, denn die Wahl entscheidet über das mögliche Mandat und die Übernahme politischer Verantwortung. Der Wahlkampf ist darüber hinaus eine Phase, in der sich die Abgeordneten präsentieren, positionieren und versuchen, WählerInnen für sich und ihre Parteien zu mobilisieren. Politische Diskussionsveranstaltungen außerhalb der Wahlkampfphasen sind eine Möglichkeit für die Abgeordneten, neben der parlamentarischen Arbeit in die Öffentlichkeit zu gelangen und sich als ExpertInnen in bestimmten politischen Bereichen zu profilieren.
- das Irritierende des Falles: Die Fallauswahl des Wahlkampfereignisses in Hannover wurde ausgewählt, da es sich um Szenen handelte, die für mich irritierend, unerwartet und überraschend waren. Die verschiedenen Positionswechsel von Abgeordneten mit Migrationshintergrund und das Auseinanderfallen von Selbstverständnissen und politischer Praxis waren für mich die gesamte Forschungsphase unverständlich und ein Rätsel.

Ziel der Fallanalyse war es, Strukturmerkmale herauszuarbeiten, um ethnische Grenzziehungsprozesse im kommunalpolitischen Kontext erklären und beschreiben zu können.

Die Auswertung der Sitzungsprotokolle

Ich stütze mich bei meiner Analyse auf die Dokumentenanalyse aller Wortbeiträge, Anträge und (An-)Fragen in den Stadtparlamenten in Hannover und Frankfurt. Insgesamt wurden 34 Sitzungen in Hannover und Frankfurt analysiert. Für Frankfurt umfasst das den Zeitraum vom 14.04.2011 - 25.09.2014. In Hannover wurden die Sitzungen vom 03.11.2011 - 19.06.2014 analysiert. Die unterschiedlichen Untersuchungszeiträume ergeben sich durch die unterschiedlichen Zeitpunkte der Kommunalwahlen in beiden Städten. Der Untersuchungszeitraum umfasst jeweils den Zeitraum einer Wahlperiode. Die Analyse umfasst alle Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund, die zwischen März 2011 und Juni 2014 ein Ratsmandat innehatten.

Unterschiedliche Informationssysteme

Die Erhebung der Daten erfolgte in Frankfurt über das Parlamentsinformationssystem (PARLIS). Parlis stellt alle Drucksachen zur Verfügung, die in der Stadtverordnetenversammlung, deren Ausschüssen sowie in den Ortsbeiräten der Stadt Frankfurt am Main beraten werden. Neben Vorlagen, Beschlussausfertigungen und Niederschriften werden Wortprotokolle, Übersichten über die Fragestunden der Stadtverordnetenversammlung sowie die aktuellen Tagesordnungen von Stadtverordnetenversammlung, Ausschüssen und Ortsbeiräten für Recherchen angeboten. Die untersuchten Wortprotokolle in Frankfurt geben die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung im Wortlaut wieder. In der Plenarsitzung haben die Ratsmitglieder die Möglichkeit Fragen zu stellen. In dieser Fragestunde kann jede/jeder Stadtverordnete an den Magistrat über Gegenstände aus dessen Geschäftsbereich Fragen stellen. Der Magistrat hat diese mündlichen Anfragen der Stadtverordneten zu beantworten. Neben den Anfragen und Zwischenfragen haben die Ratsmitglieder die Möglichkeit zu verschiedenen Tagespunkten Wortmeldungen abzugeben. Die Analyse der Wortprotokolle der Ratsversammlung in Hannover erfolgte über das E-Gouvernement System, das über die Homepage der Stadt abrufbar ist. Der Unterschied zum Informationssystem PARLIS in Frankfurt ist, dass die Wortbeiträge der Ratsmitglieder in

einem Ereignisprotokoll zusammengefasst werden. Es ist somit nicht möglich, die originalen Wortbeiträge der Ratsmitglieder wie in Frankfurt zu analysieren, sondern nur die Wortprotokolle, die von einem Protokollführer zusammengefasst werden. Dieses methodologische Problem führt dazu, dass im Folgenden keine Aussagen über die Art und Weise der Redebeiträge der Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in Hannover gemacht werden können. Dennoch ist es möglich, Themenschwerpunkte und Akteure der verschiedenen Debatten der Ratsversammlungen zu untersuchen und an verschiedenen Punkten zu vergleichen.

Namens- und Stichwortsuche

In einem ersten Schritt wurde nach den Namen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund gesucht. Alle Wortbeiträge, in denen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund auftauchten, konnten somit erfasst werden. In einem zweiten Schritt wurde nach 23 Begriffen gesucht, die einen migrations- bzw. integrationspolitischen Bezug haben könnten. Das waren die Begriffe: Migration, Migrationshintergrund, Einwanderung, Zuwanderung, MigrantInnen, AusländerInnen, EinwandererInnen, Integration, Diskriminierung, Rassismus, Türkei/türkisch/TürkInnen/Türken, Asyl, Flucht, Islam, Moschee, Religion, Terrorismus/Extremismus, Roma und Sinti, Muslime, Moslems, Inklusion, Exklusion. Die Auswahl dieser Begriffe wurde nach und nach im Prozess der Analyse der Sitzungsprotokolle erschlossen.

Fluktuation innerhalb einer Legislaturperiode

Innerhalb des Untersuchungszeitraums verließen drei Stadtverordnete mit Migrationshintergrund nach zwei Jahren die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Mehmet (SPD-Veranstaltung) wechselte nach den Landtagswahlen 2013 in das hessische Landesparlament. Zwei Stadtverordnete mit Migrationshintergrund schieden aus privaten Gründen aus dem Stadtparlament aus. Elif legte ihr Amt wegen politischer bzw. innerparteilicher Auseinandersetzungen nieder. Dem Verlust der Stadtverordneten stehen zwei Stadtverordnete mit Migrationshintergrund gegenüber, die 2012 in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt sind. Insgesamt wurden die Wortbeiträge von 16 Stadtverordneten mit Migrationshintergrund erfasst.

Die Landtagswahlen in Niedersachsen 2013 führten dazu, dass Demir und Valkonen (beide Grüne) in den Landtag gewählt wurden. Kaya wechselte nach den Landtagswahlen in die Niedersächsische Staatskanzlei (als Referatsleiter der Beauftragten für Integration und Teilhabe). Somit konnten zwei Jahre der fünfjährigen Legislaturperiode von drei Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund untersucht werden. Die Wortbeiträge von fünf Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund insgesamt wurden in die Analyse miteinbezogen. Diese Fluktuation von Mandaten innerhalb des Untersuchungszeitraums muss mitberücksichtigt werden, da sie zu Verzerrungen der Ergebnisse führen kann. Es lassen sich bei Berücksichtigung der Fluktuation dennoch wesentliche Trends und Muster erkennen. Die Sitzungsprotokolle wurden zunächst hinsichtlich migrations- und integrationspolitischer Schwerpunkte untersucht, wodurch in einem ersten Schritt stärker quantifizierend gearbeitet wurde. Die Tagesordnungspunkte wurden folgenden thematischen Kategorien zugeordnet:

1. Bildung und Integration
2. Wirtschaft und Integration
3. Verwaltung und Integration
4. Migration
5. Islam
6. Rassismus
7. Antisemitismus
8. Staatsbürgerschaft
9. Transnationale Beziehungen
10. Integrationsplan/ Integrations- und Diversitätskonzept
11. Kommunale Ausländervertretung – KAV
12. Migrantenorganisationen
13. Internationaler Ausschuss
14. Finanzierung von (Migranten)-Organisationen
15. Sichtbarkeit im Stadtbild
16. Integrations- und Migrationspolitik kein Hauptthema

Typenbildung – Nähe und Distanz

Wie oben bereits dargestellt wurde, hatte die Systematisierung des Datenmaterials bzw. die Kategorisierung von Textpassagen zum Ziel, Übereinstimmungen, Ähnlichkeiten und Unterschiede festzustellen und gegebenenfalls Typologien bzw. Muster zu ermitteln. Dabei wurden die Typologien so konzipiert, dass sie innerhalb der einzelnen Typen homogen und zwischen den Typen möglichst heterogen waren (Kelle/Kluge 2010: 85). Die Typologien sollten dabei innere Logiken, Ambivalenzen und Muster der verschiedenen Positionierung der Abgeordneten mit Migrationshintergrund darstellen. Die Typologien wurden in Positionen zusammengefasst und beinhalten verschiedene Identifizierungen, Handlungsstrategien und Handlungslegitimierungen. Die unterschiedlichen Positionierungen versuchen, die verschiedenen oft ambivalenten Erwartungen, die an die Abgeordneten mit Migrationshintergrund gerichtet werden, auszubalancieren. Diese Aushandlungsprozesse operieren zwischen Nähe und Distanz zum Migrationshintergrund, d.h. es lassen sich Varianzen von ethnischen Identifizierung und/oder anderer politischer Identifizierungen feststellen. Die Selbstverständnisse der Abgeordneten mit Migrationshintergrund wurden über folgende Fragen erfasst:

- Können Sie mir mehr über ihre Kandidatur erzählen? Wie haben Sie sich da vorgestellt?
- Meinen Sie, dass Ihr Migrationshintergrund während der Kandidatenaufstellung eine Rolle gespielt hat?
- Können Sie mir mehr über ihren Wahlkampf erzählen? Wie sieht so ein Wahlkampf aus? Welche Wählergruppen, Organisationen und Vereine haben sie angesprochen?
- Wen vertreten Sie im Stadtparlament?
- Wie werden Sie von ihrer Partei, den WählerInnen und der Öffentlichkeit wahrgenommen?
- Was für politische Schwerpunkte haben Sie? Was ist ihre Expertise? Welchen Arbeitsgruppen in ihrer Partei gehören Sie an?
- Haben Sie Mitgliedschaften in Organisationen oder Vereinen?

Im empirischen Teil werde ich auf die vier analytischen Positionen LokalpolitikerInnen, migrantische Lobbyisten, soziale Aufsteiger und Vorbilder eingehen. Während des Forschungsprozesses wurde jedoch klar, dass die Typologien nur einen Anfang der Analyse

darstellen und nicht bereits das Ergebnis sein konnten. Die methodologische Triangulation führte zu Ambivalenzen, in der die Selbstverständnisse der Abgeordneten mit Migrationshintergrund nicht immer mit der politischen Praxis und vor allem mit den teilnehmenden Beobachtungen übereinstimmten. Eine Position konnte nicht einem Abgeordneten zugeordnet werden, vielmehr waren die verschiedenen Positionen eher ein fluides Repertoire an Identifizierungen und Handlungen, die in einem dynamischen Aushandlungsprozess von Selbst- und Fremdwahrnehmung zustande kamen. Gerade die Spiegelung von Selbstauskünften und Beobachtung von Ereignissen, Situationen und Interaktion im kommunalpolitischen Kontext, führte zu einer Aufweichung der Typologien. So konnte ich Abgeordnete mit Migrationshintergrund, die sich als normale LokalpolitikerInnen bezeichneten, also keine ethnischen Identifizierungen aufwiesen, in einigen Situationen im Wahlkampf als migrantische Lobbyisten beobachten, bei denen ethnische Grenzziehungsprozesse sichtbar wurden (mehr dazu in Kap. 7).

3.8 Methodologische Reflexionen – Eigener Migrationshintergrund im Feld

Eine zentrale Erkenntnis qualitativer Forschung ist es, dass ForscherInnen und Erforschte gleichermaßen an Wissensproduktionen beteiligt sind (Geertz 2008). Jede Art des Wissens und gerade die akademische Wissensproduktion ist überlagert von der Beziehung zwischen ForscherInnen und Erforschten (Clifford/Marcus/Research 1986). Die vorliegende Arbeit verfolgt einen epistemologischen Ansatz, der versucht, Dynamiken der Interviewsituationen zu berücksichtigen und sich die „(...) non-neutrality of the researcher and the power relations involved in the research process“ bewusst zu machen (Madge/Raghuram/Skelton/Willis/Williams 1997: 87). In der qualitativen Sozialforschung werden seit längerem die Dynamiken des Insider-Outsider Verhältnisses im Forschungsprozess diskutiert (Merton 1995). Die vorliegende Arbeit versteht unter der Position des Insiders eine dynamische Beziehung zwischen dem Forscher und den Erforschten, in der ähnlich wahrgenommene kulturelle, sprachliche, ethnische, nationale und religiöse Merkmale geteilt werden. Diese Merkmale werden nicht als stabile, unveränderbare Entitäten, sondern als situativ konstruierte Grenzziehungsmechanismen begriffen. Die Position des Insiders hat dabei sowohl einen Einfluss auf die Inszenierungen, Selbstpräsentationen und Performativitäten der Erforschten, als auch auf die Art und Weise

der Interpretation von Daten (O'Connor 2004). Martiniello fasst das Spannungsverhältnis folgendermaßen zusammen:

"During data collection, for example, an ethnic background can be very helpful. Ethnic researchers can have privileged relations with immigrant groups, which can facilitate access to the field. Similar advantages arise from familiarity with the languages and the physical space of the researched group. On the other hand, such closeness between a researcher and his or her subject can also harm the research process" (Martiniello 1997: 6).

Eines der zentralen Ergebnisse dieser Arbeit, dass sich verschiedene Repertoires von Handlungsstrategien und Positionierungen beobachten lassen, äußerte sich unmittelbar in den Interaktionen zwischen mir und den Abgeordneten. Die Verbindung aus Wissenschaftler und meiner Migrationsbiographie erzeugte unterschiedlich wahrgenommene Erwartungshaltungen und somit verschiedene Formen der Selbstpräsentation bei den Abgeordneten mit Migrationshintergrund.

In vielen Interviewsituationen erwies sich meine Insider-Position als Vorteil, wenn es um sensible Themen, wie Rassismus und Diskriminierungen ging. Exemplarisch dafür steht eine Aussage eines türkischen Abgeordneten während eines Interviews, in der er von Diskriminierungserfahrungen aus seiner Jugend berichtet:

„Als ich mit meinen Jungs nicht in Clubs gekommen bin, du weißt doch was ich meine“ (Interview mit D.).

Ich gehe davon aus, dass meine Insider-Position einen Raum geschaffen hat, in dem einige Abgeordnete leichter über Diskriminierungserfahrungen sprechen konnten. Die Annahme, dass ich aufgrund meines Migrationshintergrundes ähnliche Erfahrungen gemacht habe, unterstützte bei den Abgeordneten die Erwartung eines besonderen Einfühlungsvermögens. Die Nähe wurde stärker, wenn ich türkeistämmige Abgeordnete mit Migrationshintergrund interviewte oder während der Wahlkämpfe begleitete. Die Nähe entstand dabei bereits vor Beginn der Interviews, in dem die Interviewten Fragen zu meiner Biographie und Herkunft stellten. Die Gemeinsamkeiten der türkischen Sprache und eines kulturell geteilten Wissens und ähnlichen Erfahrungen in Deutschland im Zusammenhang mit dem Anders- und Fremdsein, führten zu einem Vertrauensverhältnis. Dies äußerte sich unter anderem durch ein Solidaritätsgefühl, mir als Wissenschaftler mit Migrationshintergrund durch ihre Teilnahme helfen zu wollen.

Ein anderes Phänomen mit türkeistämmigen Abgeordneten war, dass sie während der Interviews an manchen Stellen in die türkische Sprache wechselten, um bestimmten Erzählungen Nachdruck zu verleihen und für mich verständlich zu machen. So konnte ich beobachten, wie die Abgeordneten auf verschiedenen Veranstaltungen mal Türkisch und mal Deutsch mit mir sprachen. Die Sprache veränderte sich immer dann, wenn es um sensible Informationen ging oder wenn sich andere Akteure mit in die Gespräche einschalteten. Diese Möglichkeit in verschiedenen Sprachen mit mir zu kommunizieren und die Sprache je nach Kontext und Situation zu wechseln, steht für die verschiedenen Handlungs- und Identifikationsrepertoires von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund.

Neben meiner Migrationsbiographie führte meine Position als Wissenschaftler dazu, dass sich einige Abgeordnete als ExpertInnen profilierten und versuchten, während des Forschungsprozesses immer wieder ihren sozialen Status (mehr zu Position von AufsteigerInnen in Kap. 7.1) zu unterstreichen, indem sie mir ungefragt Deutungs- und Interpretationsangebote für Ereignisse und Beobachtungen lieferten. Dies ist umso bemerkenswerter, da ich nur wenige Informationen über die Fragestellung meiner Arbeit preisgegeben hatte. Für plausibel halte ich es, dass der Umstand, dass sie Teil einer wissenschaftlichen Betrachtung waren, dazu führte, sich als KennerInnen und ExpertInnen zu profilieren, um mir zu zeigen, dass ich die „richtige“ Wahl mit ihnen getroffen hatte.

Als Forscher war mir klar, dass die Nähe zu den Abgeordneten mit Migrationshintergrund die Interpretation und das Deuten der Daten beeinflussen würden. Das sich in Perspektiven reindenken können birgt allerdings immer die Gefahr, diese Perspektiven zu teilen oder unreflektiert widerzugeben, was zu einer systematischen Verzerrung der Datenanalyse führen würde. Die Analyse brauchte somit immer eine Distanzierung und Hinterfragung meiner eigenen Positionen, ohne diese zu verleugnen, um die Perspektiven und Interpretation der Abgeordneten adäquat und in ihrer Einzigartigkeit analysieren und deuten zu können.

4 Portraits der zwei Untersuchungsstädte

Das politische Handeln, Handlungsstrategien bzw. Repertoires und die verschiedenen Positionen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund spielen sich in einem städtischen Kontext ab (wobei translokale und transnationale Kontexte ein Teil städtischer Kontexte sein können). Die Karrierewege und politischen Handlungen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind eingebettet in die institutionellen Rahmenbedingungen der beiden Städte. Dabei zeigt gerade die lokale Politikforschung, dass Akteure in den Städten trotz vergleichbarer institutioneller Strukturen und ähnlicher Herausforderungen unterschiedliche Deutungen, Lösungsstrategien und Handlungskapazitäten entwickeln können (Barbehön 2013: 276; Zimmermann/Barbehön/Münch 2014: 163). Die Forschungsgruppe um Löw und Berking kommt zu dem Schluss, dass die Stadt als eine raumstrukturelle Form einen eigenen Sinnhorizont, eigene Wissensbestände und Praktiken hervorbringt und dass die „Eigenlogik der Städte“ einen Einfluss auf die Ausgestaltung der politischen Prozesse einer Stadt hat (Berking/Löw 2005; Löw 2012; Barbehön 2013: 274). Zimmermann spricht von einer eigenen „politischen Architektur“ der Städte (Zimmermann 2008). Im folgenden Abschnitt wird eine historische Perspektive auf die Entwicklung der politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund eingenommen, um die Diskurse und Strukturen darzustellen, in denen sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund bewegen. An dieser Stelle sollen daher einige Annahmen über die mögliche Rolle stadtspezifischer bzw. kontextueller Faktoren, in denen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund handeln, formuliert werden. Dabei geht es um die Frage, auf welche Art und Weise der Migrationshintergrund als politische Kategorie in dem städtischen Kontext verhandelt wird. Welche Strukturen ermöglichen eine politische Repräsentation für Menschen mit Migrationshintergrund? Welche AkteurInnen tauchen auf und beeinflussen die politischen Aushandlungsprozesse im Zusammenhang mit migrantischer Repräsentation? Bieten die städtischen Kontexte Raum für ethnische Lobbyarbeit oder nicht? Wie entwickelte sich die parlamentarische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in beiden Städten? Vier mögliche Einflussfaktoren des städtischen Kontextes kommen dabei in Frage: Die Struktur der eingewanderten Bevölkerung, Vernetzungen und Orte der Interaktion, Mobilisierung durch Polarisierung und Migrant*innenorganisationen.

Der Abschnitt *Vernetzungen und Orte der Interaktion* verfolgt zwei Ziele: Erstens politische Ereignisse und Bewegungen aufzuzeigen, die zu einer Vernetzung zwischen migrantischen und nicht-migrantischen AkteurInnen und den Parteien geführt haben. Und zweitens politische Ereignisse darzustellen, die Menschen mit Migrationshintergrund dazu bewegen, sich in die deutsche Politik, insbesondere die Kommunalpolitik einzubringen. Daran Anknüpfend werden in dem Abschnitt *Mobilisierung durch Polarisierung* zwei politische Ereignisse vorgestellt, die eine Motivation für einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund darstellen, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Gleichzeitig führten die politischen Debatten über die doppelte Staatsbürgerschaft und Moscheekontrollen zu einer Polarisierung im rechten und linken politischen Spektrum. Dies eröffnete politische Räume in Form von Diskursen, in denen sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund positionieren konnten.

4.1 Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hannover und Frankfurt

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund stellt für die Parteien eine potentielle zu mobilisierende Wählerschaft dar. Daher halte ich es für plausibel, dass die Bevölkerungsstruktur einen Einfluss darauf hat, ob und auf welche Art und Weise ethnische Lobbyarbeit in dem politischen Handeln von Abgeordneten mit Migrationshintergrund stattfindet. Die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund könnte somit zu einer Grundlage für die (ethnischen) Mobilisierungs- und Darstellungs- bzw. Repräsentationsmustern der Abgeordneten mit Migrationshintergrund werden. Dabei werde ich neben der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf den Anteil der AusländerInnen in den beiden Städten eingehen. Auch wenn man argumentieren könnte, dass nur die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund als potentielle WählerInnen für die Fragestellung der Arbeit relevant sind, gehe ich dennoch davon aus, dass die AusländerInnen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, eine relevante Gruppe für die Parteien und Abgeordneten und KandidatInnen mit Migrationshintergrund darstellen. AusländerInnen partizipieren in politischen, religiösen und kulturellen Vereinen und Organisationen, stellen politische Forderungen, häufig basierend auf Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen. Viele der nicht-deutschen StaatsbürgerInnen haben zudem Kinder, die wiederum potentielle WählerInnen für die Parteien sein könnten. Die AusländerInnen bilden somit eine Gruppe, die durch ihre Präsenz und Sichtbarkeit in den

Städten, städtische Politik mit beeinflussen kann und als InteraktionspartnerInnen für die Parteien und die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frage kommt.

Die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hannover

Die Bevölkerung der Landeshauptstadt Hannover umfasst 528.879 EinwohnerInnen (Stand 1. Januar 2014). Davon hatten 155.000 Menschen einen Migrationshintergrund, was einen Anteil von 30% an der Stadtbevölkerung in Hannover ausmacht. Das Landesamt für Statistik Niedersachsen, das die Berechnungen aus dem Mikrozensus zieht, definiert den Migrationshintergrund wie folgt:

„Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehört die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder im Ausland geboren wurde – sowie alle seit 1950 nach Deutschland Zugewanderten unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländer/-Innen sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei denen sich der Migrationshintergrund aus dem Migrationsstatus der Eltern ableitet. Zu den letzteren gehören die deutschen Kinder (Nachkommen der ersten Generation) von Spätaussiedlern und Eingebürgerten und zwar auch dann, wenn nur ein Elternteil diese Bedingungen erfüllt, während der andere keinen Migrationshintergrund aufweist. Außerdem gehören zu dieser Gruppe seit 2000 auch die (deutschen) Kinder ausländischer Eltern, die die Bedingungen für das Optionsmodell erfüllen, d.h. mit einer deutschen und einer ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren wurden“ (Landesamt für Statistik Niedersachsen- Statistische Berichte Niedersachsen 2014: 6).

Die statistischen Auswertungen der Landeshauptstadt Hannover wiederum stützen sich bei ihren Erhebungen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf das Melderegister.

„Als Personen mit Migrationshintergrund werden alle Personen mit Hauptwohnsitz in der Landeshauptstadt Hannover gezählt, die keine deutsche Staatsangehörigkeit oder neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen“ (Hannover 2007: III-1).

Folgt man den statistischen Angaben der Stadt Hannover, so besaßen 446.226 Personen die deutsche und 82.653 eine ausländische Staatsangehörigkeit (erste Nationalität). 15,6 % der Gesamtbevölkerung Hannovers sind somit AusländerInnen. 64.487 sind Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit. Somit kann bei 12,2 % der Deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit nachgewiesen werden. Dabei handelt es sich sowohl um Spätaussiedler,

Eingebürgerte, Kinder von einem deutschen und einem ausländischen Elternteil als auch um Kinder ausländischer Eltern, die nach Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts am 1. Januar 2000 in Deutschland geboren wurden. Rechnet man diese beiden Gruppen zusammen, bilden AusländerInnen und Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund. Diese Bevölkerungsgruppe umfasste insgesamt 147.140 Menschen oder 27,8 % der in Hannover mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen (Hannover 2007: 3). Die bedeutendsten Herkunftsländer bzw. -Regionen von Menschen mit Migrationshintergrund in Hannover sind EU-Staaten (33,7%). Weitere 17,4 % kommen aus der Türkei, 16,6 % aus Asien (ohne ehemalige GUS-Staaten) und 16,3% aus ehemaligen GUS-Staaten in Europa und Asien. Die meisten Personen mit Migrationshintergrund in Hannover sind türkisch (25.621), gefolgt von polnisch (19.283) und russisch (9.826) sowie griechisch (5.827) (Hannover 2007: 3).

Diese Zahlen machen deutlich, dass die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover eine Stadt ist, die von Migration geprägt ist. Auch wenn keine genauen Zahlen zu den Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund und ihrer Aufteilung nach Herkunftsländern vorliegen, so kann man dennoch davon ausgehen, dass das Potential von WählerInnen mit Migrationshintergrund immer größer und dadurch interessanter für die Parteien wird. Zudem gehe ich aufgrund der Bevölkerungsstatistik davon aus, dass die Wahlberechtigten mit einem türkischen Migrationshintergrund die größte Gruppe neben den Wahlberechtigten aus den EU-Ländern darstellen. Daraus lässt sich folgern, dass diese Gruppen aufgrund ihrer Größe ein besonderes Wählerpotential für die Parteien und die KandidatInnen mit Migrationshintergrund darstellen. Meine Annahme ist, dass die KandidatInnen und Abgeordneten mit türkischem Migrationshintergrund in Hannover die potentiellen WählerInnen mit türkischem Migrationshintergrund als ein Wählermilieu wahrnehmen, dass aufgrund des gleichen Migrationshintergrundes, z.B. durch Sprache, gemeinsame Erfahrungen und Netzwerke, leichter erschlossen werden kann (vgl. Kap. 6.3)

Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Frankfurt am Main

Die Stadt Frankfurt am Main hat 678.691 EinwohnerInnen. Davon sind 144.706 deutsche StaatsbürgerInnen mit einem Migrationshintergrund, was einen Anteil von 21,3 % an der Gesamtbevölkerung ausmacht. Dazu kommen AusländerInnen und Ausländer, die einen Anteil von 26,1 % an der Gesamtbevölkerung ausmachen (176.935 ausländische

EinwohnerInnen). Rechnet man die beiden Gruppen zusammen, dann hat die Stadt Frankfurt am Main einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, der bei 47,4 % liegt (Frankfurt, Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Dezernat XI - Integration. 2012: 20). Die Türkeistämmigen machen mit 17.680 (12,2 %) EinwohnerInnen die größte Gruppe unter den Deutschen mit Migrationshintergrund aus. Die zweitgrößte Gruppe bilden die Menschen mit polnischer Einwanderungsgeschichte, die 10,4 % der Gruppe aller Deutschen mit Migrationshintergrund ausmachen. 13.243 (9,2 %) der Deutschen mit Migrationshintergrund haben eine marokkanische Einwanderungsgeschichte. Die Russische Föderation mit 6.989 (4,8 %) EinwohnerInnen und Iran mit 5.023 (3,5 %) EinwohnerInnen bilden die weiteren Bezugsländer, der in Frankfurt lebenden Deutschen mit Migrationshintergrund. Mit 17,9 % bildet die „sonstige Gruppe von EU-BürgerInnen“ eine der größten Gruppen.

Die Datenlage zum Wählerpotential in Frankfurt ist weitaus umfangreicher dokumentiert als in Hannover. Das Wählerpotential von EU-BürgerInnen und deutschen StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund liegt bei 25,8 % (Frankfurt, Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Dezernat XI - Integration. 2012: 57). Die Zahlen machen deutlich, dass ein relativ großes Wählerpotential von Personen mit Migrationshintergrund in Frankfurt vorliegt. Ich gehe zudem davon aus, dass der hohe Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und die wachsende Anzahl der WählerInnen mit Migrationshintergrund die Parteien zu einer Öffnung gezwungen haben. Dies kommt in einem Zitat eines Abgeordneten mit Migrationshintergrund aus Frankfurt zum Ausdruck, indem er ausführt:

„Die Parteien müssen sich öffnen und mehr KandidatInnen mit Migrationshintergrund aufstellen, wenn sie Wahlen gewinnen wollen. In Frankfurt hat jeder dritte, vierte einen Migrationshintergrund. Diese Vielfalt muss sich in unserem Parlament widerspiegeln. Das heißt die Parteien haben gar keine andere Wahl mehr, als auf diese Bevölkerung zuzugehen“ (Interview mit M.).

Der relativ hohe Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Frankfurt könnte ein Grund dafür sein, dass der Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt höher ist als in Hannover. Der mögliche Druck zur Öffnung von Parteien für die migrantische Bevölkerung könnte somit an der Zusammensetzung der Bevölkerung und dem damit verbundenen Wählerpotential liegen.

Zusammenfassung

Die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat einen möglichen Einfluss darauf, ob und auf welche Art und Weise Mobilisierungs-, Repräsentations-, und Handlungsstrategien im politischen Alltag der Abgeordneten mit Migrationshintergrund sichtbar werden. Die Menschen mit Migrationshintergrund bilden ein Wählerpotential, das durch die KandidatInnen und Abgeordneten mit Migrationshintergrund bei Wahlen mobilisiert werden kann. Fraglich ist dabei, ob die KandidatInnen und Abgeordneten mit Migrationshintergrund die Bevölkerung und die Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund tatsächlich als eine besondere Gruppe wahrnehmen und aktiv um diese Gruppen werben. Diese Frage gilt es im Laufe der Studie zu beantworten.

4.2 Vernetzungen und Orte der Interaktion in Hannover und Frankfurt

Die Geschichte der Migration in Hannover und Frankfurt war immer eine Geschichte von politischen Aushandlungsprozessen zwischen Neuankömmlingen und der etablierten Gesellschaft. Diese Aushandlungsprozesse zeigten sich in sozialen Bewegungen wie z.B. in Protesten und Demonstrationen sowie in institutionellen Veränderungen in den beiden Städten. Dabei ging es um die Fragen der politischen Repräsentation von verschiedenen Herkunftsgruppen, politischen Rechten (Staatsbürgerschaft, kommunales Wahlrecht für AusländerInnen), Rassismus und Diskriminierung, aber auch um die politische Situation in den Herkunftsländern. Durch die Aushandlungsprozesse entstanden Orte bzw. Institutionen der Interaktion, wie Ausländer- und Integrationsbeiräte in Hannover und Frankfurt. Die lokalen und herkunftsbezogenen Proteste und Demonstrationen, sowie institutionelle Veränderungen erzeugten sowohl eine Öffnung von Parteien, als auch eine politische Elite von Menschen mit Migrationshintergrund, die es bis in die Parlamente der beiden Städte schafften. Für Häußermann und Kapphan lässt sich ein Paradigmenwechsel in der städtischen Integrationspolitik feststellen, in der Migration und Integration einen ressourcen- oder potentialorientierten Wandel erfahren und positiv konnotiert sind (Häußermann/Kapphan 2008; Rodatz 2014: 166). Fraglich ist dabei, ob diese Entwicklung der städtischen Integrationspolitik in den Darstellungs- und Repräsentationsmustern eine Rolle spielt bzw. ob der Migrationshintergrund von den politischen AkteurInnen als politische Ressource wahrgenommen wird.

4.2.1 Die Entwicklung der politische Repräsentation - Vernetzungen und Orte der Interaktion in Hannover

Es liegen nur wenige Arbeiten vor, die sich mit der Migrationsgeschichte und insbesondere mit der politischen Repräsentation und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Hannover beschäftigen (Behrendt 1998; Hadeed 2005). Für die folgende Analyse habe ich die vorhandene Literatur, Zeitungsartikel und ausgewählte Experteninterviews untersucht. Ziel ist es, diese bruchstückhaften Informationen zusammenzufassen, um mögliche Entwicklungslinien nachzeichnen zu können.

Ausländerbeirat - Keine Vernetzungen in die Parteien

Als eine der ersten Städte in Deutschland überhaupt befasste sich die Landeshauptstadt Hannover mit der „Ausländerpolitik“ und installierte im Jahr 1975 einen Ausländerbeirat (seit 2005 Migrationsausschuss). Die Repräsentation der Menschen mit Migrationshintergrund konzentrierte sich in den Anfängen auf Nationalitäten. Neben den Gewerkschaften und Sozialdiensten sendeten die Migrantenvereine aus ihren Reihen Vertreter in den Ausländerbeirat. Der Ausländerbeirat bestand aus Türken, Italienern, Griechen, Spaniern und Jugoslawen. 1979 wurde der Ausländerbeirat in einen Ausländerausschuss umgewandelt, um die Kompetenzen des Gremiums zu erweitern. Damals sah das niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz vor, dass Mitglieder des Rates, die keine Ratsmitglieder waren, nur eine beratende Funktion hatten. Das führte dazu, dass der Ausländerausschuss nach der Kommunalwahl 1981 eingestellt wurde. Übrig blieb eine Stelle für Dezernatsübergreifende Ausländerangelegenheiten in der Stadtverwaltung. In den folgenden Jahren gab es aufgrund der gesetzlichen Lage und der Unentschlossenheit der politischen Akteure keine wirkliche Repräsentation von MigrantInnen auf der städtischen Ebene. Die Unbeständigkeit der institutionellen Verankerung der ausländischen Interessenvertretung in der Stadt Hannover führte dazu, dass keine Netzwerke zu den Parteien entstehen konnten. Mit der Rot-Grünen Koalition in Hannover Ende der 1980er Jahre gab es erneute Bestrebungen, eine Ausländervertretung einzusetzen. In Folge dessen wurde 1990 ein Ausländerbeirat gegründet, der von den MigrantInnen und Migranten in Hannover gewählt werden konnte.

Mit der Rot-Grünen Regierungskoalition, die nach den Kommunalwahlen 2001 an die Macht kam, wird der Ausländerbeirat im Jahre 2005 in einen Migrationsausschuss umgewandelt.

„Die Einrichtung des Migrationsausschusses statt des bisherigen Ausländerbeirates steht auch für die Weiterentwicklung der kommunalen Ausländerarbeit. Sie umfasst heute nicht nur den Abbau sozialer Defizite, sondern die Gestaltung des Zusammenlebens von Deutschen und MigrantInnen und Migranten in allen Lebensbereichen“ (Hannover 2003: 2).

Der Migrationsausschuss wurde mit gewählten Ratsmitgliedern und mit VertreterInnen, die von den EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund gewählt werden, besetzt. Dies führte faktisch zu keiner Änderung der Mitbestimmungsrechte der MigrantInnen, da sie über ihre beratende Funktion hinaus keine weiteren Kompetenzen und Befugnisse besitzen. Dennoch zeigt die Umbenennung und Umstrukturierung, dass bei den politischen Eliten ein Umdenken begann, das mehr auf das Zusammenleben gerichtet war als auf eine Problemzentrierung. Inwieweit sich das in den politischen Entscheidungen und in den Institutionen widerspiegelt hat, ist jedoch fraglich. Festzuhalten bleibt, dass die Unbeständigkeit und ständige Umstrukturierung des Ausländerbeirates in Hannover bei den Mitgliedern zu einer Frustration führte. Ein ehemaliges Mitglied des Ausländerbeirates macht seine Frustration deutlich, in dem es ausführt:

„Wir hatten keine Mitbestimmungsrechte und konnten nichts entscheiden. Und immer dann wenn wir das geäußert haben, gab es Achselzucken und wir wurden beschwichtigt. Auch wenn es immer wieder neue Versuche gab, am Ende änderte sich doch nichts“ (Interview mit A.).

Diese Frustration hatte zur Konsequenz, dass sich immer weniger Menschen mit Migrationshintergrund im Ausländerbeirat engagierten. Die politischen Eliten mit Migrationshintergrund innerhalb der Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte, die es braucht um mit Parteien und anderen städtischen AkteurInnen Netzwerke zu knüpfen, konnten in diesem Umfeld nicht entstehen. Wie ich später am Beispiel Frankfurts zeigen werde, sind die institutionelle Verankerung der kommunalen Ausländervertretung (KAV) und die Zusammenarbeit mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten ein Grund für Verbindungen zu den Parteien und ein Sprungbrett in die Stadtverordnetenversammlung.

Erste politische Akteurin bei der SPD und die „Steintorkrawalle“

Die Jahre von 1978 bis 1980 ist ein entscheidender Einschnitt im Zusammenhang mit der politischen Repräsentation von MigrantInnen in Hannover, da

„in der SPD zum ersten Mal für den Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen eine Türkin zur Vorsitzenden gewählt wurde. Das ging ja dann auch durch die Presse“ (Experteninterview mit D.).

Elcin Kürsat-Ahlers ist eine der ersten MigrantInnen in Hannover, die als politische Akteurin in der SPD ein Amt bekleidete. Auch wenn ihr Vorsitz in dem Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen nicht sehr lange dauerte, so zeigt es doch eine Entwicklung an, in der erstmalig eine Migrantin in den Blickpunkt von Parteien und einer breiteren Öffentlichkeit trat.

Ein weiteres Ereignis, das das Thema Migration und Integration in die Öffentlichkeit und auf die politische Agenda brachte, waren die "Steintorkrawalle", bei denen es Ende der 80er Jahre zwischen Skins und Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund zu Auseinandersetzungen in der Innenstadt kam (Ramelsberger 1989). Aus dem Kontext der Auseinandersetzungen entstanden Vereine wie Arkadas e.V. und auf städtischer Ebene wurde eine Antidiskriminierungsstelle geschaffen.

„Seit seiner Gründung hat sich der Verein CAN ARKADAŞ e.V. vorgenommen, die zeitgenössische, moderne Kultur (Literatur, Kunst, Theater, Gesang) sowohl den türkischsprachigen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen als auch der deutschen Gesellschaft näher zu bringen, um andere Perspektiven als das weit verbreitete „Kulturverständnis“ Türkische Kultur= Döner und Bauchtanz zu eröffnen und somit zu versuchen, Brücken zwischen verschiedenen Kulturen zu bauen“ (Arkadaş-e.V.).

Der Verein Arkadas e.V. steht exemplarisch für viele andere Vereine, die in diesem Zeitraum entstanden und sich als Brückenbauer zwischen „verschiedenen Kulturen“ positionierten. Für plausibel halte ich, dass die zum Teil rassistischen Auseinandersetzungen während der Steintor-Krawalle dazu führten, dass MigrantInnen begannen, sich noch stärker zu organisieren und dass gleichzeitig auf Seiten städtischer Akteure eine Nachfrage nach Ansprechpartnern entstand. Die Gründung von Migrantenevereinen, die sich als Vermittler oder Brücken zur Mehrheitsgesellschaft sahen, sind die ersten Formen politischer Interessenvertretung, in denen die Bikulturalität als politische Ressource wahrgenommen wurde. Ein anderer Verein ist die alevitische Gemeinschaft, die Mitte der 90er Jahre von den politischen AkteurInnen als Ansprechpartner wahrgenommen wurde.

Auch wenn diese Auseinandersetzungen zu keiner substantiellen Veränderung im Zusammenhang mit der politischen Repräsentation, wie z.B. einer Aufwertung von Ausländerbeiräten oder Öffnung von Parteien gegenüber Personen mit

Migrationshintergrund geführt haben, so kann man dennoch festhalten, dass eine Sensibilisierung auf Seiten der städtischen Politik und AkteurInnen stattfand, die AnsprechpartnerInnen braucht, um mit der migrantischen Bevölkerung in einen Dialog zu treten. Diese Nachfrage nach Ansprechpartnern, Vermittlern und Brückenbauern entsteht, wie ich später zeigen werde, in einem Problematisierungsdiskurs, der politische Räume für einzelne Eliten schafft. Dieser Problematisierungsdiskurs bewegt sich zwischen Rassismus und Diskriminierungsdiskursen und Diskursen über mangelnde Integrationsbereitschaft von bestimmten ethnischen Gruppen.

Veränderungen im kommunalen Wahlrecht

Mit den Kommunalwahlen im Jahre 2001 wird Eleni Mourmouri für die Grünen als erste Person mit Migrationshintergrund in die Ratsversammlung gewählt. Mourmouri wurde 1962 in Griechenland geboren und kam 1971 mit ihren Eltern nach Hannover. Sie studierte an der Universität Hannover Jura, Politikwissenschaften und Geschichte. Mourmouri kandidierte bereits 1996 für die SPD, als EU-BürgerInnen erstmalig ihr passives und aktives Wahlrecht ausüben durften. Zu dieser Zeit lebten etwa 15.000 Menschen aus den EU-Ländern in Hannover, wobei die griechischen BewohnerInnen, die größte Gruppe unter den EU-BürgerInnen bildeten (Ehrich 2011: 219). Als sie nicht gewählt wurde, zog sich Mourmouri aus der Politik zurück und schloss sich dann Ende der 90er Jahre den Grünen an. Im Jahr 2005 kandidierte Mourmouri für die Oberbürgermeisterwahl, was zu Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen führte. Sie kandidierte erneut bei den Kommunalwahlen 2006, konnte allerdings nicht in das Stadtparlament einziehen (Ehrich 2011: 220).

Erster Bezirksbürgermeister mit Migrationshintergrund in Hannover

Im Jahr 2001 wird Kaya als erster Politiker mit Migrationshintergrund zum Bezirksbürgermeister im Bezirk Hannover-Nord gewählt. Diese Wahl stellt den Anfang einer Entwicklung dar, in der erstmalig nach Kürsat-Ahlers und Mourmouri, ein Politiker mit Migrationshintergrund in der Öffentlichkeit Hannovers wahrgenommen wird und ein Amt ausfüllt, das keinen direkten integrations- und migrationspolitischen Bezug aufweist. Ich halte es für plausibel, dass die Wahl zum Bezirksbürgermeister eine Signalwirkung für die politischen Parteien und die städtische Öffentlichkeit hatte. Für die Menschen mit

Migrationshintergrund gab es mit Kaya zum ersten Mal eine mögliche Identifikationsfigur und für die Parteien und die politische Öffentlichkeit einen Ansprechpartner in ihren Reihen.

Der lokale Integrationsplan und Anstieg der parlamentarischen Repräsentation

Die Kommunalwahlen 2006 führten dazu, dass mit Jeremy Krstic (Die Linkspartei. PDS), Kaya (SPD-Veranstaltung) und Maaret Westphely (Grüne) zumindest drei Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in die Ratsversammlung einziehen konnten.

Mit der Wahl zum Oberbürgermeister 2006 machte Stephan Weil Migrations- und Integrationspolitik zur „Chefsache“. Dies führte zu einer Umstrukturierung der institutionellen Verankerung der Migrations- und Integrationspolitik auf städtischer Ebene. Auf der städtischen Ebene wurde ein Integrationsrat Hannover gegründet, dabei besitzt mindestens die Hälfte der vom Oberbürgermeister berufenen Mitglieder des Integrationsrates einen Migrationshintergrund. Der Integrationsrat hat neben integrationspolitischen Aufgaben das Ziel, die Maßnahmen, die mit dem lokalen Integrationsplan beschlossen wurden, zu begleiten und zu überprüfen. Zusätzlich wurden in allen 13 Stadtbezirken Integrationsbeiräte gegründet. Neben den Treffen des Integrationsrates treffen sich einmal im Jahr die Integrationsbeiräte der Stadtbezirke mit dem Integrationsrat Hannover zu einer gemeinsamen Sitzung (Hannover 2008: 91). Diese Umstrukturierung fällt mit dem lokalen Integrationsplan der Stadt Hannover zusammen. Nachdem die Bundesregierung im Jahre 2007 einen nationalen Integrationsplan vorgelegt hatte, beschloss der Rat 2008, einen lokalen Integrationsplan für Hannover zu erarbeiten. In dem Integrationsplan der Stadt Hannover heißt es:

„Erfolgreiche Integrationspolitik braucht politische Teilhabe und eine starke Zivilgesellschaft. Dieser Grundsatz gilt im besonderen Maße für die lokale Ebene“ (Hannover 2008: 88).

Die politische Teilhabe wurde von den politischen AkteurInnen als ein wichtiger Bestandteil für die Integrationspolitik gesehen. Dabei wurde auf den Umstand verwiesen, dass Regelungen zum kommunalen Wahlrecht nur auf Länder- und Bundesebene verändert werden können. Der lokale Integrationsplan sieht allerdings Handlungsbedarf auf mehreren Ebenen bei der politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund.

„Den politischen Parteien in Deutschland, bei denen die deutsche Staatsangehörigkeit keine Voraussetzung für eine Mitgliedschaft ist, hat sich nur eine sehr geringe Zahl von Ausländer/Innen und deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund angeschlossen. In Parlamenten, in kommunalen Gremien und in leitenden Funktionen in öffentlichen Institutionen sind in Hannover, wie in ganz Deutschland, Menschen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert“ (Hannover 2008: 89).

Dass sich der lokale Integrationsplan unter dem Punkt Demokratie und Beteiligung mit der politischen Teilhabe und Repräsentation beschäftigt, macht deutlich, dass erstmalig ein Problembewusstsein in diesem Bereich vorhanden ist. Der Integrationsplan erkennt an, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Parlamenten und lokalen Gremien unterrepräsentiert sind. Konkrete Handlungsvorschläge formuliert der lokale Integrationsplan allerdings nicht. Dennoch lässt sich argumentieren, dass durch die Thematisierung der Unterrepräsentation ein Problembewusstsein bei einigen EntscheidungsträgerInnen in den Parteien entsteht.

Kommunalwahlen 2011 und der Aufstieg Kayas zum Vorsitzenden der SPD

Ein Indiz dafür, dass der Migrationshintergrund als politische Kategorie an Relevanz gewinnt, zeigt sich mit der Wahl von Kaya im April 2011 zum Vorsitzenden des SPD-Stadtverbandes in Hannover. Bereits im März 2011 stellt die Ratsfraktion der SPD im Migrationsausschuss, unter der Führung des damaligen migrationspolitischen Sprechers Kaya, einen Antrag zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche. Bei der Wahl von Kaya zum Vorsitzenden des Stadtverbandes der SPD wurden mit Jasmin Arbabian-Vogel, Ufuk Deniz Ciyakli und Katarzyna Miszkiel-Deppe drei weitere SPD-Mitglieder mit Migrationshintergrund in den Vorstand gewählt.

Im Zuge der Kommunalwahlen 2011 in Hannover wurde die Rot-Grüne Koalition bestätigt. Stärkste Partei im Rat der Landeshauptstadt blieb mit 37 % die SPD, die jedoch 4% verlor. Die CDU wurde zweitstärkste politische Kraft, verlor jedoch 5,6 % im Gegensatz zu den Kommunalwahlen 2006 und erreichte nur noch 25,2 % der Stimmen. Den größten Stimmengewinn konnten die Grünen verbuchen, die mit einem Plus von 7,7 % das Rekordergebnis von 21,5 % erzielten. Für den Erfolg der Grünen hatten der Atomunfall in Fukushima und die daran anschließenden Debatten über die Atomenergie eine entscheidende Rolle. Die FDP war der große Verlierer der Kommunalwahlen 2011, über die

Hälfte ihrer früheren WählerInnen und Wähler wandte sich ab. Sie verlor 3,9 % und erzielte nur noch 2,7 %.

Die Stimmengewinne der Grünen führten dazu, dass mit Belit Onay und Selin Arikoglu gleich zwei PolitikerInnen mit Migrationshintergrund in die Ratsversammlung einzogen. Für die SPD schaffte es Belgün Zaman ein Mandat zu erlangen. Mit Maaret Westphely (Grüne) und Kaya (SPD-Veranstaltung) stieg die Zahl der Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund auf fünf an. Die Kommunalwahlen 2011 führten somit zu dem höchsten Stand an Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund in der kommunalpolitischen Geschichte Hannovers. Die Wahlen zeigen einen positiven Trend der politischen Repräsentation durch Menschen mit Migrationshintergrund an.

Migrationshintergrund als Ressource bei den Kommunalwahlen 2016

Die Kategorie des Migrationshintergrundes gewann, wie oben gezeigt werden konnte, im Laufe der Jahre an Relevanz. Die Kommunalwahlen 2011 bildeten den Höhepunkt in dieser Entwicklung. Mit der Wahl von Kaya zum Vorsitzenden der SPD, lässt sich ein konkreter Wandel erkennen, was den Umgang mit der Kategorie des Migrationshintergrundes im Zusammenhang politischer Repräsentation betrifft. Auf dem Stadtverbandsparteitag der SPD wird in einem Leitantrag des Stadtverbandsvorstandes unter dem Punkt D1 „Starke Liste – Gute Ergebnisse. Die Vielfalt der Stadt der SPD bei Wahlen als Gewinn“, folgendes für die Kommunalwahlen 2016 gefordert:

„Zur Kommunalwahl 2016 wird der Stadtverbandsvorstand gemeinsam mit dem Vorstand des Unterbezirks mit einer dafür eingesetzten Arbeitsgruppe die Aufstellung der Wahllisten begleiten und unterstützen. Bei der Suche nach geeigneten KandidatInnen und Kandidaten für die Wahllisten soll neben der Einhaltung der Geschlechterquote der Blick der Ortsvereine auch auf junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund gelenkt werden. Ein Qualifizierungsprogramm des Stadtverbandes zur Gewinnung und Vorbereitung neuer GenossInnen und Genossen für kommunalpolitische Aufgaben ist dabei ein wichtiger Baustein“

An dem Antrag des SPD-Stadtverbandes wird deutlich, dass der Migrationshintergrund als politisch relevante Kategorie gesehen wird, wenn es um die Aufstellung von KandidatInnen geht. Kaya als Vorsitzender des Stadtverbandes Hannover spielt bei dem Antrag eine maßgebliche Rolle. Die Person Kayas steht für einen Wechsel in der Wahrnehmung der politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund, indem die eigenen

oder familiären Einwanderungsgeschichten als Ressourcen wahrgenommen und als Merkmal erkannt werden, um bei den Kommunalwahlen erfolgreich zu sein. Dafür soll eine eigene Arbeitsgruppe geschaffen werden, was darauf schließen lässt, dass neue Strukturen innerhalb der SPD entstehen, um dem Thema der politischen Repräsentation neue Impulse zu geben. Ein Qualifizierungsprogramm, dessen Inhalt nicht näher ausgeführt wird, soll dem Vorhaben, die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund auf den Kandidatenlisten zu erhöhen, helfen. Ein Novum in der parteipolitischen Geschichte Hannovers stellt die Wahl zum Vorstand des Stadtverbandes der SPD dar, in der erstmalig mit Adis Ahmetovic, Abayomi Bankole, Naciye Celebi-Bektas, Emine Öztürk und Zehra Seckin, gleich fünf neue Vorstandsmitglieder mit Migrationshintergrund in den Vorstand gewählt werden. Die Entscheidungskraft und die Anwesenheit eines Vorsitzenden mit Migrationshintergrund hatten somit einen sichtbaren Effekt auf die Zusammensetzung des Vorstandes.

4.2.2 Die Entwicklung der politischen Repräsentation - Vernetzungen und Orte der Interaktion in Frankfurt

Im Rahmen der Gastarbeitermigration kamen MigrantInnen aus verschiedenen Ländern nach Frankfurt. 1963 lebten bereits ca. 40.000 MigrantInnen in Frankfurt (Karpf 2013: 131). Die ersten Formen migrantischer Proteste sind bereits 1960 zu finden, in denen spanische ArbeiterInnen in Rödelheim die dortigen Wohnbedingungen kritisierten (Karpf 2013: 134). In der Folgezeit entstanden erste MigrantInnenorganisationen, die mit den Wohlfahrtsverbänden zusammenarbeiteten (wie z.B. das Centro Italiano, Centro Espagnol, griechisches und türkisches Zentrum). Diese Zusammenarbeit wurde auf nationaler Ebene organisiert, d.h. katholische Italiener und Spanier waren der katholischen Caritas, die orthodoxen Griechen der evangelischen Diakonie zugeordnet. Bemerkenswert ist dabei die Kooperation der Arbeiterwohlfahrt und der türkischen MigrantInnen, die Karpf folgendermaßen kommentiert:

*„Insofern hatte die Arbeiterwohlfahrt mit seiner sozialdemokratischen Tradition und seiner internationalen Orientierung eigene Anknüpfungspunkte. Viele der frühen türkischen Einwanderer waren auch selber gewerkschaftlich organisiert und eher aus so einem linken Milieu gekommen, also da passte das schon ganz gut“
(Experteninterview mit K.).*

Das linke Milieu, das nicht nur aus GastarbeiterInnen bestand, sondern auch aus StudentInnen, ist ein wichtiger Anknüpfungspunkt, um die Entwicklung der politischen Repräsentation von MigrantInnen in Frankfurt zu verstehen. Aus diesem Milieu entspringen später politische Akteure, die erste Verbindungen zu Parteien herstellen und Pioniere sind, wenn es um die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund geht.

Proteste und Konflikte um Wohnsituation von MigrantInnen im Westend

Die Häuserkämpfe und Mietstreiks in Frankfurt Westend sind aus zwei Gründen entscheidend für die migrationspolitische Geschichte Frankfurts. Erstens, die Wohnsituation und die soziale Lage der MigrantInnen gelangten in die Öffentlichkeit. Zweitens, MigrantInnen und Migranten organisierten und initiierten einige der Proteste (Bojadzijeve 2008: 206). In den 60er Jahren wurde das Westend als Cityerweiterungsgebiet deklariert, in dem durch verdichtete Bebauung, neuer Platz für den rasch wachsenden Finanzsektor geschaffen werden sollte. Dies führte zu hohen Grundstückspreisen und Immobilienspekulationsobjekten (Frankfurt 1974; Karpf 2013). Eigentümer von Wohnungen im Westend vermieteten Wohnungen in miserablen Zuständen, die meist zum Abbruch vorgesehen waren. Die zusätzliche Wohnungsnot, in der es besonders für MigrantInnen schwer wurde eine bezahlbare Wohnung zu finden, wurde so zu einem lukrativen Geschäft für Wohnungseigentümer. Die MigrantInnen wurden bis zum Abriss als ZwischenmieterInnen akzeptiert und mussten völlig überbezahlte Mieten zahlen. Neben den ersten Besetzungen von Häusern durch italienische Familien, begann eine neue Form des Häuserkampfes, der Mietstreik.

„Einige deutsche, italienische, spanische und türkische Aktivisten hatten Wochen lang im Westend, vor Kinos und Konsulaten Flugblätter in verschiedenen Sprachen verteilt. Darin griffen sie Forderungen auf nur 10% des Lohnes für die Miete zu zahlen“ (Frankfurt 1974: 109; Bojadzijeve 2008: 207).

Interessant war dabei, dass einige italienische AktivistInnen von der Unione Inquilini (Mieterunion) Ausländerquartiere im Westend besuchten, um mit den MieterInnen über deren Wohnsituation zu diskutieren (Karakayali 2005: 127).

Eine der ersten großen von MigrantInnen organisierten Demonstrationen folgten 1000 TeilnehmerInnen, die aus italienischen und spanischen ArbeiterInnen von Opel, HausbesetzerInnen und Mietstreikenden der Stadt bestand (Frankfurt 1974: 111; Bojadzijeve

2008: 208). Mitte der 70er Jahre endete der Mietstreik. Auch wenn die Gründe nach Karakayali nicht endgültig geklärt werden können, so haben nach Bojadzijeve „die rassistische Diskriminierung des Wohnungsmarktes sowie die persistente Diskriminierung durch städtische Institutionen und Vermieter sicherlich dazu beigetragen“ (Bojadzijeve 2008: 211). Der Mietstreik kann hier als erste Form der lokalpolitischen Artikulation von MigrantInnen verstanden werden, in der Interessen formuliert wurden und auf Probleme aufmerksam gemacht wurde. Migrantische Akteure gelangen durch den Mieterstreik als politische Subjekte in die Frankfurter Öffentlichkeit, in der die Politisierung des vorhandenen Gastarbeiterstatutes stattfindet. Die Auseinandersetzungen im Westend markieren somit neue Grenzziehungsprozesse, in der sich MigrantInnen von dem Gastarbeiterstatus emanzipieren und neue Formen des kollektiven politischen Widerstandes entwickeln. Parallel zu dem Mietstreik und den Häuserkämpfen tritt 1971 ein „Initiativausschuss für Ausländerangelegenheiten“ zusammen, aus dem dann die „Arbeitsgruppe für Ausländerfragen“ entsteht (Karpf 2013: 178). Diese Arbeitsgruppe sollte sich mit der

„Betreuung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer weitmöglichen Integration“ in Frankfurt befassen. Besonders interessant ist der letzte Punkt des Maßnahmenkatalogs, der „die Mitwirkung von Repräsentanten ausländischer Arbeitnehmer an den für die Personengruppe wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen.“²

An dieser Stelle wird deutlich, was für ein Bild von politischen Repräsentanten vorherrschte. MigrantInnen wurden beschränkt auf ihren Status eines Arbeiters, der sich nur um die Interessen von MigrantInnen kümmern sollte. Auch wenn für Karpf hier eine städtische Politik beginnt, die sich „konzeptionell von der reinen Betreuungsaufgabe zu lösen begann“, so kann dennoch nicht von einer gleichberechtigten politischen Teilhabe gesprochen werden.

Migrantische Akteure in Gewerkschaften und die Arbeitsgruppe ausländischer Arbeitnehmer in der SPD

Neben dem Mieterstreik lassen sich die ersten politischen AktivistInnen mit Migrationshintergrund in Frankfurt finden, die sich gegen die politischen Umstände in ihren

² Fürsorgeamt 3282, Magistratsbeschluss vom 18.10.1971 zur Bildung einer Arbeitsgruppe für Ausländerfragen mit einer Sondergeschäftsweisung dieser Gruppe.

Herkunftsländern engagierten. Die Militärdiktatur in Griechenland und der Militärputsch in den 70 und 80er Jahren in der Türkei, sowie die spanische Diktatur unter Franco, führten zu einer migrantischen Mobilisierung, die sich in Protesten und anderen politischen Veranstaltungen zeigte. Migrantische AktivistInnen solidarisieren sich in dieser Zeit untereinander und organisieren gemeinsame politische Proteste. Zeitgleich entstehen die ersten Netzwerke zu den Parteien, die sich an Protesten und Veranstaltungen beteiligen. Einige dieser AktivistInnen werden später in die Stadtverordnetenversammlung gewählt (mehr zu den Karrierewegen von Abgeordneten in Kap.5).

Einige der migrantischen AktivistInnen werden in Gewerkschaften und den Wohlfahrtsverbänden aktiv. Exemplarisch dafür steht Yilmaz Karahasan, der bereits 1968 als Gewerkschaftssekretär der IG Metall das „Referat Ausländische Arbeitnehmer“ in Frankfurt leitet. Karahasan gehört zu den ersten politischen Akteuren, die Anfang der 1970er Jahre mit den Parteien in Frankfurt in Berührung kommt. 1972 wird ein SPD-Arbeitskreis ausländischer Arbeitnehmer gegründet, an dem Karahasan maßgeblich beteiligt ist (Hunn 2005: 389; Karpf 2013: 190). Zu einer Kooperation zwischen dem Arbeitskreis der SPD und anderen migrantischen Initiativen kommt es Mitte der 1970er Jahre, als ausländische und im Besonderen türkische ArbeitnehmerInnen gegen die Kürzungen der Ausländerbetreuung protestieren. In einem Zusammenschluss mehrerer Organisationen wie der Koordinationsausschuss türkischer Journalisten, Gewerkschaftler, Sozialarbeiter und dem Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer in der Frankfurter SPD sowie dem Initiativsausschuss Ausländischer Mitbürger in Hessen, wird ein Solidaritätskomitee ausländischer Arbeitnehmer in der BRD gegründet, das eine Demonstration und eine Unterschriftenaktion organisiert (Hunn 2005: 389).

Mitte der 1970er Jahre gründen sich mehrere Organisationen und Verbände, wie z.B. die Rechtshilfe für Ausländer oder die „Pinie“, ein Kulturarbeitskreis für Ausländervereine, der vom Kulturdezernat aufgebaut wurde. In zwei Kongressen von 1979 und 1983 wurde von mehreren Migrantorganisationen und Initiativen das kommunale Wahlrecht für Ausländer gefordert. Trotz der aufkommenden Migrantorganisationen und Initiativen war nach Karpf die „formale Repräsentanz individueller Ausländer in wichtigen städtischen und politischen Strukturen offenbar noch sehr gering“ (Karpf 2013: 224). Gerade in den politischen Parteien spielten Menschen mit Migrationshintergrund so gut wie keine Rolle. Die Frankfurter Rundschau berichtete 1988:

„Ausländer nur zum Vorzeigen. Imagepflege ändert nichts: Fast nur Deutsche in den Parteien“ (Karpf 2013: 224).

Die Gründung des AmkA – Aufwertung des Migrationshintergrundes als politische Ressource

Die Stadt Frankfurt versuchte Ende der 1970er Jahre durch eine neue Kommissionsatzung, die politische Repräsentation der MigrantInnen zu stärken. Die Satzung sah vor, „ausländische Einwohner“ bei Entscheidungsfindungsprozessen miteinzubeziehen“ (Karpf 2013: 232). Nach Karpf scheiterte dieser Versuch an „der fehlenden Repräsentativität der von den Betreuungsverbänden vorgeschlagenen Kandidaten und die geringe Wirkung von deren Vorschlägen in der Kommissionsarbeit“ (Karpf 2013: 233). Nach mehreren Versuchen auf der Ortsbeiratsebene einen Ausländerbeirat einzurichten, wurde 1988, gegen den Willen der CDU, ein Ausländerbeauftragter (ohne Rederecht) im Ortsbereich 8 installiert.

Die Kommunalwahlen 1989 führten dazu, dass eine Rot-Grüne Regierung an die Macht kam und die christdemokratische Mehrheit im Römer ablöste. Nach Leggewie waren es die „antisemitischen Parolen der CDU gegen den ‚roten Bürgerschreck‘, was nur eine erkleckliche Zahl ihrer Stamm- und Gelegenheitswähler der überraschten NPD zutrieb, der den Weg für einen Rot-Grünen Magistrat freimachte“ (Leggewie 1990: 46).

Der Machtwechsel hatte Auswirkungen auf die Integrationspolitik der Stadt. Die neue Integrationspolitik basierte auf der Idee einer multikulturellen Gesellschaft, die durch die Grünen in den öffentlichen Diskurs gelangte (Aybek/Straßburger 2009: 354). Auf Betreiben der Frankfurter Grünen und von Daniel Cohn-Bendit wurde 1989 das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) gegründet. Die Gründung des AmkA stellte einen Einschnitt in der migrations- und integrationspolitischen Agenda der Stadt da. Das AmkA war eine Antwort auf die fehlende Institutionalisierung von migrations- und integrationspolitischen Themen in der Frankfurter Stadtpolitik. Die Entstehung des AmkA war eingebettet in eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Themen Migration und Integration, was Radtke folgendermaßen zusammenfasst:

“After 1989, there was tension at the national level in the aftermath of the surprising and sudden unification of the two German states at the end of the Cold War. This was characterised by nationalist joy but also by enormous immigration flows. The resurrection of a dirty nationalism and murderous waves of xenophobia and racial harassment in many German towns caused concern among all political actors” (Radtke 2003: 60).

Das AmkA bestand aus vier Abteilungen: Koordination und Sonderveranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Integration, Antidiskriminierungsarbeit und Sofort-Hilfe und die Geschäftsstelle der kommunalen Ausländervertretung (Stadt Frankfurt 1993: 19). In der öffentlichen Verwaltungshierarchie war das AmkA allen anderen Behörden gleichgestellt, wurde jedoch mit keiner Weisungsbefugnis ausgestattet (Aybek/Straßburger 2009: 355). Nach Daniel Cohn-Bendit übernahm Rosi Wolf-Almanasreh die Amtsleitung, die sie bis 2001 ausführte. Bemerkenswert für diese Arbeit ist der Umstand, dass das AmkA mit seiner Gründung 14 MitarbeiterInnen einstellte, die entweder einen Migrationshintergrund hatten oder eine mehrsprachige Qualifikation vorweisen konnten. Die Widerspiegelung der städtischen Vielfalt in der Institution des AmkA stellte zu dieser Zeit ein Novum in Deutschland dar.

1993 wurde dann mit Dr. Ann Anders die erste Stadtverordnete mit Migrationshintergrund in die Frankfurter Stadtversammlung gewählt. Die 1947 in London geborene Tochter politischer Emigranten mit deutscher und englischer Staatsbürgerschaft kommt über die Liste der Grünen in die Stadtverordnetenversammlung.

Mit der Amtszeit der Bürgermeisterin Petra Roth (CDU) im Jahre 2001 änderte sich die Aufgabenteilung im Magistrat. Das AmkA wird in das Dezernat für Integration umbenannt und von Albrecht Magen (CDU) übernommen. 2006 wurde mit Claude Diallo ein gebürtiger Guineer Vorsitzender des Dezernats für Integration, dessen Tochter in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung sitzt. Nach seinem plötzlichen Tod im Jahre 2008 übernahm Dr. Nargess Eskandari-Grünberg das Dezernat für Integration.

Fraglich ist, inwiefern das AmkA einen Einfluss auf die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in den Parteien und Parlamenten der Stadt Frankfurt hatte. Die Analyse der untersuchten Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt zeigt keine direkten Netzwerke zum AmkA auf und dieses spielt in den Karrierewegen keine besondere Rolle. Dennoch kann man hier argumentieren, dass die bundesweite Vorreiterrolle des AmkA, seine Vernetzungen, Kooperation und Synergien, die migrations- und integrationspolitischen Themen relativ früh auf die Agenda der Frankfurter Stadtpolitik brachte. Parteien, Verwaltungsorgane und zivilgesellschaftliche Organisationen begreifen das AmkA als Ansprechpartner, wenn es um migrations- und integrationspolitische Fragen geht. Multikulturalität, Vielfalt und Integration werden zu Teilen eines öffentlichen Diskurses und finden somit Eingang in die Parteien. Das Selbstverständnis der Stadt als „multikulturelle

Metropole“ (Cohn-Bendit) findet durch das AmkA eine symbolische Repräsentation. Dieses Bild oder die Imagination einer multikulturellen Stadt kann BürgerInnen motivieren, sich politisch zu engagieren. Sie schafft Vertrauen in städtische Institutionen und die Politik, da die Einwanderungsgeschichte eines großen Teils der Frankfurter Bevölkerung auf städtischer bzw. institutioneller Ebene eine Anerkennung erfährt. Personen wie Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, die seit 2008 Dezernentin für Integration ist, sind politische Persönlichkeiten, die durch ihre Vorbildfunktion und durch ihre öffentliche Präsenz andere BürgerInnen ermutigen könnten, den Weg in die Parteien und die Politik zu suchen.

KAV und kommunales Wahlrecht für EU-BürgerInnen in Frankfurt – Sprungbrett in die Parteien

Die neue Ausrichtung in der Migrationspolitik durch die Rot-Grüne Regierung brachte eine neue Dynamik in die politische Teilhabe und Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund. Anfang der 90er Jahre wurde nach langen Diskussionen die kommunale Ausländervertretung (KAV) gegründet, die durch eine gesamtstädtische Listenwahl gewählt werden sollte (Karpf 2013: 248). Die KAV sollte als Beirat die Interessen und Bedürfnisse der Ausländer gegenüber der Stadtverordnetenversammlung vertreten (Aybek/Straßburger 2009: 357). Der Gestaltungsrahmen der KAV ist in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) festgelegt. Der Magistrat hat der KAV gegenüber eine Informationspflicht. Die KAV hat ein „Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen.“ Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat können die KAV anhören, wobei auf Ebene der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung eine Anhörungspflicht besteht (vgl. HGO § 88 Abs. 1 und 2).

Die Wahlbeteiligung bei den zweiten Wahlen 1997, die bei 8% lag, führte zu einer Legitimationskrise der KAV. Darüber hinaus führten die verfassungsrechtlichen Schranken und der eingeschränkte kommunalrechtliche Rahmen dazu, dass die KAV in ihrer Gestaltungsmacht sehr eingeschränkt war. Diese Einschränkungen führen immer wieder zur Frustration bei ihren migrantischen Mitgliedern und anderen politischen AkteurInnen. So ist es nicht verwunderlich, dass bis heute die Legitimität der KAV in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert wird (mehr dazu in Kap. 6.1).

Etwa im gleichen Zeitraum entsteht eine institutionelle Verankerung migrations- und integrationspolitischer Themen auf der legislativen Ebene. Es wird zunächst ein Ausschuss

für Immigration und Integration gegründet, welcher im Jahre 2006 als Ausschuss für Bildung und Integration mit dem ehemaligen Schulausschuss zusammengelegt wurde (Aybek/Straßburger 2009: 357).

Gleichzeitig hatten die EU-BürgerInnen 1997 erstmalig das Recht, bei den Kommunalwahlen zu wählen und gewählt zu werden. Das Kommunalwahlrecht für die EU-BürgerInnen machte sich in der Stadtverordnetenversammlung bemerkbar, in der erstmalig in der Geschichte Frankfurts sechs Stadtverordnete mit Migrationshintergrund in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden. Fünf von acht Stadtverordneten mit Migrationshintergrund kamen dabei aus Staaten der EU. Für die Grünen zogen die Italienerin Marina Demaria und die englisch-deutsche Dr. Ann Anders in die Stadtverordnetenversammlung, für die SPD der Spanier Eugenio Munoz del Rio und der Grieche Grigorios Zarcadas und für die CDU der Grieche Dr. Ilias Galanos. Lediglich die iranischstämmige Dr. Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne), die türkeistämmigen Mehmet (SPD) und Yalcin Dal (Grüne) kamen aus nicht EU-Ländern, besaßen zu diesem Zeitpunkt allerdings schon die deutsche Staatsangehörigkeit. Es lässt sich argumentieren, dass die KandidatInnen mit Migrationshintergrund auf ein verändertes politisches Umfeld trafen, in dem die Parteien auf die neuen rechtlichen Regelungen zum kommunalen Wahlrecht reagierten und ein Wählerpotential auf Seiten der EU-BürgerInnen in Frankfurt. erkannten. Im Jahre 2001 wurde Konstantinos Moissidis im Stadtbezirksverband Nordweststadt-Niederursel der CDU zum Vorsitzenden gewählt. Moissidis war der erste EU-Bürger ohne deutschen Pass, der zum Vorsitzenden eines CDU-Verbandes in Deutschland gewählt wurde. Die Wahl zeigte, dass neben Galanos auch andere KommunalpolitikerInnen mit Migrationshintergrund den Weg in die CDU fanden.

Die KAV kann trotz ihrer beschränkten Handlungsmöglichkeiten als eine Art Sprungbrett in die Parteien für die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund gesehen werden. So waren alle Stadtverordneten mit Migrationshintergrund, die 1997 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden, Mitglieder der KAV. Die KAV bildet somit eine Art Kandidatenpool für Parteien und eine kommunalpolitische Ausbildung für seine Mitglieder (Schönwälder/Sinanoglu/Volkert 2011: 49). Die Aneignung von lokalem Wissen und das Erlernen von kommunalpolitischen Abläufen sind wichtige Bausteine für die politischen Karrieren von Stadtverordneten mit Migrationshintergrund. Netzwerke in die Parteien und

die Aneignung politischer Fähigkeiten, wie das Reden und Argumentieren vor einer Gruppe, sind entscheidende Voraussetzungen für den Erfolg in der Lokalpolitik.

Entwicklungen in der parlamentarischen Repräsentation

Wie bereits oben erwähnt, wurden 1997 mit der Rot-Grünen Regierung acht Stadtverordnete mit Migrationshintergrund in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt. Dabei spielten die Einrichtung einer kommunalen Ausländervertretung 1992 und das erstmalige Wahlrecht für EU-BürgerInnen 1997 eine entscheidende Rolle. Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2001 kam mit dem Italiener Luigi Brillante, der für die Europäische Liste kandidierte, lediglich ein Stadtverordneter mit Migrationshintergrund hinzu. Fraglich ist, warum es nach dem Anstieg bei den Kommunalwahlen 1997 zu einer Stagnation in der Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadtverordnetenversammlung kommt. Ein möglicher Grund könnte darin liegen, dass die geeigneten KandidatInnen mit Migrationshintergrund bereits in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden und somit keine weiteren geeigneten KandidatInnen mehr vorhanden waren. Die leichten Stimmenverluste der Grünen könnten ein weiterer Grund sein (1997: 16,9 %; 2001: 14,2 %), denn immerhin 3 der 7 Stadtverordneten mit Migrationshintergrund waren Mitglieder der Grünen.

Bei den Kommunalwahlen 2006 wurden mit Yildiz Köremezli-Erkiner und Zehra Ayyildiz zwei türkeistämmige Stadtverordnete mit Migrationshintergrund für die Linke/WASG in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Ein entscheidender Faktor war dabei, dass mit der Fusion der PDS und der WASG, 2006 erstmalig die Linken/WASG bei den Kommunalwahlen in Frankfurt antraten. Dabei konnten sie mit einem Plus von 4,3%, gegenüber dem Ergebnis der PDS bei den Kommunalwahlen 2001, die höchsten Stimmengewinne aller Parteien vorweisen (Stadt Frankfurt 2006: 63). Die Etablierung einer neuen Partei im linken politischen Spektrum und die Stimmgewinne ermöglichten eine Zunahme von Stadtverordneten mit Migrationshintergrund in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Nach den Kommunalwahlen 2006 gelangten zehn Stadtverordnete mit Migrationshintergrund in das Frankfurter Stadtparlament.

SPD: Eugenio Munoz del Rio, Grigorios Zarcadas und Turgut Yüksel,

CDU: Dr. Ilias Galanos,

Grüne: Dr. Anders Ann, Marina Demaria und Dr. Nargess Eskandari-Grünberg,

Die Linke/WASG: Yildiz Köremezli-Erkiner und Zehra Ayyildiz,

Europa Liste für Frankfurt : Luigi Brillante.

Der größte Sprung in der parlamentarischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund war nach den Kommunalwahlen 1997 bei den Kommunalwahlen 2011 zu verzeichnen. Im Gegensatz zu den Kommunalwahlen 2006 kamen vier Stadtverordnete mit Migrationshintergrund hinzu. Mit 14 Stadtverordneten mit Migrationshintergrund erreichte die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung den höchsten Stand politischer Repräsentation durch Menschen mit Migrationshintergrund in seiner Geschichte.

In dem Kontext des Reaktorunfalls in Japan können die Grünen einen Stimmengewinn von 10,4 % verzeichnen (Stadt Frankfurt 2011: 5). Die Grünen gewinnen dadurch zehn Sitze hinzu und erhalten insgesamt 24 Mandate. Durch den Wahlerfolg der Grünen kommt es zu einem kompletten Wechsel innerhalb der Gruppe der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund. Mit Hilime Arslaner-Gölbasi, Nimatoulaye Diallo, Onur Azcan, Odette Barbossa de Lima und Evanthia Triantafillidou gelangen gleich fünf neue Stadtverordnete mit Migrationshintergrund in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Dagegen scheiden mit Dr. Nargassi Eskandari-Grünberg (seit 2008 Dezernentin für Integration), Marina Demaria und Dr. Ann Anders, drei Stadtverordnete mit Migrationshintergrund aus, so dass in der Bilanz zwei Stadtverordnete mit Migrationshintergrund hinzukommen. Bemerkenswert ist, dass die CDU in Frankfurt, die mit Ezhar Cezairli und Albina Nazareus-Vetter gleich zwei Stadtverordnete mit Migrationshintergrund hinzugewinnen kann und mit nun drei Stadtverordneten mit Migrationshintergrund, den höchsten Stand in ihrer Parteigeschichte erreicht. Auch bei der SPD kommt es zu einem Wechsel, mit Grigorios Zarcadas scheidet ein Stadtverordneter mit Migrationshintergrund aus, dafür kommen mit Imren Ergindemir und Mike Josef zwei neue Stadtverordnete mit Migrationshintergrund hinzu. Nur bei den Linken kommt es in der Bilanz zu einem Verlust von einer Stadtverordneten mit Migrationshintergrund. Mit Yildiz Köremezli-Erkiner und Zehra Ayyildiz scheiden gleich zwei Stadtverordneten mit Migrationshintergrund aus, mit Merve Ayyildiz der Tochter von Zehra Ayyildiz kommt eine Stadtverordnete mit Migrationshintergrund in die Stadtverordnetenversammlung hinzu. Luigi Brillante wird mit seiner Europa Liste für Frankfurt in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung wiedergewählt. Die Liste der

Stadtverordneten mit Migrationshintergrund sah nach den Kommunalwahlen 2011 folgendermaßen aus:

SPD: Eugenio Munoz del Rio, Turgut Yüksel, Imren Ergindemir und Mike Josef, (Dr. Evlampios Betakis: seit 2012),

CDU: Dr. Ilias Galanos, Ezhar Cezairli und Albina Nazarenus-Vetter,

Grüne: Hilime Arslaner-Gölbasi, Nimatoulaye Diallo, Onur Azcan (Cihat Taskin: seit 2012), Odette Barbossa de Lima und Evanthia Triantafillidou,

Die Linke: Merve Ayyildiz

Europa Liste für Frankfurt : Luigi Brillante,

Freie Wähler: Martha Moussa (seit 2012).

Im Laufe meiner Untersuchung scheiden einige Stadtverordnete mit Migrationshintergrund aus verschiedenen Gründen aus und andere Stadtverordnete mit Migrationshintergrund kommen hinzu. So wird Mehmet 2013 in den hessischen Landtag und Eugenio Munoz del Rio zum ehrenamtlichen Magistratsmitglied und Stadtrat gewählt. Imren Ergindemir zog es während ihres Mandates ins Ausland. Da Peter Feldmann zum Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt gewählt wurde, rückte Dr. Evlampios Betakis nach. Bei der CDU scheiden Dr. Ilias Galanos und Dr. Ezhar Cezairli aus. Bei den Grünen schied Onur Azcan am 30.04.2012 aus der Stadtverordnetenversammlung aus. An seine Stelle rückte nach dem Wahlvorschlag der Grünen mit Wirkung vom 03.05.2012 Cihad Taskin als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung nach. Mit Martha Moussa wird am 02.2.2012 eine Stadtverordnete mit Migrationshintergrund für die Freien Wähler als Listennachfolgerin für Frau Dr. von Beckh in die Stadtverordnetenversammlung aufgenommen.

Ausblick auf die Kommunalwahlen 2016

Man kann die Kommunalwahlen 2011 in Frankfurt als einen Generationswechsel bezeichnen, da mit Marina Demaria, Dr. Anders Ann, Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, Turgut Yüksel, Grigorios Zarcadas, Dr. Elias Galanos, Abgeordnete mit Migrationshintergrund ausscheiden, die einen Anfang in der parlamentarischen Repräsentation von MigrantInnen darstellen. Sie standen für eine Generation von Pionieren, die die Parteien und ihren Blick auf MigrantInnen verändert haben (mehr zu den Karrierewegen in Kap. 5).

Fraglich ist jedoch, ob der Anstieg der parlamentarischen Repräsentation durch Stadtverordnete mit Migrationshintergrund weiter anhält. Einen ersten Hinweis könnten die

Kandidatenlisten für die Kommunalwahlen 2016 liefern. Die SPD, CDU und FDP haben als erste Parteien ihre Kandidatenlisten herausgegeben (Stand 19.10.2015). Die SPD hat für die Kommunalwahl 2016 eine Kandidatenliste von 40 Personen eingereicht, auf der sich 10 KandidatInnen mit Migrationshintergrund wiederfinden:

Mike Josef , Eugenio Munoz del Rio , Roger Podstatny, Figen Brandt , Evlampios Betakis , Milkica Romic Abenassar Gannoukh (33), Mariame Recine Sow (34), Hülya Özbeck (40). Nimmt man die letzten Kommunalwahlen 2011 als Maßstab, dann erlangte die SPD 20 Sitze in der Stadtverordnetenversammlung. Sechs KandidatInnen mit Migrationshintergrund sind somit auf aussichtsreichen Listenplätzen platziert. Das würde einen Anstieg von mindestens zwei Stadtverordneten mit Migrationshintergrund im Gegensatz zu den Kommunalwahlen 2011 bedeuten. Den Grund für den Anstieg von KandidatInnen mit Migrationshintergrund auf der Liste der SPD, sehe ich in der Person Mike Josefs. Im März 2013 wurde Mike Josef als erste Person mit Einwanderungsgeschichte zum Vorsitzenden der SPD in Frankfurt gewählt. Diese Wahl stellt neben den Kommunalwahlen 2011 vorerst den Höhepunkt in der politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in Frankfurt dar. Ähnlich wie die Wahl Kayas in Hannover, hat die Wahl Josefs einen sichtbaren Einfluss auf die Aufstellung von KandidatInnen mit Migrationshintergrund.

Ein etwas anderes Bild lässt sich bei der CDU in Frankfurt erkennen, die 48 KandidatInnen für die Kommunalwahlen 2016 aufgestellt hat. Nimmt man wieder die Sitzverteilung von den Kommunalwahlen 2011 zum Maßstab, dann würde die CDU auf 28 Sitze kommen. Mit Mirko Trutin und Albin Nazarenus-Vetter (28) sind lediglich zwei aussichtsreiche Listenplatzierungen zu erkennen. Anita Akmadza mit der Listenplatzierung (31), hätte noch eine kleine Chance in die Stadtverordnetenversammlung gewählt zu werden. Etwas ähnlich sieht es bei der FDP aus, die bei den Kommunalwahlen 2011 3,9% und somit 4 Sitze erlangte. Unter den ersten vier lässt sich kein/e Kandidatin mit Migrationshintergrund finden. Erst auf Platz fünf wird Yanki Pürsün geführt.

Der Ausblick auf die Kommunalwahlen 2016 zeigt, dass der Anstieg von Stadtverordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt nicht anhalten muss. Es hängt davon ab, inwieweit Parteien bereit sind, sich für Menschen mit Migrationshintergrund zu öffnen und davon, ob sich geeignete KandidatInnen mit Migrationshintergrund finden lassen.

4.3 Migrantenorganisationen – Interessenvertretung, Profilierung und Wählermobilisierung

Im Folgenden werde ich die Rolle von Migrantenorganisationen für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund diskutieren. Ich gehe davon aus, dass Migrantenorganisation auf vier verschiedenen Ebenen die Rollen und Handlungsstrategien der Abgeordneten mit Migrationshintergrund beeinflussen können. Erstens, Migrantenorganisationen können Orte der politischen Sozialisierung für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund sein. Dabei wird sich politisches Wissen angeeignet, z.B. wie lokale politische Prozesse funktionieren, wie sich Netzwerke bilden, wie Öffentlichkeitsarbeit auf lokaler Ebene funktioniert usw. Zweitens könnte das Engagement in Migrantenorganisationen zu Netzwerken in die Parteien führen und bei der politischen Karriere hilfreich sein. Drittens bilden Migrantenorganisationen einen Ort für Wählermobilisierung, d.h. KandidatInnen und Abgeordnete mit Migrationshintergrund nutzen ihre ethnischen Ressourcen, wie z.B. Sprache, geteilte Diskriminierungserfahrungen, Erfahrungen der Migration usw. um potentielle WählerInnen zu gewinnen. Viertens, die Netzwerke zu Migrantenorganisationen können von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund dazu genutzt werden, Lobbyarbeit für bestimmte Gruppen im Parlament zu leisten und sich als ExpertInnen und AnsprechpartnerInnen im migrations- und integrationspolitischen Bereich innerhalb der Partei zu profilieren.

4.3.1 Migrantenorganisationen in Hannover

Während der Kommunalwahlen 2011 titelte die HAZ am 01.09.2011: *„Migrantenorganisationen und die Serbisch-Orthodoxe Diözese rufen zum Wählen auf“* (Thomas 2011). An diesem Aufruf von Migrantenorganisationen in Hannover wird deutlich, dass sich die Migrantenorganisationen als Akteure in der städtischen Politik wahrnehmen, die in der Lage sind WählerInnen mit Migrationshintergrund für die Wahlen zu mobilisieren. Einer der Hauptinitiatoren dieses Aufrufs war das MigrantInnen SelbstOrganisationen-Netzwerk Hannover e.V. (MiSO-Netzwerk), ein Zusammenschluss von 29 verschiedenen Migrantenorganisationen. Dem Netzwerk gehören unter anderem der Afrikanische Dachverband Norddeutschland, zwei kurdische Vereine, das Kulturzentrum Faust, der Spanische Elternverein und das Tolstoi Hilfs- und Kulturwerk Hannover an. Ziel des MiSo ist

es, durch die Vernetzung „mehr Einfluss auf die Politik der Landeshauptstadt auszuüben“ (http://www.misonetz.de/index.php?article_id=29; aufgerufen am 25.01.2016). Die Einflussnahme, so meine Annahme, wird unter anderem dadurch erreicht, Netzwerke zu den Parteien und insbesondere zu den Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund aufzubauen. Auf der anderen Seite bietet die MiSo mit ihren 29 Migrantenorganisationen ein geeignetes Netzwerk, um mit den MigrantInnen in einen Dialog zu treten und gegebenenfalls WählerInnen zu mobilisieren.

Rassistische Anschläge in den 90er Jahren und die Türkische Gemeinde in Niedersachsen

Die rassistischen Angriffe auf Flüchtlinge und Ausländer Anfang der 90er Jahre erhöhten den Druck auf politische Institutionen, auf MigrantInnen zuzugehen und einen Dialog zu schaffen, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Meist waren es aber die migrantischen AkteurInnen selbst, die ihre Rechte einforderten und damit die politischen Institutionen unter Druck setzten. Aufgrund der rassistischen Gewalt Anfang der 90er Jahre und der politischen Situation der türkischen MigrantInnen in Deutschland, wurde 1999 z.B. die Türkische Gemeinde Niedersachsen (TGN) mit Sitz in Hannover gegründet. Auch in anderen Städten und Regionen, wie in Berlin und im Ruhrgebiet, bildeten sich in den 90er Jahren Türkische Gemeinden. Die TGN versteht sich als Anwalt der Menschen aus der Türkei. Sie tritt für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation der Menschen mit türkischem Migrationshintergrund ein und will letztendlich die politische Willensbildung in ihrer Zielgruppe organisieren (Halm/Sauer 2005: 32). Die Themen kreisen dabei um das kommunale Wahlrecht für Nicht-Deutsche, die doppelte Staatsbürgerschaft, Religionsfreiheit, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Die TGN hat es geschafft, sich in vielen Fragen, die die Menschen mit türkischem Migrationshintergrund betreffen, als Ansprechpartner für Parteien und andere städtische Akteure zu positionieren. Darüber hinaus schafft es die TGN, Themen zu setzen und Debatten anzustoßen. Nach dem Bekanntwerden der NSU-Morde organisierte die TGN z.B. Demonstrationen und Mahnwachen für die Verstorbenen. Die TGN ist einer der wichtigen migrantischen Akteure, wenn es um die Vernetzung in die Parteien geht. Gerade die Karrierewege von Kaya und Belit Onay zeigen diese Vernetzung auf. Die Netzwerke zur TGN ermöglichen den beiden Ratsmitgliedern in doppelter Funktion zu agieren – als ethnische Lobbyisten innerhalb der Parteien und Parteimitglieder innerhalb der TGN.

Religiöse Migrantenorganisationen

Religiöse Organisationen tauchen im Laufe meiner Feldforschungen immer wieder als Orte der Wählermobilisierung und als Interaktionspartner für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund auf. Eine der religiösen Organisationen ist Ditib Türkisch Islamische Gemeinde zu Hannover e.V., die bereits 1987 unter einem anderen Namen gegründet wurde. Der Name signalisiert, dass der Verein im Dachverband DITIB (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği – Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religionsangelegenheiten) organisiert ist. Er erhält deshalb von der staatlichen türkischen Anstalt für Religionsangelegenheiten „Diyanet“ für jeweils drei bis vier Jahre theologisch ausgebildete Imame. Die Gemeinde ist ausschließlich türkischsprachig und hängt der Ausprägung des sunnitischen Islam an, die in den staatlich geleiteten theologischen Fakultäten der Türkei gelehrt wird. Die Zahl der Vereinsmitglieder liegt seit Jahren bei ungefähr 400, die Zahl der regelmäßigen BesucherInnen ist jedoch weit höher. Bis zu 1.000 Menschen besuchen das Freitagsgebet (Hannover). Die DITIB Gemeinde ist aufgrund der Besucherzahlen ein interessanter Ort für die Wählermobilisierung für Abgeordnete mit türkischem Migrationshintergrund. Ich werde später zeigen, dass die DITIB ein Ort der Wählermobilisierung ist und von einigen Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund als Ansprechpartner aufgesucht wird (mehr dazu in Kap. 6.2).

Eine weitere religiöse Organisation, die in den Interviews mit den Abgeordneten mit Migrationshintergrund sowie ExpertInnen auftaucht, ist die alevitische Gemeinde in Hannover. In Deutschland sind die Aleviten nach den Sunniten die zweitgrößte Gruppe unter den Muslimen³. Die Besonderheit der Aleviten ist, dass sie sich nach Ankunft in Deutschland erstmal in politischen Organisationen mit sozialdemokratischer oder später, Ende der siebziger Jahre, linksrevolutionärer Ausrichtung engagiert haben, in denen sie aber weder die einzigen Mitglieder waren, noch explizit als Aleviten auftraten (Sökefeld 2014: 236).

³ Siehe Haug et al. 2009. In Deutschland ist die Mehrheit von 74% der Muslime sunnitisch, gefolgt von den Aleviten mit 13% und Schiiten mit einem Anteil von 7%. Daneben gibt es eine recht große Gruppe der Ahmadiyya (ca. 2%; ebd., S. 79). Unter den Sunniten in Deutschland ist vermutlich überwiegend die hanafitische Rechtsschule vorzufinden, welche hauptsächlich in der Türkei, Bosnien-Herzegowina, Afghanistan und Pakistan verbreitet ist (Lemmen 2001, S. 44). Die Schiiten in Deutschland stammen überwiegend aus dem Iran und aus Afghanistan, kleinere Gruppen auch aus dem Irak, der Türkei und dem Libanon (Wunn 2007, S. 123). Bereits ab den 1960er Jahren kamen zahlreiche Aleviten im Rahmen der Gastarbeitermigration und wenig später im Zuge der Familienzusammenführung nach Deutschland. In den 1980er Jahren folgten dann weitere als Asyl suchende, darunter zunehmend kurdische Aleviten aufgrund des Kurdenkonflikts in der Türkei. Die Anhänger der Ahmadiyya-Bewegung leben hauptsächlich auf dem indischen Subkontinent, daneben auch in Indonesien und West- und Ostafrika. Ihnen wird in Deutschland aufgrund von Verfolgung häufig Asyl gewährt.

Diese Entwicklung veränderte sich nach den Anschlägen auf Aleviten in den 80er und 90er Jahren in der Türkei (Maras und Sivas) und es entstanden in Folge alevitische Kulturvereine. Die Aleviten sind insofern von Interesse für die Forschungsfrage dieser Arbeit, als sie eine hochpolitisierte Gruppe darstellen, die sich in die lokale Politik der Stadt Hannover einbringt. So überrascht es nicht, dass sowohl Onay als auch Kaya immer wieder bei alevitischen Veranstaltungen auftauchen und Netzwerke in die alevitische Gemeinde in Hannover haben (mehr dazu in Kap. 5).

4.3.2 Migrantenorganisationen in Frankfurt

Die türkischen Vereine stechen in der Organisationslandschaft in Frankfurt heraus. Mit 28 Vereinen und Organisationen bilden die türkischen Organisationen die meisten Migrantenorganisationen in Frankfurt. Unter ihnen sind religiöse Organisationen, kulturelle und politische Vereine. In einigen Interviews mit Mitgliedern der türkischen Migrantenorganisationen, wird die enge Zusammenarbeit der Migrantenorganisationen untereinander betont. Die Kooperation und die Dichte der türkischen Migrantenorganisationen bieten somit eine gute Möglichkeit für die Stadtverordneten mit türkischem Migrationshintergrund mit den Migrantenorganisationen in Kontakt zu treten, potentielle WählerInnen zu mobilisieren und gegebenenfalls die Interessen der Mitglieder zu vertreten.

Einer der wichtigen migrationspolitischen Akteure in Frankfurt ist das Türkische Volkshaus. Das türkische Volkshaus ist der älteste Migrantenverein in Frankfurt und wurde im Jahr 1965 von der ersten Generation der türkischen MigrantInnen aus der Türkei gegründet. Die GründerInnen bestanden mehrheitlich aus GewerkschaftlerInnen und SozialarbeiterInnen. In den Interviews betonen die ExpertInnen und einige GründerInnen die linke und sozialdemokratische Ausrichtung des Vereins, der vor allen Dingen aus Mitgliedern bestand, die in der Türkei politisch sozialisiert wurden. Die politische Arbeit richtete sich in den Anfängen gegen den Militärputsch Anfang der 70er und 80er Jahre in der Türkei. In dieser Zeit entstehen die ersten Netzwerke zu den Parteien, vor allen Dingen der SPD und zu anderen Migrantenorganisationen. Ein Gründungsmitglied erinnert sich:

„Wir haben gegen die Zustände in der Türkei protestiert. Wir solidarisierten uns mit den Griechen und Italienern, die ja ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Irgendwann gingen wir zu den Parteien, um Unterstützung zu bekommen und eine Öffentlichkeit zu schaffen (Interview mit S.Y).“

Die Solidarisierung und die daraus entstehenden Netzwerke könnten eine Plattform geliefert haben, in der sich Eliten herausbilden konnten. Gerade die Vernetzung in die Parteien könnte zu einer politischen Sozialisierung beigetragen haben, in der man lernt wie Kommunalpolitik und Parteistrukturen funktionieren. Einige der AktivistInnen kamen somit in Kontakt mit Parteimitgliedern, die wiederum für spätere Posten und Ämter in der Partei wichtig sein sollten. Turgut Yüksel, ehemaliger Stadtverordneter und aktueller Landtagsabgeordneter der SPD, gehört zu den Aktivisten, deren politische Sozialisierung eng mit türkischen Studentenvereinen und dem türkischen Volkshaus verbunden ist. Er ist immer noch Ehrenmitglied des türkischen Volkshauses und wird zu Veranstaltungen als Redner und Moderator eingeladen.

Eine andere Organisation, die sich im migrations- und integrationspolitischen Bereich engagiert und mit den Parteien vernetzt ist, ist der Verein für Kultur und Bildung – KUBI E.V. KUBI wurde 1993 von Türken und Deutschen in Frankfurt am Main gegründet. Das Ziel des Vereins ist es, die „schulischen und beruflichen Integrationschancen von jungen Menschen gleich welcher Herkunft zu verbessern und die Verständigung über Kulturgrenzen hinweg zu fördern“ (KUBI). Die KUBI lädt während der Kommunal- und Landtagswahlkämpfe die KandidatInnen verschiedener Parteien ein, um mit ihnen über die migrations- und integrationspolitischen Leitlinien der Parteien zu diskutieren. KUBI wird von mehreren Stadtverordneten mit Migrationshintergrund als Ansprechpartner wahrgenommen, da der Verein vor allem Erfahrungen im Umgang mit Bildungsthemen hat, die oft im Zusammenhang mit migrations- und integrationspolitischen Themen diskutiert werden.

Ein weiterer Verein, der in der kommunalpolitischen Arena in Frankfurt auftaucht, ist die griechische Gemeinde in Frankfurt und Umgebung. Die Griechische Gemeinde wurde 1964 von griechischen GastarbeiterInnen gegründet. Ziel war es, einen Ort für eingewanderte GriechInnen zu schaffen, um sich über Probleme und alltägliche Dinge auszutauschen. Die griechische Gemeinde bestand aus Mitgliedern, die in Griechenland politisch sozialisiert wurden und sich in Frankfurt gegen die Militärdiktatur (1967-1974) in Griechenland engagierten. Es wurden Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen gegen die militärische Junta vorbereitet und durchgeführt. Während dieser Zeit entstehen erste Kontakte zwischen Mitgliedern der griechischen Gemeinde, die der PASOK (sozialdemokratische Partei in Griechenland) nahe standen, und der SPD in Frankfurt. Ein griechischer Stadtverordneter und altes Mitglied der griechischen Gemeinde erinnert sich:

„Wir organisierten Veranstaltungen und Demonstrationen gegen die Diktatur in Griechenland. So kamen wir in Kontakt mit anderen politischen Parteien, vor allem der SPD, weil sie der PASOK nahe stand“ (Griechische-Gemeinde).

Die AktivistInnen um Betakis, Zarcadas und Galanos (CDU), die sich innerhalb der griechischen Gemeinde engagierten, werden später als Stadtverordnete in die Frankfurter Stadtversammlung gewählt.

4.4 Städtische Politik: Entstehung politischer Räume für migrantische AkteurInnen

Lokale und nationale politische Ereignisse, die im Laufe der migrations- und integrationspolitischen Debatten auf die Agenda der städtischen Politik rücken, können zu migrantischen Mobilisierungen führen und die Positionierungen und Handlungsstrategien der Abgeordneten mit Migrationshintergrund beeinflussen. Dabei lassen sich zwei unterschiedliche politische Prozesse beschreiben, die einen politischen Raum schaffen, in dem sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund positionieren können. Erstens, schaffen polarisierende Diskurse über Asylpolitik, Muslime und Staatsbürgerschaft einen Raum für die Artikulation von migrantischen Interessen. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund können sich dabei als ein Gegenpol innerhalb dieser Debatten positionieren. Zweitens lässt sich im Zuge der Aufwertung städtischer Migrations- und Integrationspolitik eine Nachfrage nach BrückenbauerInnen beobachten, die zwischen der Aufnahmegesellschaft und den MigrantInnen vermitteln können. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind somit Akteure, die diese Nachfrage bedienen können.

4.4.1 Mobilisierung durch Polarisierung – Artikulation von migrantischen Interessen

Einen entscheidenden Einfluss auf die politische Praxis von Abgeordneten mit Migrationshintergrund haben polarisierende Debatten über Migration und Integration, die meist von konservativen und rechten Parteien des politischen Spektrums initiiert werden. Diese Debatten lassen politische Diskursräume entstehen, in denen sich Abgeordnete mit Migrationshintergrund positionieren und Handlungsstrategien entwickeln können. So führten z.B. die restriktiven innen- und sicherheitspolitischen Maßnahmen im Zusammenhang mit islamischem Terrorismus sowie Abschiebungspraktiken des damaligen

niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann zu einer Polarisierung zwischen dem rechten und linken politischen Parteienspektrums in Hannover und Niedersachsen. Eine ähnliche politische Polarisierung löste die Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit durch den damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) aus.

Uwe Schünemann – Abschiebungen, Moscheekontrollen und „Extremisten Check-Liste“

In der Zeit Uwe Schünemanns als Minister für Inneres und Sport (2003-2013) kam es zu mehreren öffentlichen Debatten und Diskussionen, Demonstrationen, Kundgebungen und Petitionen um das Thema Migration und Integration. Mit Beginn seiner Amtszeit im Jahre 2003 wurden verdachtsunabhängige Personenkontrollen vor Moscheen in Niedersachsen durchgeführt. Die Kontrollen basieren auf der Grundlage des niedersächsischen Polizeigesetzes; zwei- bis fünfmal im Jahr wurden Moscheen abgeriegelt und Gläubige beim Betreten oder Verlassen ihres Gotteshauses kontrolliert (Ataman 2010). Diese Maßnahmen führten immer wieder zu heftigen Protesten und Kontroversen zwischen dem Innenministerium von Schünemann und der Opposition, Migrantenorganisationen, Moscheevereinen, Menschenrechtsorganisationen und diversen linken Organisationen.

Neben den Moscheekontrollen führten einige Abschiebungen von AsylbewerberInnen zu heftigen politischen Auseinandersetzungen in Hannover. Der Fall der Iranerin Zarah Kameli steht exemplarisch für eine dieser umstrittenen Abschiebungen, die über die Grenzen Hannovers hinaus, deutschlandweit Aufmerksamkeit erregte. Kameli kam 2001 mit ihrem Mann aufgrund politischer Verfolgung nach Deutschland und brachte 2002 ein Kind zur Welt. Nachdem ihr Asylantrag abgelehnt wurde, tauchte Kameli mit ihrer Familie in Deutschland unter, trennte sich in dieser Phase allerdings von ihrem Mann. Sie konvertierte zum Christentum und fand einen neuen Freund. Im Iran kann der Übertritt zum Christentum und das „Ehebrechen“ mit dem Tod bestraft werden (Priesner 2005; Fertmann 2005). Im Jahr 2005 wurde Kameli in Abschiebehäft genommen und im Abschiebegefängnis Hannover-Langenhagen inhaftiert. Die Abschiebung misslang, da ein Lufthansa-Pilot sich weigerte, Kameli in den Iran auszufliegen (Voges 2005). Die versuchte Abschiebung von Kameli wurde begleitet von Protesten, die vom antirassistischen Netzwerk „kein Mensch ist illegal“ organisiert wurden. Es kam in einigen Städten zu Protesten, allein in Frankfurt gab es im Zuge dieser Proteste Massenverhaftungen, bei denen 62 TeilnehmerInnen inhaftiert wurden.

Unter der Leitung von Schünemann erstellten das Ministerium für Inneres und Sport und der niedersächsische Verfassungsschutz im Jahre 2012 eine Broschüre mit dem Titel „Islamismus. Entwicklungen – Gefahren – Gegenmaßnahmen“. Neben dem erklärten Ziel den BürgerInnen einen Überblick über die „Entstehung, Ideologie, Erscheinungsformen und Akteure des islamistischen Extremismus und Terrorismus“ zu geben, war ein zweites Ziel der Broschüre, die „wachsende Gefahr von Radikalisierungsprozessen in unserer Gesellschaft und mögliche Gegenmaßnahmen zu beleuchten.“ Unter dem Kapitel „Mögliche Merkmale von Radikalisierungsprozessen“ wurden z.B. „Gewichtsverlust durch veränderte Essgewohnheiten“ oder „längere Reisen in Länder mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung“ aufgeführt. Auch eine „intensive Beschäftigung mit dem Leben nach dem Tod“, plötzlicher Reichtum oder plötzliche Schulden können demnach auf eine Radikalisierung hinweisen (Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz 2012: 70-73). Die Broschüre führte zu Protesten der muslimischen Organisationen in Hannover, wie DITIB und Schura. In einer gemeinsamen Erklärung kritisierten beide Organisationen, dass durch die Broschüre „islamkritische Vorurteile geschürt bzw. bestätigt (werden). Die herrschende Islamophobie wird weiter angestachelt und somit das gesellschaftliche Miteinander zerstört“ (DITIB Landesverbände 2012).

Wie anhand ausgewählter Beispiele gezeigt werden konnte, war die Zeit Uwe Schünemanns als Innenminister Niedersachsens geprägt von Debatten und Auseinandersetzung im Zusammenhang mit den Themen der Migration und Integration. Die umstrittene Migrations- und Integrationspolitik führte zu politischen Mobilisierungen, die sich in Protesten, Demonstrationen und rechtlichen Auseinandersetzungen äußerten. Im Jahre 2004 gelangte Filiz Polat als erste Landtagsabgeordnete mit Migrationshintergrund für die Grünen in den niedersächsischen Landtag (sie wurde 2008 und 2013 erneut in den Landtag gewählt). Die restriktive Migrations- und Integrationspolitik Schünemanns führten zu einem politischen Konfliktfeld, indem sich Filiz Polat als Gegenspielerin zu Schünemann positionieren konnte. Bemerkenswert ist dabei, dass sie erst mit Beginn ihrer zweiten Amtsperiode migrationspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Landtag wurde.

CDU-Kampagne gegen den „Doppelpass“

Im Jahr 1999 entschied sich der Spitzenkandidat der CDU, Roland Koch, zu einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne, um im Wahlkampf auf sich aufmerksam zu machen.

Koch initiierte eine plebiszitäre Unterschriftenkampagne („Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“) gegen die von der Rot-Grünen Regierung angestrebte Neuregelung der doppelten Staatsbürgerschaft. Nach Angaben der CDU wurden über 400.000 Unterschriften gegen die geplanten Gesetzesänderungen gesammelt. Viele Beobachter waren sich einig, dass durch die polarisierende Kampagne CDU WählerInnen mobilisiert werden konnten und somit die Kampagne einen entscheidenden Anteil an dem Wahlerfolg der CDU in Hessen hatte. Die Oberbürgermeisterin Frankfurts Petra Roth (CDU) spricht sich am Tag des Wahlsieges bei den Landtagswahlen gegen den generellen Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft aus, was zu heftigen Reaktion von OppositionspolitikerInnen führt. Doch nicht nur die Opposition, sondern auch viele Migrantenorganisationen und Vereine protestieren gegen die „Doppel-Pass“-Kampagne von Koch. Der Grund, warum die Unterschriftenaktion der hessischen CDU und in Person Roland Kochs als relevant für die politische Repräsentation durch migrantische PolitikerInnen erachtet wird, liegt in den polarisierenden und mobilisierenden Konsequenzen dieses Diskurses über das Staatsangehörigkeitsrecht. Die Staatsbürgerschaft, die die politische Mitgliedschaft in nationalstaatlich verfassten Gesellschaften regelt, also über die Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen entscheidet, setzt Diskurse über Identifizierungen in Gang. In einigen Erzählungen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund werden die Kampagne Kochs und die Diskussion über das Staatsangehörigkeitsrecht als Grund für die eigene Politisierung genannt (mehr dazu in Kap 5).

4.4.2 Städtische Politik und die Nachfrage nach BrückenbauerInnen

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass die migrations- und integrationspolitischen Diskurse im Laufe der letzten Jahre eine Veränderung bzw. eine Aufwertung erfahren haben. Für Rodatz ist die Veränderung als ein:

„grundsätzlicher Paradigmenwechsel von einer defizitorientierten Integrationspolitik hin zu einer potentialorientierten, migrationsbezogenen Stadtpolitik (zu) verstehen. Sie verkörpert einen Wandel städtischer Politiken, dessen Annahmen und Ordnungsvorstellungen über Ethnizität, soziale Netzwerke, lokale ökonomische Strukturen oder kulturelle Praktiken grundlegend von den zuvor prägenden Expert_Innen Diskursen zum „Gegensatzpaar“ Segregation/Integration abweichen (...)“ (Rodatz 2012: 71).

Für plausibel halte ich, dass die Verschiebung von einer defizitorientierten hin zu einer potentialorientierten Integrationspolitik in den Städten eine Nachfrage nach VermittlerInnen bzw. BrückenbauerInnen geschaffen hat, die diese Potentiale authentisch verkörpern können. In den letzten Jahren taucht der Brückenbauer in verschiedenen migrations- und integrationspolitischen Konzepten der deutschen Städte auf. Ähnliche Konzepte wie z.B. Integrationslotsen (Hannover) oder Stadtteilbeauftragter für Vielfalt und Integration (Frankfurt, Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Dezernat XI - Integration) sind Beispiele für die Nachfrage nach engagierten Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der kommunalen Integrationsarbeit. Welche Erwartungen an solche Brückenbauer gestellt werden, lässt sich an einem Projekt der Bertelsmann Stiftung beobachten. Die Bertelsmann Stiftung startete 2007 ein Projekt mit dem Namen „Die Brückenbauer der Integration stärken“. Das Projekt hatte das Ziel, das gesellschaftliche Engagement von Zuwanderern für die Integration in Deutschland nachhaltig zu verbessern. Das Qualifizierungsprogramm richtete sich an junge Menschen mit Migrationshintergrund (bis zum Alter von 35 Jahren) aus Zuwanderervereinigungen, die möglichst bundes- oder landesweit aktiv sind. Für die Bertelsmann-Stiftung kommt:

*„den Führungskräften in allen Migrant*innenorganisationen eine besondere Rolle bei der Integration zu, da sie die zukünftige strategische Ausrichtung der Organisationen maßgeblich bestimmen. Darüber hinaus spielen engagierte Persönlichkeiten, die sich in solchen Organisationen betätigen, für die Integration eine Schlüsselrolle als "role models": Als "Brückenbauer" können sie Positionen, Normen und Interessen zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Migrant*innen vermitteln.“ (Bertelsmann-Stiftung 2007)*

Das Projekt der Bertelsmann Stiftung macht deutlich, was mit dem Brückenbauer assoziiert wird und welche Eigenschaften er aufweist. Sie sollen dabei als VermittlerInnen zwischen der Aufnahmegesellschaft und den MigrantInnen eine Brücke bauen. Brückenbauer sind somit in ihrem Engagement Vorbilder für andere Menschen mit Migrationshintergrund. Welche Normen und Interessen die Brückenbauer vermitteln sollen und was oder wer genau die Aufnahmegesellschaft ist, lässt die Bertelsmann Stiftung an dieser Stelle offen. Klar ist, dass die Brückenbauer als politisch engagierte Vorbilder einen Schlüssel für die Integration darstellen. Dies soll durch folgende Prozesse erreicht werden:

„Partizipation, also Interaktion, Teilhabe und Artikulation. Interaktion mit der Aufnahmegesellschaft, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben des Landes und Artikulation ihrer Interessen in den politischen Prozess.“ (Bertelsmann-Stiftung 2007)

Den Brückenbauern wird somit die Fähigkeit zugesprochen, zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu vermitteln und eine Schlüsselrolle für die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund einzunehmen. Der Brückenbauer muss somit an beiden Enden der Brücke bzw. verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu Hause sein, um glaubwürdig diese Position einzunehmen.

Zusammenfassung

Die Geschichte der politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in beiden Städten hat gezeigt, dass eine Entwicklung stattgefunden hat, in der sich die Wahrnehmung und die institutionelle Verankerung der politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund von migrantischen AktivistInnen zu Ausländerbeiräten bis hin zur parlamentarischen Repräsentation verändert haben. Auch wenn die Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte weiter existieren, stellt die parlamentarische Repräsentation eine neue Dimension der migrantischen Repräsentation da. Fraglich ist jedoch, ob die gewählten Repräsentanten sich als migrantische VertreterInnen wahrnehmen. Die Ausländer- und Integrationsbeiräte bzw. kommunale Ausländervertretung waren noch geprägt von nationaler und ethnischer Lobbyarbeit. In dem parlamentarischen System entstehen jedoch mit den Mitgliedschaften in den Parteien und den Parlamenten neue Zugehörigkeiten und Erwartungen. Diesen neuen Entwicklungen soll in der vorliegenden Arbeit nachgegangen werden.

Die unterschiedlichen Entwicklungen in den beiden Städten liefern eine mögliche Erklärung für die unterschiedliche Anzahl von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in den jeweiligen Stadtparlamenten.

Die migrantischen Proteste in Frankfurt richteten sich gegen die politischen Ereignisse in den jeweiligen Herkunftsländern, so z.B. der Militärputsch Anfang der 80er Jahre in der Türkei oder die Militärdiktatur in Griechenland. Aus diesem politisierten linken studentischen Milieu werden später einige in die Frankfurter Stadtversammlung einziehen. Zuvor war die 68er-Bewegung in Frankfurt, die sich unter anderem in den Häuserkämpfen Anfang der 70er Jahre in Westend zeigte, der Beginn migrantischer Proteste. Die Kooperationen und

Netzwerke, die in dieser Zeit geknüpft wurden, wie z.B. zwischen türkischen und griechischen StudentInnen und Parteien, führten zu einer verbreiteten Wahrnehmung dieser migrantischen Eliten in der Stadtgesellschaft. Die Gründung des AmKA im Jahr 1989 prägte das Selbstverständnis der Stadt Frankfurt und seiner politischen Eliten. Nicht nur die personelle Besetzung von Menschen mit Migrationshintergrund in dem Amt, sondern vor allen Dingen die institutionelle Einbettung von migrations- und integrationspezifischen Fragestellungen und Herausforderungen erzeugte eine Atmosphäre, in der die Kategorie des Migrationshintergrundes einen besonderen Status bekam. Für plausibel halte ich es, dass durch die Gründung und die Arbeit des AmKA auf Seiten migrantischer AkteurInnen ein Vertrauen in die städtischen bzw. politischen Institutionen entstehen konnte. Mein Argument ist, dass Themen der Migration und Integration auf der Agenda der städtischen Politik, politische Räume für engagierte Menschen mit Migrationshintergrund bieten, in denen sie ihre Erfahrungen und Stärken einbringen können. Es führt aber zu einer Sensibilisierung auf Seiten der politischen Parteien für migrations- und integrationspolitische Themen. Ein weiterer Aspekt war die kommunale Ausländervertretung, die 1992 gegründet wurde und als Kandidatenpool für die Parteien in Frankfurt fungierte. Mit der Einführung des Kommunalwahlrechts 1997 gelangten einige frühere Mitglieder der KAV in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Ende der 80er Jahre und Mitte der 90er Jahre entstanden durch Initiativen von migrantischen AkteurInnen Veränderungen innerhalb der Parteien. So gründet sich die Immigrün Bewegung innerhalb der Grünen oder die Arbeitsgruppe für MigrantInnen in der SPD (vgl. Kap.5). Marlon Barbehön, der die machtkonstitutive Wirkung des Diskurses über die Integration und Diversität in Frankfurt untersucht hat, kommt zu dem Schluss, dass „Vielfalt weniger als akutes Problem thematisiert (wird), sondern vielmehr als kontinuierlich fordernder und identitätsstiftender Handlungsbereich“ (Barbehön 2013: 285). Diversität als Handlungsbereich bedeutet im Rahmen der vorliegenden Arbeit eine Anerkennung des Migrationshintergrundes als eine politische Ressource im Umgang mit Migration und Integration in der Stadt. Es lässt sich argumentieren, dass diese Anerkennung einen Einfluss auf den kontinuierlichen Anstieg der parlamentarischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in Frankfurt hatte.

Auch in Hannover lassen sich in den 70er und 80er Jahren immer wieder migrantische AktivistInnen und Organisationen finden, die gegen die politischen Zustände in ihren Herkunftsländern protestieren, wie z.B. die Studentenvereine aus der Türkei. Aus dieser Zeit

entspringen jedoch keine Eliten, die später in die Ratsversammlung gewählt werden. Im Gegensatz zu Frankfurt findet unter den migrantischen Eliten keine Vernetzung statt. Die ständige (Neu-) Etablierung, Umstrukturierung und die beschränkten Handlungsmöglichkeiten des Ausländerbeirates in Hannover führten zu einer Frustration auf Seiten seiner Mitglieder, die sich von der Politik abwandten. Im Gegensatz zu Frankfurt existierte der Ausländerbeirat eher lose und parallel zu anderen Institutionen, aus denen nur bedingt Netzwerke in die Parteien entstehen konnten. In der Frankfurter KAV gab es im Gegensatz zu Hannover einen Pool von Mitgliedern, die bereits in ihren Herkunftsländern politisch sozialisiert wurden und in Frankfurt politisch aktiv waren. In den Parteien in Hannover lassen sich außer Elcin-Kürsat Ahlers (SPD), bis Ende der 90er Jahre kaum Mitglieder mit Migrationshintergrund finden. Erst mit Kaya und seiner Wahl zum Bezirksbürgermeister im Jahre 2001 tritt ein Politiker mit Migrationshintergrund in die Öffentlichkeit Hannovers. Die anschließende Wahl Kayas zum Vorsitzenden der SPD in Hannover führt allerdings zu einer Veränderung in der Wahrnehmung des Migrationshintergrundes als politische Ressource, was sich in der Zusammensetzung des Vorstandes und später auf den Kandidatenlisten widerspiegelt.

Einen Einfluss auf politische Sozialisierungen und Positionierungen hatten auch die Politiker Roland Koch (CDU) in Frankfurt und Uwe Schünemann (CDU) in Hannover. In beiden Fällen kommt es zu einer politischen Polarisierung auf der rechten und linken Seite des politischen Spektrums. Generell lassen sich daraus drei mögliche Einflüsse dieser Polarisierung auf die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund ableiten. Erstens, die Polarisierung und ein diskriminierendes politisches Klima schüchtert Menschen mit Migrationshintergrund ein und hält sie davon ab, politisch aktiv zu werden. Es könnte zu einem Rückzug oder einem Abwenden von der Politik kommen. Zweitens, die diskriminierende Politik hat keinerlei Einfluss auf die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und wird nicht wahrgenommen. Drittens, das Erstarken rechter Diskurse setzt mobilisierende Kräfte frei, die sich gegen die diskriminierende und ausgrenzende Politik wenden. Sie können in einigen Fällen Motivation sein, überhaupt in die Politik zu gehen oder sich an Demonstrationen und Protesten zu beteiligen. Im Fall der Abgeordneten mit Migrationshintergrund entstehen durch die Polarisierung (Diskurs-) Räume, in denen sie sich gegen die diskriminierende Politik positionieren können (vgl. Kap. 6.3).

Für Häußermann und Kapphan lässt sich in den letzten 20 Jahren ein Paradigmenwechsel in der städtischen Integrationspolitik feststellen, in der Migration und Integration einen ressourcen- oder potentialorientierten Wandel erfahren und positiv konnotiert sind (Häußermann/Kapphan 2008; Rodatz 2014: 166). Diese allgemeine Entwicklung der städtischen Integrationspolitik lässt sich, so mein Argument, in der Nachfrage nach BrückenbauerInnen, MentorInnen und VermittlerInnen erkennen. Abgeordnete mit Migrationshintergrund scheinen dabei als besonders geeignet für diese Rolle, symbolisieren sie doch einen sozialen Aufstieg in dem parlamentarischen System bei gleichzeitiger Einwanderungsbiographie (vgl. Kap.7). Fraglich ist dabei, ob und wenn ja auf welche Art und Weise der Migrationshintergrund in den politischen Karrieren der Abgeordneten eine Rolle spielt. Daher sollen im Anschluss die Karrierewege und Profile der Abgeordneten mit Migrationshintergrund analysiert werden.

5 Karrierewege von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover und Frankfurt

Die Portraits der beiden Städte Hannover und Frankfurt haben gezeigt, dass die politische Partizipation und Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund und in diesem Zusammenhang die institutionellen Rahmenbedingungen verschiedene Entwicklungen durchlaufen haben. Ein Teil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund wird im Heimatland politisch sozialisiert. Ihr politisches Engagement als Pioniere in Deutschland ist in den Anfängen Heimatlandorientiert. Einige von ihnen sind mitverantwortlich für die Veränderung in den Parteien, indem sie migrantische Strukturen schaffen, die Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund eröffnen. Außerdem tritt eine neue Generation von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in die politische Arena der beiden Städte, die in Deutschland geboren ist und unterschiedliche politische Schwerpunkte besetzt. Die Karrierewege der verschiedenen Abgeordneten mit Migrationshintergrund zeigen, auf welche unterschiedliche Weise die Migrationsbiographien die Wahrnehmungen und Motivationen der Abgeordneten im Laufe der politischen Inkorporation beeinflussen und politische Positionierungen abstecken. Die Pfade der politischen Karrierewege sind Zeugnisse politischer Aushandlungsprozesse, die im Zusammenhang mit ethnischen Selbst- und Fremdwahrnehmungen entstehen. Welche politischen Erfahrungen haben die Abgeordneten vor ihrem Ratsmandat gemacht? Welche Motive gibt es für ihr politisches Engagement in einer Partei? Was waren die Auslöser für ihre Kandidatur? Und welche Rolle spielt der Migrationshintergrund bei ihren Kandidaturen? In den gängigen Standardwerken zur Lokalpolitik werden Abgeordnete als eigenständige Akteure und handelnde Subjekte bzw. Subjektivierungsprozesse nur selten behandelt (Bogumil/Holtkamp 2007; Schulte 2015). Die Forschungsgruppe um Egner et. al. versuchte in einer quantitativen Befragung von Gemeinderatsmitgliedern die Frage zu beantworten, ob Kommunalpolitik einer reinen Sachlogik oder eher einer Interessenvermittlung folgt, in der es um bestimmte Intentionen und deren Geltung geht. Dabei wurden die Gemeinderatsmitglieder schriftlich nach ihrem Demokratieverständnis befragt (Egner/Krapp/Heinelt 2012). In einer ebenfalls quantitativen Untersuchung von Maier und Schmitt wurden Gemeinderatsmitglieder in Thüringen im Hinblick auf Rekrutierung, soziodemographische Komposition, Persönlichkeitsmerkmale, parteipolitische Bindungen

sowie Aktivitäten untersucht (Maier/Schmitt 2008). Die Arbeitsbelastung und Professionalisierung von Gemeinderatsmitgliedern ist ein weiterer Forschungsschwerpunkt (Reiser 2007; Holtkamp 2010) Außerdem lassen sich Studien zu Einstellungen und Sozialstruktur lokaler Eliten und BürgermeisterInnen finden (Gissendanner 2002; Geißel 2003; Pähle/Reiser 2007) In Studien zu Frauen in der Kommunalpolitik wurde die Verhandlung der Kategorie Geschlecht im lokalpolitischen Kontext untersucht (Wiechmann 2009). Des Weiteren liegen einige wenige Studien zu Lebensläufen und Karrieren von Lokalpolitikern vor (Koll 2007). Auch wenn mittlerweile vereinzelte Studien die KommunalpolitikerInnen in den Fokus rücken, bleibt die Frage nach ihren Rollen als Subjekte und nach ihren Motivationen, Ressourcen, Netzwerken und Sozialisationserfahrungen in der lokalen Politikforschung offen.⁴ Die bisherige Forschung über Karrierewege von PolitikerInnen hat ihren Fokus bislang vornehmlich auf die Bundesebene gerichtet (Bürklin/Rebenstorf 1997; Best 2000; Gruber 2009). Studien, die sich mit Laufbahnen von LandespolitikerInnen beschäftigen, sind hingegen selten (Holl 1989; Derlien/Lock 1994). Auch auf der lokalen Ebene liegen nur sehr wenige Erkenntnisse vor (Mielke/Eith 1994; Geißel 1999; Schönwälder/Sinanoglu/Volkert 2011). In der Studie *„PolitikerInnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene“* (1999), in der die politische Partizipation von PolitikerInnen untersucht wurde, fasst Geißel die Rekrutierungskriterien für kommunale Mandate folgendermaßen zusammen:

„Langjährige Bewährung in kontinuierlicher, intensiver und engagierter Mitgliedschaft, kommunales Engagement, eine einflussreiche Position in Verbänden, in Institutionen, im Erwerbsarbeitsleben oder eine erfolgreiche Tätigkeit in studentischen oder sonstigen Jugendgruppen, Vereinsaktivitäten, hoher Bekanntheitsgrad, regionale Repräsentation, Zugehörigkeit zu einer parteiinternen Hausmacht, Gruppenzugehörigkeit, Fachkompetenz, politiknaher Beruf, finanzielle Souveränität“ (Geißel 1999: 33).

Auch aktuellere Studien (Borchert/Stolz 2003; Trampusch 2004; Gruber 2009) können aufzeigen, dass frühere politische Mandate und Mitgliedschaften in Parteien und soziale Eigenschaften, wie Bildung, entscheidende Einflussfaktoren für Rekrutierungen sind. In einer vergleichende Studie über Rekrutierungsprozesse in Großbritannien und Deutschland kommen Best et. al (2000) zum Schluss, dass beide Staaten trotz institutioneller

⁴ Edinger beklagt dies auch für die Bundestagsabgeordneten, die in der Parlamentsforschung zu »Randfiguren in einem ›Spiel‹ herabgestuft« (Edinger 2009, 177) würden. Einem Spiel, das durch die Regelungen und Normen des politischen Systems bestimmt wird.

Unterschiede eine ähnliche soziale Komposition von PolitikerInnen in den Parlamenten haben. So haben die meisten ParlamentarierInnen einen Hochschulabschluss, kommen aus der Mittelschicht, pflegen einen engen Kontakt zu ihren WählerInnen und sind engagiert in der Lokalpolitik.

Ich lehne mich bei der Eingrenzung des Begriffs der Karriere an die Definition Herzogs an, der politische Karrieren „als einen Prozess des Handelns von Personen im Kontext sozialstruktureller und organisatorischer Möglichkeiten“ (Herzog 1975: 5) versteht, der somit die individuelle Perspektive mit den institutionellen Rahmenbedingungen vereint und zu einem übergeordneten Konzept zusammenfasst. Für Reiser bestehen Karrierewege unter anderem aus Ressourcen, die begünstigen, dass die Abgeordneten selbst sich das Mandat zutrauen, aber es ihnen auch von anderen zugetraut wird (Reiser 2007: 147). Hier handelt es sich zum einen um eng mit dem sozialen Status verbundene Merkmale, wie Alter, Einkommen und Beruf und zum anderen um die Bekanntheit im politischen Umfeld sowie bei den WählerInnen. Zudem müssen PolitikerInnen eine Motivation haben, sich politisch zu engagieren, und kommunalpolitische Kompetenzen vorweisen können.

Fraglich ist, ob der Migrationshintergrund eine politisch relevante Kategorie für Parteien darstellt bzw. ob Abgeordnete in ihren Subjektivierungsprozessen ihrem Migrationshintergrund innerhalb ihrer politischen Karrieren eine Bedeutung beimessen.

Vergleicht man die Ergebnisse der Literatur mit den Karrierewegen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover und Frankfurt, so überrascht es nicht, dass ein großer Teil von ihnen einen Hochschulabschluss und politisches Engagement inner- und außerhalb der Parteien vorweisen kann. Der Bildungserfolg und der soziale Aufstieg sind für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund wichtige Formen der Identifikation, die in Kap. 7 näher betrachtet werden. Dennoch lassen sich Unterschiede in Bezug auf das politische Engagement vor dem Ratsmandat, Rekrutierungsprozesse und im Prozess der Kandidatenaufstellung erkennen. Diese werden im folgenden Kapitel aufgearbeitet. Dabei lässt sich in den politischen Karrieren von Abgeordneten mit Migrationshintergrund ein Zusammenspiel zwischen städtischen Akteuren wie z.B. Migrantenorganisationen, Parteien sowie ihren individuellen Netzwerken beobachten. Ferner lassen sich Unterschiede zwischen den beiden Städten feststellen.

5.1 Karrierewege von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover

Der Pionier in der städtischen Migrations- und Integrationspolitik in Hannover

Kaya steht für die Rolle des migrations- und integrationspolitischen Pioniers in Hannover. Er ist einer der ersten politischen Akteure mit Migrationshintergrund, der es in die Ratsversammlung schafft und über die Grenzen Hannovers hinaus eine gewisse Bekanntheit erlangt. Kaya wird 1971 in Hannover geboren. In seiner Familie spielen die politischen Ereignisse in der Türkei eine wichtige Rolle. Die politische Situation in Deutschland ist eher zweitrangig. Sein Vater kommt als türkischer Gastarbeiter nach Deutschland und heiratet eine gebürtige Deutsche. Kaya macht sein erstes und zweites juristisches Staatsexamen in Hannover. Während seines Referendariats tritt er in die SPD ein. Es sind Kayas KommilitonInnen, die ihn motivieren und animieren 1997 in die Partei einzutreten. Vor seinem Parteieintritt war er politisch nicht aktiv. Und auch danach bleibt er zunächst ein passives Parteimitglied. Dann im Jahr 1998 wird Kaya aktiver. Bei den Oberbürgermeisterwahlen in Hannover wird er in den Wahlkampf des amtierenden Oberbürgermeisters Herbert Schmalstieg einbezogen.

„Natürlich einerseits Wählermobilisierung, da habe ich auch mal was gemacht, damals für Herbert Schmalstieg, wir haben dann auch mit der türkischen Presse auch sehr gute Arbeit gemacht, damals war ja auch Gerhard Schröder Kanzler und da konnte man noch einiges machen, weil die türkische Presse ist natürlich immer auf Persönlichkeiten fixiert“ (Interview mit K.).

Kayas Migrationshintergrund wird das erste Mal zu einer Ressource, als er Wahlkampf für den Oberbürgermeister Schmalstieg macht. Dabei nutzt er seine Türkischkenntnisse, um Wähler und WählerInnen mit türkischem Migrationshintergrund zu erreichen. Er schafft es sehr schnell Netzwerke zur türkischsprachigen Presse aufzubauen und sich als Ansprechpartner zu positionieren. Diese Rolle als Vermittler zwischen türkeistämmigen WählerInnen, türkischen Medien und der Partei eröffnen ihm den Zugang zu den Parteiliten in der SPD. Ab 2001 übernimmt Kaya seine ersten Ämter innerhalb der SPD, wird Beisitzer im Ortsverein, beginnt den Arbeitskreis Migration auf Stadtverbandsebene zu leiten und ist einer der wenigen Ansprechpartner, wenn es um Fragen der Integration geht. Ein Vorstandsmitglied des Stadtverbandes der SPD in Hannover unterstreicht die Wichtigkeit Kayas, indem er ausführt:

„Kaya hat viele Dinge angestoßen, die wir innerhalb der Partei verschlafen haben. Es hat sich keiner für dieses Thema interessiert, obwohl wir wussten, dass es ein wichtiges und zentrales Thema ist. Mit Kaya hatten wir dann wen, der sich für diese Themen stark gemacht hat“ (Interview mit K.).

In der SPD gab es zu diesem Zeitpunkt kaum aktive Mitglieder mit türkischem Migrationshintergrund. Kaya traf auf ein Vakuum innerhalb der Partei, in dem die Themen von Migration und Integration kaum eine Rolle spielten. Diese migrations- und integrationspolitische Lücke wurde von Kaya ausgefüllt. Die Zeit, in der er dieses Vakuum füllt, fällt in die Zeit des Regierungswechsels von der SPD und den Grünen. Die Debatten und Konflikte um das Staatsangehörigkeitsrecht lassen Kaya in die Offensive kommen, da er sich als Ansprechpartner und Experte in diesem Themenfeld positionieren kann.

„Themen wie die doppelte Staatsbürgerschaft, kommunales Wahlrecht oder Integrationsthemen allgemein wurden plötzlich aktuell (Rot-Grüner Regierungswechsel) und ich habe das mitangeschoben“ (Interview mit K.).

Die Positionierung im migrations- und integrationspolitischen Feld stellt die Weichen für Kayas spätere politische Karriere innerhalb der Partei. Er fand bei seinem Beitritt in die SPD einen politischen Raum vor, der noch nicht besetzt und strukturiert war. Kaya macht in den Interviews immer wieder deutlich, dass er in migrations- und integrationspolitischen Fragen zu Rate gezogen werde. Gleichzeitig versucht er das Thema der Integration innerhalb der Partei zu verankern. Für plausibel halte ich, dass gerade diese Rolle ihm die Möglichkeit gab, innerhalb der Parteihierarchien aufzusteigen. Sein Engagement führt dazu, dass einflussreiche Personen innerhalb der Partei auf ihn aufmerksam werden. Mitglieder des Vorstands motivieren Kaya bei den Kommunalwahlen im Jahr 2001 als Bezirksbürgermeister zu kandidieren. In seiner Wahrnehmung stellt sein Migrationshintergrund in Verbindung mit dem Amt des Bezirksbürgermeisters etwas Besonderes dar:

„Und das ist natürlich auch durch Hannover gegangen, jemand mit einem türkischen Hintergrund Bezirksbürgermeister, weil das damals sehr ungewöhnlich war“ (Interview mit K.).

Dieses Alleinstellungsmerkmal eröffnet Kaya politische Räume, um sich innerhalb der Partei zu etablieren und zu positionieren. Er erarbeitet sich im Laufe der Zeit die Rolle eines Ansprechpartners, wenn es um Integrationsfragen in der Stadt Hannover geht. 2006 wird

Kaya Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Niedersachsen (TGN). Dieses Amt macht deutlich, dass er einen engen Kontakt zu türkischen Organisationen pflegt und ein Bindeglied zur SPD darstellt. Bemerkenswert ist, dass die Netzwerke zur türkischen Gemeinde erst entstehen, nachdem Kaya parteipolitisch aktiv wird. Man könnte hier von einer doppelten Positionierung sprechen. Erstens konnte die SPD so potentiell einen möglichen Wählerkreis durch die TGN erschließen und mehr über die Anliegen dieser WählerInnen erfahren. Zweitens wurden die Anliegen der TGN innerhalb der SPD vertreten. Die Möglichkeit, mehrere Positionen anzunehmen und verschiedene Erwartungen zu bedienen, stellt eine Ressource dar, die einen entscheidenden Einfluss auf die politische Karriere von Kaya hat. 2001 kandidiert er bei den Kommunalwahlen und wird in die Ratsversammlung gewählt. Kaya wird integrationspolitischer Sprecher seiner Fraktion und besetzt dieses Thema innerhalb der SPD in Hannover.

Für Kaya spielt der Migrationshintergrund am Beginn seiner politischen Karriere eine Rolle, das macht er deutlich, indem er ausführt:

„Und also natürlich war zuerst das Interessante, dass ich diesen Migrationshintergrund habe, das ist glaube ich sowieso interessant, aber ich habe auch gute Arbeit gemacht und dann hat sich das natürlich auch sehr gut ergänzt: Bezirksbürgermeister, Migrationshintergrund, ist in einem Schützenverein. Also als Bezirksbürgermeister in diesem Stadtbezirk hat man ganz verschiedene soziale Milieus, der Migrationshintergrund, der hat mir am Anfang geholfen, aber dann muss man sich bewähren, wenn man das nicht macht, dann hat man auch keine Chance. Und es ist auch gefährlich, sich ausschließlich auf diesen Migrationshintergrund zu fokussieren“ (Interview mit K.).

Die Aussagen Kayas machen deutlich, dass es die Fremdwahrnehmung seiner Partei ist, die ihm bzw. seiner Biographie eine besondere Bedeutung verleiht. Das führt dazu, dass er seine eigene Person als etwas Besonderes wahrnimmt. Diese Besonderheit, die er durch seine Partei zugesprochen bekommt, eröffnet ihm die Gelegenheit, sich zu etablieren. Der Migrationshintergrund erleichtert ihm den Zugang in die Partei, da ihm ein Platz zugeordnet wird, der leer steht und noch nicht ausreichend bearbeitet wurde. Er sieht seinen Aufstieg in der Partei und seine Kandidatur als Resultat seines Engagements und seiner guten Arbeit. Der Migrationshintergrund alleine reicht nicht, um innerhalb der Partei Karriere zu machen, sondern erst das Zusammenspiel mit anderen Eigenschaften, wie sozialem Status, Leistung und Engagement. Kaya sieht die einseitige Fokussierung auf den Migrationshintergrund als nicht förderlich an. Für plausibel halte ich, dass bei einigen Ratsmitgliedern die Angst

besteht, dass die einseitige Fokussierung auf ein Thema und eine ethnische Gruppe von der Partei und WählerInnen sanktioniert werden könnte. Das Konzept von Wählbarkeit und Vermittelbarkeit ist ein immer wiederkehrender Topos in nahezu allen Interviews, die ich mit den Abgeordneten mit Migrationshintergrund geführt habe. Sie stehen für die Aushandlungsprozesse mit Erwartungen, die durch den Migrationshintergrund entstehen (mehr zum Konzept der Wählbarkeit in Kap. 7 und 8). Die Aussagen Kayas deuten an, dass die Erwartungen innerhalb der Partei und die Wahrnehmung seiner Wählerschaft seine eigene Rollenwahrnehmung sehr stark beeinflussen.

Politische Karrieren in Hannover – Die Relevanz von MentorInnen und ethnischen Netzwerken

Der politische Werdegang von Demir zeigt, wie ethnische Netzwerke bzw. Ressourcen einen Einfluss auf die politische Karriere eines Abgeordneten haben können. Um die Rolle der ethnischen Netzwerke in Demirs Karriere zu erfassen, ist es notwendig einige Verknüpfungen und Eckpunkte zu markieren: Demir wird 1981 in Goslar geboren. Sein Vater kommt als Gastarbeiter aus der Türkei nach Deutschland, seine Mutter gehört einer türkischen Minderheit im Kosovo an. Demirs politisches Engagement beginnt mit seinem Studium. In seiner Studienzeit gründet Demir mit KommilitonInnen einen türkischen Studentenverein, der später eine zentrale Rolle für seine Netzwerke und die politische Karriere spielen wird.

„Weil ich halt in den türkischen Studentenvereinen war, habe ich dann, kannte ich dann auch irgendwann Gott und die Welt hier einfach. Aus der türkischen Szene, weil wir irgendwie ganz viel gemacht haben und die Leute haben auch Kontakt zu uns gesucht, weil die auch immer das Bedürfnis hatten auch mit jungen Menschen was zu machen, das ist halt Mangelware in den ganzen Organisationen, und über die türkische Gemeinde habe ich dann auch Kaya kennengelernt“ (Interview mit D.).

In seiner Tätigkeit als Vorsitzender des türkischen Studentenvereins kümmert sich Demir um die Belange von StudentInnen mit türkischem Migrationshintergrund, organisiert Vorträge (Türkei und Naher Osten sind dabei thematische Schwerpunkte) und beteiligt sich an der Hochschulpolitik. Durch sein Engagement im Studentenverein kommt er mit anderen türkeistämmigen politischen AktivistInnen in Kontakt, die er als „türkische Szene“ bezeichnet. Was oder wer diese türkische Szene genau ist, benennt Demir nicht. Im Laufe der Feldforschung und den Interviews mit Demir treten allerdings immer wieder bestimmte Akteure auf. Einer dieser Akteure ist die Türkische Gemeinde in Hannover, die wiederum

sehr gut mit der städtischen Politik und ihren Eliten vernetzt ist. Die Tätigkeit in der türkischen Studentenvereinigung führt dazu, dass andere politische Eliten und Organisationen wie z.B. die Türkische Gemeinde in Niedersachsen auf Demir aufmerksam werden. Diese gesteigerte Aufmerksamkeit führt zu einigen kleineren Kooperationen bei politischen Diskussionsveranstaltungen. In den Interviews mit Migrantenorganisationen und unterschiedlichen Parteimitgliedern wurde immer wieder ein Mangel an Nachwuchs beklagt. Viele Organisationen und Vereine suchen nach jungen, politisch engagierten Menschen wie Demir. Demir wird 2008 Mitglied der Türkischen Gemeinde in Niedersachsen. Dort engagiert er sich in der politischen Rolle eines ethnischen Lobbyisten. Durch sein Engagement im Studentenverein und in der Türkischen Gemeinde kommt er mit Kaya in Kontakt. Kaya als einer der Vorreiter von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund in Hannover versucht Demir für die SPD zu gewinnen:

„Demir war sehr talentiert und engagiert. Wir brauchen mehr von solchen jungen Menschen mit Migrationshintergrund in der SPD, die Verantwortung übernehmen wollen. Das war der Grund, warum ich ihn damals für die SPD gewinnen wollte. Ich sehe das als meine Pflicht, junge gute Leute mit Migrationshintergrund zu fördern“ (Interview mit D.).

Auch wenn die Rekrutierung im Falle von Demir nicht funktioniert hat, so ist sie dennoch ein Zeichen dafür, dass sein türkischer Migrationshintergrund ein Rekrutierungskriterium für Kaya war. Die politische Arbeit in den ethnischen Netzwerken (TGN, türkischer Studentenverein) machen Demir interessant für politische Persönlichkeiten und Parteien. Der Migrationshintergrund als Marker könnte seinen Einfluss allerdings nicht ohne den sozialen Status Demirs entfalten. Bei verschiedenen Veranstaltungen stellt Demir andere Eigenschaften, wie z.B. seine Promotion oder sein Jurastudium, in manchen Fällen auch sein relativ junges Alter, in den Vordergrund. Für plausibel halte ich, dass erst die Kombination verschiedener Eigenschaften und Rollen, Jurastudium, politisches Engagement, sprachliche und rhetorische Fähigkeiten und Alter, den Migrationshintergrund zu einer politisch relevanten Kategorie für Rekrutierungsprozesse machen.

Demirs Begegnung mit Elmas, die für die Grünen im niedersächsischen Landtag sitzt, ist das Ereignis, dass seine politische Karriere am meisten beeinflussen wird. Die beiden lernen sich zufällig bei einer Veranstaltung des Bundes türkisch-europäischer UnternehmerInnen

kennen, an dem Demir als Vorsitzender des türkischen Studentenvereins teilnimmt. Elmas erinnert sich an diese Begegnung und führt aus:

„(...) immer wenn ich junge Leute sehe, die politisch irgendwie, wo ich meine, die wären politisch gut irgendwie, dann merke ich mir das(...)“ (Interview mit D.).

Durch die Netzwerke des TGN wird Demir auf ein Stellenangebot der Grünen Fraktion im Niedersächsischen Landtag aufmerksam. Elmas suchte zu dieser Zeit einen persönlichen Mitarbeiter mit Türkisch als Zweit- oder Muttersprache. Demir bewirbt sich auf die Stelle und erinnert sich an die Anforderungen im Vorstellungsgespräch, indem er ausführt:

„Und ich hatte noch einen kleinen Test, ich musste auch noch was übersetzen auf Türkisch dann auch, weil sie wollte jemanden der Türkisch kann, um halt türkische Pressearbeit auch zu machen“ (Interview mit D.).

Es sind seine sehr guten türkischen Sprachkenntnisse, die Demir für die Arbeit bei der Landtagsabgeordneten qualifizieren und der Grund dafür, dass er die Stelle bekommt. Elmas, die in ihrer zweiten Legislaturperiode migrationspolitische Sprecherin der Grünen Fraktion im Landtag wird, sieht sich mit vielen Anfragen in türkischer Sprache für Interviews und Kolumnen konfrontiert. Sie führt aus:

„(...) und mein Büro war sozusagen deutschsprachig und meine Mitarbeiterin musste mir alle Mails weiterleiten, die auf Türkisch sind und im Zweifel, mein Türkisch ist auch nicht perfekt, weil wir deutschsprachig aufgewachsen sind (...)“ (Interview mit D.).

Demirs türkischen Sprachkenntnisse sind hier eine Ressource und unterscheiden ihn von allen anderen MitarbeiterInnen. Wenn man sich die Netzwerkkette genau anschaut, dann lässt sich ein Weg von dem türkischen Studentenverein, zu der türkischen Gemeinde über einen E-Mail-Verteiler zu Elmas und dem Job in der Landtagsfraktion nachzeichnen. Dieser Weg ist gezeichnet durch ethnische Ressourcen und Netzwerke. Bemerkenswert ist nicht nur die Netzwerkkette, durch die Demir in das Landtagsbüro gelangt, sondern auch deren Schaltstellen bzw. Verbindungen, die es erstmal zu überwinden galt. Die Gründe dafür, dass Demir von Netzwerk zu Netzwerk gelangt, liegen in der Verbindung zwischen seinem Migrationshintergrund, seinen sprachlichen Fähigkeiten (Türkisch und Deutsch), seinem Alter und seinem Status als Student. Doch auch Migrantorganisationen wie die TGN, die Plattformen für Menschen mit Migrationshintergrund bereitstellen, um sich politisch zu

engagieren und die eine Nachfrage nach jungen politisch engagierten Personen haben, sind maßgeblich an der politischen Karriere von Demir beteiligt. Durch Elmas werden türkische Medien und Migrantenorganisationen auf PolitikerInnen mit Migrationshintergrund aufmerksam. Das führt dazu, dass eine Bürostelle geschaffen wird, um den Anforderungen und Nachfragen türkischer Medien und Organisationen gerecht zu werden. Diese Nachfrage nach Vermittlern, Ansprechpartnern und Übersetzern führt dazu, dass der Migrationshintergrund zu einer politischen Kategorie und einem Auswahlkriterium wird. Das äußert sich unter anderem in der Arbeit, die Demir in der Landtagsfraktion leistet und die über Übersetzungstätigkeiten hinausgeht:

(...) war ich dann halt auch für viele eine Ansprechperson, wenn es um Anfragen oder Veranstaltungen z.B. von der türkischen Community ging. Die Parteimitglieder haben mich gefragt, wie ist denn das und das, was macht man da, soll ich da hingehen oder wenn ein Abgeordneter aus dem Wahlkreis Osnabrück oder was weiß ich wo in Lüneburg, von der Moschee eingeladen wurde, was macht man da, was ist denn das so. Zum Fastenbrechen was wird da gebrochen, was ist das Fasten und welche Bedeutung hat das“ (Interview mit D.).

Demir profitiert von seiner Bilingualität, dem Wissen über die türkische Community und seiner Kenntnis islamischer Traditionen. Der Migrationshintergrund ist hier somit an von außen wahrgenommene Kompetenzen und Erfahrungen in Bezug auf migrations- und integrationspolitische Themen gekoppelt. Demir reicht es irgendwann nicht mehr andere zu beraten, er will selber etwas bewegen. Die Motivation zu kandidieren kommt letztendlich durch den eingeschränkten Handlungsspielraum, den er für sich sieht:

„Einmal die türkische Gemeinde, meine Tätigkeit dort, weil ich da im Grunde als NGO tätig war und dann halt auch immer auf andere angewiesen war, da hat man es gemerkt. Aber dann war ich halt auch auf dieser anderen Seite, wo ich dann wiederum auch nicht selbst Entscheidungen getroffen hab, also mit beeinflussen konnte, aber das letzte Wort hatten immer andere letztendlich und eben die Abgeordneten oder die Mandatsträger. Und dann kam halt auch die Motivation auch selbst mal was zu machen, auch Verantwortung zu übernehmen“ (Interview mit D.).

Neben dem Beklagen des eingeschränkten Handlungsspielraums spielt noch etwas anderes eine wichtige Rolle für den Entschluss, bei den Kommunalwahlen 2011 zu kandidieren: Demirs Bewusstsein über ein bestimmtes integrations- und migrationsspezifisches Wissen zur Verfügung und dieses einbringen zu können. Demir glaubt, sein Migrationshintergrund habe eine Rolle bei der Kandidatenaufstellung gespielt:

„Die Grünen haben den Anspruch oder halt auch damals der Vorstand hatte den Anspruch einfach die Stadtgesellschaft auch möglichst in der Fraktion oder in der späteren zu vertreten. Und ich vertrete halt einfach, glaube ich, junge Migranten, stellvertretend jedenfalls“ (Interview mit D.).

Demir benennt hier zwei Kategorien, sein Alter und seinen Migrationshintergrund, und verbindet diese miteinander. Nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund sollten vertreten werden, sondern vor allem junge MigrantInnen. Es ist nicht alleine der Migrationshintergrund, sondern auch sein Alter, das Demir für die eigene Positionierung nutzt. Für Demir sucht nicht nur die Partei nach geeigneten KandidatInnen mit Migrationshintergrund, sondern er formuliert selbst den Anspruch, als Politiker mit Migrationshintergrund Menschen mit Migrationshintergrund vertreten zu wollen. Demir sieht sich unter anderem als Repräsentant junger MigrantInnen, nicht nur wegen seines Alters und Migrationshintergrundes, sondern aufgrund seiner früheren Tätigkeiten in der Studentenvertretung, wo er ausländische StudentInnen vertrat.

Ethnische Netzwerke - Persönliche Ansprache als Eintritt in die Politik

Einen anderen Karriereverlauf hat Güler von den Grünen hinter sich. Dennoch gibt es in ihrer Karriere Muster, die denen von Demir ähneln. Denn auch bei Güler nimmt Elmas entscheidenden Einfluss, sowohl bei ihrer Rekrutierung als auch bei ihrer Kandidatur für die Kommunalwahlen 2011. Güler wird 1982 in Hannover geboren. Ihre Großeltern väterlicher- und mütterlicherseits kamen im Rahmen der Gastarbeiteranwerbung aus der Türkei nach Düsseldorf. Nach ihrem Studium der sozialen Arbeit, beginnt Güler 2009 ihr Anerkennungs- bzw. Praktikum in der JVA Uelzen. Elmas und einige ihrer Mitarbeiter besuchen zu dieser Zeit die JVA, um sich über die Bedingungen der Abschiebehaft zu informieren. Elmas und Güler kommen während dieses Besuchs ins Gespräch. Nach dem ersten Kontakt versucht Elmas Güler für die Landesarbeitsgruppe Migration zu gewinnen, deren Vorsitzende sie zu diesem Zeitpunkt ist. Güler erinnert sich:

„Und da hat sie mir ihre Karte ausgehändigt und hat gesagt ich möge mich mit ihr noch mal in Verbindung setzen. Und dann habe ich mit ihr in Verbindung gesetzt und dann kam auch das sie eine Arbeitsgruppe hatte also das ich da mal ob ich mal Interesse hätte daran teilzunehmen. So bin ich quasi in diesem Moment mit ihr in Kontakt, ins Gespräch gekommen. Und bin überhaupt an die Grünen gekommen“ (Interview mit G.).

Elmas Rolle als Mentorin besteht darin, politisch und sozial engagierte junge Leute für die Grünen zu gewinnen. Dabei spielen im Falle von Güler neben dem türkischen Migrationshintergrund ihr Studium der sozialen Arbeit und die Erfahrungen in der JVA eine Rolle. Die Mitarbeit in der LAG-Migration ist für Güler der Einstieg in die Politik und in die Partei. Bereits nach einem Jahr in der LAG kandidiert Güler, auf Elmas Initiative hin, für einen Platz als Delegierte für die Bundesversammlung im Jahre 2010.

„Mir war gar nicht bewusst, was das alles beinhaltet, in die Bundesversammlung gewählt zu werden. Da kommt nicht jeder rein. Also da kommen Menschen rein, die extrem engagiert sind und, ja einen bestimmten Lebensweg hinter sich gelassen haben. Aber die Entscheidung fiel auf mich, eine 27 Jahre alte Studentin. Das hat auch, vielleicht, ich weiß es nicht, mit meiner Biografie irgendwie eine Stück weit dazu geführt. Ich weiß es nicht warum. Vielleicht war es auch nach außen hin ein Bild“ (Interview mit G.).

Man spürt in der Erzählung Gülers eine Unsicherheit, die sie vermutlich immer noch hat: Sie kann sich nicht wirklich erklären, warum gerade sie gewählt wurde. Dennoch vermutet sie, es habe mit ihrer Biografie zu tun haben können und mit ihrer Erscheinung nach außen. Die Wahl als Delegierte der Bundesversammlung und die Tatsache den Bundespräsidenten mitwählen zu dürfen, führen bei Güler zu einem gewissen Stolz. Es ist etwas „Außergewöhnliches“ für sie und ihr Umfeld, dass sie es „geschafft“ hat. Etwa zur gleichen Zeit kandidiert Güler, wieder auf Elmas Initiative hin, für das Amt der Sprecherin der LAG-Migration. Die Selbstwahrnehmung der eigenen außergewöhnlichen Biografie und der schnelle Aufstieg führen bei Güler dazu, dass der Migrationshintergrund als eine Ressource wahrgenommen wird, die Türen öffnen kann. Es sind die Gelegenheitsstrukturen in Form von Posten und Ämtern in migrations- und integrationspolitischen Themenbereichen, wie z.B. die LAG-Migration, die den Migrationshintergrund zur politisch relevanten Kategorie innerhalb der Grünen werden lassen. Ich halte es für plausibel, dass die Erfahrungen der Delegiertenwahl, die anschließende Bundesversammlung und die Wahl zur Sprecherin der LAG-Migration, einen entscheidenden Beitrag zu Gülers Kandidatur für die Kommunalwahlen 2011 geleistet haben. Deutlich wird auch: Wie Demir wählt Güler den migrations- und integrationspolitischen Pfad in die Partei.

Anders als Demir ist Güler vor ihrer politischen Karriere bei den Grünen nicht politisch aktiv. Ihr Beispiel verdeutlicht, wie einzelne Personen bzw. MentorInnen die Karrierewege der Abgeordneten beeinflussen und lenken können. Die Person von Elmas ist die entscheidende

Figur in der politischen Karriere Demirs und Gülers. Dabei war bei beiden der türkische Migrationshintergrund ausschlaggebend, jedoch nicht im Sinne eines ausschließlichen Auswahlkriteriums, sondern vielmehr die Verbindung zwischen Hochschulstudium, guten Sprachkenntnissen (Deutsch und Türkisch) und dem politischen bzw. sozialem Engagement innerhalb und außerhalb der Partei.

Ich halte es für plausibel, dass Gülers Zugang durch eine Nachfrage innerhalb der Grünen entsteht, die authentische AnsprechpartnerInnen gewinnen möchte, die die Vielfalt Hannovers repräsentieren. Exemplarisch steht dafür die Aussage von Thomas Schremmer, dem Vorsitzenden der Grünen im Stadtverband Hannover:

„Es ist uns gelungen eine Liste aufzustellen, die ein großes Spektrum umfasst. So haben wir bewusst darauf gesetzt, mehr Menschen mit Migrationshintergrund aufzubauen und die Liste insgesamt zu verjüngen“ (Interview mit G.).

Die Aussagen Schremmers machen deutlich, dass die Grünen in Hannover den Migrationshintergrund als politisch relevante Ressource entdecken oder diese zumindest als ein Auswahlkriterium in Betracht ziehen. Es lässt sich erkennen, dass die politischen Karrieren der Grünen Abgeordneten sich in einem politischen Umfeld ereignen, in dem es eine erhöhte Sensibilisierung für den Migrationshintergrund als politisch relevante Kategorie gibt. Elmas, als Landtagspolitikerin mit sehr guten Netzwerken innerhalb der Partei, besitzt dabei eine Gatekeeper-Funktion, aus der heraus sie talentierte und engagierte Menschen mit Migrationshintergrund für die Grünen gewinnen kann.

Quereinstieg ohne migrations- und integrationspolitisches Profil

Charakteristisch für die bisher vorgestellten politischen Karrieren waren ethnische Netzwerke und migrations- und integrationspolitisches Engagement innerhalb und außerhalb der Parteien. Die politische Karriere Tunas unterscheidet sich von denen der anderen Abgeordneten in Hannover, da sie keinerlei migrations- und integrationspolitischen Spuren aufweisen. Tuna wird 1969 in der Türkei geboren und kommt im Alter von fünfeneinhalb Jahren mit ihren Eltern im Zuge der Gastarbeitermigration nach Deutschland. Tuna studiert Jura in Hannover, schließt beide Staatsexamen ab und arbeitet als Teamleiterin im Job Center in Hannover. Sie beurteilt ihren politischen Werdegang als einen, über den es „eigentlich gar nicht so viel zu sagen gibt“. Sie spielt ihre politische Karriere ein wenig

herunter. Der Weg vom ersten Engagement bis in den Stadtrat geht sehr schnell und reibungslos. Sie ist in keiner Organisation oder Verein politisch aktiv. Sie interessiert sich während ihres Studiums ein wenig für Politik, was sich aber in keiner Aktivität widerspiegelt. Eine wichtige Rolle in ihrer politischen Sozialisierung spielt ihr späterer Mann, der im Landtag für die SPD sitzt. Durch ihn und die Diskussionen mit ihm lernt sie die aktive Politik kennen. Nachdem ihr Interesse geweckt ist, entschließt sich Tuna, im Ortsverein Hannover-Mitte aktiv zu werden. Dieser erste Kontakt mit der Partei geht aber nicht über ein paar Sitzungen hinaus. Einen neuen Impuls bekommt sie durch den Umzug in einem anderen Stadtteil. Ihr vorheriges Engagement als Elternsprecherin und die aktive Ansprache des Ortsvereinsvorsitzenden, animieren Tuna innerhalb der Partei aktiv zu werden. Innerhalb kurzer Zeit wird sie von der Partei gefragt, ob sie nicht für den Bezirksrat kandidieren will. Nach Konflikten zwischen zwei Ortsvereinen werden neue KandidatInnen für den Stadtrat gesucht. Tuna wird gefragt, ob sie sich vorstellen könne für den Stadtrat zu kandidieren. Nach dem sie in den Stadtrat gewählt wird, bekommt sie den Posten der Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden angeboten, den sie annimmt. Tuna sitzt seit 2011 im Rat der Stadt Hannover. Tuna sagt über die Rolle ihres Migrationsintergrundes bei der Kandidatenaufstellung:

„(...) Ich glaub, das waren so verschiedene Sachen. Also, dass man einfach sich auch überlegt hat, das wäre gar nicht so schlecht, jemanden mit Migrationshintergrund da zu haben. Und dann auch gleichzeitig eben diesen Bruch zu haben, dass man eben andere Art von MigrantInnen kennenlernt“ (Interview mit T).

Sie reflektiert hier ihre Fremdwahrnehmung durch andere Mitglieder des Ortsvereins. Sie wird als Migrantin wahrgenommen, die anders ist als andere MigrantInnen. Diese Abgrenzung lässt sich in vielen Narrativen von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund erkennen. Die Grenzziehungen zu anderen MigrantInnen sind wichtig für die eigene Legitimierung innerhalb der Partei, da dadurch ein positives Bild einer Politikerin entworfen wird, die engagiert ist und sich Dinge zutraut. Tuna hat ein bestimmtes Bild darüber, wie andere Mitglieder der Partei MigrantInnen wahrnehmen. Dies macht sie deutlich, wenn sie ausführt:

„(...) viele Mitglieder engagieren sich auch in der Asylpolitik und beschäftigen sich mit Flüchtlingen. Aber bei vielen da hatte ich so den Eindruck, dass es irgendwie ganz spannend war für sie eine Migrantin plötzlich mitten unter sich zu haben, jemanden,

die sich einfach so was zutraut und tatsächlich auch den Hintergrund mitbrachte. Man wurde zwar so ein bisschen skeptisch mit beäugt aber man ist mir auch positiv mit vor Vertrauensvorschuss sozusagen begegnet. Aber ich glaube schon, dass das mit, also mit irgendeine eine Rolle gespielt hat, auf welche Art auch immer“ (Interview mit T.).

Tuna entwirft ihr eigenes Bild als ein Gegenbild zu den passiven, hilfsbedürftigen MigrantInnen. Sie steht für eine Politikerin mit Migrationshintergrund, die mitmachen und mitbestimmen will. Sie definiert das Bild von MigrantInnen neu und sieht diesen Neuentwurf als etwas, das von den Parteimitgliedern honoriert wird. Dennoch ist nach Tuna nicht der Migrationshintergrund entscheidendes Kriterium bei der Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahl 2011. Es sind eher Konflikte zwischen Ortsvereinen und Flügeln innerhalb der Partei, die zu ihrer Kandidatur führen.

„(...) das ist so meine Vermutung, dass man da tatsächlich rein machttaktisch mich dort hat kandidieren lassen, nicht von meinem Ortsverein aus, aber durch die Großbuchholzer, weil die kannten mich, wie gesagt, gar nicht. Mein Ortsverein kannte mich ja kaum und die hatten keine Veranlassung gehabt mich zu wählen. Und ich glaube, so habe ich es auch irgendwann mal gesagt, man hat in mir das kleinere Übel gesehen. Nicht als eine ernsthafte Konkurrenz für irgendwas. Und dann nimmt man jemanden der keinen richtigen Hintergrund, politische Hintergrund hat“ (Interview mit T.).

An dieser Stelle wird deutlich, dass innere Parteistrukturen einen entscheidenden Einfluss auf die Karrierewege der Abgeordneten haben. Der Migrationshintergrund als politische relevante Kategorie spielte bei der Kandidatenaufstellung im Fall Tunas eher eine untergeordnete Rolle. Es sind hier vielmehr die Machtarithmetik und die Konflikte zwischen Flügeln und Ortsvereinen, die Tuna eine gute Listenplatzierung sichern. Das fehlende politische Engagement vor ihrem Ratsmandat und der Umstand, dass Tuna keinem Flügel zugeordnet werden kann, helfen ihr bei der Kandidatenaufstellung.

Zusammenfassung

Bei den Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover lässt sich keine typische Ochsentour bis zum Ratsmandat feststellen. Die Länge der Mitgliedschaften hängt nicht mit der Parteiarbeit zusammen. So war Tuna, die 1993 in die Partei eingetreten ist bis zu ihrem Mandat 2011 nicht aktiv innerhalb der Partei. Kaya, der 1997 in die SPD eintritt, beginnt erst mit den Kommunalwahlen 2001 aktiver zu werden. Demir, Kaya und Güler übernehmen

bereits vor ihren Ratsmandaten Ämter in ihren Parteien oder arbeiten sogar für diese. Charakteristisch für die Karrierewege in Hannover ist das Zusammenspiel bzw. das Ineinandergreifen mehrerer Prozesse. Es sind zum einen die persönlichen ethnischen Netzwerke, die die politischen Karrieren der Abgeordneten stark beeinflussen. Vorreiter und Pioniere wie Kaya und Elmas, fungieren dabei als MentorInnen für Newcomer wie Demir und Güler. Zum anderen spielen Migrantenorganisation wie z.B. die TGN eine wichtige Rolle, denn sie knüpfen Netzwerke zu etablierten Parteien und bringen politische Eliten hervor, die wiederum ihre Wege in die Parteien finden können. Eine weitere Komponente bilden die Parteien, die den Migrationshintergrund in einigen Fällen als eine politisch relevante Ressource erkennen und Plattformen schaffen, in denen sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund positionieren können. Parteien sind somit maßgeblich an der Konstruktion von Rollenbildern beteiligt, die im späteren Verlauf der Arbeit aufgezeigt werden sollen. Doch auch Pioniere und Vorreiter wie Kaya und Elmas verändern Strukturen innerhalb der Parteien, in dem sie durch ihre Anwesenheit und Engagement für die Thematik der Integration und Migration sensibilisieren. Dabei lassen sich zwei unterschiedliche Zugänge zu den Parteien erkennen. Die erste Gruppe kommt auf dem Pfad der Migrations- und Integrationspolitik in die Partei, d.h. die Abgeordneten mit Migrationshintergrund haben sich vor und während ihrer Parteizugehörigkeit in diesem Bereich engagiert. Tuna hingegen steht für eine Politikerin, die versucht sich von der migrations- und integrationspolitischen Thematik zu distanzieren, auch wenn sie glaubt, dass ihr Migrationshintergrund bei dem Zugang in die Partei eine Rolle gespielt hat, so versucht sie dennoch im späteren Verlauf andere politische Schwerpunkte zu setzen. Bei Tuna sind es eher parteipolitische Auseinandersetzungen, die ihr den Weg in den Stadtrat ebnen.

5.2 Karrierewege von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt

Die Karrierewege der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt unterscheiden sich in einigen Punkten von denen derer in Hannover. In Hannover gelangen Menschen mit Migrationshintergrund erst mit der Jahrtausendwende in die Ratsversammlung und sind im Gegensatz zu Frankfurt eher ein neueres Phänomen. Zudem lassen sich hier einzelne ethnische Netzwerke beobachten, die zumindest für die Abgeordneten der Grünen, eine wichtige Rolle spielen. Unter den Abgeordneten in Frankfurt lassen sich im Rahmen der Analyse zwei Karrieretypen herauskristallisieren: Die migrationspolitischen Pioniere, die in

ihren Herkunftsländern politisiert wurden. Ihr politisches Engagement in Frankfurt ist in den Anfängen Herkunftslandorientiert (fünf von 16 Stadtverordneten mit Migrationshintergrund). Dabei führen diese politischen Karrierewege meist über die kommunale Ausländervertretung (KAV) in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung (drei von 16 Stadtverordneten mit Migrationshintergrund). Der zweite Karrieretyp beschreibt eine neue Politikergeneration, die sich von den Pionieren unterscheidet. Die Newcomer haben in den Anfängen ihrer politischen Karriere keinerlei politischen Bezug zu ihren Herkunftsländern. Die politische Sozialisierung beginnt in Deutschland, das politische Engagement richtet sich von Anfang an auf die Ereignisse in der Bundesrepublik. Es gibt zudem keine starke Bindung zu Migrantenorganisationen und Vereinen. Migrations- und Integrationspolitik spielen dennoch eine Rolle.

Migrationspolitische Pioniere - von der politischen Orientierung zum Herkunftsland in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung

In den wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten gelten kommunale Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte als Ersatzgremien, die ein erhebliches Demokratiedefizit aufweisen. Hauptkritikpunkte sind dabei die eingeschränkten institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen dieser Beiräte, die meist kein Mitbestimmungsrecht auf der lokalen Ebene zulassen (Hoffmann 2002; Hunger/Candan 2009). In der Studie „Vielfalt sucht Rat“, in der erstmals systematisch die Karrierewege von Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund in allen Großstädten untersucht wurden, konnte allerdings festgestellt werden, dass

„die aufgrund ihres geringen politischen Einflusses viel gescholtenen Ausländerbeiräte eine bislang übersehene Funktion haben: Sie tragen zur politischen Sozialisation von Einwanderern in den politischen Strukturen deutscher Städte und zur Herausbildung einer Schicht auch zur parteipolitischen Aktivität bereiter Personen bei“ (Schönwälder/Sinanoglu/Volkert 2011: 49).

Exemplarisch für den Karriereweg der Pioniere ist die politische Biographie von Mehmet (SPD), die ich im Folgenden darstellen werde. An den Stellen, an denen sich Überschneidungen und Muster mit den anderen Stadtverordneten bzw. Pionieren ergeben, werden diese eingeführt. Das Ziel ist es, anhand von Mehmet das Bild eines Karrieretyps zu zeichnen, der die kommunale Migrations- und Integrationspolitik Frankfurts geprägt hat.

Mehmet wird 1956 im Osten der Türkei geboren. Während seines Studiums engagiert er sich politisch gegen das dortige Militärregime, das nach dem Putsch 1972 an die Macht kommt. Die radikalisierten politischen Auseinandersetzungen und sein politisches Engagement zwingen ihn nach Deutschland auszuwandern. 1978 zieht Mehmet von Ulm nach Frankfurt, um dort Volkswirtschaft und Soziologie zu studieren. Mehments politisches Engagement in Deutschland ist zu Beginn auf die Türkei gerichtet, wo 1980 erneut ein Militärputsch stattfindet. Als Protest gegen die politische Situation in der Türkei tritt Mehmet in einen bundesweit organisierten Hungerstreik. Er initiiert und partizipiert an politischen Veranstaltungen, um die Öffentlichkeit in Frankfurt für die politische Lage in der Türkei zu sensibilisieren und dadurch einen Einfluss auf die dortigen Geschehnisse zu nehmen. Diese anfängliche politische Orientierung zum Herkunftsland lässt sich auch bei den griechischen Stadtverordneten Galanos (CDU) und Jannis (SPD) beobachten, die sich bereits in den 70er Jahren in Griechenland gegen die Militärdiktatur engagieren. Ihre politische Aktivität in Frankfurt beginnt mit der Gründung und Mitgliedschaft von bzw. in studentischen Vereinen, die der PASOK (Panellinio Sosialistiko Kinima ist vergleichbar mit der SPD in Deutschland) nahestehen. Des Weiteren sind sie Mitglieder der griechischen Gemeinde in Frankfurt, deren politische Arbeit sich auf die politische Situation in Griechenland konzentriert. Zu dieser Zeit, Mitte der 70er Jahre, entstehen viele Kooperationen zwischen griechischen, türkischen und kurdischen Vereinen aus dem linken Spektrum, die sich langsam dem politischen Leben in Frankfurt zuwenden. Die Besetzung Zyperns durch die Türkei führt dazu, dass die griechische Gemeinde und das türkische Volkshaus gemeinsam politische Aktionen starten, um die Öffentlichkeit aufzuklären und Konflikte zwischen griechischen und türkischen MigrantInnen in Frankfurt zu verhindern. Auch Lorenzo gehört, wie Mehmet, dem Karrieretypen des Pioniers in Frankfurt an. Der Italiener ist von 1991 bis 1997 Mitglied des Nationalrats der PDS (italienische demokratische Partei der Linken). Die politische Situation in Griechenland, Italien und der Türkei beeinflusst die migrantische Bevölkerung in Frankfurt. Die politische Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation verschiedener migrantischer Akteure bringt eine politische Elite hervor, deren Mitglieder zu Ansprechpartnern der Parteien werden. So arbeiten z.B. in Frankfurt die PASOK in Frankfurt und die SPD zusammen. Zurück zum Beispiel Mehmet: Im Laufe seiner politischen Aktivität entschließt er sich, seinen politischen Fokus auf Deutschland zu richten. Er erinnert sich:

„Kopf sollte dort sein wo die Füße sind. Wir waren mit den Füßen hier, aber mit den Köpfen in den Heimatländern“ (Interview mit M.).

Mehmets Impuls, in Deutschland politisch aktiv zu werden, ist geprägt von seinen politischen Erfahrungen in der Türkei. Er kommt zu dem Schluss, dass er seinen Einfluss in Deutschland vergrößern muss, wenn er in der Türkei was bewegen will. Auch das Aufkommen einer neuen Generation Jugendlicher mit Migrationshintergrund und die Wahrnehmung neuer Bedürfnisse und Probleme führen dazu, dass Mehmet seinen politischen Fokus auf Deutschland richtet. Dieser Wechsel zeigt sich z.B. durch die Gründung des interkulturellen Jugendverbandes SAZ-Rock. 1981 tritt Mehmet als einer der ersten türkeistämmigen Mitglieder in die SPD ein.⁵ Er engagiert sich im Juso-Vorstand und gründet eine Arbeitsgruppe für MigrantInnen. Ähnlich wie Kaya in Hannover, findet Mehmet keine oder nur schwach ausgeprägte migrantische Strukturen innerhalb der SPD in Frankfurt vor. Er sagt darüber:

„Dann habe ich auch versucht, andere Leute mit reinzunehmen, die aus der Türkei oder anderen Ländern stammen. Dort habe ich das erste Mal eine Arbeitsgruppe für ausländische Jugendliche gegründet. Ich kam ja mit meinem türkischen Hintergrund in diese Partei rein und dort habe ich bestimmte Themen bearbeitet, weil die anderen sie nicht bearbeitet haben. Weil sie nicht sensibel genug waren, habe ich mich gezwungen gefühlt dieses Thema zu besetzen“ (Interview mit M.).

Mehmet beschäftigt sich also mit Themen, die vorher innerhalb der SPD nicht bearbeitet wurden. Er sensibilisiert seine Partei für die Themen Migration und Integration und versucht die thematische Lücke zu füllen. Seine Selbstwahrnehmung ist die eines migrantischen Politikers mit türkischer Einwanderungsgeschichte. Mehmet schafft es, Menschen mit türkischem Migrationshintergrund für die Partei zu gewinnen und Themen der Integration und Migration auf die Agenda der Partei zu setzen. Dies führt zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für Mehmeets Person von Seiten der Parteieliten. Durch die Mobilisierung neuer Mitglieder erarbeitet er sich Respekt und wird zu einem kleinen Machtfaktor innerhalb des Frankfurter Stadtverbandes der Jusos. Anfang der 90er Jahre treten nach Mehmet, der wie oben erwähnt 1981 in die SPD eintritt, drei weitere PionierInnen in die Parteien ein. Jannis (SPD), Lea (Grüne) und Galanos (CDU). Dies ist bemerkenswert, da es zu

⁵ Yilmaz Karahasan ist ein anderer Name, der immer wieder fällt, wenn es um Akteure mit Migrationshintergrund geht, die sich bereits in den 60er Jahren politisch engagiert haben. Karahasan engagierte sich bei der SPD und gehörte lange Jahre dem Vorstand der IG-Metall und der AWO an.

diesem Zeitpunkt weder ein Wahlrecht für EU-BürgerInnen noch für DrittstaatlerInnen gibt. Darüber hinaus dürfen die Pioniere zu diesem Zeitpunkt weder gewählt werden, noch bei Wahlen innerhalb der Parteien mitwirken.

Migrantische Akteure schaffen migrationspolitische Strukturen

Nach der Einführung des Kommunalwahlrechts für EU-BürgerInnen haben diese 1997 erstmalig das Recht zu wählen und gewählt zu werden. Damit werden die migrantischen BürgerInnen zu potentiellen WählerInnen für die Parteien. Das erklärt, warum die Parteien 1997 erstmals vermehrt EU-BürgerInnen als KandidatInnen aufstellen. Für plausibel halte ich, dass politische Akteure wie Galanos (CDU) und Jannis (SPD) durch ihre Netzwerke in die griechische Gemeinde von den Parteien als Stimmenfänger für migrantische WählerInnen wahrgenommen wurden, ebenso wie Lorenzo (Kandidaturen auf verschiedenen Listen) zu italienischen Vereinen und BürgerInnen. Vor allem in der SPD sind es Anfang und Mitte der 90er Jahre migrantische Akteure wie Jannis, Zarcadas (beides Griechen), Mehmet (türkischer Migrationshintergrund) oder Muñoz del Rio (Spanier), die versuchen Menschen mit Migrationshintergrund für die Parteien zu gewinnen und für Ämter zu kandidieren. Auf Initiative solcher migrantischer Akteure werden Arbeitsgruppen mit den Themen Migration und Integration in fast allen Parteien gegründet. Mitte der 90er Jahre gründet sich in Frankfurt z.B. die migrantische Arbeitsgruppe ImmiGrün (ImmiGrün steht für ein Bündnis der neuen InländerInnen – Verein zur Förderung einer multikulturellen, zivilen und ökologischen Gesellschaft). Stadtverordnete wie Lea und Bundestagsabgeordnete wie Omid Nouripour sind maßgeblich daran beteiligt. Einen ähnlichen Versuch starten Cem Özdemir und Ozan Ceyhan Anfang der 90er Jahre mit der Initiative „Yesiler“ (was „Grüne“ auf Türkisch bedeutet). Die Initiative ist allerdings nicht lange erfolgreich, da sie zwischen die Fronten des Kurdenkonflikts in der Türkei gerät. Sie führt daraufhin für andere Migrantengruppen geöffnet und die Türkeipolitik wird von der Agenda genommen (Blätte 2014: 99). Das Ziel von Initiativen wie Immigrün ist die unterstützende Rolle einer Karriere im Verband für eine Karriere in der Partei. So waren beispielsweise die Stadträtin und Dezernentin für Integration in Frankfurt, Dr. Eskandari-Grünberg, (Stadtverordnete von 2001-2008) und die ehemalige Stadtverordnete Marina Demaria (Stadtverordnete von 1997-2011) angebunden an ImmiGrün. Und auch für Lea ist die Initiative Anknüpfungspunkt und Zugang an und in die

Kommunalpolitik in Frankfurt, auch wenn sie erst Jahre später in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wird.

Wieder zurück zu Mehmet und seinem Karriereweg, der exemplarisch für die Pioniere in Frankfurt steht: Nach sechs Jahren im Juso-Vorstand wird Mehmet in den Vorstand des SÜD-Stadtverbandes gewählt. Ende der 80er Jahre besitzt er immer noch die türkische Staatsbürgerschaft und kann weder wählen noch gewählt werden. 1992 wird Mehmet in die kommunale Ausländervertretung (KAV) gewählt. Da Mehmet zu dieser Zeit weder wählen noch gewählt werden konnte, war das Engagement in der KAV einer der wenigen Möglichkeiten, die Frankfurter Stadtpolitik mitzugestalten. Diese Zeit ist geprägt von ethnischer Lobbyarbeit für die türkeistämmige Bevölkerung in Frankfurt. Das politische Engagement in der KAV ist eine Phase, in der Mehmet lernt, wie Politik auf kommunaler Ebene funktioniert. Für Stadtverordnete wie Lorenzo und Galanos führt das Engagement in der KAV zu den ersten Netzwerken in die Parteien. Und auch für ehemalige Stadtverordnete wie Eskandari-Grünberg und Marina Demaria (beide bei den Grünen) ist das Engagement in der KAV das Sprungbrett in die Parteien. Die KAV fungiert hier als eine Art Schnittstelle zu den Parteien mit zweierlei Funktionen: Erstens erlernen die Stadtverordneten hier die Mechanismen und zweitens stellt sie Kandidatenpool dar, aus dem rekrutieren werden kann. Mehmet entscheidet sich, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Einer der Hauptgründe hierfür ist seine Erfahrung beim Landesparteitag der SPD Mitte der 90er: Er und ein anderes Parteimitglied dürfen aufgrund der türkischen Staatsangehörigkeit bei der Nominierung von Bundestagsabgeordneten nicht mitwählen. Er erinnert sich:

„300 Delegierte, 298 Wahlberechtigt. Mehmet und Yilmaz Karahasan dürfen nicht wählen. Das war nicht absichtlich, aber das war für mich verletzend. Ich habe bis jetzt immer für die gekämpft, damit sie Abgeordnete werden, ich habe für die gekämpft, dass wir die Mehrheit bekommen und ich darf nicht mal nominieren. Dann habe ich gesagt, ich möchte deutscher Staatsbürger werden. Jetzt möchte ich auch Stadtverordneter werden“ (Interview mit M.).

Die politische Ausgrenzung bei Wahlen führt bei Mehmet zu einer Trotzreaktion und motiviert ihn, sich nicht mehr mit der Rolle eines passiven Parteimitglieds zufrieden zu geben, sondern aktiv die Politik mitzugestalten. Nach seiner Einbürgerung 1996 kandidiert Mehmet für den Unterbezirksvorstand der SPD und tritt bei der Kommunalwahl 1997 an. Die Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit und die Motivation, für die Kommunalwahlen zu kandidieren, fallen im Fall Mehments zusammen. Von 1997 bis 2014 ist

er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und dort migrations- und integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Mehmet sieht seinen politischen Erfolg in der eigenen Leistung und seinem Engagement. Nach seinen Angaben hatte er keinen Mentor innerhalb der Partei, der ihn unterstützte. Mehr noch, er „musste doppelt so hart arbeiten wie andere Mitglieder ohne Migrationshintergrund.“

Andere migrationspolitische Pioniere hingegen betonen, dass sie MentorInnen in der Partei hatten, von denen sie Unterstützung erhielten. An dieser Stelle ist kein klares Muster zu erkennen. Je nach Ortsverein und Partei unterscheiden sich die Erzählungen über die Rolle von MentorInnen. Klar ist, dass es Unterstützung braucht, um innerhalb der Parteien an Ämter zu kommen. Die Wahrnehmung dessen, wer, wann und auf welche Art geholfen hat, unterscheidet sich. Trotz seiner migrationspolitischen Orientierung und seinen Netzwerken zu Migrantenorganisationen sind es die innerparteilichen Netzwerke, die für Mehmet entscheidend sind. Immer wieder bringt er seine Nähe zum linken Flügel der SPD und den Jusos zur Sprache. Für plausibel halte ich, dass Migrantennetzwerke wichtig sind, dass aber innerparteiliche Netzwerke und Flügelmitgliedschaften einen ebenso großen Einfluss auf die Wahrnehmung in der Partei haben können. Mehments Vernetzung innerhalb der Partei wird bei den Landtagswahlen 2014 und seiner Listenplatzierung deutlich. Seit 2014 sitzt er im Landtag und besetzt den kulturpolitischen Ausschuss, Petitionsausschuss und sitzt im Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung.

Newcomer – Zwischen politischem Engagement und Quereinstieg

Die Newcomer lassen sich nicht so einfach wie die Pioniere in einen einzelnen Karrieretypus zusammenfassen. Dennoch gibt es auch bei ihnen einige Merkmale, die alle Abgeordneten gemeinsam haben. Waren die Pioniere noch geprägt von breiteren sozialen Bewegungen, der politischen Lage in ihren Herkunftsländern, Mitgliedschaften und Netzwerken zu ethno-politischen Organisationen und der Etablierung migrations- und integrationspolitischer Strukturen in Parteien, sind die Newcomer eine Generation von PolitikerInnen, die eher schwache Verbindungen zu Migrantenorganisationen haben. Sie kommen nicht aus bereiteren politischen und sozialen Bewegungen und sind weniger politisiert als die Pioniere. Dies bedeutet aber nicht, die Newcomer würden keine migrations- und integrationspolitischen Akzente setzen. Sie haben allerdings einen breiteren politischen Fokus. Ein weiteres Merkmal vieler Newcomer ist der relativ kurze Zeitraum zwischen

Parteienritt und Übernahme eines Mandates. Deutlich wird das bei den Grünen, der CDU und der Linken. Sie stellen KandidatInnen mit Migrationshintergrund auf, die nur eins bis maximal vier Jahre Parteimitglied waren, bevor sie das Ratsmandat übernehmen. Eine Ausnahme bilden die politischen Karrieren der Stadtverordneten in der SPD. Im Gegensatz zu den anderen etablierten Parteien muss teilweise eine Ochsentour durchlaufen werden, bevor ein Mandat erlangt wird.

Ochsentour der Stadtverordneten in der SPD

An dieser Stelle lohnt es, sich die politischen Karrieren von Amir und Burcin genauer anzuschauen. Sie stehen in der Gruppe der Newcomer für die Übernahme politischer Ämter und das Engagement innerhalb von Parteien. Vieles in der politischen Biographie von Amir und Burcin lässt darauf schließen, dass die innerparteilichen Strukturen und das Selbstverständnis der SPD es nötig machen, sich Ämter und das Mandat „verdienen“ zu müssen.

Betrachten wir Amirs Werdegang: Er wird 1983 in Kameshly/Syrien geboren. Er studiert zunächst Sozialarbeit an der Fachhochschule Frankfurt, später Politikwissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaft an der Goethe-Universität. Während des Studiums engagiert er sich im AStA, zu dessen Vorstand er von 2006 bis 2007 gehört. Er erinnert sich:

„(...) und über die Juso-Hochschulgruppe wurde ich politisch sozialisiert, vor allem dann im AStA-Vorstand, als Stellvertretender Asta-Vorsitzender im Kampf gegen die Studiengebühren“ (Interview mit A.).

Amirs politische Sozialisierung hat keinen Herkunftsbezug, sondern bezieht sich auf die Studiengebühren in Frankfurt und Hessen. Seine politische Karriere beginnt mit der Hochschulpolitik, wo er erste Netzwerke zu den Jusos herstellt. Von 2008 bis 2009 ist er Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen. Die Abschaffung der Studiengebühren ist für Amir Motivation und der Anfang seines weiteren politischen Engagements. Im Interview führt er dazu aus:

„Das war für mich der Moment, um zu sagen du kannst wirklich was bewegen. Also wir haben quasi wenn du die richtigen Leute um dich hast im Team, kannst du tatsächlich politisch was bewegen mit der Abschaffung von Studiengebühren. Vor dem Hintergrund bin ich dann dran geblieben, war dann im Bundesvorstand der Juso-

Hochschulgruppen, bin Jusos-Sprecher hier in Frankfurt geworden, was man so quasi alles macht dann. Also eigentlich die komplette Ochsentour“ (Interview mit A.).

Für Amir beginnt diese Ochsentour mit den Jusos. Dann, von 2008 bis 2010, wird er Sprecher der Frankfurter Jusos und kurz darauf Ortsvereinsvorsitzender in der SPD für den Stadtteil Ostend. Seit März 2011 ist er als Organisationssekretär beim DGB in Südosthessen beschäftigt. Im gleichen Jahr wird er Stadtverordneter. Im März 2013 wird er als erster und jüngster Politiker mit Migrationshintergrund Frankfurts zum Vorsitzenden der Frankfurter SPD gewählt.

Amirs politische Sozialisierung und Wahrnehmung, die außerhalb migrations- und integrationspolitischer Themen liegt, ändert sich mit der Wahl in die Stadtverordnetenversammlung und zum Parteivorsitzenden. Denn seine Wahl zum Vorsitzenden hat zur Folge, dass viele Parteimitglieder und die Frankfurter Presse Amirs Herkunft zu einem Thema machen. Das führt zu einer Auseinandersetzung mit seinem Migrationshintergrund und zu einer Konstruktion seines Migrationshintergrundes als politisch relevante Kategorie. Kurz vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden titelt die Frankfurter Neue Presse:

„Syrischstämmiger Christ kandidiert für den Parteivorsitz in Frankfurt“ (Murr 2012).

Ein Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen Identifizierungen, die aus Selbst- und Fremdwahrnehmungen entstehen, wird angestoßen:

„Ich glaub, es ist wichtig, dass es eine Rolle spielt. Weil ich einen Migrationshintergrund zum einen hab und so zu sagen für andere ein klassischer Aufsteiger bin, was die Bildungsfragen angeht. Und die SPD steht ja in der 150 jährigen Historie stärker als jede andere Partei für diesen Aufstiegsgedanken“ (Interview mit A.).

Amir verbindet die eigene Einwanderungsbiographie mit der Geschichte und dem Selbstverständnis der SPD, die, nach Amir, für sozialen Aufstieg sozial Schwächerer steht. Seine Bildungskarriere von der Hauptschule in die Hochschule ist für ihn kompatibel mit den Werten der SPD.

„Und das ich mich nach und nach hochgearbeitet hab, und die Möglichkeit hab in der SPD, die ja wirklich für diesen Aufstiegsgedanken steht auch Parteivorsitzender zu werden, spricht, glaube ich, für diese Partei, spielt aber natürlich auch eine Rolle, dass

sie sagen, da ist jemand der glaubwürdig unsere Politik auch vertreten kann. (...)er verkörpert das durch seinen Lebenslauf auch. Und das ist ja tatsächlich bei mir so und ich glaube es spielt auch schon eine Rolle, dass man authentisch das widerspiegelt wofür man auch politisch steht“ (Interview mit A.).

Amir stellt seinen Migrationshintergrund in einen breiteren Kontext sozialdemokratischer Werte. Seine Wahl zum Vorsitzenden der Frankfurter SPD und die Wahrnehmung seines Migrationshintergrundes setzen einen Aushandlungsprozess in Gang, in dem er versucht, die Rolle eines migrantischen Politikers umzudeuten. Dieser Umdeutungsversuch ist keine Ablehnung seiner Rolle. Er versucht lediglich sie breiter zu fassen, so dass sie anpassungsfähiger und flexibler für Partei und Öffentlichkeit wird. Die Position eines Vorsitzenden ist davon bestimmt, die Partei und somit alle ihrer Mitglieder zu vertreten. Die Rolle eines migrantischen Vorsitzenden wäre somit begrenzt, wenn man sie auf die eines migrations- und integrationspolitischen Akteurs reduzieren würde. Für plausibel halte ich, dass die Rolle eines migrantischen Vorsitzenden mit partikularen Interessen (Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund) in Verbindung gebracht wird. Diese können in bestimmten Konstellationen universellen Interessen (alle BürgerInnen Frankfurts) entgegenstehen oder zumindest besteht die Befürchtung, ein solcher Eindruck könne entstehen.

Eine andere interessante Newcomer-Karriere ist die von Burcin. Sie wird 1969 als Tochter eines türkischen Gastarbeiters und einer deutschen Lehrerin in Braunschweig geboren. Nach dem Abitur studiert sie Übersetzungswissenschaften in Graz und danach Business Administration in Frankfurt. Als Studentin ist Burcin politisch nicht aktiv. 1998 ist das entscheidende Jahr für Burcins Motivation sich politisch zu engagieren. 1998/99 organisiert die CDU/CSU, unter der Leitung des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, eine Unterschriftenaktion gegen die von der rot-grünen Bundesregierung geplante Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes. Die BürgerInnen waren dazu aufgefordert, für die Integrationsbemühungen und gegen die doppelte Staatsangehörigkeit für MigrantInnen zu unterschreiben („Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“). Burcin erinnert sich:

„Und da war dann diese Geschichte mit der doppelten Staatsbürgerschaft, die damals von Schröder versprochen wurden war und die nicht eingehalten worden war. Das hat mich so sauer gemacht, dass ich gedacht habe, ich muss jetzt die Partei von Innen aufmischen“ (Interview mit B.).

Burcin ist vom Scheitern der doppelten Staatsangehörigkeit direkt betroffen. Die politische Stimmung, die durch die Unterschriftenaktion der CDU/CSU entsteht und die Untätigkeit der SPD animieren sie in die Politik zu gehen. Ähnlich wie Amir tritt Burcin 2001 aus eigener Motivation in die SPD ein. Bei ihrer ersten Ortsvereinssitzung wird sie gefragt, ob sie für den Vorstand kandidieren wolle und wird anschließend auch sofort gewählt. Den Zugang zur Partei findet sie durch die Arbeits- und Projektgruppe Migration und Integration, in der sie viele Jahre mitarbeitet und deren Vorsitzende sie von 2007-2009 ist. 2006 kandidiert sie bei den Kommunalwahlen, allerdings auf einem hinteren Listenplatz (48), der wenig Aussicht auf Erfolg hat. Die schlechte Listenplatzierung hängt mit der Bevorzugung der Vorsitzenden und langjährigen Parteimitglieder zusammen, die sich bereits verdient gemacht haben. Ein anderer Grund liegt darin, dass Listenplatzierungen von der Größe und der Zugehörigkeit zu politischen Flügeln der Ortsvereine abhängen. Im Jahre 2008 wird Burcin zur Vorsitzenden des Ortsvereins Niederrad gewählt. 2009 wird sie stellvertretende Vorsitzende im Unterbezirk Frankfurt. Viele Mitglieder berichten, dass sich in dieser Zeit einiges im migrations- und integrationspolitischen Bereich der SPD verändert. So kommt die SPD in Frankfurt auf ihrem Parteitag 2009 zu dem Schluss:

„Die immer größer werdende Anzahl von gut ausgebildeten, engagierten Menschen mit Migrationshintergrund muss in unsere Parteiarbeit einbezogen werden“ (Interview mit B.).

Für plausibel halte ich, dass Burcin zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, weil das Thema Migration innerhalb der Partei auf die Agenda rückte und somit eine Sensibilisierung bei den Parteieliten stattfand. Sie selbst begründet die Wahl, indem sie ausführt:

„Allerdings glaube ich, dass ich den stellvertretenden Vorsitz mit dieser Eigenschaft zu verdanken habe. Ich bin schon so eine Quotenmigrantin gewesen damals“ (Interview mit B.).

Burcin zeigt, dass sie sich durchaus bewusst darüber ist, dass ihre Wahl eng mit dem eigenen Migrationshintergrund zusammenhängt. Und dass dieser für die Partei im Kontext des politischen Klimas eine Rolle gespielt hat. Die Formulierung „Quotenmigrantin“ zeigt aber, dass Burcin ihre Wahl kritisch reflektiert. Ohne diese informelle Quotenregelung, wäre sie nicht gewählt worden, so glaubt Burcin und bringt damit zum Ausdruck, dass die Partei nach

außen ein Zeichen setzte und es gleichzeitig die Eigenschaft ihres Migrationshintergrundes war, der ihr zur Wahl verhalf. Bei den Kommunalwahlen 2011 landet Burcin schließlich auf einen aussichtreichen Listenplatz und wird in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt. Bei dieser Listenplatzierung spielt ihr Migrationshintergrund laut eigener Angabe keine Rolle.

„Wenn sie stellvertretende Vorsitzende des Unterbezirks in Frankfurt sind, dann ist es klar, dass sie eine gute Listenplatzierung bekommen“ (Interview mit B.).

An dieser Stelle wird deutlich, dass ihre Position in der Partei einen entscheidenden Einfluss auf die Listenplatzierung hat. Ähnlich wie bei Amir, sind ihr Engagement und die Übernahme von Ämtern innerhalb der Partei entscheidende Faktoren bei der Nominierung für die Kommunalwahlen.

Migrationshintergrund, Frau, erfolgreich – Quereinstieg bei der CDU

Die politischen Karrieren der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund in der CDU, zeichnen sich durch einen Quereinstieg aus. Dieser scheint nur unter bestimmten Voraussetzungen und mit bestimmten Eigenschaften möglich zu sein. Exemplarisch dafür stehen hier die politischen Karrieren der Stadtverordneten Elif und Katharina.

Elif wird 1962 in Antakja/Türkei geboren. Im Rahmen der Gastarbeitermigration kommt sie 1970 mit ihrer Familie nach Weil am Rhein. Als erste und damals einzige türkische Schülerin macht sie auf ihrem Gymnasium Abitur. Danach folgen Studium der Zahnmedizin in Hannover, Approbation und Promotion. In ihrer Studentenzzeit ist Elif politisch nicht aktiv. Nachdem sie nach Frankfurt zieht, wird sie zusammen mit ihrem Mann Mitglied im Türkisch-Deutschen Klub. Dieser wurde 1983 gegründet und ist Treffpunkt türkeistämmige AkademikerInnen und UnternehmerInnen, die sich im privaten, kulturellen und politischen Bereichen austauschen und weiterbilden. Der Klub lädt PolitikerInnen, KünstlerInnen und andere Personen des öffentlichen Lebens zu Diskussionsveranstaltungen ein. Elifs politische Aktivität hält sich in Grenzen, dennoch kann man ihr Engagement als ersten Schritt in ihr politisches Leben interpretieren. Denn in dieser Zeit wird sie durch die Vernetzungen und Gespräche für politische Themen sensibilisiert. Im Jahr 2005 gründet Elif mit anderen politischen AkteurInnen die „Initiative von säkularen und laizistischen BürgerInnen und Bürgern aus islamisch geprägten Herkunftsländern in Hessen“. Gründungsmitglied ist

Mehmet, der bereits oben vorgestellt wurde. Elifs und Mehments Motivation zur Gründung der Initiative ist die verzerrte Wahrnehmung von Muslimen in der Öffentlichkeit. Elif sagt darüber:

„Nach dem 11. September gab es so viele Diskussionen um den Islam. Uns ist dann aufgefallen, dass in den Medien nur bestimmte Menschen über den Islam geredet haben, sozusagen für sich beansprucht haben, den Islam und Muslime zu vertreten. Wir haben uns gedacht, das kann es nicht sein, die haben oft orthodoxe Ansichten vertreten. Es waren oft Organisationen und Vereine, die ein verzerrtes Bild über die Muslime gezeichnet haben. Aber das ist nicht die Mehrheit der Türkeistämmigen und auch der Muslime in Deutschland. Die Mehrheit, die schweigende Mehrheit wird eigentlich gar nicht beachtet und wahrgenommen in der Öffentlichkeit. Die Mehrheit ist gut integriert und lebt die Religion im Privaten. Und für diese Muslime wollten wir eine Stimme sein“ (Interview mit E.).

Elifs Motivation für ein politisches Engagement, entsteht also mit dem ihrer Meinung nach falsch wahrgenommenen Bild der Muslime in der Öffentlichkeit. Sie selbst steht mit ihrer erfolgreichen Biografie für einen säkularen Islam, in dem eine Trennung zwischen Religion und Politik vorherrscht. Elif bezeichnet sich in diesem Zusammenhang als „moderne Muslimin“, die sich von „Orthodoxen mit Bart und weißem Kleid“ unterscheidet. Die Initiative erzeugt Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, die über Frankfurt und Hessen hinausgeht. Elif gibt Interviews und wird zu einigen Podiumsdiskussionen eingeladen, um die Ziele und Forderungen der Initiative vortragen zu können. Die Gründung der Initiative führt dazu, dass Elif Ansprechpartnerin für verschiedene politische Akteure wird, wenn es um das Thema Islam in Deutschland geht. Durch die gewonnene Bekanntheit wird Elif 2006 zur Islamkonferenz eingeladen, wo sie als Einzelvertreterin die Anliegen säkularer Muslime vertritt. Nach der Konferenz wird sie in den hessischen Integrationsbeirat berufen, den die hessische Landesregierung 2000 ins Leben rief. Parallel wird ein „Runder Tisch“ gegründet, an dem neben Elif VertreterInnen muslimischer Organisationen und von Parteien teilnehmen, um über den islamischen Religionsunterricht zu beraten. In dieser Zeit entstehen erste Netzwerke zu PolitikerInnen und Parteien. Elif erinnert sich:

„Mich haben viele gefragt, ob ich nicht in eine Partei will, auch Mitglieder von der SPD, aber durch die Islamkonferenz und den Beirat hatte ich mehr mit Politikern der CDU zu tun. (...)Und irgendwann, vor diesen Kommunalwahlen, hat mich dann der hessische Innenminister Boris Rhein gefragt, ob ich denn Interesse hätte, für die CDU zu kandidieren. Und ich war ja kein CDU-Mitglied, er meinte, dass er mir das offen lässt. Er würde mich auch als Unabhängige in der CDU vorstellen“ (Interview mit E.).

An dieser Stelle wird deutlich, dass die CDU in Hessen bzw. Frankfurt versuchte, KandidatInnen mit Migrationshintergrund zu rekrutieren, obwohl keine Parteimitgliedschaft und kein Engagement in der Partei vorlagen. Einen entscheidenden Einfluss spielt dabei die Position Boris Rheins, der als Vorsitzender der CDU in Frankfurt die nötigen Netzwerke und den nötigen Einfluss hat, KandidatInnen ohne Parteimitgliedschaft und Verdienst für die Partei auf die Kandidatenliste setzen zu lassen. Elifs Einwanderungsbiografie spielte, nach ihrer Wahrnehmung, bei der Kandidatenaufstellung eine Rolle:

„Ich denk es hat sicher eine Rolle gespielt, dass ich für die CDU-Liste ja auch eine Erneuerung war. Dadurch, dass ich natürlich aus der Türkei stamme und aber auch eine Rolle gespielt hat, dass ich, in Gänsefüßchen, eine gut integrierte, erfolgreiche Frau war, hat sicher auch eine Rolle gespielt hat“ (Interview mit E.).

Für Elif ist ihr Migrationshintergrund eine Ressource, die ihr dabei hilft, innerhalb der Partei wahrgenommen zu werden. Sie steht mit ihrer Person für einen Neuanfang, der durch den Migrationshintergrund repräsentiert wird. Interessant ist ihre Wahrnehmung von Erwartungen oder Eigenschaften, die man mitbringen und erfüllen muss, um in der CDU eine politische Karriere zu machen. Als praktizierende Zahnärztin beweist sie eine gelungene Integration, die es braucht, um bei der CDU einen guten Listenplatz zu bekommen. Neben ihrem beruflichen Status, ist es die Kategorie der Frau, die in Verbindung mit dem Migrationshintergrund seine Wirkung entfaltet. Denn gerade diese Kategorien im Zusammenspiel sind auf der Kandidatenliste nicht vertreten. Auch in den Medien findet die Kandidatur von Elif Aufmerksamkeit. Die FAZ titelt kurz vor den Wahlen:

„Wenn nicht alles schiefgeht, gehört eine türkischstämmige Muslimin ohne Parteibuch zur nächsten Römer-Fraktion der CDU. Elif steht auf Listenplatz 17. An ihrer neuen Partei mag sie, dass die sie nicht ständig beschützen will“ (Rösmann 2010).

In der Öffentlichkeit wird Elifs Migrationshintergrund stark thematisiert. Ihre Kandidatur, gerade bei der CDU, erhöht die Aufmerksamkeit dabei noch. Ihr politisches Engagement als säkulare Muslimin und ihre Kandidatur bei einer christlichen Partei scheinen auf den ersten Blick widersprüchlich zu sein. Elif betont immer wieder, sie sei eine Vertreterin eines „säkularen“ und „modernen“ Islams, der mit der „freiheitlich-demokratischen Ordnung in Deutschland“ vereinbar ist. Sie ist gegen islamischen Religionsunterricht und positioniert sich gegen orthodoxe Vertreter des Islams in Deutschland. Elif fordert immer wieder, dass

MigrantInnen sich bei der Integration mehr anstrengen müssen. Diese Agenda ist vereinbar mit den integrations- und migrationspolitischen Richtlinien der CDU, die in der Vergangenheit durch Gesetze und Initiative ebenfalls Anpassungsleistungen von MigrantInnen gefordert haben. Elif ist bewusst, dass die CDU einen schweren Stand bei den Menschen mit Migrationshintergrund hat. Ihr Umfeld und die Öffentlichkeit sind überrascht über die Kandidatur bei der CDU. Doch gerade diese Schwierigkeit schafft ihr Räume innerhalb der CDU, die sie besetzen kann. Im Jahr 2011 wird Elif in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Die politische Karriere von Katharina ist eine Mischform aus einer Newcomerin und einer Pionierin. Meine Entscheidung, sie in die Gruppe der NewcomerInnen einzuordnen, hängt mit ihrer politischen Karriere und der Rolle der CDU in Frankfurt zusammen, die ohne lange Mitgliedschaft oder parteiliches Engagement KandidatInnen mit Migrationshintergrund für die Kommunalwahlen 2011 aufstellen. Das Muster des Pioniers in ihrer Karriere zeichnet sich aus durch ihr gesellschaftspolitisches Engagement im Zusammenhang mit AussiedlerInnen.

Katharina wird 1974 in einer deutschen Kolonie in Podsosnowo (ehemalige Sowjetunion) geboren. 1994 beendet sie ihr Linguistik Studium in Moskau und entschließt sich nach Deutschland auszuwandern. Die Einwanderung geschieht im Rahmen des Bundesvertriebenengesetzes, welches deutschstämmigen Spätaussiedlern erlaubt, nach Deutschland einzureisen und die deutsche Staatsangehörigkeit unter vereinfachten Bedingungen zu beantragen. Im gleichen Jahr beginnt Katharina ihr Germanistik und Slawistik Magisterstudium an der Humboldt Universität in Berlin. Die negative öffentliche Diskussion über Spätaussiedler bzw. Russlanddeutsche Mitte der Neunzigerjahre führt dazu, dass Katharina sich entschließt, politisch aktiv zu werden und was für ihre „Landsleute“ zu tun. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, die eine der wenigen Selbstorganisationen in Berlin von Russlanddeutschen war, ist der erste Anlaufpunkt. Sie hört von einer ausgeschriebenen Stelle in der Landsmannschaft und bewirbt sich. Katharina und andere russlanddeutsche StudentInnen gründen daraufhin die erste Jugendorganisation für Russlanddeutsche (DJR).

„Wichtig war auch diese Brücke zu schaffen. Also erstmal die Arbeit zu richten an die Betroffenen selbst, die Jugendlichen, denen mehr Informationen zu geben, wie sie sich schneller integrieren können. Aber auch als Brücke an die Gesellschaft, um die aufzuklären, über all die Sachen die behauptet werden, die eigentlich gar nicht gestimmt haben“ (Interview mit K.).

Katharina wird sehr schnell zur Ansprechpartnerin für andere politische AkteurInnen in Berlin. Gerade die überschaubare Anzahl von Selbst- und Jugendorganisationen hilft Katharina, die Aufmerksamkeit anderer Organisationen und Institutionen zu bekommen. Diese Zeit und Tätigkeit prägt Katharinas politische Sozialisation, denn sie lernt politische Botschaften zu übermitteln und mit anderen politischen AkteurInnen zusammenzuarbeiten. Im Jahr 1999 wird Katharina Leiterin und Bildungsreferentin im Rahmen des Projektes "Entwicklung und Stärkung der Eigeninitiative jugendlicher Russlanddeutscher bei Lösung der Integrationsprobleme" in Frankfurt. Ihr anfängliches gesellschaftspolitisches Engagement wird zu Katharinas Beruf. Zeitgleich zu ihrer Tätigkeit in der Deutschen Jugend aus Russland e.V. wird sie Mitglied des Hessischen Beirates für Vertriebene und Spätaussiedler und im Jahr 2000 Mitglied des Hessischen Integrationsbeirates. Seit 2003 ist sie Geschäftsführerin der DJR, seit 2006 ist sie Mitglied des Arbeitskreises Spätaussiedler der damaligen Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer in Berlin.

Die Akkumulation von Ämtern und Mitgliedschaften macht Katharina zu einer zentralen Ansprechperson, wenn es um Anliegen zum Thema Aussiedler und Russlanddeutsche geht. Ähnlich wie bei Elif führt das politische Engagement in den Integrationsbeiräten zu ersten Netzwerken in die Parteien, in Katharinas Fall ebenfalls in die CDU. Eine weitere Überschneidung mit Elif ist, dass auch Katharina bei einer Sitzung des Beirates für Vertriebene und Spätaussiedler von einer Landtagspolitikerin angesprochen wird. Frau Osterburg ist gleichzeitig Vorsitzende des Stadtbezirksverbands Frankfurt-Berg/Berkersheim und somit gut vernetzt in der CDU in Frankfurt. Für Katharina ist die Wichtigkeit des Zusammentreffens bewusst:

„Hätte sie mich nicht angesprochen, wäre ich nicht auf den Gedanken gekommen mich parteipolitisch zu engagieren“ (Interview mit K.).

Eine direkte Ansprache ist somit, wie bei Elif, ausschlaggebender Grund für den Beginn einer parteipolitischen Karriere. Katharina tritt 2007 der CDU bei, ist aber nicht aktiv und besucht keine Veranstaltungen der CDU vor Ort. Es ist wiederum Frau Osterburg, die sie kurz vor den Kommunalwahlen 2011 zu einer Kandidatur motiviert. Katharina traut sich die Kandidatur anfänglich nicht zu. Sie berichtet von ihren Zweifeln und einem Gespräch, in dem Frau Osterburg darauf Bezug nimmt:

„Natürlich traue ich Ihnen das zu. Migrationshintergrund, Frau, jung, dynamisch, hat auch selbst schon was auf die Beine gestellt, erfolgreich. Wir brauchen Leute wie sie“ (Interview mit K.).

Katharinas Fremdwahrnehmung steht in Verbindung mit ihrem Migrationshintergrund und ihrem integrations- und migrationspolitischen Engagement. Auch wenn man nicht unbedingt davon ausgehen kann, dass es eine koordinierte und geplante Anwerbung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Frankfurter CDU gab, zeigt sich trotzdem, dass die Parteieliten dem Migrationshintergrund eine politisch relevante Bedeutung zuordnen und es eine wichtige Rolle bei der Rekrutierung spielt. Katharina ist sich bewusst, dass sie eine „Quereinsteigerin“ ist, die sich ihren Platz „nicht verdient“ hat. Dennoch wird sie auf der Kandidatenliste auf den aussichtsreichen Platz 13 gesetzt. Seit 2011 sitzt Katharina nun in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung.

Stadtverordnete mit Migrationshintergrund bei den Grünen – interkulturelle Kompetenz und das Ratsmandat als Beginn der politischen Karriere

Für drei von vier Stadtverordneten mit Migrationshintergrund bei den Grünen ist das Ratsmandat der Beginn ihrer politischen Karrieren. Lediglich Evanthia Triantafillidou weist eine längere Parteimitgliedschaft auf und war von 2001-2006 Mitglied des Ortsbeirates.

Im Fall vom Gülsen, die für die Grünen in der Stadtversammlung sitzt, markiert die Wahl zur Stadtverordneten den Beginn der politischen Karriere. Sie wird 1971 in der Türkei geboren und kam mit fünf Jahren im Rahmen der Gastarbeitermigration mit ihren Eltern nach Frankfurt. Sie studiert in Heidelberg und geht nach ihrem Hochschulabschluss als Diplom-Volkswirtin zurück nach Frankfurt. Die ersten Kontakte zu den Grünen knüpft sie aber während ihrer Schulzeit durch ihr Engagement in der Nachbarschaftshilfe, wo sie türkeistämmigen Familien und ihren Kindern hilft. Sie gibt Nachhilfeunterricht für Kinder und beantragt finanzielle Mittel beim Ortsbeirat Bornheim/Nordend, um Familien mit Migrationshintergrund zu unterstützen. Während ihres Studiums ist Gülsen politisch nicht aktiv, bis sie mit der European Association of Turkish Academics (EATA) in Berührung kommt und eine Zweigstelle in Heidelberg gründet. Die Motivation, sich politisch zu engagieren begründet Gülsen, indem sie ausführt:

„Weil ich auch nach der politikleeren Phase gemerkt habe, ich kann das noch so sehr von mir schieben, Ich werde immer als Migrantin und immer als Türkin gesehen.“

Insofern kann ich das nicht, auch wenn ich das nicht so sehe, ich habe ein anderes Selbstverständnis aber ich werde nicht so gesehen. Und insofern war für mich die Erkenntnis, also muss ich mich doch politisch bilden und engagieren. Weil ich werde nun mal so gesehen, also muss ich auf bestimmte Fragen, die kommen, adäquate Antworten haben“ (Interview mit G.).

An dieser Stelle wird deutlich, dass Gülsens Fremdwahrnehmung durch ihren türkischen Migrationshintergrund geprägt ist. Ihre Fremdheit oder ihr Anderssein veranlassen sie zu einem politischen Engagement oder einer Art politischer Fortbildung, um mit dem Bild ihrer Umwelt über sie umzugehen und darauf zu reagieren. Dieses Fremdbild kollidiert mit ihrem Selbstverständnis. Der Konflikt setzt aber Kräfte frei, die Gülsen dazu veranlassen, politisch aktiv zu werden. Nach ihrem Studium besucht Gülsen Veranstaltungen der Grünen Jugend und Immigrün in Frankfurt, findet aber keinen Anschluss. Sie zieht aus beruflichen Gründen nach Istanbul und kommt Ende der 2000er Jahre zurück nach Frankfurt. Von 2001-2010 ist sie politisch nicht aktiv. Nachdem sie sich selbständig gemacht hat, entschließt Gülsen sich, wieder politisch aktiv zu werden und knüpft Kontakte zu den Mitgliedern der Grünen, die sie während ihres Engagements in der Nachbarschaftshilfe kennengelernt hat. Dabei kommt sie mit Ulrich Baier in Kontakt, dem ältesten Stadtverordneten der Grünen. Er leitet sie an die Kreisverbandsvorsitzende weiter, die ihr gleich beim ersten Treffen das Angebot macht, bei den Kommunalwahlen 2011 zu kandidieren. Ähnlich wie bei den Stadtverordneten mit Migrationshintergrund in der SPD und der CDU gibt es bei den Partieliten der Grünen in Frankfurt eine Sensibilisierung für die Kategorie des Migrationshintergrundes.

Der eigene Migrationshintergrund hat, nach Gülsen, eine wichtige und positiv besetzte Rolle bei der Nominierung und Kandidatenaufstellung gespielt.

„Natürlich, ja mir hat es geholfen da rein zu kommen. Mein Ziel zu erreichen. Ich würde mir wünschen, dass es von allen Grünen auch als Ressource gesehen wird“ (Interview mit G.).

Es wird klar, dass Gülsen ihren Migrationshintergrund als eine Kategorie sieht, die ihr half in die Partei zu kommen. Für plausibel halte ich, dass der Migrationshintergrund die nötige Aufmerksamkeit innerhalb der Partei erzeugt, die es braucht, um in den Hierarchien innerhalb von Parteien aufzusteigen. Diese Aufmerksamkeit entstand, da es nicht viele KandidatInnen mit Migrationshintergrund innerhalb Gülsens Ortsverein gab. Sie sagt:

„Ich habe schon zeitweise den Eindruck, dass es heißt, wir haben bestimmte Quoten erfüllt und ich bin dafür die Top-Frau im Grunde, d.h. ich bin Frau, Migrantin, Behinderte oder sonst wie und selbstständig, integriert auch noch. Das ist mir insofern egal, wenn es der Sache dient und ich würde mir von allen wünschen, dass es auch als Ressource gesehen wird“ (Interview mit G.).

Gülsen wird 2011 in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt. Sie sieht ihre Nominierung und Kandidatenaufstellung in Bezug auf ihren Migrationshintergrund auch kritisch. Sie erfüllt Quoten, was gleichzeitig bedeutet, dass sie Platzierungen und Ämter bekommt, die nicht immer mit dem Engagement und den Leistungen zusammenhängen. Bemerkenswert ist, dass Gülsen, ähnlich wie Elif von der CDU, ihre Rolle als Frau aufgreift und als wichtige Voraussetzung für ihre Listenplatzierung sieht. Es spricht vieles dafür, dass die Kombination der Kategorien Frau und Migrationshintergrund für die Grünen besonders attraktiv sind, da sie zwei Kategorien mit einer Person abgedeckt werden. Auf der anderen Seite sieht sie die Kategorie des Migrationshintergrundes nicht besonders wertgeschätzt von den Mitgliedern der Partei. Dies deutet daraufhin, dass Aushandlungsprozesse zwischen der eigenen Identifizierung und der Fremdwahrnehmung innerhalb der Partei durch die Wahl in die Stadtverordnetenversammlung nicht aufhören, sondern immer wieder in neuen Situationen und Kontexten ausgehandelt werden. Die Wahrnehmung des eigenen Migrationshintergrundes variiert dabei zwischen Ressource, Hindernis und Nicht-Anerkennung der Besonderheit.

Ein anderer Stadtverordneter der Grünen, für den die Wahl in die Stadtverordnetenversammlung den Beginn der politischen Karriere darstellt, ist Ergül. Er ist seit 2011 Stadtverordneter in Frankfurt. Ergül wird 1970 in Karapinar/Türkei geboren. Nach seiner Ausbildung zum Hochdruckrohrschlosser und einem Studium der Sozial- und Medienpädagogik zieht es ihn aus beruflichen Gründen nach England und Schottland. 2001 macht sich Ergül selbstständig und gründet DIL Frankfurt (Diversity Management & Interkulturelle Kompetenz). DIL entwickelt Konzepte für die Jugend- und Erwachsenenbildung und berät Klein- und mittelständische Unternehmen, die im interkulturellen Kontext arbeiten. DIL bedeutet auf Türkisch „Sprache“, was die interkulturelle Ausrichtung seines Unternehmens unterstreichen soll.

Die politische Sozialisierung Ergüls besteht aus verschiedenen Diskriminierungserfahrungen in der Schulzeit, die dazu geführt haben, dass „man wahrnimmt, dass man anders ist als andere.“ Ergül wird erst mit seiner Kandidatur für die Stadtverordnetenversammlung

Mitglied der Grünen, vorher gibt es keinerlei parteipolitischen Kontakte. Die Motivation für die Kandidatur bekommt Ergül nach der Atomkatastrophe in Fukushima. Gemeinsam mit seinen Töchtern besucht er Protestveranstaltungen gegen die Atomkraft. Im Laufe dieser Proteste kommt er mit den Grünen in Kontakt. Einen entscheidenden Impuls bekommt Ergül, ähnlich wie Gülsen, von dem ältesten Stadtverordneten der Grünen, Ullrich „Ulli“ Baier, der ihn anspricht und fragt, ob er bei den Kommunalwahlen 2011 antreten wolle. Ein wichtiger Bestandteil in Ergüls politischer Karriere ist sein Beruf und somit seine interkulturelle Kompetenz. Laut Ergül werden die Grünen durch seine Tätigkeit bei der DIL auf ihn aufmerksam.

Eine mögliche Erklärung dafür, dass der Quereinstieg bei Ergül möglich war, liegt womöglich in der Organisationsstruktur der Grünen in Frankfurt. D'Antonio spricht in seiner Studie über die Grünen in Frankfurt von einer Partei, die „außerordentliche elektorale Stärke mit einer eher schwachen Mitgliederorganisation vereinigt“ (D'Antonio 2014: 172). So liegen die Mitgliederzahlen der Grünen unter denen der Linken und der FDP in Frankfurt. Die schwache Mitgliederorganisation könnte ein Grund dafür sein, dass ein Quereinstieg hier leichter ist als bei der SPD. Ich vermute, dass die schwache Mitgliederorganisation zu einem Mangel an KandidatInnen führt, der wiederum die Partei offen macht für Quereinsteiger.

Die LINKE und die Didf – Kooperation als Sprungbrett

Die politische Karriere von Alev ist, im Vergleich zu denen der anderen Stadtverordneten mit Migrationshintergrund, aus mehreren Gründen bemerkenswert. Erstens ist sie die jüngste Stadtverordnete in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Zweitens ist sie die einzige mit Migrationshintergrund in der Fraktion der LINKEN. Und drittens beginnt ihre politische Karriere mit der Didf (Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu/Föderation demokratischer Arbeitervereine) und der Kooperation mit der LINKEN in Frankfurt.

Alev wird 1993 in Frankfurt am Main geboren. Sie geht in Frankfurt zur Schule und wird im Jahr 2011, noch als Schülerin, für die LINKE in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt. Sie wächst in einer hoch politisierten Familie auf, in der bereits die Mutter Zehra Alev von 2006-2011 in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung saß. Zehra war darüber hinaus Gründungsmitglied des Bundesverbandes der MigrantInnen in Deutschland e.V. Dabei spielt in den politischen Karrieren von Mutter und Tochter die Didf

und die Kooperation mit der LINKEN eine entscheidende Rolle. Schon im Alter von 9 Jahren ist Alev aktiv bei der Didf. Sie erinnert sich:

„Ich habe angefangen in der außerparlamentarischen Opposition, die Didf-Jugend. Da ist auch meine Mutter aktiv, meine Schwester und mein Bruder bald. Und die Organisation hat auch stark mit der Linkspartei zusammengearbeitet, seit der Zusammenschließung der WASG und PDS und da kam ich auch mit den Parteimenschen in Berührung“ (Interview mit A.).

Alev knüpft durch ihr politisches Engagement bei der Didf erste Kontakte zu den Parteimitgliedern der LINKEN. Die Kooperation, die es in dieser Form bei keiner anderen Partei in Frankfurt gibt, ist für Alev der Einstieg in die Parteipolitik. Die Didf ist einer der türkeistämmigen, parteinahen Einwandererverbände, die sich links im politischen Spektrum einordnen lassen. Sie stand in ihrer Entstehung in Verbindung mit der (pro-albanischen) Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (Türkiye Devrimci Komünist Partisi, TDKP). Die Didf fanden in ihrer Geschichte vor 1989/90 keinen Anschluss an die deutschen Parteien. Erst mit der Fusion zwischen der PDS und WASG und der Umwandlung zu der LINKEN entstanden neue Netzwerke (Blätte 2014: 105). Ein prominentes Beispiel dieser Verknüpfungen ist Sevim Dagdelen, Mitglied im Bundesvorstand der Didf. Sie kandidierte bei der Bundestagswahl 2005 auf Listenplatz sieben der nordrhein-westfälischen Landesliste und zog so in den Bundestag ein.

Nach dem Ausscheiden von Alevs Mutter aus der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt sucht die Linkspartei bewusst nach einer Kandidatin mit Migrationshintergrund. Alev gibt an:

„Das war eigentlich ein Zufall. Letztes Jahr im März waren ja die Kommunalwahlen (März 2011). Und die Linkspartei hat Ende des Jahres davor nach einer Migrantin gesucht. Nach jemanden mit Migrationshintergrund“ (Interview mit A.).

Auch innerhalb der Linkspartei ist der Migrationshintergrund eine politisch relevante Kategorie, wenn es um die Kandidatenaufstellungen bei Kommunalwahlen geht. Die Kooperation mit der Didf ist für die Linkspartei ein Weg, geeignete KandidatInnen für die Kommunalwahl zu gewinnen. Die Mutter Zehra entscheidet sich, bei den Kommunalwahlen 2011 nicht noch einmal anzutreten, was Platz schafft für neue KandidatInnen. Dass die Linkspartei versucht, diesen frei gewordenen Platz erneut mit einer Kandidatin mit Migrationshintergrund zu füllen, spricht dafür, dass es eine interne Quote für KandidatInnen

mit Migrationshintergrund gibt. Alev schlägt sich bei einer Parteiversammlung selber vor, nachdem die Mutter gefragt wurde, ob sich eine ihrer Töchter vorstellen könne, zu kandidieren (Die Mutter war dagegen oder zumindest skeptisch, da Alev ihr Abitur noch vor sich hatte). Alev erinnert sich:

„Dann war ich halt Quotenmigrantin, Quotenfrau, Quotenjugendliche und Schülerin zugleich (lacht) so fast alles abgedeckt. Ich bin ja auch die jüngste im Parlament. Das heißt man konnte schon gut mit mir werben erstmal“ (Interview mit A.).

Alev reflektiert an dieser Stelle, welche Eigenschaften und Kategorien entscheidende Rollen bei ihrer Kandidatenaufstellung gespielt haben. Es ist ähnlich wie bei Gülsen (Grüne), Elif und Katharina (beide CDU): Die Kategorien entfalten ihre Stärke erst in der Kombination. Es macht zudem deutlich, wie Alev ihre Fremdwahrnehmung interpretiert und welche Bilder sie durch ihre Anwesenheit transportiert. Vor allen Dingen ihr Alter erzeugt Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. So titelt die Frankfurter Neue Presse am 19.04.2011:

„Die erste Schülerin im Römer“ (Remlein 2011).

Neben den gängigen Kategorien wie Geschlecht, Beruf und Migrationshintergrund, treten bei Alev ihr besonders junges Alter und ihr Status als Schülerin in den Vordergrund, die die anderen Kategorien nicht verdrängen, aber durch ihr Alleinstellungsmerkmal in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Alev ist vorher nicht aktiv in der Linkspartei und wird bei ihrem ersten Parteitag auf einen aussichtsreichen Platz fünf der Liste gewählt. Für plausibel halte ich, dass ihre Bekanntheit und das Engagement der Mutter ihr bei der Kandidatenaufstellung und der Nominierung geholfen haben.

Die vorgestellten Karrierewege der Abgeordneten mit Migrationshintergrund machen deutlich, wie vielfältig und unterschiedlich die politischen Biographien der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt und Hannover sind. Dennoch lassen sich einige Muster und Gemeinsamkeiten zusammenfassen, die charakteristisch für viele Abgeordnete mit Migrationshintergrund sind.

Zusammenfassung

Die Karrierewege haben gezeigt, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund auf unterschiedlichen Wegen in die Parteien und dann in die Stadtparlamente gelangen. Dabei

lassen sich drei unterschiedliche Zugänge beobachten. Die erste Gruppe von Abgeordneten mit Migrationshintergrund kommt über migrations- und integrationspolitische Netzwerke bzw. migrations- und integrationspolitisches Engagement in die Stadtparlamente. Dazu gehören das Engagement in Migrantenorganisation, Mitgliedschaften in Ausländer- und Integrationsbeiräten bzw. Engagement in Organisationen und Vereinen, die sich mit Fragen der Integration von MigrantInnen in den Städten oder bundesweit beschäftigen. Diese Gruppe zeichnet sich dadurch aus, dass sie migrations- und integrationspolitische Strukturen innerhalb der Parteien schafft und diese Themen innerhalb der Parteien besetzt. Die Pioniere in Frankfurt sind in ihren Anfängen politische AktivistInnen, die in ihren Herkunftsländern politisch sozialisiert wurden und sich gegen die politischen Ereignisse in ihren Herkunftsländern auflehnen und engagieren. Die transnationalen Netzwerke und die Netzwerke zu Migrantenorganisationen sind Plattformen, in denen die Pioniere lernen, wie Politik auf lokaler Ebene funktioniert. Bereits zu Beginn der 80er Jahre entstehen so die ersten Netzwerke in die Parteien. Einige der Pioniere treten kurz darauf in die Parteien ein und bauen migrations- und integrationspolitische Strukturen auf, wie z.B. die Immigrün bei den Grünen. Anfang der 90er Jahre werden viele der Pioniere in Frankfurt in die kommunale Ausländervertretung gewählt, was einen Anfang der politischen Karrieren in der städtischen Politik darstellt. Durch die Einführung des Kommunalwahlrechts für EU-BürgerInnen im Jahr 1997 gelangen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in die Stadtparlamente. Die transnationalen Netzwerke und die Netzwerke zu Migrantenorganisationen verstehe ich dabei als transnationale und ethnische Ressource, die einen Einfluss auf die Positionierungen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund und auf die Rekrutierungsstrategien von Parteien haben können. Die Netzwerke zu Migrantenorganisationen bilden dabei potentielle Zugänge zu Wählermilieus. In Hannover lässt sich Kaya als ein Pionier bezeichnen, da er als einer der ersten Politiker mit Migrationshintergrund migrations- und integrationspolitische Inhalte innerhalb der SPD besetzt. Kaya unterscheidet sich dabei allerdings von den Pionieren in Frankfurt, da seine politische Sozialisierung weder in größeren sozialen Bewegungen stattfindet, noch Herkunftsland orientiert ist. Kaya findet allerdings in Hannover, wie die anderen Pioniere in Frankfurt, eine politische Struktur innerhalb der Partei vor, die keine oder nur schwach ausgeprägte migrations- und integrationspolitische Strukturen aufweist. In diese freien politischen Räume, in denen es nur schwache Strukturen für die Artikulation von MigrantInneninteressen gibt, können die Pioniere Themen besetzen.

Diese Schaffung von migrations- und integrationspolitischen Strukturen und Artikulation von migrations- und integrationspolitischen Themen hilft den Pionieren, sich innerhalb der Parteien zu etablieren und positionieren. Bemerkenswert bei Kaya ist, dass die Netzwerke zu Migrantenorganisationen erst nach seinem politischen Aufstieg innerhalb der SPD entstehen. Neben den Pionieren, sind es einige der Newcomer, die sich am Anfang ihres parteipolitischen Engagements in migrations- und integrationspolitischen Strukturen innerhalb der Parteien bewegen. Dazu gehören etwa migrations- und integrationspolitische Arbeitskreise innerhalb der Parteien.

Die zweite Gruppe engagiert sich vor dem Ratsmandat nicht in migrations- und integrationspolitischen Bereichen. Einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund absolvieren innerhalb der SPD die Ochsentour ohne migrations- und integrationspolitische Themen zu besetzen. Neben dem Engagement in den Parteien sind diese Abgeordneten in Gewerkschaften, Hochschulen, Elternvereinen usw. politisch aktiv. Das politische Engagement, sei es in einer Gewerkschaft, (Migranten-)Organisation, Studentenverein oder einem Ausländer- bzw. Integrationsbeirat, hat dabei zweierlei Funktion. Erstens erlernen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund das politische Handwerk, das mit dem lokalen Wissen der Stadt verbunden ist. Zweitens schafft das politische Engagement vor dem Ratsmandat Netzwerke in die Parteien.

Die dritte Gruppe weist zunächst keinerlei politisches Engagement auf, das Ratsmandat ist der Beginn ihrer politischen Karrieren. Der Quereinstieg einiger Abgeordneter mit Migrationshintergrund macht deutlich, dass vorheriges politisches Engagement nicht zwangsläufig notwendig ist. Auffällig ist, dass es sich bei den QuereinsteigerInnen mehrheitlich um Newcomer handelt.

Neben den intrinsischen Motivationen spielt die Rekrutierungen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund durch Parteieliten die größte Rolle bei dem parteipolitischen Engagement und den Kandidaturen. Nahezu alle Abgeordneten mit Migrationshintergrund wurden von Parteieliten direkt angesprochen und rekrutiert. Dabei kann das vorherige politische Engagement eine Rolle gespielt haben, dies ist aber nicht unbedingt notwendig. Entscheidend ist, dass die Rekrutierungen durch Eliten der Parteien durchgeführt werden, da sie von der Parteibasis und anderen Parteieliten legitimiert werden müssen, wenn es etwa um Ämtervergabe und Mandate geht. Zudem brauchen die KandidatInnen die richtigen Netzwerke innerhalb der Parteien, um auf aussichtreiche Plätze der Kandidatenlisten zu

gelangen. Die Besonderheit in Hannover sind die ethnischen Netzwerke bei den Grünen, durch die zwei Ratsmitglieder in die Ratsversammlung gelangen.

5.3 Politische Repräsentationen – zwischen Wählbarkeit und Interessenvertretung

Es lassen sich vielfältige Gründe und Motive für das politische Engagement und den Eintritt in die Parteien beobachten. Die Karrierewege haben gezeigt, dass ein Teil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund aus Eigeninitiative in die Parteien eintritt und ein anderer Teil von den Parteien angesprochen wird. Berücksichtigen muss man dabei, dass die Unterscheidung zwischen Eigeninitiative und Ansprache in der Rekonstruktion der politischen Biographien schwer nachzuvollziehen ist, da sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund nicht immer genau erinnern können. Für plausibel halte ich, dass interne (Motivation, politische Sozialisierung und Erfahrung) und externe Faktoren (Ansprache der Parteien) im Zusammenspiel dazu beitragen, dass Abgeordnete in Parteien eintreten. Dennoch sollen hier die Eigeninitiative und die Ansprache unterschieden werden, um deutlich zu machen, ob, wie und wann der Migrationshintergrund als politisch relevante Kategorie innerhalb der politischen Karrieren konstruiert wird. Für Norris, die Rekrutierungsprozesse zwischen der „supply“ und „demand“ Seite unterscheidet, suchen die Parteien KandidatInnen

„(...) depending upon their perceptions of the applicants' abilities, qualifications and experience. Since candidates are rarely well known to most selectors, these perceptions may be coloured by direct and indirect prejudice about certain types of applicant. The term 'prejudice' is used here in a neutral sense. Prejudice can be for or against certain groups, whether lawyers, farmers, trade unionists, southerners, women or Asians“ (Norris 1997: 159).

An dieser Stelle wird deutlich, dass die politische Repräsentation auf bestimmten Annahmen bzw. Zuschreibungen basiert, die einen entscheidenden Einfluss auf die Karrierewege der Abgeordneten haben. Ein großer Teil der Abgeordneten geht davon aus, dass der Migrationshintergrund als Kategorie eine wichtige Rolle in ihrem Rekrutierungsprozess für die Parteien gespielt hat. Entscheidend ist, dass es nicht darauf ankommt, ob sich die Abgeordneten mit ihrem Migrationshintergrund identifizieren. Sondern, dass in ihrer Fremdwahrnehmung die Parteien dem Migrationshintergrund eine Relevanz zuweisen. Es sind somit wahrgenommene Fremdzuschreibungen der Parteien, mit denen sich die

Abgeordneten mit Migrationshintergrund auseinandersetzen. Der Migrationshintergrund wird dabei meist als eine Ressource gesehen, die den Abgeordneten half, auf die Kandidatenlisten zu kommen und gute Platzierungen zu erreichen.

Bemerkenswert ist, dass diese Wahrnehmung unabhängig davon ist, ob die Abgeordneten vor ihrem Eintritt in die Partei und der Wahl in die Stadtparlamente in migrations- und integrationspolitischen Bereichen engagiert waren. Eine der Abgeordneten sagt:

„Natürlich erhofft sich die Partei durch meine Aufstellung, dass wir die türkeistämmigen und andere Menschen mit Migrationshintergrund als WählerInnen gewinnen können“ (Interview mit G.).

Der Migrationshintergrund der Abgeordneten wird als Kategorie wahrgenommen, die dazu befähigt, WählerInnen mit Migrationshintergrund zu mobilisieren. Doch es sind nicht nur die wahrgenommenen Fremdzuschreibungen. Viele der Abgeordneten sehen ihren Migrationshintergrund selbst als Schlüssel bzw. Ressource, um Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen. Dabei sind es meist die geteilte Sprache, Migrationserfahrungen und Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung, die das Verständnis für diese Wählerschichten ermöglichen.

Gleichzeitig wird deutlich, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund wahrnehmen, sie müssen „wählbar“ und „vermittelbar“ innerhalb und außerhalb der Parteien sein. Oft wird diese Wählbarkeit und Vermittelbarkeit gleichgesetzt mit einem sozialen Aufstieg (vgl. Kap. 7), sehr guten Deutschkenntnissen, Identifizierung mit den Werten der Partei und rhetorischen Fähigkeiten. Diese Fähigkeiten werden als Grundvoraussetzungen wahrgenommen, um für WählerInnen ohne Migrationshintergrund wählbar zu sein. Einer der Abgeordneten macht das deutlich, in dem er ausführt:

„Ich muss alle WählerInnen in meinem Wahlbezirk überzeugen, nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund. Ich muss den Deutschen klarmachen, dass ich angekommen bin und mich auch für ihre Belange einsetze“ (Interview mit M.).

Sowohl ein Zuviel an ethnischer Lobbyarbeit als auch ein Zuwenig an gezeigter Integrationsleistung werden somit als hinderlich für den Wahlerfolg gesehen. Das Bekenntnis angekommen und ein Teil der Stadtgesellschaft geworden zu sein, ist ein immer wiederkehrendes Narrativ der Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Aus den ambivalenten Erwartungen, einerseits WählerInnen mit Migrationshintergrund zu

mobilisieren und andererseits für den ganzen Wahlkreis wählbar zu sein, ergeben sich verschiedenen Positionierungen, die im Kapitel 7 dargestellt werden. Diese verschiedenen Positionierungen entstehen in einem komplexen kommunalpolitischen Alltag der neben dem parlamentarischen Alltag, aus politischen und kulturellen Veranstaltungen sowie aus Demonstrationen und Wahlkämpfen besteht. Diese unterschiedlichen kommunalpolitischen Handlungsarenen erzeugen verschiedene Erwartungen und führen zu unterschiedlichen Handlungsstrategien, die im folgenden Kapitel dargestellt werden sollen.

6 Kommunalpolitischer Alltag: diverse Handlungsarenen

Auf den ersten Blick scheint der kommunalpolitische Alltag von Abgeordneten mit Migrationshintergrund, im Vergleich zur Landes- und Bundesebene, wenig spektakulär. Schränken doch die begrenzten kommunalpolitischen Kompetenzen die politischen Handlungsfelder von Abgeordneten enorm ein (Holtkamp 2007: 66ff.). Die Analyse des politischen Alltags zeigt allerdings eine komplexe Vielfalt an politischen Feldern, Netzwerken und Interaktionen. Typische politische Handlungsfelder sind dabei politische Diskussionsveranstaltungen, Kundgebungen, Proteste sowie diverse Parteiveranstaltungen. Die hier untersuchten Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind Mitglieder der Rats- bzw. Stadtverordnetenversammlung in Hannover und Frankfurt. Neben den Parlamentssitzungen sind sie Mitglieder verschiedener Ausschüsse und Gremien, die mehrmals im Jahr tagen. Außerdem sind sie, vor allem in ihren Orts- bzw. Stadtverbänden, in die Parteiarbeit eingebunden und auch hier Mitglied verschiedener Arbeitsgruppen. Darüber hinaus werden die Abgeordneten zu verschiedenen politischen Veranstaltungen eingeladen, und manche von ihnen engagieren sich zudem noch in Organisationen und Vereinen. Auch im privaten Umfeld interagieren die Abgeordneten mit BürgerInnen, wie z.B. im Freundes- und Bekanntenkreis. Geht man der Frage nach, ob und inwiefern der Migrationshintergrund eine Rolle für die Abgeordneten spielt, so ist es hilfreich, ihren politischen Alltag nachzuzeichnen. Die Rekonstruktion des kommunalpolitischen Alltags ermöglicht es, die Situationen, Interaktionen und Selbstwahrnehmungen in einen allgemeinen, breiteren Kontext zu stellen. Hierfür ist es notwendig, einen Rahmen zu schaffen und Bezugspunkte herzustellen, in denen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund politisch handeln. Die Erweiterung des methodologischen Zugangs durch die teilnehmende Beobachtung und die Analyse der Terminkalender und Facebook-Profile der Abgeordneten, geht über die gewonnenen Erkenntnisse aus den Selbstauskünften hinaus bzw. kontrastiert sie mit beobachtbaren Handlungen in der politischen Praxis.

Gerade die lokale Ebene stellt einen guten Untersuchungsort dar, da „sich die Bürger und ihre Repräsentanten (räumlich) auf kommunaler Ebene am nächsten sind“ (Holtkamp 2007: 40). Auf der sachlichen Ebene vermutet Holtkamp sowohl ein größeres Problembewusstsein auf Seiten der BürgerInnen als auch auf Seiten der kommunalen Entscheidungsträger, da alle Akteure einen Bezug zu ihrer Stadt und ein spezifisches Wissen über ihre Stadt besitzen

(Holtkamp 2007: 40). Ein weiteres Charakteristikum auf der lokalen Ebene: durch die Nähe der Akteure fallen Parteien als Vermittler zwischen Abgeordneten und BürgerInnen weg und die personenbezogene Kommunikation wird bevorzugt (Holtkamp 2007: 41). Die Interaktionen zwischen BürgerInnen und Abgeordneten sind auf der lokalen Ebene somit intensiver und persönlicher als auf der Landes- oder Bundesebene.

Im folgenden Abschnitt werden die spezifischen Handlungskontexte der Abgeordneten mit Migrationshintergrund herausgearbeitet. Innerhalb der verschiedenen politischen Felder lassen sich unterschiedliche Interaktionen, Netzwerke, Positionen und Strategien beobachten. Ich gehe davon aus, dass unterschiedliche Handlungskontexte einen Einfluss auf das Verhalten und Bewusstsein der Abgeordneten haben. Die Rekonstruktion ihres politischen Alltags dient vor allem zwei Interessen: Erstens soll Verzerrungen entgegengewirkt werden, die möglicherweise entstehen, wenn man seinen Fokus nur auf die aus den Interviews gewonnen Identifizierungen und Handlungen der Abgeordneten richtet. Der Migrationshintergrund als Identifizierung kann dabei eine neben vielen anderen Identifizierungen sein. Zweitens sollen Handlungsarenen dargestellt werden, in denen sich Interaktionen von Ethnisierung und De-Ethnisierung beobachten lassen.

Im Folgenden wird ein ausgewähltes Jahr des politischen Alltags der untersuchten Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover und Frankfurt dargestellt. Dabei soll gezeigt werden, dass sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in diversen und komplexen Handlungsarenen bewegen, die unterschiedliche Positionierungen hervorrufen. In Kap. 6.2 wird der parlamentarische Alltag bzw. die substantielle Repräsentation der Abgeordneten analysiert. Dabei werde ich zeigen, dass sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund vermehrt für die Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen. Ethnische Grenzziehungen sind dabei allerdings selten zu beobachten, vielmehr erweist sich die Kategorie des Migrationshintergrundes als anschlussfähiger im kommunalpolitischen Feld. Kapitel 6.3 behandelt den kommunalpolitischen Wahlkampf, in dem sich im Gegensatz zum parlamentarischen Alltag, ethnische Grenzziehungsprozesse beobachten. In Kapitel 6.4 wird eine politische Veranstaltung analysiert, die exemplarisch für die Figur der BrückenbauerInnen steht, in der verschiedene Positionen produziert und reproduziert werden.

6.1 Ein Jahresrückblick - kommunalpolitischer Alltag von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt und Hannover

Der kommunalpolitische Alltag besteht aus diversen Handlungsfeldern, die so die Annahme, verschiedenen Logiken, Regeln und Erwartungen produziert, zu denen sich die Abgeordneten positionieren. Im Folgenden wird ein ausgewähltes Jahr des politischen Alltages der untersuchten Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover und Frankfurt dargestellt. Dabei lassen sich vier Handlungsfelder unterscheiden: parlamentarischer Alltag, politische Diskussionsveranstaltungen, kulturelle Veranstaltungen, Demonstration und Kundgebungen

6.1.1 Der parlamentarische Alltag in Frankfurt und Hannover

Der parlamentarische Alltag besteht aus Rats- und Ausschusssitzungen, Fraktionssitzungen und weiteren Gremiensitzungen. Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt ist das wichtigste und umfangreichste kommunalpolitische Feld, in dem sich alle gewählten Stadtverordneten, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, bewegen. Im Jahre 2012 trat die Stadtverordnetenversammlung zu zehn öffentlichen und zehn nicht öffentlichen Sitzungen zusammen. Die Gesamtsitzungsdauer währte rund 66 Stunden. Die Plenarsitzungen dauern durchschnittlich sieben bis neun Stunden. Zusätzlich besetzen die Stadtverordneten mehrere Ausschüsse und Gremien. Die Ausschüsse haben im Jahr 2012 in Frankfurt 109 Sitzungen mit einer Gesamtsitzungsdauer von über 205 Stunden (Frankfurt, Stadt 2012: 9). In Frankfurt besetzten Stadtverordnete im Durchschnitt zwei Ausschüsse. In der Regel tagen die Ausschüsse einmal im Monat. Die Dauer der Ausschusssitzungen bewegt sich zwischen einer bis vier Stunden. Die Stadtverordneten treffen sich vor den Ausschusssitzungen mit den Fachgruppen innerhalb der Fraktion, um sich über Berichte und Anträge in den jeweiligen Ausschüssen auszutauschen. Darüber hinaus haben die Stadtverordneten einmal pro Woche Fraktionssitzungen innerhalb ihrer Parteien. Die Stadtverordneten müssen die Vorlagen des Magistrats, seine Berichte, die Anträge und Anfragen der eigenen und der anderen Fraktionen, vor allem soweit sie die eigenen Fachbereiche betreffen, lesen und aufbereiten. Viele der Stadtverordneten schreiben Anträge oder Anfragen, dafür müssen sie sich in die jeweiligen Themen einlesen. in das Thema einlesen, recherchieren, gegebenenfalls mit Fachleuten besprechen und auf

Rückmeldungen warten. Nebenbei werden jeden Tag mehrere Telefongespräche geführt und Emails bearbeitet. Betrachtet man die parlamentarische Tätigkeit, so kommen die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund auf einen Durchschnitt von 22-Stunden-Woche. Diese Ergebnisse decken sich mit den Befunden der Studie von Reiser, die bei ihrer Untersuchung im Durchschnitt auf 21,5 Stunden bei allen Stadtverordneten in Frankfurt kommt (Reiser 2007: 85).

Der parlamentarische Alltag in Hannover unterscheidet sich kaum von dem in Frankfurt. Die Abgeordneten in Hannover nahmen im Jahr 2012 an 13 Ratsversammlungen teil. Darüber hinaus sind sie Ausschüsse und Betriebsausschüsse bzw. sind Mitglieder in Aufsichts- und Verwaltungsräten. Die Ausschüsse bestehen aus neun bis zehn Sitzungen im Jahr. Die Ausschüsse tagen dabei unterschiedlich häufig: Während beispielsweise der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss 18-mal im Jahr zusammentritt, finden im Sportausschuss lediglich neun Sitzungen pro Jahr statt. Im Durchschnitt tagen die Ausschüsse einmal monatlich bei einer Sitzungsdauer von zwei Stunden. Reiser kann in ihrer Studie zum Professionalisierungsgrad von Abgeordneten zeigen, dass in den großen Fraktionen Abgeordnete im Durchschnitt in zwei bis drei Ausschüssen vertreten sind (Reiser 2007: 85). Die Abgeordneten bereiten jede Ausschusssitzung innerhalb ihrer Fraktionen vor, in denen Vorlagen und Drucksachen diskutiert werden. Diese Besprechungen dauern durchschnittlich ebenfalls zwei Stunden und finden wöchentlich statt. Zusätzlich sind die Abgeordneten in weiteren Kommissionen, Beiräten und Aufsichtsräten vertreten, für die ein zusätzlicher Zeitaufwand anfällt. Dieser Zeitaufwand ist zum Teil erheblich, insbesondere bei Aufsichtsräten in größeren Unternehmen (z.B. Flughafen, Stadtparkasse, Stadtwerke, Verkehrsbetriebe). Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover beziffern ihren Zeitaufwand im Zusammenhang mit der parlamentarischen Arbeit im Durchschnitt auf 16,2 Stunden die Woche. Dieses Ergebnis deckt sich in etwa mit anderen Studien, in denen die Abgeordneten in Hannover im Durchschnitt 18 Stunden pro Woche angeben (Reiser 2007: 85). Das parlamentarische Handeln der Abgeordneten mit Migrationshintergrund wird ausführlich in Kap.6.2 behandelt.

6.1.2 Politische Diskussionsveranstaltungen

Politische Diskussionsveranstaltungen sind politische Ereignisse, in denen verschiedene öffentliche Interessen und Anliegen zwischen verschiedenen politischen AkteurInnen in

einem öffentlichen Raum verhandelt und diskutiert werden. Parteien, Organisationen, Vereine und andere politische AkteurInnen organisieren die Veranstaltungen, um bestimmte Themen in den politischen Diskurs der Städte zu bringen. Dabei werden meist ExpertInnen für die jeweiligen Themen eingeladen, die zusammen mit anderen TeilnehmerInnen und Gästen auf Fragen antworten und diese diskutieren. Ziel der Veranstaltungen ist es, einen Dialog zwischen interessierten BürgerInnen aufzubauen und durch mediale Unterstützung eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Organisationen wie z.B. Parteien oder Kulturvereine machen durch Bekanntmachungen in Zeitungen, in sozialen Netzwerken, durch E-Mail Verteilerlisten, Mundpropaganda usw. auf ihre Veranstaltung aufmerksam, um BürgerInnen für die Veranstaltungen zu gewinnen. Die Teilnahme an politischen Veranstaltungen lässt Rückschlüsse auf die inhaltliche Expertise, vorhandenen Netzwerke und die Stellung bzw. Position innerhalb ihrer Partei von Abgeordneten mit Migrationshintergrund zu. Folglich wird durch die Teilnahme an Veranstaltungen deutlich, für welche kommunalpolitischen Themenfelder die Abgeordneten zuständig sind; dies zeigt zudem, die politischen Präferenzen und welche Netzwerke zu Organisationen und Vereinen bestehen. Die politischen Diskussionsveranstaltungen bieten den Abgeordneten die Möglichkeit, sich vor einer breiteren Öffentlichkeit und innerhalb der eigenen Partei politisch zu profilieren und zu positionieren. Doch auch umgekehrt nutzen Parteien die Expertise ihrer Abgeordneten, um auf Diskussionsveranstaltungen verschiedene gesellschaftliche Schichten zu erreichen und in einen Dialog zu treten.

Bei politischen Veranstaltungen werden meist vor Beginn bestimmte Rollenerwartungen festgelegt. Denn die veranstaltenden Organisationen und Vereine suchen ihre Gesprächsteilnehmerin je nach Thema und Expertise aus. Plausibel ist es, dass die politischen Tätigkeiten und Erfahrungen in bestimmten politischen Feldern, die TeilnehmerInnen zu ExpertInnen machen oder dadurch zumindest von den Veranstaltern als solche wahrgenommen werden.

In Hannover nahmen im Jahr 2012 drei von fünf Abgeordneten mit Migrationshintergrund an mindestens acht politischen Diskussionsveranstaltungen teil. Dabei hatten fünf der acht Veranstaltungen einen migrations- und integrationspolitischen Bezug. Es lässt sich festhalten, dass politische Diskussionsveranstaltungen im Vergleich zu der parlamentarischen Tätigkeit weniger Raum im Alltag der Abgeordneten einnehmen.

Auszüge aus den Terminkalendern von Demir, Kaya, Valkonen - politische Diskussionsveranstaltungen 2012

18.12.2012: Diskussionsveranstaltung: Migrants Day: Demir und Kaya als Diskussions Teilnehmer eingeladen von Ramazan Salman/Ethno-Medizinisches Zentrum.

13.12.2012: Diskussionsveranstaltung: Valkonen nimmt an einer Diskussionsveranstaltung zum Thema: Sicherung und Fortentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge teil.

12.12.2012: Diskussionsveranstaltung: „Gleichheit und Gleichheit: Alte und neue Dimensionen der Sozialen Frage.“ Organisiert von der SPD. Kaya nimmt als Zuhörer teil.

10.12.2012: Diskussionsveranstaltung: „Stolpersteine der Integration.“. Demir ist als Diskussions Teilnehmer von den Oldenburger Grünen eingeladen.

26.11.2012: Podiumsdiskussion mit Landtagskandidaten. „Integration: Error ?!“ – Demir ist als Teilnehmer von der virtuellen Jungenpartei „Mr. Right“ eingeladen.

21.11.2012: Diskussionsveranstaltung/Moderation: "Willkommenskultur in Deutschland – Gibt es Heimat auch in der Mehrzahl?": Kaya moderiert die Veranstaltung an der Politiker und WissenschaftlerInnen teilnehmen./Org. Doris Schröder-Köpf

16.11.2012: Diskussionsveranstaltung/Redner: Konferenz des Niedersächsischen Studentenvereins/ EU-Flüchtlingspolitik. Demir hält einen Vortrag.

13.04.2012: Diskussionsveranstaltung: SPD Forum „Gegen recht: Bekämpfung des Rechtsextremismus“: Kaya nimmt als Diskussions Teilnehmer teil.

An den Einladungen zu den unterschiedlichen politischen Diskussionsveranstaltungen lässt sich ablesen, in welchen politischen Bereichen die Abgeordneten als ExpertInnen wahrgenommen werden. Sieht man sich die Kalender der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover an, so wird deutlich, dass migrations- und integrationspolitische Diskussionsveranstaltungen dominieren. Dies deutet ich dahin gehend, dass in Hannover eine Nachfrage nach ExpertInnen besteht, die glaubwürdig migrations- und integrationspolitische Inhalte vermitteln können. Demir und Kaya können diese Nachfrage erfüllen. Umgekehrt sind sie kaum präsent bei Diskussionsveranstaltungen mit anderen politischen Schwerpunkten. Die Analyse ihrer Kalender macht deutlich, dass sich die Nachfrage nach AnsprechpartnerInnen im migrations- und integrationspolitischen Bereich

auf zwei Abgeordnete mit türkischem Migrationshintergrund beschränkt. Dabei spielen die politische Profilierung und die Erfahrungen in diesem politischen Bereich eine wichtige Rolle. Beide Politiker haben sich in der Vergangenheit in migrations- und integrationspolitischen Themen profiliert und gleichzeitig die nötigen Netzwerke aufgebaut, um als Ansprechpartner anerkannt und nachgefragt zu werden (siehe Kap. 4). Die Veranstaltung zum „Migrants Day“ z.B. (siehe Kap. 6.4) wurde von dem ethno-medizinischen Zentrum Hannover organisiert. Zwischen Salman Ramazan, dem Geschäftsführer des ethno-medizinischen Zentrum Hannover, und den beiden Politikern bestand schon vor der Veranstaltung eine Verbindung, die im Laufe von früheren migrations- und integrationspezifischen Veranstaltungen entstanden war. Für plausibel halte ich, dass die türkischen Migrationsbiographien Kayas, Demirs, und Ramazans, gepaart mit den sich überschneidenden Netzwerken, die Verbindungen untereinander gefestigt haben.

Neben den Migrantenorganisationen organisieren die Parteien selbst Veranstaltungen und laden die Abgeordneten mit Migrationshintergrund entweder als Diskussionsteilnehmer oder als Moderatoren ein.

Ein Beispiel hierfür ist eine Veranstaltung, die am 21.11.2012 stattfand. Unter der Frage: „Gibt es Heimat auch in der Mehrzahl?“ wurde mit verschiedenen DiskussionsteilnehmerInnen über die Integration in Deutschland debattiert. Neben der Sozialwissenschaftlerin Dr. Naika Foroutan und dem Juristen Mehmet G. Daimagüler saß Tatjana Forner als Mitglied des Beirates der Beauftragten der Bundesregierung für Migration auf dem Podium. Außerdem Doris Schröder-Köpf, die als Gastgeberin und Landtagskandidatin zu der Veranstaltung eingeladen hatte. Die Veranstaltung wurde von Kaya moderiert. Bereits in der Einladung zu der Veranstaltung macht die Gastgeberin klar, wo Kaya zu verorten ist:

„wie funktioniert das Zusammenleben in einer Gesellschaft, in der sich eine Mehrzahl von Identitäten überlagern, vermischen und miteinander konkurrieren? Welche Diskriminierungen werden im Alltag von MigrantInnen erfahren? Und schließlich: Brauchen wir eine neue Willkommenskultur in Deutschland? Über diese Fragen möchte ich gern mit Ihnen und meinen Gästen diskutieren. Dazu habe ich mit Dr. Naika Foroutan, Tatjana Forner, Dr. Mehmet Daimagüler und Kaya vier wichtige Stimmen aus der Integrationsdebatte in Deutschland eingeladen“ (SPD-Veranstaltung 2012).

Kaya wurde als Experte für integrations- und migrationspolitische Fragen vorgestellt. Ein Experte, der für Fragen und Problematisierungen wie multiple Identitäten und Diskriminierung steht. Kaya wird als eine authentische Stimme wahrgenommen, die einer breiteren Stadtöffentlichkeit bekannt ist. Der Migrationshintergrund steht hier für eine Expertise, eine Innenansicht, in der man seiner Biographie eine besondere Rolle zuspricht. Die Rolle des migrantischen Experten entsteht auf dieser Veranstaltung durch die Fremdzuschreibung der SPD. Derartige politische Veranstaltungen machen deutlich, dass die Positionierung des migrantischen Experten durch einen Prozess zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung entsteht. Die Parteien setzen Rollen fest, indem sie migrations- und integrationspolitische Plattformen, wie z.B. politische Veranstaltungen organisieren. Gleichzeitig können sich die Abgeordneten auf diesen Veranstaltungen als migrantische ExpertInnen profilieren. Darüber hinaus spielen die innerparteilichen Hierarchien bei der Teilnahme an politischen Diskussionsveranstaltungen eine besondere Rolle. So wie bei Demir z.B., der sich während seiner Amtszeit als Ratsmitglied in Hannover entscheidet, bei den Landtagswahlen am 01.03.2013 zu kandidieren. Die Veranstaltung „Stolpersteine der Integration“ am 10.11.2012 fällt bereits in die Wahlkampfphase. Er gerät durch seine Kandidatur in den Fokus anderer Orts- und Stadtverbände der Grünen. Die Einladung Demirs hängt somit mit seiner Stellung innerhalb der Partei zusammen, die sich in seiner aussichtsreichen Listenplatzierung für die Landtagswahlen widerspiegelt.

Ein anderes Beispiel ist Valkonen (Grüne). Sie nimmt an einer politischen Diskussionsveranstaltung teil, in der es um die Sicherung und Fortentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge geht. Valkonen, die ein wirtschaftspolitisches Profil aufweist, wird nicht als eine Politikerin mit Migrationshintergrund wahrgenommen. Und sie nimmt, anders als Kaya und Demir, an keiner integrations- oder migrationspolitischen Veranstaltung teil. Daraus lassen sich mehrere Schlussfolgerungen ziehen: Erstens, Valkonen interessiert sich für andere politische Schwerpunkte. Zweitens, dass Valkonen nicht als Abgeordnete mit Migrationshintergrund wahrgenommen wird, da ihre Eltern aus Finnland kommen und ihr Migrationshintergrund nicht sichtbar ist. Daraus lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass der Grund, warum Valkonen nicht als Politikerin mit Migrationshintergrund wahrgenommen wird, in den thematischen Schwerpunkten von öffentlichen Debatten liegen, die sich oft, wenn es um Themen wie Integration und Migration geht, um türkische MigrantInnen und Muslime drehen. Die Annahme, dass Abgeordnete mit Migrationshintergrund Migrations-

und Integrationspolitik machen, scheint nicht ganz aufzugehen. Einige der Abgeordnete mit Migrationshintergrund besetzen somit andere Themen und identifizieren sich nicht mit Migrationsthemen oder werden auch von außen nicht als PolitikerInnen mit Migrationshintergrund wahrgenommen. In Kapitel 8 werde ich diesen Punkt nochmal aufgreifen und zeigen, dass es bestimmte Bedingungen gibt, unter denen BrückenbauerInnen positioniert werden und sich positionieren.

Vergleicht man die einzelnen Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover in puncto Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen, dann fällt auf, dass zwei der fünf Abgeordneten mit Migrationshintergrund an keiner politischen Diskussionsveranstaltung teilnahmen. Es wird deutlich, dass diese zwei weiblichen Abgeordneten noch nicht über die nötigen Netzwerke innerhalb und außerhalb ihrer Parteien verfügen, derer es bedarf, um als AnsprechpartnerInnen auf Diskussionsveranstaltungen eingeladen zu werden. Die beiden weiblichen Abgeordneten gehören, wie in Kapitel 4 bereits gezeigt werden konnte, zu den QuereinsteigerInnen ohne politisches Engagement vor dem Ratsmandat. Dieses fehlende Engagement macht sich in ihrem politischen Engagement außerhalb ihres parlamentarischen Handelns bemerkbar. Eine andere mögliche Erklärung könnte darin liegen, dass Frauen in der überwiegend männlich dominierten lokalen Politik zwar für die Parteien wichtig sind, etwa um „Quoten“ zu erfüllen (vgl. Kap.4), inhaltlich aber weniger wahrgenommen bzw. in ihrer inhaltlichen Arbeit nicht umfassend anerkannt werden. Die lokalen Migrant*innenorganisationen und ihre Eliten bestehen überwiegend aus männlichen Akteuren, die wiederum, wie gezeigt werden konnte, die männlichen Abgeordneten als ihre legitimen Ansprechpartner betrachten.

Ein weiterer Grund könnte die Wahrnehmung von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in der städtischen Öffentlichkeit sein, die möglicherweise Abgeordnete mit Migrationshintergrund mit migrations- und integrationspolitischen Themen in Verbindung bringt. Zwei Abgeordnete haben z.B. keinerlei migrations- und integrationspolitische Profile und scheiden deshalb von vornherein als DiskussionsteilnehmerInnen bei entsprechenden Veranstaltungen aus. Ein anderer Punkt, der sich in Frankfurt zeigt, ist die Konzentration von migrations- und integrationspolitischen Veranstaltungen auf zwei Abgeordnete mit türkischen Einwanderungsbiographien. Andere nationale Hintergründe scheinen bei politischen Veranstaltungen dieser Art nicht interessant zu sein. Es lässt sich argumentieren, dass die Problematisierung von türkeistämmigen Migrant*innen und Muslimen in der

Öffentlichkeit eine Nachfrage nach Abgeordneten mit einem türkeistämmigen Migrationshintergrund schafft. Aufgrund der gleichen Herkunft von Abgeordneten und BürgerInnen werden Problemlösungskompetenzen vermutet. Die Problematisierung von türkeistämmigen MigrantInnen bietet für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund Gelegenheit diese Themenfelder zu besetzen.

Wenn politische Diskussionsveranstaltungen zu Integrationsthemen von prominenten und etablierten Abgeordneten besetzt werden, gibt es für andere Abgeordnete mit Migrationshintergrund weniger Raum, um sich im außerparlamentarischen Bereich bzw. auf politischen Diskussionsveranstaltungen zu profilieren. In dem politischen Handlungsfeld der Veranstaltungen entstehen somit Konkurrenzsituationen, die einige Abgeordnete zu Ansprechpartnern machen und andere nicht.

Auszüge aus den Terminkalendern von Elif und Mehmet - politische Diskussionsveranstaltungen 2012

Elif:

28.09.2012: Diskussionsveranstaltungen/Rednerin: „Orientierung in ethischen, moralischen und religiösen Fragen“? Die Debatte über islamischen Religionsunterricht/Org. KAS Hessen

01.03.2012: Diskussionsveranstaltungen/Rednerin: Integration und Willkommenskultur – haben wir Nachholbedarf?/ Org. Demografienetzwerk FrankfurtRheinMain

Mehmet:

05.12.2012: Diskussionsveranstaltung/Redner: Ausprägungen von Muslimfeindlichkeit: Meinungsfreiheit und ihre Grenzen/ Org. Islamkonferenz

25.11.2012: Diskussionsrunde/Moderation: Pflege, Beratung und Betreuung für ältere MigrantInnen und Migranten/Org. AWO

20.06.2012: Diskussionsveranstaltung/Redner: Wie reagiert die Lehrerbildung auf gesellschaftliche Entwicklungen? Diversität als Chance/Org. Uni Frankfurt

03.03.2012: Diskussionsveranstaltung/Redner: Bildung als Weg zur Integration/ Org. Mitgliedsorganisation der BAGIV

25.01.2012 Diskussionsrunde/Moderation: Thema Integration/ Org. Jusos Hofheim

In Frankfurt zeigt sich ein ähnliches Bild wie in Hannover. Auch hier nehmen politische Diskussionsveranstaltungen, im Vergleich zum parlamentarischen Alltag, einen weitaus geringeren Raum ein. Ähnlich wie in Hannover lässt sich eine Konzentration auf migrations- und integrationspolitischen Themen beobachten. Darüber hinaus verteilen sich diese politischen Diskussionsveranstaltungen auf zwei Stadtverordnete mit Migrationshintergrund von der SPD und der CDU. Soweit ich auf Basis meiner Daten feststellen konnte, haben von zwölf Stadtverordneten mit Migrationshintergrund lediglich drei Stadtverordnete im Jahr 2012 an politischen Diskussionsveranstaltungen teilgenommen. Insgesamt haben diese drei Abgeordneten an acht Veranstaltungen teilgenommen, von denen lediglich eine keinen migrations- und integrationspolitischen Bezug hatte. Am meisten gefragt bei den Veranstaltungen mit migrations- und integrationspolitischem Bezug waren Elif (CDU) mit zwei und Mehmet mit fünf Teilnahmen.

Beide Abgeordnete sind Gründungsmitglieder der „Initiative von säkularen und laizistischen Bürgern aus islamisch geprägten Herkunftsländern“ in Hessen. Die Initiative, die 2005 gegründet wurde, erreichte nationale Aufmerksamkeit, was dazu führte, dass Elif 2006 an der ersten deutschen Islamkonferenz teilnehmen konnte. Durch die Islamkonferenz wurden verschiedene politische AkteureInnen auf sie aufmerksam. Die diversen Netzwerke, die daraus entstanden, machten Elif für viele politische Diskussionsveranstaltungen interessant. So beispielsweise auch am 28.09.2012: Elif wurde als Diskussteilnehmerin zu dem Thema: „Orientierung in ethischen, moralischen und religiösen Fragen“? Die Debatte über islamischen Religionsunterricht“ von der Konrad-Adenauer Stiftung eingeladen. Relevant bei dieser Einladung war aber ihre CDU-Mitgliedschaft, da die KAS eng mit der CDU verbunden ist.

Mehmet gehört zu den Pionieren der Frankfurter Integrations- und Migrationspolitik. Bereits 1981 gründete er einen interkulturellen Jugendverein. Während seiner langjährigen Tätigkeit in der kommunalen Ausländervertretung (1992-1996) und seiner Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung (1997-2014) konnte Mehmet viele Netzwerke knüpfen und ist sowohl in der städtischen Politik als auch in der Landespolitik bekannt. Die große Bandbreite politischer Organisationen, die Mehmet zu ihren politischen Diskussionsveranstaltungen einluden, zeigt, wie stark Mehmet als integrations- und migrationspolitischer Ansprechpartner wahrgenommen wird. Seine Teilnahme an der Islamkonferenz macht die Stellung nochmals deutlich. Als Redner diskutierte er am

05.12.2012 mit anderen Gästen über die Ausprägungen von Muslimfeindlichkeit und Meinungsfreiheit und deren Grenzen. Wie wichtig Mehments Netzwerke sind, lässt sich am Beispiel der Diskussionsveranstaltung über „Pflege, Beratung und Betreuung für ältere Migranten und MigrantInnen“ zeigen, die von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) organisiert und von Mehmet moderiert wurde. Mehmet ist seit 2009 Vorstandsmitglied des AWO-Kreisverbandes Frankfurt und somit Organisator und Moderator zugleich. Mehmet steht exemplarisch für Abgeordnete mit Migrationshintergrund mit einem migrations- und integrationspolitischen Profil, die sich die Bühnen schaffen, auf denen sie dann agieren.

Zusammenfassung

Politische Diskussionsveranstaltungen nehmen im Handeln der Abgeordneten in beiden Städten weit weniger Raum ein als der parlamentarische Alltag. Dennoch sollte man ihre Wirkung nicht unterschätzen. Die Möglichkeit, sich vor einem breiteren Publikum zu präsentieren und zu profilieren, untermauert den Status eines Experten und Ansprechpartners, innerhalb und außerhalb der Partei. Die thematischen Ausrichtungen und Einladungen zu den Veranstaltungen zeigen, ob und für welche Themen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund als AnsprechpartnerInnen wahrgenommen werden. Bemerkenswert ist, dass die Abgeordneten, wenn sie an politischen Diskussionsveranstaltungen teilnehmen, meist integrations- und migrationspezifische Veranstaltungen besuchen. Dabei fällt auf, dass nur bestimmte Abgeordnete mit Migrationshintergrund als DiskussionsteilnehmerInnen eingeladen werden. Man könnte hier von einer Monopolstellung einiger Abgeordneter mit Migrationshintergrund im Zusammenhang von migrations- und integrationspezifischen Diskussionsveranstaltungen sprechen. Diese Monopolstellung ist das Ergebnis von Selektionsprozessen innerhalb und außerhalb der Parteien. Politische Erfahrungen, politisches Engagement, Netzwerke und eine Bekanntheit in der städtischen Politik sind dabei wichtige Faktoren, um als AnsprechpartnerIn wahrgenommen zu werden. Es sind die Abgeordneten selbst, die durch ihr Engagement und ihre strategische Positionierung in dem Feld der Migrations- und Integrationspolitik als AnsprechpartnerInnen wahrgenommen werden oder eben nicht. Sie initiieren Veranstaltungen, vernetzen Akteure und spannen Verbindungen in die Parteien. Diese Positionierungen entstehen jedoch auch durch die Zuschreibungen von Migrantenorganisationen und Parteien, die den Marker des Migrationshintergrundes durch

migrations- und integrationspolitische Veranstaltungen als eine politische Kategorie konstruieren und dadurch in der städtischen Politik aufwerten.

In dem Kontext Hannovers wurde bei meinen informellen Gesprächen mit AkteurInnen aus Migrantenorganisationen, Parteien und anderen politischen Eliten immer wieder auf Kaya und Demir verwiesen. Ähnlich war die Situation in Frankfurt, wo stets Mehmet, Elif und Lorenzo von städtischen AkteurInnen genannt wurden, wenn es um Migrations- und Integrationspolitik ging. Die Bekanntheit von Kaya und Mehmet entstand aus ihrer Pionierfunktion im migrations- und integrationspolitischen Bereich und aus der Länge ihres Engagements. Gerade bei Kaya war es sein Amt als erster Bezirksbürgermeister mit Migrationshintergrund sowie das Amt des Vorsitzenden des SPD Stadtverbandes. Bei Demir war es sein Engagement in Studentenvereinen sowie die Aufmerksamkeit, die er durch seine mediale Präsenz im Zusammenhang mit den NSU-Morden und den Diskussionen um das Racial-Profiling bekommen hat.

Im Umkehrschluss bedeutet der Selektionsprozess, dass viele Abgeordnete mit Migrationshintergrund auf der Bühne der politischen Diskussionsveranstaltungen nicht auftauchen. Das liegt zum Teil an einer Marginalisierung von Abgeordneten, die keine politischen Profile in den gefragten Themenfeldern aufweisen. Wie im Kontext der Karrierewege und den Zuschreibungen in der Repräsentationslogik bereits gezeigt werden konnte, sind die Teilnahmen an migrations- und integrationspolitischen Veranstaltungen kein Indiz dafür, dass der Migrationshintergrund anderer Abgeordneter nicht wahrgenommen wird oder keine Rolle spielt. Vielmehr sind die ethnischen Ressourcen unter den Abgeordneten mit Migrationshintergrund unterschiedlich verteilt. Die ethnischen Netzwerke zu anderen Migrantenorganisationen, eine Bekanntheit im städtischen Kontext und die Stellung innerhalb der Parteien spielen eine entscheidende Rolle dabei, wer zu migrations- und integrationspolitischen Diskussionsveranstaltungen eingeladen wird.

Bemerkenswert ist, dass vor allem türkeistämmige Abgeordnete mit Migrationshintergrund zu politischen Diskussionsveranstaltungen eingeladen werden. Für plausibel halte ich, dass türkeistämmigen Abgeordneten eine größere Aufmerksamkeit von Organisationen und Vereinen bekommen, da der Bevölkerungsanteil von Türkeistämmigen höher ist als der von anderen Nationalitäten. Dies führt zu einer höheren Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit in der städtischen Öffentlichkeit. In Hannover haben vier von fünf Abgeordneten einen türkischen Migrationshintergrund, was die Auswahl eines Ratsmitglieds mit türkischem

Migrationshintergrund sehr wahrscheinlich macht. Auch wenn in Frankfurt sechs von 16 Stadtverordneten eine türkische Migrationsbiographie aufweisen, so ist die Stadtverordnetenversammlung dort weitaus vielfältiger (mit drei griechischen und jeweils einem italienischen, guineischen, ägyptischen, französischen, österreichischen, Aussiedlerin, syrischen Stadtverordneten) als in Hannover. Das heißt für Veranstalter wäre es durchaus möglich nicht türkeistämmige Stadtverordnete als DiskussionspartnerInnen zu gewinnen. Es spricht vieles dagegen, einfach den überproportional hohen Anteil von türkeistämmigen Abgeordneten in beiden Stadtparlamenten als Erklärung für die Präsenz dieser bei migrations- und integrationsspezifischen Diskussionsveranstaltungen zu nehmen. Vielmehr spricht vieles dafür, dass spezifische Selektionsprozesse zugunsten der türkeistämmigen Abgeordneten ablaufen. In meinen Interviews mit den Organisatoren der integrations- und migrationspolitischen Veranstaltungen beider Städte wurde immer wieder geäußert, dass die Abgeordneten mit türkischem Migrationshintergrund, „Vorbilder“ seien und „Integration leben“ würden. Oft ist von „Aushängeschildern“ und „Identifikationsfiguren“ die Rede. Ich vermute, dass Abgeordnete mit türkischen Migrationsbiographien deshalb zu Diskussionsveranstaltungen eingeladen werden, weil sie anschlussfähiger an Debatten über Integration und Migration sind. Diese Anschlussfähigkeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie eine Gruppe repräsentieren, die in der öffentlichen Wahrnehmung sehr präsent ist. Dies liegt zu einem großen Teil an der oft falschen, aber dennoch gängigen Gleichsetzung von Türkeistämmigen und Muslimen. Der Islam ist eines der prominentesten Themen in den öffentlichen Debatten, wenn es um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland geht. Beispiele hierfür sind die Debatten über islamischen Fundamentalismus, Moscheekonflikte und die Sarrazin-Debatte. Es lässt sich argumentieren, dass diese, oft negative Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu dem paradoxen Effekt führt, dass die Nachfrage nach Abgeordneten steigt, die diesen Wahrnehmungen entgegenstehen und mit ihren Erfolgsbiographien das Gelingen von Integration darstellen. So sind sie in einigen Veranstaltungen nachgefragt als diejenigen Figuren, die die gängigen negativen Bilder in der Öffentlichkeit kontrastieren. Diese Kontrastfiguren benötigen, um Legitimität zu erlangen, dass symbolische Element bzw. die Sichtbarkeit des Migrationshintergrundes. Die Integration bei den Abgeordneten mit Migrationshintergrund kann jedoch nur dann als gelungene Integration wahrgenommen

werden, wenn sie an anderer Stelle bzw. bei anderen Migrantinnen als gescheitert gilt (vgl. Kap. 7 und 8).

Gleichzeitig stehen sie für eine migrantische Bevölkerung, die betroffen ist von Rassismus, Diskriminierungen oder Islamophobie. Hier deutet sich bereits die Wechselwirkung an, die charakteristisch für viele der Abgeordneten mit Migrationshintergrund ist. Diese Wechselwirkung ist bestimmt durch Projektionen, Auflösung und Neu-Definitionen der eigenen Position (vgl. Kap.6.4). Eine weitere Erklärung könnte in der Diskriminierung vieler Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in verschiedenen Lebensbereichen liegen. Viele Organisationen wollen Abgeordnete, wenn es um Fragen von Rassismus und Diskriminierung geht, die selber Opfer von Diskriminierungen sind oder waren bzw. die entsprechenden Bevölkerungsgruppen repräsentieren.

Es bleibt festzuhalten, dass die Nachfrage nach Abgeordneten mit Migrationshintergrund als DiskussionsteilnehmerInnen bei integrations- und migrationspolitischen Veranstaltungen ein Indiz dafür ist, dass das Interesse städtischer Akteure an Abgeordneten mit Migrationshintergrund steigt, wenn es um diese Fragen geht. Organisationen wie z.B. die AWO, Universitäten, Parteien und Migrantenorganisationen sind maßgeblich an der Produktion von Rollenbildern des migrantischen Experten, Ansprechpartners, Brückenbauers beteiligt, da sie für die vermeintliche Lösung des „Integrationsproblems“ „erfolgreiche“ AkteurInnen brauchen, die dieses „Problem“ lösen können. Der soziale Aufstieg und die politischen Karrieren der Abgeordneten stehen dabei als Symbol für die Lösbarkeit und Überwindbarkeit von Integrationsbarrieren. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Zuschreibung und Ressource werde ich in den Kapiteln 7 und 8 ausführlich diskutieren.

6.1.3 Kulturelle Veranstaltungen

Unter kulturellen Veranstaltungen werden im Folgenden religiöse und kulturelle Feste, Stadtteilstefte, Ehrungen von Personen, historische Gedenkfeiern sowie Eröffnungen von Organisationen und Vereinen verstanden. Sie werden von städtischen AkteurInnen organisiert und haben das Ziel, die städtische Bevölkerung durch Kunst, Musik, Theater, Sport sowie durch gemeinsame Feiern zusammenzubringen. Die Grenzen zwischen kulturellen und politischen Veranstaltungen sind nicht immer eindeutig. Schwierig wird es beispielsweise, wenn man die beiden Veranstaltungsgattungen nach Zielen unterscheidet. Einige Organisationen, wie zum Beispiel Moscheevereine oder Migrantenorganisationen,

nutzen kulturelle Veranstaltungen, um mit der städtischen Politik und ihren AkteurInnen in Kontakt zu treten. Kulturelle Veranstaltungen unterscheiden sich von den politischen allerdings in ihren Abläufen beziehungsweise ihrem Format. Während auf politischen Diskussionsveranstaltungen zwischen Publikum und Podium beziehungsweise ExpertInnen und Moderator diskutiert wird, stehen bei kulturellen Veranstaltungen die Interaktionen und das Netzwerken unter den teilnehmenden Gästen im Vordergrund. Nach den Eröffnungsreden oder den Vorstellungen neuer Projekte, gibt es hier immer Raum und Zeit für die Gäste, um sich auszutauschen. Auch kulturelle Veranstaltungen bieten Abgeordneten also eine Plattform für Interaktionen mit BürgerInnen und die Chance Netzwerke zu knüpfen. Die Abgeordneten haben hier die Möglichkeit ihr politisches Prestige zu erhöhen, da viele Veranstaltungen von der lokalen Presse begleitet werden, was eine größere Öffentlichkeit bedeutet. Die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen ist ein Indiz dafür, welche Netzwerke die untersuchten Abgeordneten mit Migrationshintergrund haben und inwieweit sie von Organisationen und Vereinen als AnsprechpartnerInnen wahrgenommen werden.

Terminkalender Demir – kulturelle Veranstaltungen

- 03.12.2012: Jahrestagung der Schura in Niedersachsen.
- 02.12.2012: Kulturveranstaltung: Grußwort zum Aşure-Tag der alevitischen Gemeinde
- 02.12.2012: Gedenkveranstaltung für den am 18. Juli verstorbenen Remzi Koçak
- 04.11.2012: Hamelner "Zeybek"-Tänzern
- 26.10.2012. Besuch von gEMiDe e.V. im Rahmen des Projekts "Mein Weg zum Erfolg"
- 09.10.2012: Denk-mal Starke Frau
- 21.09.2012: Eröffnung der deutsch-türkischen Kältürtage 2012
- 25.04.2012: "GRÜNE Grashüpfer" - Fußballturnier der Landespressekonferenz

Terminkalender Kaya – kulturelle Veranstaltungen

- 01.12.2012: Weihnachtsbasar Waldorfschule, Kekse verteilen für "Ein Herz für Kinder"
- 02.12.2012: Aşure-Tag der Alevitischen Gemeinde
- 03.12.2012: Jahrestagung der Schura in Niedersachsen.
- 02.11.2012 „Festveranstaltung 10 Jahre Kulturgemeinschaft Vinnhorst“
- 23.09.2012: Privat: Gründungsfeier des neuen Rotary-Club Hannover-Leibniz

- 20.09.2012: Empfang bei UMUT
- 01.07.2012: Schützenfest in Hannover
- 15.01.2012: Schorsenfest im neuen Gewand!
- 13.06.2012: Familienfest der SPD Döhren-Wülfel in Hannover-Mittelfeld
- 07.12.2012: Osterfeuer des Ortsvereins Südstadt

Terminkalender Güler – kulturelle Veranstaltungen

- 03.03.2012: Eröffnungsfeier: Verein Andersherum/Ansprache Güler

Terminkalender Tuna – kulturelle Veranstaltungen

- 20.09.2012: Kultur in der Compagnie Fredewes
- 16.09.2012: Lost Places - Orte der Photographie
- 06.09.2012: Eröffnung renovierter Bibliotheksräume der Stadtbibliothek Kleefeld
- 25.08.201: Gute Band beim BootBooHoik Festival
- 27.03.2012: Osterfeuer des Kleingärtnervereins Kleefeld/zusammen mit Ortsverein Kleefeld

In Hannover fällt auf, dass es Demir und Kaya sind, die an religiösen und ethnischen Veranstaltungen teilnehmen. Beide Abgeordneten mit Migrationshintergrund nehmen zum Beispiel am alevitischen Aşure -Fest in der alevitischen Gemeinde teil. Bei diesem Fest wird nach dem zwölftägigen Muharrem Fasten eine Süßspeise (Aşure) gekocht und als Symbol der Dankbarkeit im familiären und sozialen Umfeld verteilt und/oder gemeinsam gegessen. Demir hielt die Eröffnungsrede und leitete das Fasten ein. Er und Kaya treten hier als politische Repräsentanten auf, die von der alevitischen Gemeinde als einer der „ihren“ anerkannt werden. Dabei ist es unerheblich, dass Demir und Kaya keine Aleviten sind. Ihr türkischer Migrationshintergrund als symbolischer Marker und ihr politisches Engagement verleihen beiden die nötige Legitimität, um dieses Fest zu eröffnen. Auffällig ist, dass es wieder Demir und Kaya sind, die wie schon bei den politischen Veranstaltungen am häufigsten eingeladen werden. Ein plausibler Grund hierfür: Die Migrantenorganisationen spielen bei den kulturellen Veranstaltungen eine noch wichtigere Rolle als bei den politischen Veranstaltungen. Die besonders aktiven türkischen Migrantenorganisationen sehen dabei Demir und Kaya, die beide schon früher in solchen aktiv waren, als ihre

Ansprechpartner. Die weiblichen Abgeordneten werden von Migrantenorganisationen eher seltener eingeladen. Ähnlich wie bei den politischen Veranstaltungen lässt sich vermuten, dass die oft männerdominierten Migrantenorganisationen eher männliche Ansprechpartner bevorzugen.

Debatten über den Islam - Nachfrage nach Abgeordneten mit Migrationshintergrund

In anderen Kontexten werden Demir und Kaya als religiöse Repräsentanten wahrgenommen und anerkannt. So zum Beispiel auf der Jahresmitgliederversammlung der Shura Niedersachsen, dem Landesverband der Muslime in Niedersachsen. Der Verband hat nach eigenen Angaben 67 Mitgliedsorganisationen. An der Jahresmitgliederversammlung nahmen neben Demir und Kaya auch Aygül Özkan (CDU, Integrationsministerin), Stephan Weil (SPD, Bürgermeister; Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen) und Doris Schröder-Köpf an der Jahreshauptversammlung teil. Diskutiert wurde unter anderem über die umstrittenen verdachtsunabhängigen Moscheekontrollen, die von Uwe Schünemann (CDU, Innenminister) angeordnet wurden.

Für plausibel halte ich, dass die anhaltenden Debatten über den Islam, Formen von islamischem Fundamentalismus die Nachfrage nach Abgeordneten mit Migrationshintergrund erhöht. Diese Themen verlangen aus der Logik öffentlich geführter Debatten heraus nach authentischen und glaubwürdigen AnsprechpartnerInnen, die etwa als ExpertInnen fungieren können. Der türkische Migrationshintergrund ist dabei ein entscheidender Marker, denn er assoziiert zumindest eine Nähe und Verbindung zum Islam. Einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund machten in den geführten Interviews immer wieder deutlich, dass der Islam und ihre muslimische Identifizierung erst durch die politische Tätigkeit und die gesellschaftlichen Debatten an Bedeutung gewonnen haben. Es sind somit erst die öffentlichen Debatten über den Islam, Integration usw. und die daraus entstehenden Nachfragen auf Seiten der städtischen Politik, Parteien, Organisationen etc., die einige Abgeordnete mit Migrationshintergrund dazu zwingen, sich zu positionieren. Diese Plattformen, sei es in Form politischer Diskussionsveranstaltungen oder kultureller Veranstaltungen, bietet den Abgeordneten gleichzeitig die Möglichkeit sich auf diesem Feld zu profilieren. Wie in Kap. 4.4.1 gezeigt werden konnte, schafft die als rigide wahrgenommene Asyl- und Flüchtlingspolitik und die Integrationspolitik Uwe Schünemanns in Hannover erst den diskursiven Raum, in dem sich Demir und Kaya als glaubwürdige und

authentische Gegenspieler zu dieser Politik positionieren können. Der Marker des türkischen Migrationshintergrundes knüpft eine Verbindung zu den diskutierten Kategorien Islam, Muslime, Migrationshintergrund. So ist es z.B. für Demir möglich, in Debatten und Diskussionen sowohl über den Islam zu sprechen, als auch die Rolle des Opfers von Diskriminierungen anzunehmen (vgl. Kap. 6.4).

Neben den beispielhaft genannten religiösen Veranstaltungen stehen für Demir ethnisch-kulturelle Veranstaltungen auf dem Programm. Am 21.09.2012 nimmt er an der Eröffnung der deutsch-türkischen „Kültürtage“ 2012 teil. Und Anfang November ist er nach Hameln eingeladen, um sich eine Aufführung von türkischen "Zeybek"-Tänzern anzugucken. Die Einladung und Teilnahme an ethnisch-kulturellen Veranstaltungen machen deutlich, dass Demir hier als Ansprechpartner der Migrantorganisationen wahrgenommen wird. In meinen Interviews mit türkischen Kulturvereine und Organisationen wird immer wieder geäußert, dass Demir einer der „ihren“ sei und ein Repräsentant, der „sie“ vertritt und eine Verbindung zu der städtischen Politik herstellt. Diese Identifizierung von türkischen Migrantorganisationen und deren AkteurInnen lässt sich in anderen Kontexten wie z.B. den Wahlkampf von Tuna und Kaya beobachten. Dennoch nimmt Demir auch an Veranstaltungen teil, bei denen sein Migrationshintergrund keine Rolle spielt. Zum Beispiel bei einem Fußballturnier der Landespressekonferenz, das von den Grünen organisiert wird. Hier geht es darum persönliche Netzwerke zu knüpfen und aufzufrischen.

Parteivorsitz – unterschiedliche Erwartungen, Anforderungen und Zielgruppen

In Kayas Terminkalender fällt auf, dass er eine vielfältige Bandbreite von kulturellen Veranstaltungen besucht: Orts- und Stadtteilfeste, organisiert von der SPD, Schützen- und Familienfeste organisiert von Schützenvereinen und weitere Organisationen und Vereinen. Kayas Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen ist somit nicht begrenzt auf ethnisch-kulturelle Veranstaltungen. Kaya war von 2001 bis 2006 Bezirksbürgermeister in Hannover-Nord und ist seit 2011 der erste Parteivorsitzende mit Migrationshintergrund in einer Großstadt. Sein Amt als Parteivorsitzender führt zu verschiedenen Aufgaben und Funktionen. Für Peter Lösche besteht eine der Haupteigenschaften von Parteivorsitzenden in der politischen Kommunikation: „Ein Parteiführer muss reden, erklären, überzeugen, argumentieren, integrieren, Mehrheiten schaffen, Koalitionen schmieden, Kompromisse aushandeln, Konsens herstellen“ (Lösche 2005: 349). Die politische Kommunikation dient

dem Zweck, Parteiliten, Parteimitglieder und die Wählerschaft die eigenen politischen Ziele zu gewinnen. Ein Parteivorsitzender muss ein Gespür für die richtigen Netzwerke, Stimmungen und Trends, Flügelkämpfe und mögliche Intrigen in der Partei besitzen. Seine Aufgabe besteht darin, heterogene Interessen in- und außerhalb der Parteien aufzugreifen und zu versöhnen und verschiedene Erwartungen, die an die Person des Vorsitzenden gerichtet werden, gerecht zu werden. Kaya ist somit als Parteivorsitzender verpflichtet, sich breiter aufzustellen und ansprechbar für alle Parteimitglieder und WählerInnen zu sein. Eine einseitige Fokussierung auf eine ethnische Gruppe oder migrations- und integrationspolitische Themen würde seine Stellung als Parteivorsitzender delegitimieren. Seine Mitgliedschaft in Schützen- und Gartenvereinen und die regelmäßigen Besuche von Schützenfesten und anderen ähnlichen Veranstaltungen, sind ein Zeichen an die „deutsche“-Wählerschaft und die Parteimitglieder, ein Teil ihrer Lebenswelt zu sein (mehr zum Konzept der Wählbarkeit in Kap. 7 und 8). Der Migrationshintergrund als politisch relevante Kategorie spielt bei dieser Art von Veranstaltungen, wie z.B. dem Schützenfest, eine ambivalente Rolle. Einerseits repräsentiert Kaya die Rolle des Parteivorsitzenden, in der partikularistische Identifizierungen in den Hintergrund treten müssen. Andererseits ist der Migrationshintergrund als Differenzierungsmerkmal immer sichtbar. Kaya kann diese ambivalenten Erwartungen nur auflösen, in dem er die Rolle des Brückenbauers einnimmt. Diese ist anschlussfähig im kommunalpolitischen Feld, da Kaya eine Erfolgsgeschichte gelungener Integration darstellt, die mit den Integrationsparadigmen und meritokratischen Prinzipien in Deutschland übereinstimmen. Die Figur der BrückenbauerInnen werde ich in Kapitel 8 ausführlicher diskutieren.

Anders als Kaya nimmt Tuna, die ohnehin kein migrations- und integrationspolitisches Profil aufweist, an fünf kulturellen Veranstaltungen teil, die eher kunst- und musikspezifisch sind. Dies ist mit ihrer Mitgliedschaft im Kulturausschuss zu erklären, aufgrund derer sie zu Projekten und Veranstaltungen für Theater, Museen, Stadtbibliothek und die Bibliotheken in den Stadtteilen eingeladen wird. Tunas Beispiel macht erneut deutlich, dass die Zuschreibungen im Rekrutierungsprozess keinen Einfluss auf den politischen Alltag haben müssen.

Terminkalender Mehmet – kulturelle Veranstaltungen

21.11.2012 Integrationspreis 2012 für SJF-Boxcamps Laudator Mehmet

01.11.2012 Fußball Turnier: JVA IV in Preungesheim

07.05.2012 Ethnische Veranstaltung Frankfurt Gazianteplicher Derneği

09.04.2012 Türkisches Theaterstück

Terminkalender Katharina – kulturelle Veranstaltungen

23.06.2012 Parade der Kulturen/Jurymitglied

Terminkalender Burcin – kulturelle Veranstaltungen

12.08.2012: Straßenfest in der Einflugschneise

Terminkalender Jannis – kulturelle Veranstaltungen

02.09.2012: Sommerfest der griechischen Gemeinde

02.01.2012: Griechische Gemeinde

Terminkalender Gülsen – kulturelle Veranstaltungen

12.11.2012: Eröffnung des 12. türkischen Filmfestivals

23.06.2012 : Markt der Kulturen

01.05.2012: 5. Frankfurter Tourismustag

Terminkalender Lorenzo– kulturelle Veranstaltungen

03.06.2012 italienische Party für die Europawahlen

23.02.2012 Projekt "Start-Sport überwindet kulturelle Hürden"

Wie in Hannover werden die Stadtverordneten in Frankfurt zu kulturellen Veranstaltungen eingeladen. In Frankfurt wird sichtbar, dass neben türkischen Vereinen und Organisationen auch griechische und italienische Vereine und Organisationen die Stadtverordneten mit griechischem und italienischem Migrationshintergrund einladen. Ethnizität bzw. nationale Herkunft stellt somit auch für andere Herkunftsgruppen einen Faktor im politischen Alltag dar. Bemerkenswert ist, dass in den Kalendern der Frankfurter Abgeordneten, die kulturellen

Veranstaltungen mit integrations- und migrationsspezifischem Bezug überwiegen. Ethnisch-kulturelle Veranstaltungen bilden den Schwerpunkt für die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund im Jahr 2012. Mehmet und Elif werden zweimal von der Gaziantep Gemeinde Frankfurt e.V. zu einer Kultur- und Musikveranstaltung und einem türkischen Theaterstück eingeladen. Die Gaziantep Gemeinde Frankfurt e.V. ist ein türkischer Kulturverein, der sich bemüht, in Deutschland lebende Menschen aus Gaziantep (eine türkische Stadt in Südostanatolien) zusammenzubringen. Ein anderes Beispiel ist die Eröffnung des 12. türkischen Filmfestspiels, an der Gülsen teilnimmt.

Wie schon die Beispiele aus Hannover gezeigt haben, werden die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund im Kontext der ethnisch-kulturellen Veranstaltungen als Teil der migrantischen Community wahrgenommen. Dieses gilt auch für Jannis, Lorenzo, Mehmet und Elif in Frankfurt, die sehr gute Netzwerke zu griechischen und italienischen Vereinen und Organisationen pflegen. Beide Abgeordnete sind darüber hinaus Gründer und Mitglieder mehrerer griechischer und italienischer Kulturvereine. In vielen informellen Gesprächen mit den Veranstaltern ist oft ein gewisser Stolz zu hören, Stadtverordnete wie Lorenzo, Jannis, Mehmet oder Elif auf den eigenen Veranstaltungen begrüßen zu dürfen. Die InteraktionspartnerInnen sind bei diesen ethnisch-kulturellen Veranstaltungen mehrheitlich aus den Herkunftsländern der Stadtverordneten. Meist wird in der jeweiligen Herkunftssprache kommuniziert.

Zusammenfassung

Im politischen Alltag der Abgeordneten mit Migrationshintergrund nehmen kulturelle Veranstaltungen, wie auch politische Diskussionsveranstaltungen, weniger Raum ein als die parlamentarische Arbeit. Die Teilnahme bzw. die Einladungen zu kulturellen Veranstaltungen sind wie die Netzwerke der Abgeordneten mit Migrationshintergrund ein Indiz dafür, wie und in welcher Rolle sie als PolitikerInnen wahrgenommen werden. Gerade bei ethnisch-kulturellen Veranstaltungen treten ethnische Grenzziehungen in den Vordergrund. Die Abgeordneten werden von den Organisationen und Vereinen als „einer der ihren“ wahrgenommen und anerkannt. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Wahrnehmung oder Identifizierung als LokalpolitikerIn einer Partei in den Hintergrund tritt. Vielmehr ist es die relationale Verbindung zwischen der Migrationsbiographie und dem Ratsmandat, die den

Abgeordneten die nötige Anerkennung und Legitimität gibt, um von Organisationen und Vereinen wahrgenommen und eingeladen zu werden.

6.1.4 Demonstrationen und Kundgebungen

Neben politischen Diskussionsveranstaltungen nehmen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund an Demonstrationen und politischen Protesten teil. Ihre Teilnahmen sind hier sehr vielfältig. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund partizipieren an Demonstrationen gegen Rassismus, Umweltverschmutzung, nicht artgerechte Tierhaltung und für bezahlbaren Wohnraum.

Teilnahmen an Demonstrationen und Kundgebungen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover 2012

01.12.2012: Demonstration gegen das Gutscheinsystem für Asylbewerber. Unter dem Motto "Bargeld statt Gutscheine" fordert das Bündnis gegen Gutscheinsysteme, Leistungen an alle Flüchtlinge in Form von Geld auszuzahlen. Kaya und Demir nehmen an der Demonstration teil.

10.11.2012: Demonstration für artgerechte Tierhaltung unter dem Motto: „Wir haben es satt!“ Demir und Valkonen nehmen teil.

04.11.2012: Kundgebung: mit türkischem Abgeordneten zu NSU-Skandal und Türkeipolitik: Demir und Kaya nehmen teil. Demir verliest einen Text der TGN.

15.10.2012: Demonstration: Organisiert von der IG-Metall demonstrieren Nordseewerker vor der Staatskanzlei für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Kaya nimmt teil.

29.09.2012: Demonstration organisiert von Gewerkschaften und Sozialverbänden unter dem Motto: „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern!“ Valkonen, Demir, Kaya nehmen teil.

04.09.2012: Demonstration gegen Nazi Aufmarsch unter dem Motto: „Bad Nenndorf ist bunt!“ Kaya nimmt teil.

12.07.2012: Kundgebung von Greenpeace unter dem Motto: „Rettet die Arktis!“ Demir und Valkonen nehmen teil.

17.06.2012: Demonstration gegen eine Kundgebung der NPD in Hannovers Innenstadt zu dem Thema „Raus aus dem Euro – wir sind nicht der Zahlmeister Europas“. Güler liest Resolution der Grünen gegen Rechtsextremismus vor.

Teilnahmen an Demonstrationen und Kundgebungen der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt 2012

11.11.2012: Demonstration gegen Rechtsextremismus unter dem Motto: „Hünfeld Nazifrei“. Amir nimmt mit den Jusos-Hessen teil.

29.09.2012: Bundesweite Demonstration organisiert von Gewerkschaften und Sozialverbänden unter dem Motto: „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern!“ Alev nimmt mit der Didf-Jugend teil.

03.08.2012: Demonstration gegen NPD-Kundgebungen in Offenbach und Darmstadt. Amir nimmt als DGB-Mitglied teil.

31.06.2012: Kundgebung und Demonstration für bezahlbaren Wohnraum vom Aktionsbündnis für bezahlbaren Wohnraum. Burcin hält als Vorsitzende des Bündnisses eine Rede.

19.06.2012: Blockupy-Protteste gegen die Macht der Banken und die Sparpolitik. Ergül, Alev und Barbarossa nehmen teil.

01.05.2012: 1. Mai Kundgebung: Burcin nimmt an der 1. Mai Kundgebung teil

22.03.2012: Demonstration: „Inklusion ist Menschenrecht“ des Netzwerks Inklusion Frankfurt. Mehmet nimmt an Demonstration teil.

23.02.2012: Demonstration gegen die NPD/ Offenbacher Protestaktion. Amir nimmt teil.

In Hannover nehmen vier von fünf Abgeordneten mit Migrationshintergrund an mindestens acht Demonstrationen teil. In Frankfurt sind es sechs von 16 Stadtverordneten mit Migrationshintergrund, die an mindestens acht Demonstrationen bzw. Kundgebungen teilnehmen. Es überrascht nicht, dass Demir und Valkonen als Abgeordnete der Grünen in Hannover an zwei Demonstrationen bzw. Kundgebungen teilnehmen, die sich für artgerechte Tierhaltung und gegen das Sterben der Arktis einsetzen. Dies macht gerade bei Demir deutlich, dass trotz seines migrations- und integrationspolitischen Profils auch andere Themen in seinem politischen Alltag relevant sind. Auch die von den Gewerkschaften und Sozialverbänden organisierte Demonstration „UmFAIRteilen“, die von Valkonen, Demir und Kaya besucht wurde, zeigt, dass Abgeordneten mit Migrationshintergrund an breiteren sozialpolitischen Fragen interessiert sind. Ein anderes Beispiel ist die Teilnahme Kayas an einer von der IG-Metall organisierten Demonstration in der Nordseewerker vor der

Staatskanzlei, die für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrieren. Kayas Stellung als Stadtverbandsvorsitzender der SPD in Hannover bringt die Teilnahme an solchen Veranstaltungen größerer Gewerkschaften und Sozialverbänden mit sich. Es macht deutlich, dass er neben seinem migrations- und integrationspolitischen Engagement ein vielfältiges Feld an Themen und Erwartungen abdecken und ihm gerecht werden muss. Kaya interagiert mit verschiedenen städtischen AkteurInnen, in denen sein Migrationshintergrund keine Rolle spielt. Die vielfältigen Interaktionen und Netzwerke sind notwendig, um die Legitimität seines Vorsitzes zu wahren.

Auch in Frankfurt nehmen die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund an ganz unterschiedlichen Protesten teil. Die Blockupy-Proteste, bei denen gegen die „Macht der Banken“ und die Sparpolitik demonstriert wurde, wurden z.B. von Ergül, Alev und Barbarossa besucht. Den Stadtverordneten kam hier die Funktion zu, die Demonstration als RepräsentantInnen verschiedener Parteien zu beobachten und gegebenenfalls zwischen Demonstranten und Polizei zu vermitteln. Rund 20 Stadtverordnete hatten sich entsprechende Ausweise von der Polizei ausstellen lassen, welche ihnen in etwa gleiche Rechte wie Pressevertreter einräumten. Ein anderes Beispiel dafür, dass Abgeordnete mit Migrationshintergrund nicht nur an Protesten zu Migrations- und Integrationsthemen teilnehmen, ist Burcin. Sie ist die Hauptorganisatorin der Kundgebung und Demonstration für bezahlbaren Wohnraum vom Aktionsbündnis für bezahlbaren Wohnraum und hält als erste Vorsitzende des Bündnisses am 31.06.2012 eine Rede.

In dem politischen Feld von Demonstrationen und Kundgebungen kommt es zu Interaktionen mit BürgerInnen. Darüber hinaus lassen sich Interaktionen zwischen den Abgeordneten, Freunden, Bekannten und anderen PolitikerInnen beobachten. Viel wichtiger als der Marker des Migrationshintergrundes erschien mir in diesem Kontext die Präsenz als ParteipolitikerIn. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind bei Demonstrationen und Kundgebungen häufig als VertreterInnen und RepräsentantInnen ihrer Parteien unterwegs. Dies führt dazu, dass Aushandlungsprozesse in Bezug auf den Migrationshintergrund keinerlei Rolle spielen. Bei Protesten dieser Art geht es darum, Präsenz für die eigene Partei zu zeigen, die persönlichen Eigenschaften spielen eine untergeordnete Rolle. Die Teilnahme an Demonstrationen kann als ein Zeichen für das genuine Interesse von Abgeordneten gedeutet werden. Denn anders als bei den politischen Diskussionsveranstaltungen werden sie zu diesen Themen nicht eingeladen.

Dies ändert sich dann, wenn Abgeordneten bei Kundgebungen und Demonstrationen als ethnische Interessenvertreter auftreten. Am 02.11.2012 organisiert die türkische Gemeinde Niedersachsen eine Kundgebung anlässlich des Jahrestages des Auffliegens der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). BürgerInnen, Verbands- und VereinsvertreterInnen sowie VertreterInnen der verschiedenen Parteien sowie Gewerkschaften und ihrer Jugendorganisationen versammelten sich am Steintorplatz in Hannover, um der Opfer der NSU zu gedenken. Nach einer Gedenkminute für die Opfer der NSU verliest die stellvertretende Vorsitzende der TGN, Zeynep Doğrusöz, eine Erklärung der Gemeinde. An der Kundgebung nehmen neben Demir und Kaya auch weitere Abgeordnete von den Grünen, der SPD und Linken teil. Demir ergreift bei der Kundgebung das Wort und verlangt die Aufklärung und Aufarbeitung der NSU-Morde. Demir ist hier nicht nur als Repräsentant der Grünen unterwegs, sondern auch als Vorstandsmitglied der TGN. Seine Rolle als Interessenvertreter einer konstruierten türkischen Community kommt zum Vorschein, wenn er im Namen der TGN von „unseren Ängsten und Sorgen“ spricht. Gemeint und angesprochen sind hier alle Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Die NSU-Morde führen dazu, dass Demir als Kommunalpolitiker mit Migrationshintergrund stärker in den Fokus der Stadtgesellschaft rückt und als Ansprechpartner wahrgenommen wird.

Zusammenfassung

Ziel dieses Kapitels war es, einen Überblick über den politischen Alltag von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover und Frankfurt zu geben. Dabei wurde deutlich, dass der politische Alltag der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in beiden Städten sehr vielfältig ist. Es lassen sich verschiedene politische Handlungsarenen ausmachen. Neben der parlamentarischen Tätigkeit, nehmen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund an politischen Diskussionsveranstaltungen, kulturellen Veranstaltungen und Demonstrationen bzw. Kundgebungen teil. Der parlamentarische Alltag nimmt dabei mit Abstand den größten Raum ein (vgl. Kap. 6.2). Dabei unterscheiden sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in ihrer thematischen Positionierung, in dem Umfang ihres Engagements und in ihren Netzwerken. In beiden Städten lassen sich Abgeordnete mit migrations- und integrationspolitischem Profil finden. Dieses äußert sich in der Teilnahme an politischen Diskussionsveranstaltungen mit integrations- und migrationspolitischen Themen und Einladungen zu ethnisch-kulturellen Veranstaltungen. In beiden Städten konzentrieren

sich die migrations- und integrationspolitischen Veranstaltungen allerdings auf einige wenige Abgeordnete mit Migrationshintergrund. Das spricht dafür, dass die ethnischen Ressourcen, wie Netzwerke in Migrantenorganisationen unterschiedlich verteilt sind.

Es lassen sich Handlungsarenen ausmachen, in denen ethnische Grenzziehungen zu beobachten sind und welche, in denen sich diese nicht beobachten lassen. Einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind als BrückenbauerInnen gefragt, wenn es um migrations- und integrationspolitische Veranstaltungen geht (vgl. Kap.6.4).

Debatten über die Themen Islam, Islamismus, Terrorismus, Islamophobie, Diskriminierung und Rassismus schaffen eine Nachfrage nach authentischen AnsprechpartnerInnen. Parteien, Organisationen und andere städtische AkteurInnen schaffen durch Veranstaltungen und mediale Präsenz eine Öffentlichkeit, in der sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund zu den oben angeführten Themen positionieren können. Sie eignen sich aus mehreren Gründen als AnsprechpartnerInnen. Erstens wird die Migrationsbiographie von den städtischen AkteurInnen als entscheidendes Merkmal der Authentizität und Glaubwürdigkeit wahrgenommen. Das Merkmal des Migrationshintergrundes weist die Abgeordneten dabei als ExpertInnen aus und stellt eine Verbindung zu bestimmten Kategorien und politischen Themen her z.B. zu Muslimen, Türken, Migranten, Ausländern etc. Diese Expertise wird zumeist von außen zugeschrieben und deckt sich in einigen Fällen mit von den Abgeordneten selbst erlebten Erfahrungen im Umgang mit Migrations- und Integrationsfragen.

Ethnische Grenzziehungen lassen sich vor allem auf kulturellen Veranstaltungen beobachten, die von religiösen Migrantenorganisationen organisiert werden. Doch es lassen sich andere kulturelle Veranstaltungen, wie Stadtteilstefen, Sportveranstaltungen sowie Veranstaltungen von Schützenvereinen finden, in denen ethnische Grenzziehungen eine untergeordnete oder keine Rolle spielen.

Nicht alle Abgeordneten mit Migrationshintergrund haben ein migrations- und integrationspolitisches Profil. Einige von ihnen besetzen andere politische Schwerpunkte. Die Abwesenheit einiger Abgeordneter bei politischen Veranstaltungen oder anderen politischen Handlungsarenen macht deutlich, dass durchschnittliche lokale Abgeordnete eben keine öffentlichen AkteurInnen sind, die zu Veranstaltungen eingeladen werden oder eine mediale Präsenz aufweisen. Alle Abgeordneten mit Migrationshintergrund treffen in den beiden Städten auf verschiedene InteraktionspartnerInnen, die verschiedene Erwartungen an die

Abgeordneten mit Migrationshintergrund stellen, die unterschiedliche Identifizierungen initiieren und denen sie mit unterschiedlichen Handlungsstrategien begegnen. Einige der Abgeordneten finden im städtischen Kontext migrations- und integrationspolitische Räume vor, in denen sie agieren und sich positionieren können. Es lässt sich ein Zusammenspiel zwischen der Positionierung im integrationspolitischen Feld und der Nachfrage nach authentischen AnsprechpartnerInnen beobachten.

Im Anschluss werden exemplarisch drei unterschiedliche Handlungsarenen dargestellt, um die Varianz der Positionen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund deutlich zu machen, die sich zwischen Nähe und Distanz zum Migrationshintergrund bewegen.

6.2 Die substantielle Repräsentation: Alltag in den Stadtparlamenten

Eine der zentralen Diskussionslinien in der politischen und wissenschaftlichen Debatte über die politische Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund bezieht sich auf die Frage, ob und wodurch sich die Interessen und Perspektiven dieser Gruppe im parlamentarischen Handeln gewählter Repräsentanten gleicher Herkunft bzw. Gruppenzugehörigkeit widerspiegeln. Ähnlich gilt das für die wissenschaftliche Diskussion über die Repräsentation von Frauen (Childs/Lovenduski 2012). Eine substantielle Repräsentation ist nach Pitkin dann gegeben, wenn die RepräsentantInnen: „acting in the interest of the represented, in a manner responsive to them“ (Pitkin 1967: 209). Für Pitkin sind die politischen Handlungen („Acting for“-Motive) von RepräsentantInnen von größerer Bedeutung als deren deskriptive bzw. soziale Eigenschaften („Standing for“-Merkmale). In Bezug auf die Repräsentation von Frauen vertritt Phillips in ihrem Buch „The Politics of Presence“ die These, dass Frauen aufgrund der alltäglichen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung andere Interessen vertreten als ihre männlichen Parlamentskollegen (Phillips 1998: 229). Empirisch konnte nachgewiesen werden, dass ParlamentarierInnen eher die Prioritäten der WählerInnen vertreten und eher der Sozial- und Familienpolitik einen höheren Stellenwert einräumen (Wängnerud 2009: 62). In Bezug auf die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund können erste empirische Befunde zeigen, dass:

„diese Parlamentarier mit Migrationshintergrund ein breites Policy-Spektrum abdecken. Gemein ist den Themenbereichen jedoch, dass sie häufig auch migrationspezifische Probleme behandeln“ (Schmitz/Wüst 2011: 141).

Wüst et al. haben in ihren Studien die substantielle Repräsentation der MigrantInnen durch PolitikerInnen mit Migrationshintergrund in Parlamenten auf der Landes- und Bundesebene untersucht (Saalfeld/Wüst 2011; Schmitz/Wüst 2011). Auf der kommunalen Ebene gibt es keine empirischen Erkenntnisse zum parlamentarischen Handeln von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund. Dies ist bemerkenswert, da gerade die lokale Ebene durch die strukturelle Nähe schnellere, bessere und unmittelbar erfahrbare Eingriffs- und Mitwirkungsmöglichkeiten für BürgerInnen bieten. Die lokalen Strukturen stellen somit Interaktion bzw. Kontaktflächen zwischen den lokalen Verwaltungsorganen, städtischer Politik und den BürgerInnen her (Bogumil/Holtkamp 2007: 9). Auf inhaltlicher Ebene wird eine „größere Problemnähe sowohl der kommunalen Entscheidungsträger als auch

(aufgrund guter Ortskenntnisse) der Bürger vermutet (Holtkamp 2007: 40). Diese Nähe, so könnte man vermuten, schlägt sich in den Anträgen und Anfragen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund nieder, da der direkte Kontakt mit den BürgerInnen gewährleistet ist. Studien in den USA zeigen, dass Abgeordnete ethnischer Minderheiten Themen von und für ethnische Minderheiten in ihre politische Arbeit integrieren. Andere Studien weisen darauf hin, dass es zu de-ethnisierenden Strategien im parlamentarischen Handeln von PolitikerInnen ethnischer Minderheiten kommt (McCormick/Jones 1993). Collett findet in seiner Studie eine Mischung aus komplexen Strategien von Abgeordneten ethnischer Minderheiten, die je nach Kontext zwischen ethnisierenden und de-ethnisierenden Strategien bei der Wählermobilisierung variieren (Collet 2008: 772). Allerdings ist dies aus politikwissenschaftlicher Sicht keineswegs selbstverständlich. Traditionelle Modelle parteipolitischer Repräsentation blenden beispielsweise den sozial-kulturellen Hintergrund der einzelnen Abgeordneten aus, weil davon ausgegangen wird, dass die Parteien die ParlamentarierInnen in ihre Ämter bringen und diese auf das Parteiprogramm verpflichtet werden. Insofern dürfte es aus dieser Perspektive nur wenig Unterschied machen, ob „Katholiken durch Katholiken, Frauen durch Frauen oder MigrantInnen durch MigrantInnen vertreten werden“ (Wüst 2011: 117).

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, ob und inwieweit die Abgeordnete mit Migrationshintergrund in den Stadtparlamenten im Interesse der Menschen mit Migrationshintergrund handeln. Es geht um den möglichen Zusammenhang zwischen dem Migrationshintergrund der Abgeordneten und der politischen Praxis in den Stadtparlamenten.

Es liegen allerdings keine empirischen Daten zu den Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den beiden Städten vor. Ich ziehe hier keine spezifischen politischen Forderungen heran. Interessen in diesem Kontext sind eine breite Kategorie, in der es um Belange von MigrantInnen in verschiedenen politischen Bereichen geht, wie z.B. Bildung und Arbeit. Ich gehe davon aus, dass die Besetzung von Integrations- und Migrationsausschüssen, migrations- und integrationspolitische Inhalte in Anfragen, Zwischenfragen und Anträgen in den Stadtparlamenten, Indizien dafür sind, ob und inwieweit die Abgeordnete mit Migrationshintergrund sich für migrationspolitische Anliegen und Belange der MigrantInnen engagieren. Im Umkehrschluss gehe ich davon aus, dass keinerlei migrations- und integrationspolitische Bezüge in der parlamentarischen Arbeit ein

Zeichen dafür sind, dass spezifische Migranteninteressen für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in diesem Kontext eine untergeordnete Rolle spielen.

6.2.1 Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt und Hannover

Die Ausschüsse in den Stadtparlamenten haben die Funktion, über die vielfältigen politischen Entscheidungen einer Stadt zu beraten und Vorentscheidungen zu treffen, die dann im Stadtparlament zur Abstimmung gestellt werden. Auf Grundlage der Gemeindeordnungen kann jede Stadt verschiedene Ausschüsse innerhalb der parlamentarischen Arbeit etablieren. Ein Ausschuss tagt einmal monatlich und wählt aus seinen Reihen eine/n Vorsitzende/n. Die Zusammensetzung der Ausschüsse entspricht den Mehrheitsverhältnissen des Rates oder der Stadtverordnetenversammlung. Die Ausschusssitzungen werden von Verantwortlichen aus der Verwaltung sowie zuständigen Dezernenten oder einer Vertretung begleitet, um den Ausschuss über neue Vorhaben, aktuelle Probleme, Zwischenbilanzen und andere Angelegenheit aus dem Zuständigkeitsbereichs des jeweiligen Ausschusses zu informieren.

Alle Abgeordneten beraten sich nach den Wahlen innerhalb ihrer Fraktionen, in welchen Ausschüssen sie politisch arbeiten wollen. Dabei spielen neben internen parteipolitischen Erwägungen und strategischen Entscheidungen, die persönlichen politischen Präferenzen der Abgeordneten eine Rolle. Die Besetzung von bestimmten Ausschüssen gibt somit Aufschluss über ihre politische Profilierung und Positionierung. Dabei können die Abgeordneten mehrere Ausschüsse gleichzeitig besetzen. Wieviel Ausschüsse jeder Abgeordnete besetzt, entscheidet sich nach Absprache innerhalb der Parteien. Der Umfang des Engagements in den Ausschüssen und darüber hinaus hängt auch von beruflichen und privaten Umständen ab.

Neben den Ausschusssitzungen haben die Abgeordneten Stadtrats- und Fraktionssitzungen, Treffen mit der Orts- oder Bezirksgruppe der jeweiligen Parteien.

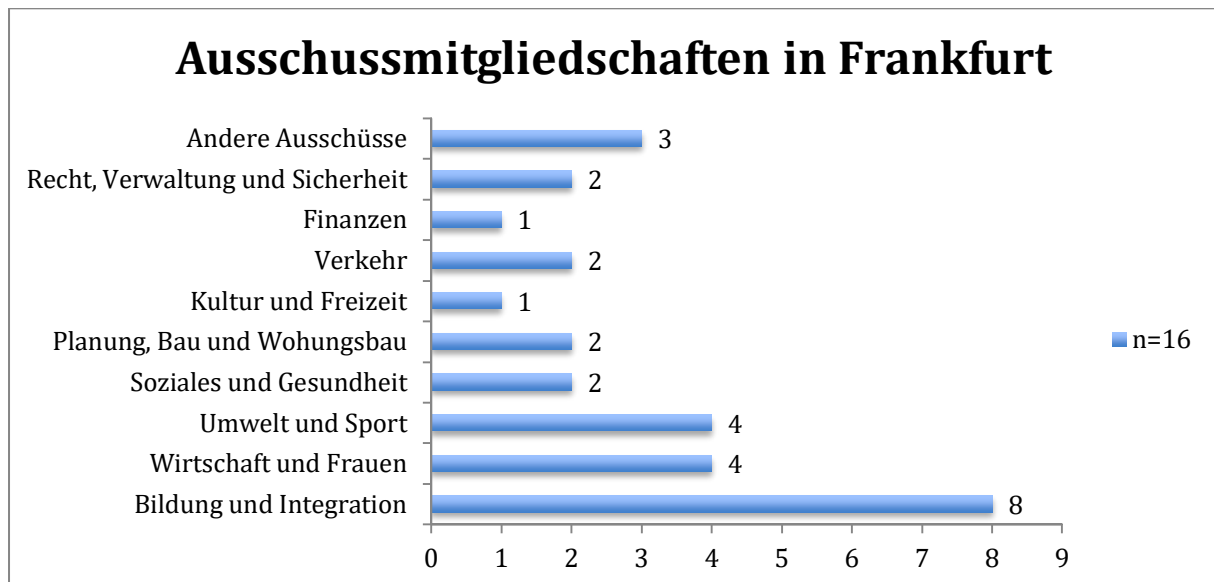
Die Stadt Frankfurt verfügt über folgende elf Ausschüsse:

- Ältestenausschuss,
- Wirtschaft und Frauen,
- Recht, Verwaltung und Sicherheit,
- Finanzen,

- Verkehr,
- Kultur und Freizeit,
- Soziales und Gesundheit,
- Verkehr,
- Finanzen,
- Planung, Bau und Wohnungsbau,
- Bildung und Integration.

In Frankfurt variiert die Anzahl der Mitgliedschaften zwischen einem und fünf Ausschüssen. Im Durchschnitt besetzen sie zwei Ausschüsse.

Tabelle 3: Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt



Betrachtet man die inhaltlichen Schwerpunkte der Abgeordneten mit Migrationshintergrund (Tabelle 1) so fällt auf, dass die Hälfte (acht von 16) neben anderen Ausschüssen den Ausschuss für Bildung und Integration besetzen.

In den Ausschüssen Umwelt und Sport und Wirtschaft und Frauen sitzen jeweils vier Abgeordnete mit Migrationshintergrund. Auch Wüst und Saalfeld kommen zum Ergebnis, dass:

„die Politikschwerpunkte der Abgeordneten, gemessen an Ausschussmitgliedschaften und den schriftlichen Fragen, ein leichtes Übergewicht vermeintlich migrationsnaher im Vergleich zu migrationsfernen Feldern aufweisen“ (Saalfeld/Wüst 2011: 327).

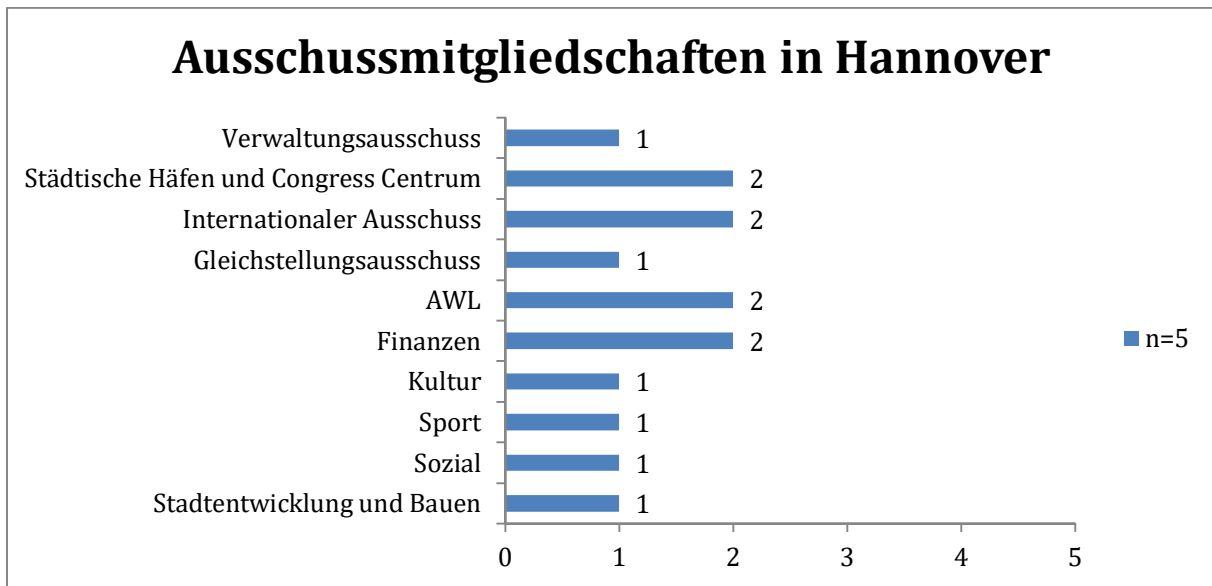
Betrachtet man das Gesamtbild, dann bleibt dennoch festzuhalten, dass in allen elf Ausschüssen Abgeordnete mit Migrationshintergrund sitzen. Die Besetzung der Ausschüsse macht deutlich, dass sich nicht alle Abgeordneten zwangsläufig in einem migrations- und integrationspolitischen Ausschuss engagieren.

Der Rat der Stadt Hannover besitzt folgende 16 Ausschüsse:

- Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen
- Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
- Organisations- und Personalausschuss
- Sozialausschuss
- Sportausschuss
- Kulturausschuss
- Finanzausschuss
- Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten (AWL)
- Gleichstellungsausschuss
- Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation
- Schulausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Betriebsausschuss Städtische Häfen und Hannover Congress Centrum
- Betriebsausschuss für Stadtentwässerung

In Hannover werden die Ausschüsse städtische Häfen und Hannover Congress Centrum, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten (AWL) und der Internationale Ausschuss mit jeweils zwei Sitzen am meisten besetzt. Zählt man zu den Ausschüssen Kultur, Sport, Soziales, Gleichstellung, den internationalen Ausschuss hinzu, dann sind auch hier inhaltliche Schwerpunkte in der Sozialpolitik zu finden. Insgesamt besetzen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund zehn von 16 Ausschüssen. Migrations- und integrationspolitische Inhalte werden in dem internationalen Ausschuss verhandelt. Bemerkenswert ist, dass kein/e Abgeordnete/r mit Migrationshintergrund im Schulausschuss sitzt, da Bildung eine der zentralen Bereiche ist, in dem häufig migrations- und integrationspolitische Themen debattiert werden. Es lässt sich somit keine eindeutige Konzentration der Interessen feststellen.

Tabelle 4: Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover



Bemerkenswert ist, dass zwei Abgeordnete mit Migrationshintergrund Mitglieder des Finanzausschusses sind und eine der zwei in dem Verwaltungsausschuss sitzt. Beide Ausschüsse gelten als die wichtigsten Ausschüsse im Rat der Stadt Hannover. Man kann daher argumentieren, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund nicht nur im sozialpolitischen Bereich vertreten sind, sondern dass sie die Haushalts- und Finanzpolitik Hannovers mitgestalten.

Migrations- und integrationspolitische Ausschussmitgliedschaften: Zwischen Profilierung und Abgrenzung

Wie in vielen anderen Städten Deutschlands haben Hannover und Frankfurt migrations- und integrationspolitischen Themen institutionalisiert, indem dazugehörige Ausschüsse in den Stadtparlamenten eingerichtet wurden. In Frankfurt ist das Thema Integration gekoppelt an die Bildungspolitik. Auf der Homepage der Stadt Frankfurt heißt es, dass der Ausschuss für Bildung und Integration:

„Unter anderem über Angelegenheiten und Belange aus den Bereichen, Schule, Volkshochschule, Kindertagesstätten, Stadtbüchereien berät und entscheidet. Des Weiteren befasst er sich mit Angelegenheiten, die ausländische MitbürgerInnen und Mitbürger sowie Aussiedler und Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, betreffen“ (Frankfurt 2015).

Welche Angelegenheiten das genau sind und ob diese Angelegenheiten sich von denen der Menschen ohne Migrationshintergrund unterscheiden, wird nicht näher erläutert. Es bleibt lediglich festzuhalten, dass Angelegenheiten behandelt werden, die die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen. Die Mitgliedschaft in dem Ausschuss für Bildung und Integration legt somit erst einmal nahe, dass sich knapp die Hälfte der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt für diesen politischen Bereich interessieren.

In Hannover ist der Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation aus dem Migrationsausschuss hervorgegangen. Dort heißt es auf der Homepage, dass in dem internationalen Ausschuss:

„Angelegenheiten der MigrantInnen und Migranten; Angelegenheiten, die in Federführung des Sachgebietes „Integration, Politik und Verbände“ (Büro Oberbürgermeister) erarbeitet werden; Vergabe von Beihilfen für die Arbeit mit MigrantInnen und Migranten und die Vergabe aus Mitteln des Interventionsfonds. Neu dazu kommen die Angelegenheiten der Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte, Europaangelegenheiten sowie die internationale Kooperation“ (Hannover 2015).

Auffällig ist, dass der Ausschuss in Hannover seinen Aufgabenbereich erweitert hat. Die Kompetenzen für Europaangelegenheiten und die internationale Kooperation zeigen, dass transnationale Beziehungen in der Wahrnehmung der politischen AkteurInnen an Bedeutung gewonnen haben.

In den Interviews wird deutlich, dass einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund bewusst Migrations- bzw. Integrationsausschüsse besetzen, da sie sich als ExpertInnen für migrations- und integrationspolitische Fragen wahrnehmen. Exemplarisch steht dafür Aussage eines Stadtverordneten aus Hannover:

„Ich habe mich für den Ausschuss Bildung und Integration entschieden, weil ich mich mit dem Thema der Integration, schon seitdem ich denken kann, beschäftige. Egal ob ich für meine Eltern dolmetschen musste oder mit meinen Großeltern einkaufen war. Ich habe mich auch in das Thema eingelesen auch meine Tätigkeiten vorher hatten mit diesem Thema zu tun. Und ich habe auch dadurch, dass ich Migrant bin auch so eine gewisse Empathie einfach auch, ich glaube das ist nicht zu unterschätzen. Das ist nicht ausschlaggebend nicht ausschließlich aber es ist halt auch ein wichtiger Faktor glaube ich. Ich kenne die Probleme und die Menschen“ (Interview mit D.).

Viele der Abgeordneten in Hannover und Frankfurt sehen ihre Migrationsbiografie als Legitimation an, um in dem Bereich der Migrations- und Integrationspolitik als ExpertInnen anerkannt zu werden. Dieses zeichnet sich durch Kenntnisse der jeweiligen Herkunftsgruppe

aus. Diese Kenntnisse können bestimmte Netzwerke zu Migrantenorganisationen und Eliten, Wissen über religiöse Bräuche und Feiertage, rechtliche und soziale Stellungen sowie Probleme von MigrantInnen innerhalb des städtischen Lebens sein. Empathie wird in diesem Zusammenhang häufig genannt. Es macht deutlich, dass das Engagement in der Integrationspolitik eine emotionale Dimension hat, in der es um Verständnis und Einfühlbarkeit für die Menschen mit Migrationshintergrund geht.

Für die Auswahl der Ausschüsse spielen neben den eigenen Motiven die wahrgenommenen Zuschreibungen durch die Parteien eine entscheidende Rolle.

Mit Zuschreibungen sind Aufgaben- und Kompetenzbereiche gemeint, die den Abgeordneten mit Migrationshintergrund zugewiesen werden. Exemplarisch steht dafür die Aussage eines türkeistämmigen Abgeordneten in Hannover:

„Es gibt Anfragen für Veranstaltungen in Moscheen und Migrantenorganisationen, die immer an mich weitergeleitet werden. Oft kenne ich natürlich auch die Organisatoren dieser Veranstaltungen. Oder manchmal fragen mich die Mitglieder in der Partei, was sie zu beachten hätten, wenn sie in eine Moschee gehen oder mit Muslimen reden. Oder wenn die türkische Presse eine Frage hat, werden sie immer zu mir geschickt und ich kümmere mich darum“ (Interview mit M.).

Die Parteien sind somit mitbeteiligt an der Konstruktion des Migrationshintergrundes als politische Kategorie. Der Migrationshintergrund kann nur zu einer Ressource für die Abgeordneten werden, wenn die Parteien diesen als solchen erkennen. Dabei werden Anfragen für migrations- und integrationspolitische Veranstaltungen und die Kommunikationen mit Migrantenorganisationen an die Abgeordneten mit Migrationshintergrund delegiert. Einige Abgeordnete berichten, dass die Partei bei der Vergabe von Ausschüssen automatisch davon ausgeht, dass sie migrations- und integrationspolitische Ausschüsse besetzen.

„Als es dann um die Ausschüsse ging, war für die Fraktion von Anfang an klar, dass ich das mache. Die wussten, dass ich in diesem Bereich Ahnung habe“ (Interview mit G.).

Die Besetzung von Ausschüssen entsteht in einem wechselseitigen Prozess zwischen Motiven, Selbstverständnissen und Zuschreibungen durch Parteien. Abgeordnete, die vor ihrem Ratsmandat ein migrations- und integrationspolitisches Profil aufwiesen, besetzen später integrations- und migrationspolitische Ausschüsse.

Einige Abgeordnete wiederum wählen andere Ausschüsse, um sich von der Migrations- und Integrationsthematik abzugrenzen. Eine Abgeordnete aus Hannover, die sich bewusst gegen den internationalen Ausschuss entschieden hat, begründet ihre Entscheidung indem sie ausführt:

„Das habe ich bewusst gewählt. Das habe ich ja schon während des Wahlkampfes gemacht, dass ich mich nicht für Themen stark gemacht habe, die so klassische Felder sind, wo man eigentlich Menschen mit Migrationshintergrund sozusagen vermutet oder meint, dass die am ehesten solche Themen besetzten sollten und könnten“ (Interview mit T.).

Viele der Abgeordneten mit Migrationshintergrund haben bestimmte Annahmen darüber, was von ihnen erwartet wird. Der Verweis auf die „klassischen Felder“ zeigt, dass es Annahmen darüber gibt, wo PolitikerInnen mit Migrationshintergrund normalerweise verortet werden. Diese Erwartungen führen nicht immer zu einer Übernahme dieser Rolle, sondern in einigen Fällen zu einer Abgrenzung davon. Die Identifizierung von erwarteten Rollenbildern oder die Abgrenzungen sind eine Reaktion auf Erwartungen, die innerhalb der Parteien wahrgenommen werden.

Es bleibt festzuhalten, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in beiden Städten Migrations- und Integrationsausschüsse besetzten. In Frankfurt wird dieser Ausschuss am häufigsten besetzt. In Hannover sind es immerhin zwei von fünf Abgeordneten. Die Mitgliedschaft in migrations- und integrationspolitischen Ausschüssen kommt durch ein Zusammenspiel zwischen wahrgenommenen Parteierwartungen und dem Selbstverständnis zustande. Doch nicht alle Abgeordneten mit Migrationshintergrund engagieren sich in Migrations- und Integrationsausschüssen. Einige grenzen sich von diesen Rollenerwartungen bewusst ab.

In einem ersten Schritt lassen sich durch die Mitgliedschaften in Ausschüssen politische Präferenzen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund für bestimmte Themenfelder erkennen. Aussagen über die substantielle Repräsentation lassen sich dadurch noch nicht ableiten. In einem zweiten Schritt soll daher der Frage nachgegangen werden, ob und wie sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund zu integrations- und migrationspolitischen Themen in den Stadtparlamenten äußern.

6.2.2 Migrations- und integrationspolitische Themen in den Stadtparlamenten

In den Stadtparlamenten setzen sich die integrations- und migrationspolitischen Beiträge aus mehreren Komponenten zusammen. Sie bestehen neben Anträgen und Anfragen aus Zwischenfragen, die Abgeordnete bei den Reden anderer Abgeordneter stellen können. Russo und Wiberg haben parlamentarische Anfragen von 17 europäischen Parlamente miteinander verglichen und kommen zu dem Ergebnis, dass PolitikerInnen Anfragen nutzen, um ihre persönliche Reputation zu steigern und um zu zeigen, dass sie sich um die Belange der WählerInnen kümmern (Russo/Wiberg 2010: 217 ff.). Viele der Abgeordneten mit Migrationshintergrund dokumentieren ihre Anfragen mittlerweile auf ihren persönlichen Webseiten. Die Dokumentation macht deutlich, dass die Abgeordneten ihren WählerInnen die Möglichkeit geben wollen, Einblicke in ihre parlamentarische Arbeit zu bekommen. Im Gegensatz zu anderen empirischen Studien (Schmitz/Wüst 2011; Saalfeld 2012), die sich nur mit den schriftlichen Anfragen der PolitikerInnen mit Migrationshintergrund beschäftigen, habe ich mich entschieden, auch kleinere Zwischenfragen in meine Analyse einzubeziehen, da sie einen Aufschluss darüber geben, zu welchen Themen sich die Abgeordnete mit Migrationshintergrund äußern. Sicherlich könnte man einwenden, dass ein Antrag oder eine Anfrage ein stärkeres Gewicht hat als eine Zwischenfrage bei einer Rede. Dennoch können einfache Fragen oder Zwischenfragen in einer parlamentarischen Debatte ein Mittel sein, um Aufklärung über bestimmte Themen zu fordern, Kritik zu äußern, seine eigene Expertise zu zeigen und andere Abgeordnete in Bedrängnis zu bringen. Des Weiteren werden Anträge mit in die Analyse einbezogen. Das scheint auf den ersten Blick überflüssig zu sein, da Anträge meistens nur von den Fraktionen eingereicht werden.⁶ Aus Anträgen folgen jedoch viele Anfragen und Zwischenfragen. Sie sind ein Produkt vorausgegangener Debatten und Diskurse, die in den Stadtparlamenten geführt werden. Einige der Anträge werden auf Initiative der Abgeordneten mit Migrationshintergrund eingereicht oder sie sind maßgeblich an der Formulierung der Anträge beteiligt. Zudem ist es interessant zu sehen, von wem und auf welche Art und Weise der Migrationshintergrund als politisch relevante Kategorie konstruiert wird, wenn sich die Anfragen und Anträge nicht explizit an die Menschen mit Migrationshintergrund beziehen.

⁶ Nach § 56 des niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat „jedes Mitglied der Vertretung das Recht, in der Vertretung und in den Ausschüssen, denen es angehört, Anträge zu stellen; die Unterstützung durch andere Mitglieder der Vertretung ist dazu nicht erforderlich.“

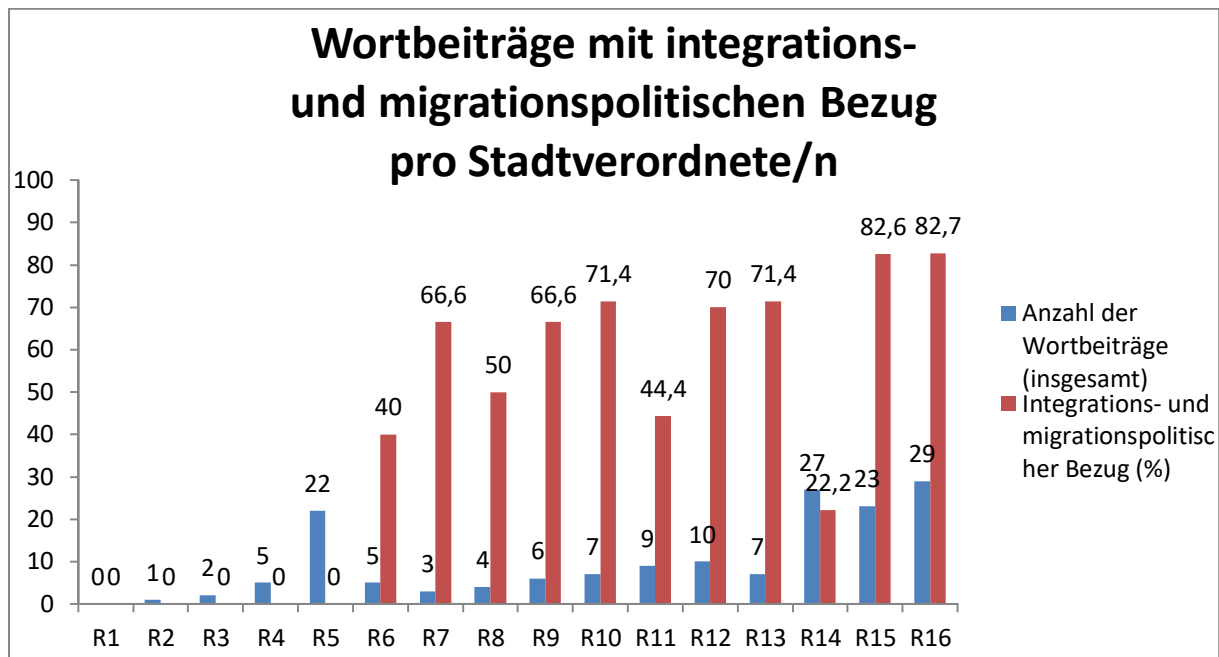
Dem Themenfeld der Migrations- bzw. Integrationspolitik werden im Folgenden alle Themen zugeordnet, in denen spezifische Belange von Menschen mit Migrationshintergrund in Frankfurt behandelt werden.⁷ Sicherlich lässt sich einwenden, dass alle Anträge, die in der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden, für alle BewohnerInnen in Frankfurt und Hannover gelten und somit auch für Personen mit Migrationshintergrund (wenn z.B. ein Freibad oder eine Umgehungsstraße gebaut werden soll, dann betrifft das alle in Frankfurt lebenden Menschen). Es gibt allerdings Themen, die von den kommunalen AkteurInnen als spezifische Belange der Menschen mit Migrationshintergrund gerahmt und konstruiert werden. Dies können Fälle von Rassismus und Diskriminierung, der Status von verschiedenen MigrantInnen und Flüchtlingen, Gerechtigkeits- und Gleichheitsfragen usw. sein. Ich orientiere mich bei der Auswahl der Themen, die unter die Kategorie der Integrations- und Migrationspolitik fallen, an den Wortbeiträgen, die direkten Bezug auf die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund nehmen. Darüber hinaus werden alle Wortbeiträge analysiert, die zwar keinen direkten migrations- und integrationspolitischen Bezug haben, in denen dennoch Personen mit Migrationshintergrund adressiert bzw. erwähnt werden, wie z.B. in Haushaltsdebatten oder Diskussionen über Infrastrukturmaßnahmen.

6.2.3 Anzahl der Wortbeiträge in Frankfurt

Die Gesamtzahl der Wortbeiträge der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung beträgt 160. Davon haben 80, also 50%, einen migrations- bzw. integrationspolitischen Bezug. Jeder Stadtverordnete mit Migrationshintergrund kommt demnach im Durchschnitt auf fünf Wortbeiträge, die sich mit migrations- bzw. integrationspolitischen Fragen beschäftigen. Im Vergleich dazu haben sich 45 Abgeordnete ohne Migrationshintergrund 163-mal zu integrations- und migrationspolitischen Themen geäußert, was im Durchschnitt 3,6 Wortbeiträge pro Ratsmitglied sind. Es lässt sich in einem ersten Schritt festhalten, dass die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund im Durchschnitt öfter zu migrations- und integrationspolitischen Themen Stellung beziehen als Stadtverordnete ohne Migrationshintergrund.

⁷ Zu dieser Gruppe gehören AusländerInnen, Asylsuchende, Flüchtlinge und eingebürgerte Menschen mit Migrationshintergrund mit mindestens einem Elternteil, dass in einem anderen Land geboren ist.

Tabelle 5: Wortbeiträge mit integrations- und migrationspolitischen Bezug



Die Anzahl der Wortbeiträge mit migrations- bzw. integrationspolitischem Bezug macht deutlich, dass das Thema einen relativ hohen Stellenwert bei den Stadtverordneten mit Migrationshintergrund einnimmt. Wie in Tabelle 3 deutlich wird, haben die Wortbeiträge von zehn Stadtverordneten mit Migrationshintergrund mindestens einen Integrations- bzw. migrationspolitischen Bezug. Sieben Stadtverordnete mit Migrationshintergrund beschäftigen sich in mehr als der Hälfte aller ihrer Wortbeiträge mit Integrations- bzw. migrationspolitischen Themen. Es liegt nahe, dass die Abgeordnete mit Migrationshintergrund, die in dem Ausschuss für Bildung und Integration sitzen, Anträge, Anfragen und Zwischenfragen in diesem Themenfeld einbringen. Daher überrascht es nicht, dass 67 der 80 Wortbeiträge mit integrations- bzw. migrationspolitischem Bezug von Stadtverordneten mit Migrationshintergrund kommen, die in dem Ausschuss für Bildung und Integration sitzen. Doch wäre es zu kurz gedacht, wenn man die Anzahl der Wortbeiträge mit migrations- und integrationspolitischen Bezügen nur auf die Mitgliedschaft in dem Ausschuss für Bildung und Migration zurückführte. Zieht man in Betracht, dass vier der acht Stadtverordneten mit Migrationshintergrund, die in dem Ausschuss für Bildung und Integration sitzen, zusätzlich im Ausschuss für Wirtschaft und Frauen und jeweils zwei im Ausschuss für Umwelt und Sport, Recht und Sicherheit sowie Soziales und Gesundheit sitzen, wird klar, dass der migrations- und integrationspolitische Bezug in den Beiträgen trotz der Mitgliedschaft in anderen Ausschüssen überwiegt. Des Weiteren machen die Ergebnisse

deutlich, dass die Themen Integration und Migration nicht für alle Stadtverordneten eine wichtige Rolle spielen. Fünf der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund haben keinen integrations- und migrationspolitischen Bezug in ihren Wortbeiträgen.

Unterschiede zwischen Stadtverordneten mit und ohne Migrationshintergrund

Vergleicht man die Anzahl der Wortbeiträge der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund und ohne Migrationshintergrund dann fällt auf, dass sich die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund im Durchschnitt weniger zu Wort melden als Stadtverordnete ohne Migrationshintergrund. In einer Stichprobe von 16 Stadtverordneten ohne Migrationshintergrund lassen sich 278 Wortmeldungen zählen, was 17,3 Wortbeiträge pro Stadtverordneter bedeutet. Zum Vergleich kommen die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund auf insgesamt 160 Wortmeldungen und 10 Wortbeiträge pro Stadtverordneten. Ich halte es für plausibel, dass der Unterschied mit der Dauer des ausgeübten Mandats und somit den parlamentarischen Erfahrungen zusammenhängt. Vergleicht man nämlich die Jahre der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung, dann kommen die Stadtverordneten ohne Migrationshintergrund auf 9,6 Jahre im Durchschnitt, wobei die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund auf lediglich 5,3 Jahre kommen.

Es lässt sich argumentieren, dass die Dauer der Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung zu mehr politischen Erfahrungen führt und diese mit der Anzahl der Wortmeldungen zusammenhängen. Zwölf Stadtverordnete mit Migrationshintergrund hatten vor den Kommunalwahlen im Jahre 2011 keinerlei parlamentarische Erfahrung. Neben dem fehlenden Wissen über die Abläufe und Strukturen der parlamentarischen Arbeit haben die Abgeordnete möglicherweise noch die Scheu oder Angst etwas falsch zu machen. Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man die Anzahl der Wortbeiträge einzelner Abgeordneter mit Migrationshintergrund untereinander vergleicht. Die Abgeordneten sind unterschiedlich aktiv in ihrer parlamentarischen Arbeit und insbesondere in ihren Wortbeiträgen. Die Anzahl bewegt sich zwischen null und 29 Wortbeiträgen pro Abgeordneten. Diese Schwankungen können neben der Dauer der Mitgliedschaft im Parlament mehrere Gründe haben: Erstens wollen sich möglicherweise einige Abgeordnete durch die Anzahl der Wortmeldungen profilieren. Andere wiederum überlassen die Bühne gerne anderen Abgeordneten. Einige Abgeordnete sind evtl. aktiver in Ausschüssen und

internen Parteigremien. Schließlich können Hierarchien und Machtpositionen innerhalb der Fraktionen Gründe für die Anzahl von Wortbeiträgen der Abgeordnete mit Migrationshintergrund sein.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass sich die Abgeordnete mit Migrationshintergrund für das Themenfeld der Migrations- und Integrationspolitik interessieren. Es reicht allerdings nicht aus, die Wortbeiträge aller Abgeordnete mit Migrationshintergrund zusammenzuzählen und als Indiz für die Vertretung von Migranteninteressen zu nehmen. Dies würde zur Schlussfolgerungen führen, dass alle Abgeordneten mit Migrationshintergrund eine homogene Gruppe mit ähnlichen politischen Interessen bilden und alle im gleichen Maße Migranteninteressen verfolgen. Es wäre möglich, dass sich die Abgeordnete mit Migrationshintergrund gegen migrantische Interessen aussprechen. Es ist notwendig, die Wortbeiträge der Abgeordnete mit Migrationshintergrund genauer zu analysieren, um zu verstehen welche Themen genau behandelt werden, ob, wann und auf welche Art und Weise der Migrationshintergrund als politisch relevante Kategorie in der parlamentarischen Arbeit konstruiert wird. Wird die eigene oder familiäre Einwanderungsgeschichte genutzt, um den Anträgen und Wortbeiträgen ein anderes Gewicht zu verleihen? Ich werde die Wortbeiträge im Folgenden Abschnitt ausführlich analysieren, zunächst werde ich noch auf die Wortbeiträge in Hannover eingehen.

6.2.4 Anzahl der Wortbeiträge in Hannover

Die starke Fluktuation und die geringe Fallzahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover machen es schwer, die Anzahl der Wortbeiträge mit denen der Abgeordneten ohne Migrationshintergrund zu vergleichen. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund kommen insgesamt auf 27 Wortbeiträge, was 5,4 Wortbeiträge pro Abgeordneten ausmacht. Die Stichprobe für die Abgeordneten ohne Migrationshintergrund kommt auf 72 Wortmeldungen und 14,4 Wortmeldungen. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass zwölf Sitzungen für Kaya, vier Sitzungen für Demir und 16 Sitzungen für Valkonen nicht miteinbezogen werden können, da sie wie oben bereits erwähnt, aus der Ratsversammlung ausgeschieden sind. Die hohe Fluktuation in Hannover macht es kaum möglich, die Abgeordneten beider Städte zu vergleichen. Es lässt sich nur vermuten, dass die höhere Aktivität der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt im Vergleich zu denen in

Hannover auf die längere Erfahrung in der parlamentarischen Arbeit zurückgeht. In Frankfurt können zumindest drei Stadtverordnete auf über zehn Jahre parlamentarischer Erfahrung zurückgreifen. Über 50 % aller Wortbeiträge haben einen migrations- und integrationspolitischen Bezug. Ähnlich wie in Frankfurt lässt sich somit eine Nähe zu migrations- und integrationspolitischen Inhalten erkennen. Doch auch in Hannover bleibt festzuhalten, dass die Wortbeiträge von zwei Abgeordneten mit Migrationshintergrund keinen migrations- und integrationspolitischen Bezug aufweisen.

6.2.5 Themenschwerpunkte in der Migrations- und Integrationspolitik in Frankfurt und Hannover

Im Folgenden werde ich zu Beginn die integrations- und migrationspolitischen Themenschwerpunkte illustrieren, die in beiden Stadtparlamenten diskutiert wurden. Im Anschluss werde ich auf einige Debatten näher eingehen, in denen migrations- und integrationspolitische Themen ausgehandelt werden.

Migrations- und Integrationspolitische Schwerpunkte in Frankfurt

In der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung wurden in der Zeit zwischen März 2011 und April 2014 80 Themen mit migrations- bzw. integrationspolitischen Inhalten behandelt. Davon waren 58 Anfragen, zehn Reden bzw. Stellungnahmen, zehn Anträge und zwei Jahresberichte. Viele dieser migrations- und integrationspolitischen Themen hatten einen direkten Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund. Hiermit meine ich, dass bereits in den Anfragen und Anträgen die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund explizit genannt und adressiert werden. In den restlichen Beiträgen ist Migrations- und Integrationspolitik kein Hauptthema, d.h. das Thema wird z.B. in der Debatte über den Haushaltsentwurf von einem Abgeordneten mit oder ohne Migrationshintergrund aufgeworfen. Die Fälle, in denen die Menschen mit Migrationshintergrund nicht direkt adressiert wurden, bestanden aus vier Anträgen, fünf Anfragen, acht Wortbeiträgen bzw. Stellungnahmen.

Es lassen sich folgende thematische Schwerpunkte feststellen:

1. Wirtschaft und Integration
2. Arbeitsmarkt und Integration Unterstützung ausländischer Unternehmen aus der Türkei und Unternehmer mit türkischer Herkunft in Frankfurt

3. Migration
 - Migration aus Bulgarien und Rumänien
 - Asyl und Flüchtlinge
4. Islam
5. Bildung und Integration
6. Rassismus/Diskriminierung
7. Antisemitismus
8. Verwaltung und Integration
9. Integrations- und Diversitätskonzept
10. Gesundheit und Integration
11. Kommunale Ausländervertretung - KAV
12. Transnationale Beziehungen
 - Städtepartnerschaft mit Eskişehir
13. Integrationspolitik
 - Raummangel bei Integrationskursen
 - Einbürgerungskampagne
 - Migrantenorganisationen
 - Politische Aktivitäten von Migrantengruppen
 - Unterstützung für Migrantenorganisationen
14. Sichtbarkeit im Stadtbild
 - Parabolantennen von MigrantInnen
 - Denkmal für Gastarbeiter
 - Dönerbuden
15. Integrations- und Migrationspolitik kein Hauptthema
 - Wahl einer Beigeordneten/Finanzierung
 - Haushalt
 - Gewalt an Frauen
 - Bildung und Ausbildung
 - Wohnungsmarkt
 - OB-Wahl/Rede
 - Polizei und interkulturelle Schulung

Wirtschaft und Integration

Der Themenschwerpunkt Wirtschaft und Integration wurde bestimmt durch die Diskussionen um anonymisierte Bewerbungsverfahren. Zwei Anfragen an den Magistrat und ein Antrag zu diesem Thema wurden von Stadtverordneten mit Migrationshintergrund gestellt. In diesen Debatten ging es um den gleichberechtigten Arbeitsmarktzugang von Menschen mit Migrationshintergrund. Eine weitere Anfrage, die ebenfalls von einem Abgeordneten mit Migrationshintergrund gestellt wurde, beinhaltete die Quotenregelung im öffentlichen Dienst. Bei der darauffolgenden Diskussion wurde versucht, Lösungen für vorhandene Barrieren auf dem Arbeitsmarkt zu finden, die aufgrund des Migrationshintergrundes vorhanden sind. Zudem wurde von einer türkeistämmigen Stadtverordneten eine Anfrage zur Unterstützung ausländischer Unternehmen aus der Türkei und von Unternehmern mit türkischer Herkunft in Frankfurt gestellt. Diese Anfrage ist einer der wenigen Fälle, wo die Herkunft der Abgeordneten und die Zielgruppe in der Anfrage übereinstimmen, man also von einem Engagement für die eigene ethnische Gruppe sprechen kann.

Migration

Der Themenkomplex Migration wurde von zwei Hauptthemen bestimmt. Erstens ging es um die Aufnahme und Situation von Flüchtlingen aus Syrien, Irak und dem Nahen Osten. In einem Antrag wurde nach den Kosten der Stadt gefragt, die durch die Aufnahme von Flüchtlingen entstehen. Zweitens gab es drei Anfragen zu der Migration aus Bulgarien und Rumänien im Zuge der EU-Osterweiterung. Im Zentrum einer Anfrage standen Roma und ihre Präsenz in der Frankfurter Innenstadt.

Islam

Bei den zehn Wortbeiträgen (neun Anfragen, ein Antrag) zum Thema Islam ging es vordergründig um Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen, islamischen Extremismus und Fundamentalismus. Die Hälfte aller Anfragen und ein Antrag kommen aus dem rechten politischen Spektrum. Auffällig ist, dass es bei den Debatten um eine Problematisierung des Islams bzw. Islamismus ging. Die Debatten über den Islam und die Rolle der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund werden unten ausführlicher diskutiert.

Bildung und Integration

Bei dem Themenbereich Bildung und Integration ging es um einen Antrag der CDU-Fraktion, der die Förderung interkultureller Elternarbeit im Fokus hatte. Dieser Antrag wurde maßgeblich von Elif initiiert. Sie war es auch, die sich in einer Anfrage um den Islamunterricht in den Schulen sorgte und wissen wollte, wie die Mitgliedschaft der Kinder zum Islam geregelt wird und ob die Eltern ausreichend über den Islamunterricht informiert werden. Ein drittes Thema war der Stadtbezirk Gallus und der Mangel an einer Oberstufe oder einem Gymnasium. Der Stadtverordnete Lorenzo setzte sich in einer Anfrage und einem Antrag immer wieder für eine Oberstufe im Gallus ein. Der Stadtbezirk Gallus, der einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund hat, ist immer wieder Thema in verschiedenen Debatten in der Stadtverordnetenversammlung. Der Bezirk wurde von der Stadt Frankfurt ins Projekt „Soziale Stadt“ aufgenommen. Die Begründung für die Wahl war nach Angaben der Stadt: „(...) der Mangel an gewerblichen Arbeitsplätzen, die Konzentration von sozial Benachteiligten, insbesondere von Menschen mit Migrations-hintergrund (ca.41,5 %) sowie von gering qualifizierten Arbeitnehmern“ (Stadtplanungsamt 2006).

Rassismus und Diskriminierung

Rassismus und Diskriminierung wurden in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung im Zusammenhang mit dem Fall Wevelsiep diskutiert, bei dem ein Deutsch-Afrikaner Opfer von Polizeigewalt wurde. Der Vorfall führte zu einer bundesweiten öffentlichen Debatte über Polizeigewalt und Rassismus. Der Fall Wevelsiep wird unten ausführlicher diskutiert. In zwei weiteren Anfragen ging es um ein Konzert einer rechtsextremen Musikband und rechtsextremen Vandalismus an Häuserwänden.

Antisemitismus

Der Nahost-Konflikt zwischen Israel und der Hamas führte zu bundesweiten Protesten in Deutschland. Auch in Frankfurt kam es im Rahmen von Demonstrationen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und antisemitischen Parolen. Im Fokus dieser Debatte standen muslimische Jugendliche, denen Antisemitismus vorgeworfen wurde.

Verwaltung und Integration

Unter die Kategorie Verwaltung und Integration fallen drei Anfragen an den Magistrat. Die erste Anfrage kam von Diallo, die die langen Warteschlangen und die schlechte Behandlung von AusländerInnen in der Ausländerbehörde anprangerte. Lorenzo wollte in der zweiten Anfrage wissen, wie es um die Quoten-Regelung für Menschen mit Migrations-hintergrund in der öffentlichen Verwaltung steht, die schon seit Jahren gefordert wird. Die letzte Anfrage kam von einem CDU-Politiker ohne Migrationshintergrund, der mehr darüber erfahren wollte, inwieweit sich das Versicherungsamt auf den demographischen Wandel, d.h. mehr ältere MigrantInnen einstellt.

Integrations- und Diversitätskonzept

In den Debatten um das Integrations- und Diversitätskonzept ging es in einem Antrag um die Ergebnisse des Diversitätsmonitoring und die Konsequenzen, die daraus gezogen werden sollten. In zwei weiteren Anfragen gab es Kritik und Fragen zu der Umsetzung des Integrations- und Diversitätskonzeptes der Stadt Frankfurt.

Gesundheit und Integration

Bei den zwei Anfragen zu Gesundheit und Integration standen die Altenhilfe und Pflegeplätze für ältere MigrantInnen in Frankfurt im Fokus. Bei der ersten Anfrage wollte Lorenzo vom Magistrat wissen, wieviel Pflegeplätze es in Frankfurt für MigrantInnen gab. In einer zweiten Anfrage wollte Gülsen wissen, was die Stadt Frankfurt tut, um die Versorgungslage von älteren MigrantInnen in der Stadt zu verbessern. Bemerkenswert ist, dass zu diesem Themenkomplex nur Stadtverordnete mit Migrationshintergrund Wortbeiträge abgeben.

Kommunale Ausländervertretung

Bei der Diskussion der Jahresabschlussberichte der Kommunalen Ausländervertretung (KAV) wurde Bilanz über die Arbeit der KAV gezogen. Dabei drehten sich die Debatten hauptsächlich um die Legitimität der KAV. Einige der Stadtverordneten sahen in der KAV eine Verschwendung von öffentlichen Geldern, wobei andere die KAV für notwendig halten, solange es noch kein kommunales Wahlrecht für DrittstaatlerInnen gibt.

Sichtbarkeit im Stadtbild

Unter die Kategorie Sichtbarkeit im Stadtbild fallen alle Themen, die sich mit der Sichtbarkeit von MigrantInnen im Stadtbild beschäftigen. Diese Themen reichen von Parabolantennen von MigrantInnen, ein Denkmal für Gastarbeiter, bis hin zu Dönerbuden im Stadtbild.

Migrations- und integrationspolitische Schwerpunkte in Hannover

Im Stadtparlament der Landeshauptstadt Hannover werden insgesamt 86 Themen mit migrations- und integrationspolitischen Inhalten behandelt. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema besteht aus 20 Anfragen, 49 Anträgen, sechs Berichten, sieben Reden, einen Beschluss, einer Erklärung und einer Anhörung. Vergleicht man die Anzahl der Themen mit integrations- und migrationspolitischen Bezug zwischen Frankfurt und Hannover, dann überrascht es, dass diese Themen in Hannover öfter behandelt werden. Bei näherem Hinsehen fällt allerdings auf, dass 29 der 85 Themen Migrations- bzw. Integrationspolitik nicht als Hauptthema haben, sie nehmen also nur am Rande Bezug auf die Menschen mit Migrationshintergrund.

Folgende Themen lassen sich im Untersuchungszeitrum identifizieren:

1. Bildung und Integration
2. Migration
 - Asyl und Flüchtlinge
 - Einwanderung aus Rumänien und Bulgarien
3. Islam Rassismus
 - Rassismus und Diskriminierung
 - Rechtsextremismus
4. Staatsbürgerschaft
5. Transnationale Beziehungen
 - Städtepartnerschaft mit Eskişehir
 - Resolution gegen ein Todesurteil
6. Integrationsplan
7. Internationaler Ausschuss
8. Finanzierung von (Migranten)-Organisationen

9. Sichtbarkeit im Stadtbild

- Gedenktafel für Sinti

10. Integrations- und Migrationspolitik kein Hauptthema

- Bildung
- Betreuungsgeld
- Bestattung
- Begrüßung des neu gewählten Rates
- Arbeitsmarkt
- Haushalt
- Gleichstellung
- Institutionsstruktur
- Interkulturelle Öffnung (indirekter Bezug während der Anhörung)
- Krippenbetreuung
- Obdachlosigkeit
- Stadtentwicklung/Soziale Stadt
- Wohnraum
- Rede des OB
- Investitionsprogramm
- Entwicklung der Stadt Hannover
- Anonymisiertes Bewerbungsverfahren

Bildung und Integration

In dem Themenkomplex Bildung und Integration ging es in einer Anfrage der Piraten um die Sprach- und Leseförderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch ein MentorInnen Programm. Die Linken machten sich in einem Antrag gegen die Schließung einer Bibliothek in der Limmerstraße stark. Linden-Limmer als einer der Stadtteile mit hohem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wurde immer thematisiert.

Migration

Unter der Kategorie Migration werden alle Themen behandelt, die sich mit aktueller Zu- und Einwanderung beschäftigen. Das Thema Asyl und Flucht und in diesem Zusammenhang die

Frage nach einem geeigneten Ort für ein Flüchtlingsheim und die zu erwartende Anzahl von Flüchtlingen wird sechsmal im Stadtparlament diskutiert. In einem Antrag unterstützt die Koalition von SPD und Grünen einen Antrag auf Bundesebene, der sich für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einsetzt. Die Linke will in einer Anfrage mehr Details über die Abschiebung von Roma in den Kosovo wissen.

Seit Anfang des Jahres 2014 gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürger aus den EU-Staaten Bulgarien und Rumänien. Bisher brauchten die BürgerInnen beider Staaten eine Arbeitserlaubnis, wenn sie in Deutschland arbeiten wollten. Diese Thematik findet ihren Weg in die Debatten des Stadtparlamentes. dreimal sind es die Hannoveraner, die das Thema auf die Agenda der Ratsversammlung holen. Die *Hannoveraner* rahmen das Thema in einen Problem-Diskurs, indem die Zuwanderung von Bulgaren und Rumänen als Belastung für die deutsche Gesellschaft wahrgenommen wird. In dem Antrag der Hannoveraner vom 19.12.2013 heißt es dazu:

„Der nicht enden wollende Zustrom von Menschen, die ihre Heimat verlassen, um aus wirtschaftlichen Gründen (deutsche Sozialgesetzgebung) sich in Deutschland auf Dauer anzusiedeln, bedeutet in zunehmendem Maße eine Überforderung unserer gesamten Gesellschaft. Ökonomische Probleme müssen an dem Ort, wo sie entstanden sind, gelöst werden. Der deutsche Staat übernimmt sich, wenn er die wirtschaftlichen Missstände und auch die vermuteten Menschenrechtsverletzungen der Welt auf seinem Territorium heilen soll und will. Um diese Missstände hat sich in erster Linie die UNO zu kümmern“ (Antrag der Hannoveraner 2013).

Durch die Hannoveraner wird die mögliche Migration von BürgerInnen aus Bulgarien und Rumänien als eine Bedrohung und Überforderung wahrgenommen. Die *Hannoveraner* sind die politische Kraft in der Ratsversammlung, die sich gegen eine zunehmende Zuwanderung positionieren. Überraschend ist, dass kein Ratsmitglied mit Migrationshintergrund zu der Thematik Asyl und Flucht oder der Arbeitnehmerfreizügigkeit Stellung bezieht. Da Anträge meistens von Fraktionen gestellt werden können, kann über die individuelle Positionierung der Ratsmitglieder keine Aussagen getroffen werden. Aus dem Interviewmaterial ergibt sich allerdings, dass einige Ratsmitglieder aktiv an Anträgen innerhalb ihrer Fraktionen zu diesem Themenkomplex mitgearbeitet haben.

Islam

Insgesamt fünfmal wird das Thema Islam in der Ratsversammlung debattiert. Die Hannoveraner sind mit zwei Anträgen und einer Anfrage die bestimmende Kraft, wenn es um den Islam geht. Die thematischen Schwerpunkte werden dabei auf radikale Strömungen des Islam gelegt. Die Grünen wollen in einer Anfrage wissen, inwieweit Muslime in der Stadtverwaltung vertreten sind und welche Maßnahmen die Stadtverwaltung ergreift, um den Anteil an Muslimen im Rathaus zu erhöhen. In einer zweiten Anfrage der Grünen geht es um Konzepte gegen Islamophobie.

Rassismus und Diskriminierung

In zwei Anträgen beschäftigten sich die Grünen und die CDU mit der Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund vor den Diskotheken in Hannover. Dem Antrag der Grünen war eine Gerichtsentscheidung vorangegangen, in der der Betreiber einer Diskothek vom Amtsgericht Hannover zu einer Entschädigungszahlung von 1.000 Euro verurteilt wurde. Die Türsteher hatten einem 28-jährigen Studenten wegen seines ausländischen Aussehens den Eintritt verwehrt. Das Thema Rechtsextremismus wurde am 15.12.11 mit zwei Anträgen der Grünen und einer Anfrage der SPD-Fraktion von der NSU-Mordserie bestimmt, in der Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe zwischen 2000 bis 2006 in verschiedenen Großstädten acht türkischstämmige und eine Kleinunternehmer töteten. Die zwei Anträge und die Anfrage wurden von Demir (Grüne) und Kaya verfasst.

Transnationale Beziehungen

Die Rot-Grüne Koalition wollte in einem Antrag eine Städtepartnerschaft zwischen Hannover und zwei türkischen Städten, Konya und Diyarbakir, aufbauen. In diesem Prozess der Städtefindung wurden Kaya und Demir immer wieder von ihren Fraktionen befragt. Beide Abgeordnete mit türkischem Migrationshintergrund konnten sich als Kenner der Türkei profilieren. In Kapitel 6.4.5 wird das Beispiel der Städtepartnerschaft zwischen Frankfurt und Eskişehir analysiert, in dem die Abgeordneten mit Migrationshintergrund ihren türkischen Migrationshintergrund einsetzten, um ihren Wortbeiträgen Glaubwürdigkeit zu verleihen und um als legitime ExpertInnen wahrgenommen zu werden.

Integrationspolitik

In einem zweiten Antrag der SPD-Fraktion zum Thema: "Fünf Jahre Lokaler Integrationsplan - Bilanz einer Erfolgsgeschichte" wurde der aktuelle Integrationsplan diskutiert, der maßgeblich von Kaya initiiert wurde (Antrag der SPD Fraktion 2013). Der Anlass des Antrages war der Controlling Bericht, indem die messbaren Ergebnisse und Umsetzungsschritte alle zwei Jahre festgehalten werden.

Internationaler Ausschuss

Zwei Anträge wurden vom internationalen Ausschuss erarbeitet und eingereicht, die das Ziel hatten auf Grundlage des Integrationsplans die „Weiterentwicklung des internationalen Ausschusses“ voranzubringen. Mit Weiterentwicklung sind hier institutionelle Veränderungen gemeint, die die Kompetenzen des Ausschusses und die Auswahl der beratenden Mitglieder betreffen.

Finanzierung von (Migranten-) Organisationen und Vereinen

Das Thema der Finanzierungen von Migrantenorganisationen oder Vereinen, die sich für interkulturellen Austausch einsetzen, wurde insgesamt sechs Mal in der Ratsversammlung behandelt. Bei diesen Anträgen ging es um Vereine, die bereits von der Stadt gefördert wurden und einen Verein, der neu in die Förderung mitaufgenommen werden sollte. Zu diesen Vereinen oder Organisationen gehörten die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover e. V., das Projekt „In fremden Töpfen rühren“, Netzwerk Arbeiten, Lernen, Beraten mit und für Menschen mit Migrationshintergrund, die Förderung von Jugendverbänden und Jugendgruppen, Internationale Kinder- und Jugendarbeit.

6.2.6 Zwischen Distanz und Nähe – Varianzen der Vermittlung

Die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt äußern sich öfter zu migrations- und integrationspolitischen Themen als Stadtverordnete ohne Migrationshintergrund. Seitens der Frankfurter Stadtverordneten mit Migrationshintergrund wird der Ausschuss für Bildung und Integration am häufigsten besetzt. Ähnlich ist die Situation in Hannover. Doch auf welche Art und Weise äußern sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Frankfurt und Hannover? Wie und wann wird der

Migrationshintergrund als politisch relevante Kategorie konstruiert? Im Folgenden sollen ausgewählte Fallbeispiele analysiert werden, die exemplarisch für die Konstruktion vom Migrationshintergrund in parlamentarischen Debatten sind. Die Abgeordneten bewegen sich dabei zwischen Aktion und Reaktion in Bezug auf migrations- und integrationspolitische Inhalte.

Beispiel 1: Forderungen nach gleichberechtigter Teilhabe – Lobby für MigrantInneninteressen

Wenn es um die Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe in der Bildung, Verwaltung und am Arbeitsmarkt geht, dann fällt auf, dass es vor allem die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund sind, die sich für die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen. Lorenzo (eine Anfrage und ein Antrag) und Amir (eine Anfrage) bringen das Thema der anonymisierten Bewerbungsverfahren insgesamt dreimal auf die Agenda der Stadtverordnetenversammlung.

Auch das Thema von Quoten für Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung und für Auszubildende in Betrieben wird von Lorenzo auf die Agenda der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gesetzt. Entscheidend ist an dieser Stelle, dass die Anfragen und Anträge auf Initiative der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund auf die Tagesordnung kommen. Obwohl Anträge meist nur von den Fraktionen abgegeben werden und es in der Regel schwer nachzuvollziehen ist, wer diese Anträge initiiert hat, so ist bei Lorenzo sehr einfach, da er mit einer eigenen Liste in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde und sich abwechselnd mit den Piraten oder der ÖkoLinX-AR zu kleinen Fraktionen zusammengeschlossen hat. In diesen konnte er seine migrations- und integrationspolitischen Schwerpunkte setzen. Andere Studien zeigen, dass die Vertreter der kleinen Fraktionen meist alleine für die Themenbereiche der einzelnen Ausschüsse verantwortlich sind. Die Gründe dafür sieht Reiser in der Größe der Fraktionen,

„(...) da für die großen Fraktionen durchschnittlich fünf bis sechs Personen in den einzelnen Ausschüssen vertreten sind und dadurch eine Abstimmung zwischen den Mitgliedern erforderlich ist, während bei den kleinen Fraktionen lediglich eine Person die Fraktion in den einzelnen Ausschüssen vertritt“ (Reiser 2007: 85).

Die Analyse der Anträge und Interviews zeigen jedoch, dass auch Abgeordnete größerer Fraktionen Anträge initiieren. Die Initiierung von Anträgen und Anfragen signalisiert, dass die

Abgeordneten mit Migrationshintergrund bei einigen Themen aktiv als Lobby für die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund agieren.

Neben dem Zugang zum Arbeitsmarkt und der Verwaltung geht es in mehreren Anträgen am 29.09.11, um ein geplantes Oberstufengymnasium im Stadtbezirk Gallus und somit um den gleichberechtigten Zugang zur Bildung. Neben dem Antrag Nr.62 der regierenden Parteien von CDU und GRÜNEN, wird auch der Antrag Nr.67 der Stadtverordneten Lorenzo, Ditfurth (ÖkoLinX), Förster und Kliehm (Piraten) behandelt. In dem Antrag, der maßgeblich von Lorenzo formuliert wurde, heißt es:

„(...)In den besagten Gebieten ist die Dichte der Kinder mit Migrationshintergrund besonders groß. Diese Gruppe von Frankfurter Kindern ist in den Gymnasien stark unterrepräsentiert. Mit einer gymnasialen Oberstufe im Gallus wäre die Hemmschwelle für Kinder mit „Migrationshintergrund“ geringer um ein Gymnasium zu besuchen. Damit würde ein wichtiger und konkreter Schritt für die Umsetzung des Integrations- und Diversitätskonzeptes beschlossen“ (Antrag der Piraten 2011).

Es wird deutlich, dass es bei dem Antrag für ein Oberstufengymnasium vor allem um die SchülerInnen mit Migrationshintergrund geht, die einen hohen Anteil in diesem Stadtgebiet ausmachen. Auch wenn am Ende des Antrages der CDU und Grünen anerkannt wird, dass es einen hohen Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund im Stadtbezirk Gallus gibt, in der die „Chancengleichheit auf Bildung erhalten werden muss“, so ist die inhaltliche Akzentuierung, auf die Überlastung anderer Gymnasien und die Entwicklung Riedbergs als „Standort für Wissenschaft und Lehre“ ausgerichtet.

Diese inhaltliche Akzentuierung macht sich in der darauf folgenden Debatte bemerkbar, in der Lorenzo die Benachteiligung der SchülerInnen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem anprangert:

„(...) Ich will dafür sorgen, dass die Lage der Migrantenkinder in der Schule verbessert wird, ich will sie fördern und sehe darin meine Aufgabe (...)“ (Antrag der Piraten 2011).

Lorenzo bekennt sich hier eindeutig als Vertreter von Interessen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Diese Positionierung als Interessenvertreter und die Art und Weise der Artikulation unterscheidet Lorenzo von allen anderen RednerInnen, die sich zu diesem zu diesem Thema äußern.

Beispiel 2: Vermittlung als Verkörperung

Persönliche Erfahrungen der Diskriminierung können in manchen Fällen direkt in die parlamentarische Arbeit einfließen. Demir, der von 2011-2013 für die Grünen in der Ratsversammlung der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover saß, ist ein Beispiel dafür.

Demir wurde 14.03.2012 bei einer Passkontrolle am Flughafen Hannover von zwei Beamten herausgezogen und befragt. Demir war als Teil des Vorstands der türkischen Gemeinde in Niedersachsen in die Türkei gereist, um die Erdbebenopfer mit einer Hilfsaktion zu unterstützen. In dem Interview mit dem MiGazin erinnert sich Demir:

„Zwei Beamte sind zu mir gekommen und haben mich gefragt, ob ich denn Kontakt zu Islamisten gehabt habe? Ob ich in Deutschland Kontakt zu Moschee-Vereinen halte? In welchen Vereinen ich Mitglied sei? Das hat mich alles sehr gestört. Ich werde in meinem eigenen Land als Gefahr gesehen“ (Haruna 2012).

Demir ist sich sicher, dass sein Aussehen, sein Name und seine Herkunft dazu geführt haben, dass er von den Beamten befragt wurde. Er führt weiter aus:

„(...) Mit der Erlaubnis verdachtsunabhängiger Kontrollen erlaubt der Staat eine Klassifizierung. Dabei sind Rasse, Religion und Herkunft die bestimmenden Kriterien. Das finde ich fatal, denn die Botschaft damit lautet, dass es Bürger zweiter oder dritter Klasse gibt. Zudem gibt es keine objektiven Sicherheitskriterien, wenn sie sich an Stereotypen und rassistischen Vorurteilen festmachen (...)“ (Haruna 2012).

Demir kritisiert die diskriminierenden Kontrollen, die auf äußerlichen Merkmalen beruhen. Durch Demirs Bekanntheit in Hannover gelangt der Fall in die öffentliche Wahrnehmung. Viele Medien greifen den Vorfall auf. Demir selber äußert sich in deutschen und türkischen Medien zu Racial Profiling und seinen Auswirkungen. Demir verkörpert und symbolisiert das Opfer dieser diskriminierenden Praktiken bei der Polizei.

Am 12.07.2012 stellt die Grüne Ratsfraktion unter der Federführung von Demir eine Anfrage, in der es um die Konzepte der Stadt Hannover gegen Islamophobie geht. Auslöser war ein Brandanschlag auf die Al-Ummah-Moschee in der List. Unbekannte Täter warfen am 28. Mai 2012 einen Brandsatz in das Gebäude. Die Anfrage wurde von Demir (Grüne) verfasst. In der Anfrage heißt es unter anderem:

„(...) im Zeitraum zwischen 2001 und 2011 in Deutschland 219 Angriffe auf Moscheen aktenkundig. Demnach wurde alle zweieinhalb Wochen irgendwo in Deutschland eine muslimische Gebetsstätte angegriffen. Dabei reicht die Bandbreite der Taten von Brandanschlägen über das Werfen von Fäkalien, Schweinsköpfen oder –füßen vor Moscheen bis hin zu blutverschmierten Wänden oder Nazisymbolen auf Minaretten (...)“ (Anfrage der Grünen 2012).

Interessant ist, dass Demir am 19.05.2012 auf seinem Facebook-Profil einen Artikel der Homepage MIGAZIN teilt. Dort zitiert Demir aus dem Artikel:

„Allein in den Jahren 2001 bis 2011 wurden 219 Angriffe auf Moscheen aktenkundig. Danach wurden alle zweieinhalb Wochen irgendwo in Deutschland eine muslimische Gebetsstätte angegriffen (...)“ (Facebook-Profil, D.).

Der Facebook-Eintrag zeigt, dass sich Demir mit der Thematik der Islamophobie schon vor dem Brandanschlag auf die Moschee in der List beschäftigte. Demir betont in verschiedenen Kontexten immer wieder seinen muslimischen Glauben. Auch wenn der Anschlag auf die Moschee und seine eigenen diskriminierenden Erfahrungen im Flughafen in keinem direkten Zusammenhang stehen, interpretiere ich seine persönlichen Erfahrungen mit Islamophobie und Diskriminierung als Anreiz dafür, sich für diese Themen in seiner parlamentarischen Arbeit stark zu machen. Gerade der Status des Opfers verleiht ihm und seinen Argumenten Glaubwürdigkeit.

Beispiel 3: Städtepartnerschaft mit Eskişehir: Sprachrohr, Übersetzung, Identifizierung

Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt beschließt am 16.10.2012 in einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen die Begründung der Städtepartnerschaft mit der türkischen Stadt Eskişehir (Antrag Nr. 406). Dem Antrag war eine Delegationsreise der Stadtverordnetenversammlung nach Eskişehir vorausgegangen. Neben dem Oberbürgermeister Feldmann und den Stadtverordneten der FDP, ÖkoLinX-ARL und Freie Wähler, kommen die türkeistämmigen Stadtverordneten der CDU, Grünen und SPD bei der Beratung des Antrags zu Wort.

Mehmet, einer der bekanntesten türkeistämmigen Akteure mit Migrationshintergrund in der politischen Szene in Frankfurt, weist darauf hin, dass die Städtepartnerschaft mit Eskişehir in der türkischen Presse und „türkischen Community“ positiv bewertet werde.

„In Frankfurt leben knapp über 50.000 Menschen aus der Türkei mit oder ohne deutschen Pass. Deshalb war es höchste Zeit, dass die Stadt eine Partnerstadt in der Türkei bekommt. Das sollte man würdigen. Dass wir eine Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt, konkret mit Eskişehir eingehen, ist eine großartige Geste für die Türken, die in dieser Stadt leben. Sie freuen sich und sehen, dass es in der türkischen Presse und in der türkischen Community in Frankfurt sehr gut angenommen wird (...)“ (Antrag der Fraktionen 2012).

Wer genau diese türkische Community ist und aus wem sie besteht, führt er nicht weiter aus. Diese Konstruktion einer homogenen Gruppe von türkeistämmigen Menschen mit Migrationshintergrund, die diese Städtepartnerschaft positiv bewerten, erinnern an Bourdieus Ausführungen zu dem performativen Charakter von ethno-politischen Entrepreneurs, die „contribute to producing what they apparently describe or designate“ (Bourdieu 2002: 166). Mehmet konstruiert diese Gruppe und beansprucht gleichzeitig für diese Gruppe sprechen zu können. Gülsen, eine weitere Stadtverordnete mit türkischem Migrationshintergrund, wählt einen anderen Anfang in ihrer Rede:

„Eski bedeutet alt, und şehir bedeutet Stadt, Eskişehir. Wir konnten uns bei der Delegationsreise persönlich davon überzeugen, dass Eskişehir zwar eine historische, aber gleichzeitig auch eine sehr moderne und liberale Stadt ist“ (Antrag der Fraktionen: 2012).

Gülsen nutzt ihre türkischen Sprachkenntnisse, um den anderen Stadtverordneten der Frankfurter Stadtversammlung, die Bedeutung Eskişehirs näher zu bringen. Gemeinsam haben beide Wortbeiträge, dass beide Stadtverordnete ihre Türkischkenntnisse als Ressource nutzen, um eine Vermittlung zwischen Eskişehir und der Stadtverordnetenversammlung herzustellen. In dem Fall Mehments ist es die Vermittlung zwischen einer wahrgenommenen „türkischen Community“ und der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Im Falle Gülsens ist es eine Übersetzungsleistung, die suggeriert, dass Gülsen eine Expertin in Fragen der Türkei ist. Eine andere Art der Vermittlung kann man bei dem Wortbeitrag von Elif beobachten.

„Ich als Türkischstämmige war auch ein bisschen stolz darauf, als ich gesehen habe, wie die Delegationsmitglieder mit mir zusammen begeistert waren über die Straßen, die wir gesehen haben, auch während der Busfahrt. Die Eisenbahntrasse, die dort von Eskişehir nach Istanbul gebaut wird, oder die großen Einkaufszentren, die modernen Menschen. Das ist für mich zwar selbstverständlich, aber für Menschen, die noch nie in der Türkei waren, war das ein erster Eindruck, und das hat mir gefallen.

Deswegen konnte ich stolz darauf sein, dass Eskişehir für Frankfurt ausgewählt worden ist“ (Antrag der Fraktionen: 2012).

Elif macht deutlich, dass sie stolz ist auf die Infrastruktur Eskişehirs und die „modernen Menschen“, die sie und die Delegationsmitglieder während der Reise sehen konnten. Diese Aussage ist aufgrund von unterschiedlichen Punkten bemerkenswert. Erstens identifiziert sich Elif als Türkeistämmige, was in nur sehr wenigen Wortbeiträgen überhaupt passiert. Diese Identifizierung geht in diesem Fall zusammen mit einem Gefühl von Stolz, da die Eindrücke, die die Delegationsmitglieder während der Reise bekommen konnten, gängige Vorurteile über die Türkei und ihre Menschen widerlegen. Dieses Gefühl von Stolz entsteht bei Elif, da ihre subjektive Sicht der Türkei und die Eindrücke, die alle Delegationsmitglieder in Eskişehir machen konnten, zusammenfallen. Die Identifizierung als Türkeistämmige und ihre Kenntnis der Türkei, geben ihrem Reisebericht die nötige Glaubwürdigkeit, die es braucht, um die anderen Stadtverordneten für Eskişehir zu begeistern.

Der Migrationshintergrund fällt in seltenen Fällen mit ethnischen Bezügen zusammen. In dem Fall der Städtepartnerschaft wird der türkische Migrationshintergrund als Vermittlungsressource genutzt, d.h. es wird eine Kommunikation hergestellt zwischen der Stadtverordnetenversammlung und einer wahrgenommenen türkischen Community. Diese Vermittlung dient der eigenen Positionierung und Profilierung als ExpertInnen der Türkei. Diese Vermittlung wird, wie oben gezeigt werden konnte, auf unterschiedliche Weise hergestellt. Die ethnischen Bezüge brauchen Gelegenheiten, um als Ressource anschlussfähig in Parlamentsdebatten zu sein. Die Delegationsreise nach Eskişehir ist sicherlich ein extremes Beispiel, um die Konstruktion vom Migrationshintergrund als politisch relevante Kategorie zu beschreiben. Dennoch macht das Beispiel deutlich, dass Debatten, die sich um die Herkunftsländer der Stadtverordneten mit Migrationshintergrund drehen, ethnische Bezüge hervorbringen können. Es bleibt festzuhalten, dass sich städtische Politik eher nicht mit Außenpolitik befasst. Somit werden ethnische Bezüge in Bezug aufs Herkunftsland eher selten konstruiert bzw. Expertise zu den Herkunftsländern eher selten verlangt.

Beispiel 4: Der Fall Derege Wevelsiep: Rassismus und Polizeigewalt

Am 16.10.12 wurde nach Angaben der Frankfurter Rundschau die Verlobte von Derege Wevelsiep bei einer Fahrkartenkontrolle in der U-Bahn beschuldigt schwarzgefahren zu sein.

Die Situation eskalierte als Wevelsiep zurück zur Station fuhr, um die Situation zu klären. Die anschließende Ausweiskontrolle endet in einer gewalttätigen Auseinandersetzung. Wegen seiner Verletzungen musste Wevelsiep drei Tage im Krankenhaus bleiben (Helbig 2012). Die Frankfurter Polizei ermittelte intern gegen vier Beamte des 6. Reviers, die der äthiopischstämmige Diplom-Ingenieur beschuldigte, ihn geschlagen zu haben. Aktuell (Stand August 2014) ermittelt die Staatsanwaltschaft nur noch gegen einen Polizeibeamten wegen Körperverletzung im Amt und Beleidigung.

Der Fall löste bundesweit eine Debatte über Polizeigewalt und Rassismus aus. Vor allem mobilisierten sich Proteste über die sozialen Netzwerke. Zwei Tage nach der Berichterstattung riefen mehrere Organisationen zu einer Demonstration gegen Polizeigewalt auf.

Am 15.11.2012 gelangt der Fall in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Es werden drei Fragen an den zuständigen Magistrat gestellt, was im Vergleich zu anderen Debatten und Themen eher unüblich ist. Der Stadtverordnete Wolfgang Siefert von den Grünen will wissen:

„Welche Informationen der hessischen Polizei und der Verkehrsgesellschaft Frankfurt liegen dem Magistrat zum Hergang vor, und welche Konsequenzen werden gezogen“ (Siefert 2012).

Die Frage von Siefert hat das Ziel, Aufklärung über den Tathergang zu bekommen und über mögliche Konsequenzen zu erfahren, die die Stadtverwaltung nach dem Fall zieht. Martin Kliehm von den Piraten will wissen, welche Konsequenzen das für die Frankfurter Verkehrsgesellschaft (VGF) hat:

„Ich frage den Magistrat: Welche dienstlichen Konsequenzen zieht die VGF aus diesem Vorfall, und warum werden Mitarbeitende nicht zu einem freundlichen, höflichen, deeskalierenden und interkulturell kompetenten Umgang mit Fahrgästen geschult, also dem Gegenteil von rassistischen Schikanen?“ (Kliehm 2012).

Carmen Thiele fragt im Namen der Stadtverordneten Alev, die an diesem Tag nicht anwesend ist. Im Gegensatz zu den ersten beiden Fragestellern, sieht Alev ein strukturelles Problem der Diskriminierung bei der Polizei.

„Das Oberverwaltungsgericht Koblenz hat etwas festgestellt, was eigentlich selbstverständlich sein müsste: In Deutschland darf niemand nur deshalb kontrolliert

werden, weil er eine dunkle Hautfarbe hat. Dieses sogenannte Racial-Profiling, weist auf ein strukturelles Mentalitätsproblem der deutschen Polizei hin. In Frankfurt ist jüngst der Fall von Derege Wevelsiep bekannt geworden, der von der Polizei misshandelt wurde. Wahrscheinlich handelt es sich bei diesem Fall nur um die Spitze des Eisbergs“ (Thiele 2012).

„Ich frage den Magistrat: Wie wird der Magistrat in Zukunft gegen Rassismus innerhalb der Polizei vorgehen, und liegen weitere Fälle von Racial-Profiling, und Polizeimisshandlungen vor, die der Öffentlichkeit nicht bekannt gemacht wurden?“ (ebd).

Die beiden ersten Fragesteller Siefert und Kliehm haben keinen Migrationshintergrund. Alev hat einen türkischen Migrationshintergrund, ihre Eltern sind aus der Türkei nach Deutschland eingewandert. In den drei Fragen lassen sich keine deutlichen Unterschiede zwischen den Ratsmitgliedern mit und ohne Migrationshintergrund erkennen. Dennoch weisen die Formulierungen von Alev darauf hin, dass ein Misstrauen gegenüber der Polizei in Deutschland vorhanden ist. Es ist durchaus plausibel, dass durch die NSU-Morde, in denen sechs türkeistämmige Menschen ums Leben gekommen sind, das Vertrauen in deutsche Sicherheitsbehörden beeinträchtigt worden ist.

Die Debatte wird nach den drei Fragen eröffnet. Es reden nacheinander, die/der Stadtverordnete/r: Nimatoulaye Diallo (Grüne), Carmen Thiele, Lorenzo (Piraten), Amir, Annette Rinn, Oberbürgermeister Peter Feldmann, Stadtrat Stefan Majer, Jutta Ditfurth (ÖkoLinX-ARL), Dr. Nils Kößler (CDU), Patrick Schenk, Enis Gülegen Vorsitzender der KAV, Jessica Purkhardt (Grüne), Martin Kliehm (Piraten), Klaus Oesterling, Lothar Reininger.

Im Folgenden sollen die Reden der Abgeordneten mit Migrationshintergrund analysiert und mit den Reden der Abgeordneten ohne Migrationshintergrund verglichen werden. Ziel ist es mögliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den RednerInnen mit und ohne Migrationshintergrund herauszuarbeiten.

Gemeinsam haben alle Reden, dass die Polizeigewalt und die mutmaßliche rassistische Behandlung von Wevelsiep verurteilt werden. Es gibt einen Konsens darüber, dass rassistische Gewalt keinen Platz haben darf in Frankfurt. Fraktionsübergreifend werden Konsequenzen für die Verkehrsgesellschaft und Polizei gefordert. Allen Parteien ist daran gelegen Aufklärung in diesem Fall zu betreiben.

In der Debatte fallen besonders die Wortmeldungen von Diallo auf. Diallo wird 1984 in Guinea geboren. Nach ihrer Geburt zieht ihre Familie mit ihr nach Frankfurt. Interessant ist,

dass ihr Vater Jean Claude Diallo bis zum März 2008 Integrationsdezernent der Grünen war. Diallo sitzt seit März 2011 für die Grünen in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Sie ist die einzige schwarze Stadtverordnete in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Sie besetzt die Ausschüsse Umwelt und Sport, Flughafen und Recht und Sicherheit.

„(...) Das bedeutet, dass es Diskriminierung und rassistisch konnotierte Methoden bei der Polizei gibt. Wir als GRÜNE haben uns seit jeher gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft gestellt und werden auch weiterhin dagegen ankämpfen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass ein Großteil der PolizistInnen und Polizisten in Frankfurt einen guten Job machen. Im Interesse dieser Beamten sollten diese Gewaltvorwürfe proaktiv untersucht werden. Als ich mich vorgestern mit Derege Wevelsiep getroffen habe, kamen leider noch weitere erschütternde Details zutage. So erzählte er mir zum Beispiel, dass er mit einem Smartphone fotografiert wurde, oder dass er - halb bewusstlos - seine Haustür mit gefesselten Händen öffnen sollte. Sollten solche Vorwürfe der Wahrheit entsprechen, muss das eindeutige Konsequenzen haben (...)“ (Diallo 2012)

Am Anfang ihrer Rede macht Diallo deutlich, dass, wenn sich die Vorwürfe bestätigen sollten und Wevelsiep Opfer einer rassistischen Behandlung war, diese zu verurteilen wäre und Konsequenzen nach sich ziehen müsste. Diallo spricht in diesem Zusammenhang von einem Wir. Mit diesem Wir, ist die Fraktion der Grünen in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gemeint. Diese Art von Parteiidentifizierung, lässt sich bei fast allen Wortbeiträgen von Ratsmitgliedern mit und ohne Migrationshintergrund finden. Interessant wird es am Ende der Rede, wenn Diallo von einem Treffen und Gespräch mit Wevelsiep spricht, indem sie weitere Details über den Tatvorgang erfährt. An dieser Stelle lassen sich folgende Dynamiken aufzeigen. Erstens Diallo macht sich selbst zum Sprachrohr für Wevelsiep, indem sie dem Parlament weitere Details zum Fall liefert. Zweitens dieses Gespräch macht deutlich, dass Diallo Zugang zu dem Betroffenen hat. Es sind Informationen aus erster Hand, die der Rede somit die nötige Glaubwürdigkeit geben. Ihr guineischer Migrationshintergrund bietet Diallo die Möglichkeit, diese Rolle als Vermittlerin zwischen dem mutmaßlichen Opfer und der Politik bzw. breiteren Öffentlichkeit glaubwürdig wahrzunehmen. Interessant ist, dass keine explizite Identifizierung, wie z.B. eine panafrikanische Identifizierung stattfindet, in der die gemeinsame Hautfarbe betont wird. Die Identifizierung ist eine indirekte, nicht artikulierte. Sie solidarisiert sich mit dem Opfer, ohne von einem Wir zu sprechen. Doch diese Vermittlung braucht eine Balance. Diallo macht kurz

bevor sie das Gespräch mit Wevelsiep erwähnt, noch einmal deutlich, dass sie aus eigener Erfahrung weiß, dass die Frankfurter Polizei gute Arbeit leistet. Dieses Ausbalancieren zwischen der Vertretung migrantischer Interessen und gleichzeitigen Vertrauensbekenntnis in deutsche Institutionen ist ein Charakteristikum der Vermittlerrolle, die in Kapitel 7 und 8 systematischer erarbeitet werden soll.

Ein Unterschied lässt sich auch bei Lorenzo feststellen. In seiner Rede führt er aus:

(...) Warum spricht man von Derege Wevelsiep als den Deutsch-Äthiopier? Warum? Er ist doch Deutscher. Warum differenzieren? Ist er Deutscher zweiter Klasse? Man hört von den Libanesen mit deutschem Pass, Jugendliche, die hier geboren sind, werden nach ihrem Herkunftsland gefragt, und so geht es weiter. Wenn wir das nicht ändern, müssen wir uns auch nicht wundern, dass über einen angeblichen Mangel an Integrationswillen von vielen Jugendlichen gesprochen wird, die von der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Warum wächst hier so schwer zusammen, was eigentlich zusammengehört? Das ist eine Herausforderung für uns“ (Brillante 2012).

Ähnlich wie Diallo identifiziert sich Lorenzo nicht direkt mit Wevelsiep, dennoch solidarisiert sich Lorenzo mit dem Opfer, indem er den Rassismus verurteilt und eine unabhängige Beschwerdestelle fordert, in der Rassismus bei der Polizei angezeigt werden kann. Was Lorenzo von den anderen RednerInnen ohne Migrationshintergrund unterscheidet, ist, dass er am Ende seiner Rede, wo er die Differenzierung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund durch die Medien und Öffentlichkeit kritisiert, die Gruppe von libanesischen Jugendlichen mit deutschem Pass erwähnt, die nach Lorenzo auch nach ihrer Herkunft gefragt würden. Lorenzo ist ein Experte für migrations- und integrationspolitische Fragen. Kein anderes Ratsmitglied äußert sich öfter zu diesem Themenkomplex als Lorenzo. Die Erwähnung der libanesischen Jugendlichen hat den Effekt, dass Lorenzo seinen Status als Experte dadurch untermauert, in dem er den Zugang zu dieser Gruppe offenlegt. Dabei ist es unerheblich, ob dieser Zugang tatsächlich vorhanden ist oder nicht. Man könnte durchaus argumentieren, dass auch ein Stadtverordneter ohne Migrationshintergrund diesen Zugang zu den libanesischen Jugendlichen haben könnte. Entscheidend hier ist, dass Lorenzo die Kenntnisse über libanesischen Jugendliche anführt, um seine Argumentation stärker zu machen. Seine Verurteilung von Rassismus bei der Polizei und die Differenzierung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund durch die Öffentlichkeit bekommen durch seine Erkenntnisse über die libanesischen Jugendlichen ein anderes Gewicht. Seine

Positionierung als Experte braucht diese Insider-Informationen, um seine Legitimität aufrechtzuerhalten. Es lässt sich folgende Beobachtung festhalten:

Das Expertentum im migrations- und integrationspolitischen Bereich zeichnet sich durch den Zugang zu Menschen mit Migrationshintergrund aus. Dieser Zugang wird untermauert durch Informationen von und aus dieser Gruppe.

Beispiel 5: Integration und Bildung – Migrationserfahrung als Ressource

Am 06.09.2012 wird im Frankfurter Stadtverordnetenhaus ein Antrag der CDU-Fraktion verhandelt, in dem es um die interkulturelle Elternarbeit zur Förderung von Bildungserfolgen junger MigrantInnen und Migranten geht. In dem Antrag der CDU-Fraktion wird der Magistrat aufgefordert:

„aufzuzeigen, wie die erfolgreichen Ansätze in der bildungsorientierten Elternarbeit weiterentwickelt und effizienter gestaltet sowie die daran beteiligten Institutionen im Sinne des Frankfurter Integrationskonzeptes besser vernetzt werden können. Dabei soll eine verbesserte Multiplikatorenarbeit und eine Erhöhung der Anzahl der erreichten Familien aus den bereits definierten Zielgruppen anvisiert werden. Im Rahmen einer sozialräumlichen Orientierung soll geprüft werden, inwiefern einzelne Stadtteile besondere Berücksichtigung finden sollten. (...) Bildung ist ein Schlüssel zur Integration (...)“ (Antrag der CDU Fraktion 2012).

Der Antrag der CDU-Fraktion wird im Wesentlichen von der türkeistämmigen Stadtverordneten Elif initiiert. Der Antrag macht deutlich, dass Elif an den Bildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund interessiert ist.

Neben Elif sprechen zu dem Antrag die Stadtverordneten Amir, Lorenzo (Piraten) sowie Stefan Freiherr von Wangenheim, Uwe Paulsen (Grüne) und Wolfgang Hübner.

Elif betont in ihrer Rede die Wichtigkeit der Elternarbeit, wenn es um den Bildungserfolg von jungen MigrantInnen geht. Am Ende ihrer Rede führt sie aus:

„Natürlich haben die Eltern die größte Verantwortung für ihre Kinder und sie müssen sich auch verantwortlich fühlen, egal woher sie kommen und welchen Bildungsstand sie haben, denn ich glaube, dass Eltern ihren Kindern vermitteln können, dass Bildung und Schule wichtig sind. Das können alle Eltern, unabhängig von ihrem Bildungsstand und ihrer Herkunft. Ich kann dies aus persönlicher Erfahrung berichten, meine Eltern sprechen bis heute nicht gut Deutsch. Sie haben uns in der Schule und bei den Hausaufgaben nicht unterstützen können, aber sie haben uns vermittelt, dass Bildung Voraussetzung für den Erfolg im Leben ist. Das können alle Eltern, und das sollten sie auch tun. Eltern sollten auch aktiv die Möglichkeiten, die sie hier in Deutschland

haben, nutzen, auch wenn es manchmal Schwierigkeiten gibt, und sich noch mehr für ihre Kinder engagieren (...)" (Antrag der CDU Fraktion 2012).

Um die Bedeutung der Elternarbeit zu unterstreichen, spricht Elif über ihre persönliche Lebensgeschichte. Sie führt aus, dass ihre Eltern ihr trotz schlechter Deutschkenntnisse, ihr die Wichtigkeit von Bildung vermitteln konnten. Neben anderen Argumenten für die interkulturelle Elternarbeit entsteht durch die familiär erlebte Migrationserfahrung eine zusätzliche Option. Diese Option beinhaltet die Möglichkeit der Personalisierung des zu verhandelnden Gegenstandes. Ihre Person steht für eine vorbildliche Bildungskarriere, in der ihr die Eltern trotz Schwierigkeiten helfen konnten. Ihre persönlichen Erfahrungen machen die Argumentation, dass die Eltern ein wichtiger Bestandteil für den Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund sind, glaubwürdiger. Diese Aussage lässt eine zweite Interpretation zu, nämlich die, dass Elif die Eltern mit Migrationshintergrund in die Pflicht nimmt, mehr für die Bildungskarrieren der Kinder zu tun. Sie nimmt Defizite und Probleme in Migrantenfamilien wahr, die es zu lösen gilt. Ihre persönlichen Erfahrungen, auch wenn sie hier eine positive Symbolik haben, machen diese Zustandsbeschreibung Elifs glaubwürdig. Es ist eine Innenansicht, die nur Menschen haben können, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben.

Zusammenfassung

Die meisten Stadtverordneten mit Migrationshintergrund in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung sind im migrations- und integrationspolitischen Bereich aktiv. Auch wenn die Situation in Hannover nicht so eindeutig ist wie in Frankfurt, so deutet auch hier einiges darauf hin, dass migrations- und integrationspolitische Themen vermehrt im Interessenbereich von Abgeordneten mit Migrationshintergrund liegen. Diese Schwerpunktsetzung wird in Frankfurt erkennbar durch die Mitgliedschaft in dem Ausschuss für Bildung und Integration und die häufigen migrations- und integrationspolitischen Bezüge in den Wortbeiträgen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die deskriptive Repräsentation nicht zwangsläufig zu einer substantiellen Repräsentation führen muss. Versteht man die Gruppe der Abgeordneten mit Migrationshintergrund als eine homogene Gruppe mit gleichen Interessen, führt das zu einem verzerrten Bild. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in beiden Stadtparlamenten sind unterschiedlich aktiv in ihrer parlamentarischen Tätigkeit. Es gibt Abgeordnete mit Migrationshintergrund, die sich oft zu

Wort melden und andere, die keine Wortmeldung abgeben. Berücksichtigt werden müssen Hierarchien in Fraktionen und Ausschüssen sowie verschiedene Typen von Abgeordneten. So könnte es z.B. sein, dass sich einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Ausschüssen oder parteiinternen Diskussion mehr einbringen. Zudem könnten informelle Aktivitäten ein Weg sein, Einfluss auf Willensbildungsprozesse zu nehmen.

Die Analyse zeigt, dass einige Abgeordnete mit Migrationshintergrund durchaus als migrantische Interessenvertreter handeln. Gerade wenn es um Themen der Gleichberechtigung, Diskriminierung und des Rassismus geht, werden viele Anfragen und Anträge von Abgeordneten mit Migrationshintergrund initiiert. Dieses Engagement führt dazu, dass Themen wie ein gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt, Bildungschancen oder Rassismus auf die Agenda der Parlamente kommen.

Persönliche Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung oder eigene oder familiäre Migrationserfahrungen sind in manchen Fällen Motivationen für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund, sich für die Belange von MigrantInnen einzusetzen. In einigen Debatten werden sogar persönliche Erfahrungen genutzt, um die Argumente und die eigene Position glaubwürdiger zu machen.

Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund nehmen in eigenen Parlamentsdebatten die Position des migrantischen Lobbyisten an, die sich dadurch auszeichnet, als Sprachrohr einer nicht definierten ethnischen Gruppe zu sprechen oder dem Parlament durch Kenntnisse der Sprache oder des eigenen Herkunftslandes, Themen näher zu bringen. Diese Fälle sind aber eher selten. Vielmehr lässt sich der Umstand beobachten, dass ethnische Lobbyarbeit in den Reden kaum vorkommt. Es gibt z.B. in Frankfurt nur zwei Anfragen und einen Antrag, in denen sich türkeistämmige Stadtverordnete mit Migrationshintergrund (Mehmet und Gülsen) speziell mit Türkeistämmigen oder mit der Türkei beschäftigen. Vielmehr geht es in den Wortbeiträgen um MigrantInnen und Menschen mit Migrationshintergrund. Zwei mögliche Erklärungen lassen sich hier anführen: Erstens die Kategorie Menschen mit Migrationshintergrund oder MigrantInnen könnte von manchen Abgeordneten mit Migrationshintergrund als Synonym für bestimmte ethnische Gruppen verwendet werden. Zweitens die Kategorie Menschen mit Migrationshintergrund könnte eine übergeordnete Kategorie darstellen, die neutraler und somit anschlussfähiger in den Debatten

wahrgenommen wird. Drittens sehen sich Abgeordnete mit Migrationshintergrund als VertreterInnen von MigrantInneninteressen (und nicht speziell einer ethnischen Gruppe). Die Fokussierung auf bestimmte ethnische Gruppen wird womöglich als politisch brisant oder als nicht gewollt angesehen. In den Interviews finden sich Anhaltspunkte, die das unterstützen. So wird immer wieder betont, dass man nicht Politik für eine bestimmte Gruppe macht, sondern für alle EinwohnerInnen. Dennoch positionieren sich, wie gezeigt werden konnte, die Mehrheit der Abgeordneten mit Migrationshintergrund im integrations- und migrationspolitischen Bereich. Wie ich später noch zeigen werde, ist das Ausbalancieren von verschiedenen wahrgenommenen Erwartungen ein konstitutives Element in der kommunalpolitischen Praxis und findet in der Figur des Brückenbauers seine Entsprechung (mehr dazu in Kap.8). Für plausibel halte ich, dass die Kategorie des Migrationshintergrundes anschlussfähiger im kommunalpolitischen Feld ist, da ethnische Lobbyarbeit nicht erwünscht ist. Die Kategorie des Migrationshintergrundes fungiert als eine Balancierungskategorie, die unterschiedliche Erwartungen bedienen kann.

6.3 Wahlkampf - ethnische Ressourcen und Interaktion im Wahlkampf

Der kommunalpolitische Wahlkampf bildet den Höhepunkt des politischen Geschehens innerhalb der städtischen Politik. Parteien und KandidatInnen stellen sich in einem Wettbewerb den wahlberechtigten BürgerInnen in den jeweiligen Städten. Wahlkämpfe sind ein in regelmäßigen Abständen wiederkehrendes Ritual der Ämter- und Machtverteilung, das einen zentralen Stellenwert in der Demokratie einnimmt (Dörner/Vogt 2002: 7). Das Ziel von Wahlkämpfen ist die Stimmenmaximierung von WählerInnen durch den Einsatz von kommunikativen Strategien. Nach Dörner und Vogt haben Wahlkämpfe sechs entscheidende Funktionen (Dörner/Vogt 2002: 16).

1. Sichtbarkeit: Politische AkteurInnen haben im Wahlkampf die Möglichkeit, sich zu präsentieren und in der Öffentlichkeit sichtbar zu werden. Sie machen auf sich aufmerksam, um von den Medien und den WählerInnen wahrgenommen zu werden. Dabei geht es um politische Programme, Visionen, Weltanschauungen und Personen.
2. Mobilisierung der Basis: Politische AkteurInnen müssen für Wahlen neben den WählerInnen auch die eigene Basis mobilisieren. Dabei geht es weniger um politische Inhalte, als vielmehr um Motivation und Verbreitung einer Stimmung. Ziel ist es, die eigene Basis zusammenzuhalten und ein Gefühl von Gemeinsamkeit herzustellen.
3. Mobilisierung des eigenen WählerInnenpotentials: Der Wahlkampf bietet politischen AkteurInnen die Möglichkeit, das eigene WählerInnenpotential zu erreichen und zu mobilisieren. Dabei geht es vor allem um WählerInnen, die traditionell und sozialstrukturell den jeweiligen Parteien zugewandt sind.
4. Mobilisierung von unsicheren und WechselwählerInnen: Da sich traditionelle Partei-WählerInnen-Beziehungen auflösen und WählerInnen wechselbereiter in ihrer Parteiauswahl werden, können politische AkteurInnen durch Wahlkampfkommunikation auch diese WählerInnen erreichen.
5. Mobilisierung der Wählerschaft allgemein: Die politische Legitimität von repräsentativen Demokratien hängt unter anderem mit der Wahlbereitschaft der BürgerInnen insgesamt ab. Darum sind Wahlkämpfe dafür da, Wahlberechtigte zu motivieren, überhaupt an Wahlen teilzunehmen.

6. Symbolische Funktion: Der Wahlkampf ist ein Ritual, das den demokratischen Prozess als Mythos stärkt, d.h. Parteien und KandidatInnen versuchen den WählerInnen deutlich zu machen, dass ihnen als Souverän eine entscheidende Rolle zukommt.

Die empirische Wahlkampfforschung lässt sich in verschiedene Forschungsrichtungen einteilen. Ein Strang verfolgt die Beschreibung und den Vergleich verschiedener Wahlkämpfe. Ein anderer untersucht ihre Wirkung auf die Wahlen. Obwohl es bei diesen Studien weniger um kausal-analytische Fragen geht, weist sie dennoch in diesem Bereich eine erhebliche Lücke auf (Schoen 2007: 34). Sie konzentriert sich darüber hinaus meist ausschließlich auf Bundestags- oder Landtagswahlkämpfe. Auf kommunaler Ebene ist der Wettbewerb unter den Parteien oftmals geringer als auf Landes- oder Bundesebene (Holtkamp 2010: 103). Hier rücken eher einzelne politische AkteurInnen noch stärker in den Fokus, Wahlkämpfe und politische Kommunikation sind personalisierter. Und auch die WählerInnen orientieren sich noch stärker an Personen als an Parteien oder Inhalten (Hoecker 2007: 59). Diese Fokussierung auf Personen wird dadurch begünstigt, dass nicht nur Parteien, sondern auch WählerInnengemeinschaften KandidatInnen vorschlagen können. Die kommunalpolitischen Wahlkämpfe boten mir daher eine gute Möglichkeit, die amtierenden Abgeordneten oder KandidatInnen mit Migrationshintergrund in ihren Interaktionen mit den WählerInnen zu beobachten.

Die Kommunalwahlkämpfe in Frankfurt und Hannover werden von Ortsvereinen und Stadtverbänden der Parteien finanziert, koordiniert und organisiert. Diese Organisationsstruktur bestimmt den Wahlkampf vieler KandidatInnen, lässt aber Raum für einen individualisierten Wahlkampf.

Im Fokus dieses Kapitels steht die Frage, ob in der Wahlkampfführung von KandidatInnen mit Migrationshintergrund ethnische Ressourcen für die Wählermobilisierung eingesetzt werden. Und wenn ja, auf welche Weise. Im Folgenden werde ich zunächst einen Überblick über die Wahlkampfführung der KandidatInnen mit Migrationshintergrund geben. Allgemein lassen sich dabei mehrere Handlungsarenen beobachten: Migrantorganisationen, Vereine und Wahlkampfstände.

Anschließend werde ich zwei verschiedene Ereignisse im Kommunalwahlkampf analysieren, die exemplarisch für den Einsatz des Migrationshintergrundes als Ressource stehen.

Der Migrationshintergrund legt keine Einheit einer politischen Identität fest, sondern ist vielmehr fragil und wandelbar. Ob er dargestellt wird oder nicht, ist abhängig von den situationellen Dynamiken zwischen Selbst- und Fremdzuschreibungen. Erwartungen eines Publikums oder der Partei haben dabei einen entscheidenden Einfluss auf ethnische Grenzziehungsprozesse im kommunalpolitischen Feld.

Wahlkampfführung – zwischen Parteistrukturen und individuellem Wahlkampf

Der kommunalpolitische Wahlkampf ist eine Phase, in der die KandidatInnen oder amtierenden MandatsträgerInnen für sich und ihre Partei um WählerInnenstimmen werben. Der Wahlkampf auf kommunaler Ebene besteht aus Wahlkampfständen, Wahlwerbung (Flyer, Plakate), Hausbesuchen und verschiedenen Veranstaltungen, wie z.B. Diskussionsforen und Stadtteilsten. Bei meiner Feldforschung konnte ich feststellen, dass sich der Wahlkampf der unterschiedlichen Parteien in den untersuchten Städten kaum unterscheidet. Er wird, wie bereits erwähnt, von Ortsvereinen und Stadtverbänden der Parteien finanziert, koordiniert und organisiert. Dies führt dazu, dass alle KandidatInnen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, ähnliche Abläufe innerhalb eines Wahlkampfes haben. Dennoch bleibt ein wenig Raum für eine eigene, individuelle politische Mobilisierung. Es lassen sich innerhalb der parteipolitischen Wahlkampfstrukturen daher Kontexte bzw. Situationen und Interaktionen beobachten, in denen der Migrationshintergrund zu einer politisch relevanten Kategorie konstruiert wird. Einige der KandidatInnen mit Migrationshintergrund steuern bewusst Migrant*innenorganisationen, Moscheen und Stadtteile an, in denen sie ihren Migrationshintergrund zur Wählermobilisierung nutzen können. Die KandidatInnen oder amtierende MandatsträgerInnen nutzen somit ihre ethnischen Ressourcen für den Wahlkampf. Unter ethnischen Ressourcen sollen im Folgenden verstanden werden: der Einsatz der Herkunftssprache und Erfahrungen, wie z.B. Migrations- und Diskriminierungserfahrungen, sowie Netzwerke zu Migrant*innenorganisationen und anderen migrantischen politischen AkteurInnen, die für die Wählermobilisierung genutzt werden.

*Ethnische Netzwerke – Migrant*innenorganisationen und Vereine als Mobilisierungsplattform*

Es sind vor allem die PionierInnen, die während des Kommunalwahlkampfes gezielt Migrant*innenorganisationen und Vereine ansteuern, um WählerInnen zu mobilisieren. Bei

einigen Newcomern sind ähnliche Mobilisierungsstrategien zu beobachten. Exemplarisch für den Wahlkampf bei Migrantenorganisationen steht die folgende Aussage einer Stadtverordneten mit Migrationshintergrund, für die

„die Möglichkeit in deutsch-russischen Netzwerkstrukturen Werbung zu machen, ein Zusatzbonus ist“ (Interview mit K.).

Viele KandidatInnen sehen ihren Migrationshintergrund als eine zusätzliche Ressource, um WählerInnen mit Migrationshintergrund zu gewinnen. Ein griechischer Kandidat aus Frankfurt macht den Unterschied zu den KandidatInnen ohne Migrationshintergrund deutlich, in dem er ausführt:

„Ich mache Wahlkampf genauso wie meine deutschen Kollegen, nur mit einem anderen Vorteil. Ich bin ja auch Vorsitzender von der griechischen Gemeinde, ich kenne die griechische Community, ich kenne alle griechischen Vereine. Viele kennen mich auch und natürlich ist das ein Vorteil für mich. Ich kriege also zusätzliche Stimmen von der griechischen Bevölkerung“ (Interview mit J.).

Doch es sind nicht immer die KandidatInnen, die vorhandene Netzwerke zu Migrant*innenorganisationen in Anspruch nehmen. Auch die Migrant*innenorganisationen gehen auf KandidatInnen mit Migrationshintergrund zu und laden sie zu verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen ein. So etwa im Vorfeld der Kommunalwahl in Frankfurt, in der das Türkische Volkshaus Frankfurt eine Podiumsdiskussion zum Thema Integration organisierte. An dieser nahmen neben Martin Kliehm (PIRATEN), Uwe Paulsen und Nicole Fontaine (FAG) auch KandidatInnen mit Migrationshintergrund teil: Alev, Yanki Pürsün, Elif (CDU), Enis Gülegen (KAV) und Figen Brandt.

Ein Ratsmitglied der Grünen in Hannover nutzte neben seinen ethnischen Ressourcen seine religiösen Netzwerke in die muslimischen Moscheevereine.

„Ich habe dann auch während der Fastenzeit, der Wahlkampf fiel ja in den August und eben in die Fastenzeit, also die Hochzeit des Wahlkampfes. Da war ich auch ganz oft, also fast jeden Tag, beim Fastenbrechen. Dann war ich noch bei verschiedenen türkischen Organisationen, hab dann auch mit Leuten gequatscht und habe Wahlmaterial dagelassen“ (Interview mit D.).

Ein Teil der Muslime, die bei verschiedenen islamischen Festen zusammenkommen, bieten gerade für KandidatInnen mit türkischem Migrationshintergrund die Möglichkeit, potentielle

WählerInnen zu mobilisieren. Der Umstand, dass Abgeordnete mit Migrationshintergrund an einem Gebet teilnehmen oder zusammen mit den Muslimen fastenbrechen, führt zu einer Solidarisierung und Identifizierung zwischen KandidatInnen und potentiellen WählerInnen. Doch nicht alle KandidatInnen mit Migrationshintergrund suchen im Wahlkampf Migrantenorganisationen auf oder werden von ihnen eingeladen. Dies hängt mit der politischen Positionierung, thematischen Profilen und Netzwerken der KandidatInnen zusammen, die in den Kapiteln 5 und 6.1 behandelt wurden.

Wahlkampfstände – Situationen des Wechselspiels

Wahlkampfstände gehören zu den Klassikern im Wahlkampf. Sie werden an viel frequentierten, öffentlichen Orten in den einzelnen Wahlbezirken platziert. Oft stehen sie beispielsweise vor Kaufhäusern, Kirchen, Schulen und Sportplätzen. Die Wahlkampfstände sind meist mit dem Logo und den Farben der jeweiligen Partei versehen. Freiwillige HelferInnen und Mitglieder der Parteien betreiben die Stände und versuchen WählerInnen direkt anzusprechen und Fragen zu beantworten. Die Wahlkampfstände sind mit Infomaterial zu den KandidatInnen und Parteiprogrammen ausgestattet, das an die WählerInnen verteilt wird. Alle untersuchten KandidatInnen mit Migrationshintergrund waren während der Wahlkampfphase aktiv an Wahlkampfständen, um für sich und ihre Partei zu werben. In der Interaktion mit potentiellen WählerInnen am Wahlstand unterscheiden sich die KandidatInnen mit und ohne Migrationshintergrund kaum voneinander. Diese Interaktionen laufen meist nach dem gleichen Muster beziehungsweise Ritual ab. KandidatInnen diskutieren und streiten mit potentiellen WählerInnen, es geht um Stadtpolitik, Probleme in Stadtbezirken und politische Debatten im Bund. In vielen Interaktionen treten die KandidatInnen als Parteimitglieder auf und identifizieren sich mit ihrer Partei und deren Inhalten.

Doch es lassen sich Unterschiede zwischen den KandidatInnen mit und ohne Migrationshintergrund beobachten. 14 von 16 untersuchten KandidatInnen mit Migrationshintergrund in Hannover und Frankfurt haben ihre Flyer in mehrere Sprachen übersetzen lassen. Der eigene Migrationshintergrund wird dabei offensichtlich als Chance und Ressource gesehen, um WählerInnen mit Migrationshintergrund anzusprechen.

Ein weiterer Unterschied wird deutlich, wenn potentielle WählerInnen mit Migrationshintergrund an Wahlkampfständen vorbeikommen: Die KandidatInnen und

Parteimitglieder ohne Migrationshintergrund kommen oft aufgrund sprachlicher Barrieren nicht weiter und delegieren die WählerInnen an die KandidatInnen mit Migrationshintergrund weiter.

Außerdem ist zu beobachten, dass KandidatInnen mit Migrationshintergrund bewusst Menschen mit Migrationshintergrund vom Wahlkampfstand aus ansteuern. Interessant ist hier, wie besonders türkeistämmige KandidatInnen Menschen auf der Straße erkennen, die einen gleichen Migrationshintergrund aufweisen. Fast intuitiv sprechen sie potentielle WählerInnen direkt in der türkischen Sprache an. Die KandidatInnen haben ein spezifisches Wissen darüber, wie Menschen mit gleicher Einwanderungsgeschichte aussehen könnten und auf welche Art und Weise man sie anspricht. Auch umgekehrt gehen WählerInnen mit Migrationshintergrund direkt auf die KandidatInnen zu und sprechen sie an. KandidatInnen mit Migrationshintergrund sind somit sichtbar und werden von WählerInnen als migrantische VertreterInnen erkannt.

Interessant ist darüber hinaus das ständige Wechselspiel zwischen den verschiedenen Rollen, die KandidatInnen mit Migrationshintergrund, ebenfalls fast intuitiv, beherrschen.

6.3.1 Wahlkampf in Hannover – zwischen Moschee und ethnischen Ökonomien

Ein Wahlkampf vor Moscheen, Migrantenorganisationen und Vereinen lässt darauf schließen, dass der Migrationshintergrund für einige der KandidatInnen eine wichtige Rolle im Wahlkampf einnimmt. Doch auf welche Art und Weise wird der Migrationshintergrund als politisch relevante Kategorie konstruiert? Verschiedene KandidatInnen mit Migrationshintergrund ließen mich regelmäßig an ihren Wahlkampfveranstaltungen in Hannover teilhaben: zwei türkeistämmige KandidatInnen aus Hannover, Kaya, als amtierendes Ratsmitglied und Tuna, die zum ersten Mal für den Stadtrat (siehe Kap.4). Dies bot mir die Möglichkeit, die Interaktionen zwischen KandidatInnen mit Migrationshintergrund und WählerInnen in unterschiedlichen Kontexten zu beobachten.

Zwei Wochen vor Beginn der Kommunalwahlen in Hannover: Die beiden KandidatInnen Kaya und Tuna versuchen vor dem Moscheeverein Ditib⁸ Hannover WählerInnen für die bevorstehende Wahl zu mobilisieren.

Zwischen Konkurrenz und Einheit

Kaya berichtet auf dem Weg zur Moschee, dass türkeistämmige KandidatInnen der CDU vor der Moschee um WählerInnen für die Kommunalwahl werben. Neben der Motivation WählerInnen zu gewinnen, ist die Konkurrenzsituation durch eine andere Partei der Grund für die Entscheidung, vor der Ditib Wahlkampf zu machen. Kaya führt dazu aus:

„Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass unsere Partei automatisch alle Stimmen der türkischen Bevölkerung in Hannover bekommt. Es gibt mittlerweile auch andere Parteien, die KandidatInnen mit türkischem Migrationshintergrund aufstellen. Wir müssen um jede Stimme kämpfen“ (BP 07092011; Wahlkampf in Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Der Migrationshintergrund als Individualisierungsmerkmal in der kommunalen Politik ist, durch das Auftauchen neuer KandidatInnen mit Migrationshintergrund, in manchen Kontexten ethnischer Wählermobilisierung bedroht. Der Migrationshintergrund als Alleinstellungsmerkmal, das in anderen Kontexten durchaus vorhanden ist, wird in dieser Situation der Wählermobilisierung geschwächt. Die Aufmerksamkeit der WählerInnen verteilt sich auf mehrere KandidatInnen verschiedener Parteien. Der Automatismus, dass Menschen mit Migrationshintergrund die SPD wählen, ist nach Kayas Wahrnehmung, durch das Aufkommen neuer KandidatInnen mit Migrationshintergrund anderer Parteien nicht mehr gegeben.

⁸ Die Ditib Hannover (Türkisch Islamische Gemeinde zu Hannover e.V.) wurde 1987 gegründet. Als Mitglied des Dachverbandes Ditib werden dem Moscheeverein von der staatlichen türkischen Anstalt für Religionsangelegenheiten „Diyamet“ für jeweils drei bis vier Jahre ausgebildete Imame zur Verfügung gestellt. Diese sind türkische Staatsbeamte und erhalten ihre Bezüge direkt vom türkischen Generalkonsulat. Der Religionsattaché des türkischen Generalkonsulats in Hannover führt die Dienstaufsicht über alle Ditib-Imame in Niedersachsen und ist deshalb der direkte Vorgesetzte des Imams in der Ditib in Hannover. Diese Besonderheit unterscheidet die Ditib-Moschee von allen anderen Moscheen in Hannover, die zumeist über ehrenamtliche Imame verfügen. Die Gemeinde ist ausschließlich türkischsprachig und gehört dem sunnitischen Islam an, der in den staatlich geleiteten theologischen Fakultäten der Türkei gelehrt wird. Die Zahl der Vereinsmitglieder liegt seit Jahren bei ungefähr 400, die Zahl der regelmäßigen BesucherInnen ist jedoch weit höher: Bis zu 1.000 Menschen besuchen hier das Freitagsgebet.

Neben der parteipolitischen Abgrenzung lässt sich am Wahlkampfstand noch eine weitere Strategie erkennen, die der Abgrenzung entgegensteht: Im Gegensatz zu den KandidatInnen der SPD, betonen die der CDU in ihren Interaktionen mit Wählern eher die ethnischen Gemeinsamkeiten zu Kaya und Tuna und versuchen keinen Eindruck einer Konkurrenzsituation zu erwecken. Dies wird deutlich in der Aussage eines CDU-Kandidaten:

„Am Ende ist es nicht wichtig, für welche Partei wir antreten, sondern wer von uns Sie im Parlament vertritt“. (Sonunda hangi partiden oldugumuz önemli degil. Önemli olan bizden birisi sizi parlamentoda temsil etmek“ (BP 07092011; Wahlkampf in Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Die KandidatInnen der CDU versuchen ihre Parteizugehörigkeit in den Hintergrund zu stellen. Für plausibel halte ich, dass die Wahrnehmung der CDU als nicht migrantenfreundliche Partei ein Grund hierfür ist.

Beide KandidatInnen der SPD positionieren sich am Eingang der Moschee. Kaya hat einen engeren Kontakt zu den Mitgliedern. Obwohl er, nach seiner Aussage, nicht gläubig ist:

„Die wissen, dass ich nicht gläubig bin, akzeptieren das aber. Das ist nicht meine Lebenswelt, aber ich habe in der Vergangenheit viel für den Moscheeverein machen können. Die Leute hier kennen mich und vertrauen mir“ (BP 07092011; Wahlkampf in Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Bemerkenswert ist, dass Kaya, als nicht Gläubiger, großes Vertrauen innerhalb des Moscheevereins genießt. Sein Einsatz für den Verein in der Vergangenheit sagt er, verleiht ihm eine Glaubwürdigkeit, die er bei der Wählermobilisierung nutzen kann. Offensichtlich sind es keine religiösen Gemeinsamkeiten, sondern die ethnischen Bezüge und sein Engagement für den Moscheeverein, die Kaya einen Vorteil verschaffen.

Die türkische Sprache als Türöffner

Dieser bereits bestehende, enge Kontakt führt dazu, dass Kaya sehr schnell mit den Moscheebesuchern in Kontakt kommt. Kaya begrüßt viele von ihnen mit einem Kuss auf rechte und linke Wange, was für ein vertrautes Verhältnis und die Kenntnis der türkischen Gepflogenheiten bei der Begrüßung spricht. Die Interaktion zwischen Kaya und den potentiellen WählerInnen verläuft auf Türkisch. Die Kandidatin Tuna, die eher im Hintergrund bleibt, verteilt Informationsmaterial ihrer Partei für die Kommunalwahlen. Sie geht dabei aktiv auf die MoscheebesucherInnen zu und fragt auf Türkisch:

„Darf ich Ihnen Information für die Wahlen mitgeben“ („Secimler için bilgi vere bilirmiyiz“ (BP 07092011; Wahlkampf in Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Bemerkenswert ist, dass Tuna die Moscheebesucher direkt auf Türkisch anspricht. Sie reagiert auf die Publikumsstruktur, die mehrheitlich aus türkeistämmigen Gläubigen besteht. Tuna geht offensichtlich davon aus, dass die Ansprache auf Türkisch authentischer und wirkungsvoller bei den potentiellen WählerInnen ankommt. Doch sehr viele Moscheebesuche gehen an ihr vorbei, ohne einen Flyer anzunehmen. Sie kommt daraufhin mit Murat, einem älteren Moscheebesucher, ins Gespräch. Sie spricht ihn an:

„Sie nehmen sie (die Flyer) nicht. Ich weiß es auch nicht“ (Alimiyorlar ne biligim.) (BP 07092011; Wahlkampf in Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Tuna gewinnt durch die Ansprache einen Kooperationspartner und wird aktiv von Murat unterstützt. Der Gläubige spricht andere Moscheebesucher an:

„Warum nehmen Sie sie nicht? Wir haben Wahlen. Nehmen sie es“ („Niye almiyorlar ya. Secimimiz var ya alin ya“) (BP 07092011; Wahlkampf in Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Murat fühlt sich verpflichtet Tuna zu helfen und spricht für sie aktiv andere Moscheebesucher an. Tuna's Ansprache von Murat auf Türkisch hat sehr schnell eine Vertrauensbasis bzw. Solidarität zwischen den beiden Interaktionspartnern geschaffen. Murats Hilfe könnte mit dem Umstand zusammenhängen, dass Tuna als einzige Frau vor der Moschee steht. Sie wirkt in einigen Situationen unsicher und fühlt sich durch die Hilfe des älteren Herrn deutlich sicherer.

In einer weiteren Interaktion spricht Tuna den Moscheebesucher İlhan an. Er macht deutlich, dass er kein Wahlrecht hat und beschwert sich:

„Sie lassen uns nicht wählen, Landsfrau. Wir leben hier seit 40 Jahren. Tun Sie endlich was“ (Bizi sectirmiyorlar hemserim. 40 seneden beri burdayiz oy verdirmiyorlar. Birsey yapin artik.) (BP 07092011; Wahlkampf in Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Tuna wird von İlhan als Landsfrau bezeichnet. Der potentielle Wähler identifiziert sich also mit Tuna und erkennt sie als einer der Seinen (gemeinsame türkische Herkunft) an. Die Identifizierung erfolgt über die Sprache. Der Wähler fühlt sich durch das Wahlrecht, das nur

EU-BürgerInnen gewährt wird, diskriminiert. Er sieht in Tuna eine legitime Ansprechpartnerin für seine Forderung. Tuna reagiert mit Verständnis:

„Ich weiss, Onkel. Auch meine Familie hat kein Wahlrecht. Wir strengen uns für euch an. Wenn Sie Kinder haben, dann dürfen die aber wählen“ („Biliyorum amca. Benim ayleminde oy haki yok. Cabaliyorus sizin icin. Cocuunuz varsa. Onlar secile bilir“) (BP 07092011; Wahlkampf in Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Tuna baut hier auf zwei Wegen Vertrauen auf und verschafft sich dadurch eine Legitimität, die sie als authentische Ansprechpartnerin qualifiziert. Sie spricht den älteren Herrn mit Onkel an. Die Anrede Amca (Onkel) ist in der türkischen Sprache eine weit verbreitete Höflichkeitsform und ein Ausdruck des Respekts gegenüber älteren Männern. Tuna verfügt über dieses Wissen und setzt es ein. Das schafft eine Vertrauensbasis bei Ilhan. Darüber hinaus nimmt Tuna ihre eigene Familie als Beispiel dafür, dass auch sie diskriminierende Erfahrungen mit dem Wahlrecht gemacht hat. Sie schafft somit neben der türkischen Sprache eine zweite Basis, die der ähnlichen politischen Erfahrungen. Tuna klärt Ilhan über die Wahl auf und verweist darauf, dass seine Kinder das Recht haben, teilzunehmen. Die Mobilisierung zielt also nicht nur auf die Moscheebesucher ab, sondern auch auf die Familienmitglieder. Geteilte Diskriminierungserfahrungen sind sinnstiftende Elemente, die in diesem Fall konstitutiv für die ethnischen Verbindungen sind.

Personalisierung vs. Parteipolitik

In Kayas und Tunas Interaktionen spielt ihre Parteizugehörigkeit eine untergeordnete Rolle. Viel entscheidender sind die gemeinsame Sprache und die geteilten politischen Erfahrungen, die sich meist um Diskriminierung drehen. Dies wird deutlich, als Ilhan, der Moscheebesucher, andere Gläubige anspricht:

„Passt auf, unser Landsmann und unsere Landsfrau Kaya und Tuna kandidieren für die kommende Wahl. Bitte lasst uns ihnen helfen“ („Bakin, iki vatandasimiz secimler icin aday. Bahar ve Erman lüften oyunuzu kulnanin ve yardim edin“) (BP 07092011; Wahlkampf in Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Nicht nur vor der Moschee, sondern auch in anderen Kontexten in Hannover und Frankfurt lassen sich die Phänomene der ethnischen Personalisierung beobachten. Die KandidatInnen werden nach der ersten Kontaktaufnahme von den WählerInnen mit gleichem Migrationshintergrund nach ihrer Person gefragt. Häufig wird nach der Stadt gefragt, aus der

sie oder die Eltern kommen. Es geht mehr um die persönliche Geschichte als um Parteiinhalte. Das heißt aber nicht, dass politische Themen nicht Teil der Interaktionen sind. Es wird über die Themen wie Diskriminierung, Integration sowie über alltägliche Probleme in der Nachbarschaft oder im Bezirk gesprochen. Das Besondere ist dabei immer der Bezug auf den Migrationshintergrund und die Geschichte, die sich dahinter verbirgt. Beide Seiten suchen in den Interaktionen nach Gemeinsamkeiten. Der Migrationshintergrund in Verbindung mit der Sprache und den individuellen und familiären Geschichten erzeugt eine Art von Solidarität. Diese Solidarität wird in den Wahlkämpfen genutzt, um potentielle WählerInnen zu gewinnen und sich als legitime AnsprechpartnerInnen für eine migrantische Gruppe zu positionieren.

Wahlkampf in ethnischen Ökonomien

Nach dem Moscheebesuch steuern die PolitikerInnen den Stadtteil Steintor an. Neben Kaya und Tuna haben sich weitere türkeistämmige KandidatInnen mit Migrationshintergrund vor einem türkischen Lebensmittelladen verabredet, um Wahlkampf für sich und ihre Partei zu machen. Das Steintor-Viertel ist gleichzeitig Rotlichtbezirk und beliebtes Szeneviertel mit Clubs, Discos und Kneipen. Außerdem befinden sich hier viele ethnische Geschäfte, wie z.B. Teehäuser, Bars, Restaurants, Spielhallen, Modegeschäfte und eine türkische Bank. Die KandidatInnen haben den Ort somit nicht zufällig gewählt. Das Steintor bietet die nötigen Gelegenheitsstrukturen, um Menschen mit Migrationshintergrund in Geschäften oder auf der Straße anzutreffen und anzusprechen.

Interessant ist, dass neben Halil, dem Besitzer des türkischen Lebensmittelladens, ein Journalist der türkischen Zeitung Hürriyet anwesend ist. Nachdem Halil alle KandidatInnen auf Türkisch begrüßt hat, fragt er nach den Stadtteilen, in denen sie kandidieren. Er sichert allen KandidatInnen Unterstützung zu und verspricht Moscheen, Vereine und Geschäfte in den jeweiligen Stadtteilen zu kontaktieren, um auf die KandidatInnen und die bevorstehenden Wahlen aufmerksam zu machen. Halil stellt ein ethnisches Netzwerk zur Verfügung, das von den KandidatInnen genutzt wird. Es öffnet Türen in ethnische Vereine und Organisationen oder erweitert bereits vorhandene Netzwerke der KandidatInnen.

Kaya und der Journalist der Hürriyet kennen sich schon länger. Ihre Beziehung basiert auf einem gegenseitigen Nutzen: Kaya, als einer der bekanntesten Politiker Hannovers, liefert dem Journalisten Informationen und Fotos für die Hürriyet. Im Gegenzug sind Kaya und die

anderen KandidatInnen in der türkischen Presse präsent. Der Journalist hat ähnlich wie Halil Kontakte zu türkischen Vereinen und Organisationen und kennt sich am Steintor bestens aus. Er fungiert als eine Art Stadtteilmittler und bespricht mehrfach mit Kaya, an welchen Orten es sinnvoll wäre, Wahlwerbung zu verteilen und Präsenz zu zeigen.

Als erste Station wird die türkische Bank (Ziraat Bankasi) angesteuert. Dieser Ort wurde vorher in Absprache mit Kaya und den anderen KandidatInnen vereinbart. Alle KandidatInnen werden von dem Direktor der Bank begrüßt und in Empfang genommen. Die Interaktion verläuft erneut auf Türkisch. Nachdem sich alle KandidatInnen vorgestellt haben, erklärt der Direktor der Bank, was er sich von ihnen und der Politik wünschen würde. Es geht um erleichterte Visa-Vergaben für Verwandten und Bekannten der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger und im Besonderen für Geschäftskunden. Ein zweites Thema ist die doppelte Staatsangehörigkeit für die in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger. Der Umstand, dass die kommunale Politik bei beiden Themen keinen politischen Gestaltungsraum hat, wird von beiden Seiten nicht thematisiert. Der Direktor der Bank versichert den KandidatInnen:

„Wir werden versuchen Sie zu unterstützen“ (Sizi desteklemeye calisacagiz“) (BP 07092011; Wahlkampf in Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Es wird deutlich, dass es eher um ein lockeres Netzwerken geht als um tatsächliche Unterstützung im Wahlkampf. Es ist kein organisiertes und strukturiertes Treffen, bei dem konkrete Maßnahmen, Strategien für den Wahlkampf oder eine politische Agenda besprochen werden. Fraglich ist, inwiefern die Bank KandidatInnen tatsächlich unterstützen kann. Bemerkenswert ist dennoch, dass ein Interesse an einem Austausch und einer Vernetzung besteht. Der soziale Status, gepaart mit dem Migrationshintergrund, erzeugt auf beiden Seiten das Gefühl, verantwortlich für eine unbestimmbare türkeistämmige Bevölkerung in Hannover zu sein. Dieses Treffen führt somit zu einer gegenseitigen, vagen Vergewisserung einer politischen Interessenvertretung von Türkeistämmigen in Hannover. Inwieweit es diese Gruppe gibt und, falls ja, tatsächlich homogene Interessen hat, wird von den beiden Parteien nicht thematisiert, sondern als gegebene Tatsache hingenommen.

Die KandidatInnen steuern auch ethnische Gastronomiebetriebe an. Eine der Stationen ist das Café Hür-Türk⁹ in Hannover, welches aus dem gleichnamigen Freiheitlich Türkisch-Deutschen Freundschaftsverein e. V. entstanden ist. Das Hür-Türk in Hannover ist ein türkisches Café und wird überwiegend von türkeistämmigen Männern besucht. Sie spielen hier Karten, trinken Tee, reden und essen.

Kaya und der Journalist kennen den Betreiber des Cafés. Für Tuna und eine andere Kandidatin ist die Umgebung eher ungewohnt, da sich in türkischen Cafés generell eher männliche Kunden aufhalten. Ihre Anwesenheit sorgt dadurch für eine gewisse Aufmerksamkeit. Die KandidatInnen werden erneut auf Türkisch begrüßt. Der Betreiber kennt Kaya schon seit einem längeren Zeitraum und führt während der Begrüßung aus:

„Das ist unser Mann. Kaya ist überall unser Freund, auch wenn er in der CDU oder der Linken wäre. Egal ob in der Moschee oder beim Haci-Fest, Kaya ist überall da. Ich kenne diesen Mann schon seit 15, 16 Jahren. Überleg mal, wenn wir Probleme hatten, hat er als Anwalt für uns gearbeitet und wenn wir Schwierigkeiten hatten, hat er uns geholfen. Wir danken ihm. Wem soll ich die Stimme sonst geben, wenn nicht ihm. Er war immer an unserer Seite. Und wenn ein Mann jedes Jahr hierher kommt, und nicht nur vor den Wahlen, dann kommt er nicht für sich“ („Sen bizim adamsin. Her Yerde Kaya bizim dostumuz. CDUdan olsa die Linkeden de olsa. Bu Camidede olsun, Haci bayraminda olsun. Bu her yerde var. Bu adami ben, ne kadar 15 16 Jahre taniyorum. Yani Düşün bir sikintimiz olursa Avkut olarak calisiyor bir problemimiz varsa yardim ediyor. Yani sagolsun Kaya oy vermicezde kime vercez. Herzaman yanimizda oldu. Sifir secim oldugunda degil. Bir adam her sene geliyorsa kendisi icin gelmiyor“) (BP 07092011; Wahlkampf in Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Kaya hat außerhalb von Wahlkämpfen in dem Verein und in den Moscheen Präsenz gezeigt und geholfen. Der Migrationshintergrund alleine reicht nicht, um als migrantischer Politiker wahrgenommen zu werden. Vielmehr müssen die Netzwerke gepflegt werden, um das Merkmal der Authentizität zu erfüllen. Bemerkenswert ist, dass dem Migrationshintergrund mehr Bedeutung zugemessen wird als der Parteizugehörigkeit. Das Phänomen der Personalisierung lässt sich somit auch in diesem Kontext feststellen.

⁹ Der Verein wurde 1978 mit Unterstützung der CDU bzw. der Konrad-Adenauer Stiftung und der türkischen Gerechtigkeitspartei des damaligen türkischen Ministerpräsidenten Süleyman Demirel in Bonn gegründet. Die konservative Organisation vertrat zunächst hauptsächlich die Interessen der nach 1980 verbotenen, konservativen Gerechtigkeitspartei (AP). Sie steht derzeit der Mutterlandspartei (ANAP) nahe. Nach eigenen Angaben verfügt Hür-Türk über 55 Ortsvereine und 15.000 Mitglieder. Einige bieten Gebetsstätten in ihren Vereinsräumen an bzw. unterhalten enge Kontakte zu den regionalen Moscheen. Im Vorstand sind CDU-Politiker und auch deutsch-türkische Geschäftsleute zu finden. Der Verein sah sich als „Sammlungsbewegung der politischen Mitte und gegen jeglichen politischen Extremismus“. Die Schwerpunkte der Vereinsarbeit liegen in der Jugendarbeit mit deutsch- und türkischstämmigen Kindern und Jugendlichen, der Ermöglichung einer Kontaktaufnahme zwischen den Angehörigen beider Nationen sowie der Hilfe und Beratung bei pädagogischen, schulischen und sozialen Problemen. (<http://www.bmfsfj.de/Publikationen/engagementtuerkisch/1-Einleitung/1-4-verbaende.html>).

Zusammenfassung

Die Analyse der Interaktionen im kommunalpolitischen Wahlkampf in Hannover zeigen: Die KandidatInnen mit Migrationshintergrund nutzen Netzwerke zu Migrantenorganisationen und Moscheen, um potentielle WählerInnen zu gewinnen. Ethnische Ressourcen, wie Sprache und gemeinsame politische Erfahrungen, sind Strategien um das eigene Wählerklientel anzusprechen. Die KandidatInnen werden von den WählerInnen als authentische AnsprechpartnerInnen anerkannt. Dieses Wechselspiel zwischen der Nutzung ethnischer Ressourcen und der Fremdwahrnehmung als anerkannte AnsprechpartnerInnen, erzeugt die Legitimität, die von den KandidatInnen im Wahlkampf genutzt wird. Die Partei rückt dabei meist in den Hintergrund. In den Interaktionen zwischen PolitikerInnen mit Migrationshintergrund und WählerInnen mit Migrationshintergrund suchen beide Parteien nach Gemeinsamkeiten. Diese Gemeinsamkeiten sind neben der Sprache meist gemeinsame Erfahrungen der Diskriminierung. Selbst wenn nicht die gleichen Erfahrungen gemacht wurden, erzeugt der gemeinsame Migrationshintergrund eine Basis für Verständnis und Verständigung. Die bewusste Wählermobilisierung vor Moscheen, Migrantenorganisationen und ethnischen Ökonomien zeigt, dass ethnische Ressourcen durchaus eine wichtige Rolle in der kommunalen Politik einnehmen können.

Im folgenden Kapitel wird die Position des Vermittlers, die von den KandidatInnen mit Migrationshintergrund zur Wählermobilisierung eingenommen wird, genauer betrachtet. Dabei steht insbesondere die Frage im Mittelpunkt, welche Rolle der Migrationshintergrund spielt, wenn KandidatInnen nicht für sich selbst, sondern für andere KandidatInnen und ihre Partei werben.

6.3.2 Wahlkampf in Frankfurt – die Vermittlung als Ressource

März 2012, die Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt stehen kurz bevor. Die Stadtverordneten mit Migrationshintergrund führen Wahlkampf für ihre Parteien. Sie werben dabei aber nicht für sich selbst, sondern für die OberbürgermeisterkandidatInnen ihrer Partei. Ähnlich wie die kommunalpolitischen Wahlkämpfe, sind die Oberbürgermeisterwahlen durch die Stadt- und Landesverbände organisiert und koordiniert. Fraglich ist daher, auf welche Weise der Migrationshintergrund der Stadtverordneten überhaupt als politisch relevante Kategorie auftauchen kann. Vor allem, da die eigene Kandidatur ja nicht auf der Tagesordnung steht.

Nachfrage nach Kultur-Vermittlung

Gülsen, die türkeistämmige Stadtverordnete, nimmt an einer vom KUBI e.V. organisierten Wahlkampfveranstaltung teil, bei der die Oberbürgermeisterkandidatin der Grünen Rosemarie Heilig für sich wirbt.

Ziel des 1993 gegründeten KUBI e.V. ist es, „schulische und berufliche Integrationschancen von jungen Menschen gleich welcher Herkunft zu verbessern und die Verständigung über Kulturgrenzen hinweg zu fördern.“ Der Verein arbeitet mit Ministerien sowie anderen Vereinen und Organisationen zusammen, um Jugend- und Jugendberufshilfe anzubieten. 2006 wurde der KUBI e.V. mit dem Integrationspreis der Stadt Frankfurt geehrt.

Jetzt, im Rahmen des Oberbürgermeisterwahlkampfes, hat der Verein die Oberbürgermeisterkandidatin Rosemarie Heilig und den Parteivorsitzenden der Grünen Cem Özdemir sowie Gülsen eingeladen. Das Publikum besteht, nach Aussagen des Veranstalters, mehrheitlich aus türkeistämmigen WählerInnen. Außerdem befinden sich Journalisten von zwei türkischen Zeitungen Hürriyet und Sabah unter den ZuhörerInnen. Profilierungsmöglichkeit ist somit nicht nur in Richtung der türkeistämmigen WählerInnen vor Ort gegeben, sondern auch in Richtung der türkischen Presse, die einen Teil der türkeistämmigen Bevölkerung in Frankfurt und darüber hinaus erreicht.

Inhalt der Wahlkampfveranstaltung sind die angestrebte Integrationspolitik der Kandidatin und die integrationspolitische Ausrichtung der Grünen. Gülsen, wie Özdemir, fungieren bei der Wahlkampfveranstaltung als VermittlerInnen zwischen den WählerInnen mit Migrationshintergrund und der Oberbürgermeisterkandidatin der Grünen. Sowohl auf Seiten des Veranstalters als auch auf Seiten der Grünen besteht anscheinend die Annahme, Gülsen und Özdemir besäßen bei den türkeistämmigen WählerInnen die nötige Legitimität, um diese glaubwürdig und erfolgreich zu mobilisieren.

Gülsen übernimmt die Moderation der Veranstaltung und befragt die TeilnehmerInnen nacheinander zum integrationspolitischen Standpunkt der Grünen. Sie profiliert sich während der Diskussion als integrationspolitische Expertin, die versucht, das Thema aus seinem Nischendasein zu befreien.

„Ich begreife Integration als eine Querschnittsaufgabe. Von der Wirtschaft bis zur Bildung hat das Thema für mich und unsere Partei einen hohen Stellenwert“ (BP11032012; OB-Wahlkampf in Frankfurt; Beobachtungsprotokoll).

Gülsen besetzt im Rahmen ihres Stadtratsmandats den Ausschuss Wirtschaft und Frauen. Sie ist selbständig und hat ein Unternehmen, das interkulturelle Beratung für Unternehmen anbietet, die im In- oder im Ausland investieren wollen. Sie sieht gerade in der Verbindung zwischen ihrer Qualifikation und ihrem Migrationshintergrund ihre politische Rolle:

„Ich bin Stadtverordnete mit türkischem Migrationshintergrund der Stadt Frankfurt und selbständige Unternehmerin. Durch meine Qualifikationen kann ich die fehlenden Verbindungen zwischen kulturellen Unterschieden und Unternehmensgründungen durch mein Wissen mitbegleiten. (...) d.h. in den Bereichen Wirtschaft und Frauen sind auch Themen mit dabei, die Migranten und die deutsche Gesellschaft betreffen. Und andersherum gibt es viele MigrantInnen, die keine Ahnung haben, wie sie an Kredite kommen sollen, wenn sie sich selbständig machen wollen. Hier kann ich meine Stärken einbringen“ (BP11032012; OB-Wahlkampf in Frankfurt; Beobachtungsprotokoll).

Gülsen sieht sich in der Rolle einer Vermittlerin. Ihre türkische Herkunft und ihre Qualifikation machen sie zu einer Expertin, die beide Themen (Migration/Integration und Wirtschaft) miteinander verbindet. Gülsen sieht eine Nachfrage nach der Vermittlung zwischen zwei unterschiedlichen Kulturen. Den eigenen Migrationshintergrund sieht sie dabei als Ressource an, die sie sowohl beruflich als auch politisch einsetzen kann.

Die Konstruktion eines politischen Raums, in dem eine Nachfrage nach Brücken oder Verbindungen existiert, gehört zu einer der Bedingungen des Brückenbauers, dessen Rolle in Kapitel 8 näher erläutert wird.

Kommunikationsbrücke – Profilierung als Vermittlerin

Die Position der BrückenbauerIn zeigt sich in einem weiteren Zusammenhang: Nach der Diskussionsrunde findet ein Rundgang durch den Stadtteil Bornheim statt. Besucht werden soll ein Markt, um vor Ort weitere WählerInnen zu mobilisieren. Begleitet werden Gülsen, Heilig und Özdemir von einem Fernsehteam, das eine Dokumentation über Özdemir plant. Während des Rundgangs bleiben die Oberbürgermeisterkandidatin und Özdemir immer wieder stehen, um mit potentiellen WählerInnen zu sprechen und zu diskutieren. Bei einer Interaktion zwischen der Oberbürgermeisterkandidatin und Halil, dem türkischen Obst- und Gemüsehändler, kommt es zur folgenden Interaktion: Heilig fragt Halil, ob er von den Oberbürgermeisterwahlen gehört hätte. Halil macht bemerkbar, dass er Heilig nicht so gut

versteht. In diesem Moment der Irritation schaltet Gülsen sich in die Interaktion ein und fragt auf Türkisch:

„Nehmen Sie an den Wahlen teil?“ (Secimlere katiliyormusunuz?) (BP11032012; OB-Wahlkampf in Frankfurt; Beobachtungsprotokoll).

Halil antwortet daraufhin:

„Wir nehmen immer an den Wahlen teil“ („Her zaman katiliyoruz“) (BP11032012; OB-Wahlkampf in Frankfurt; Beobachtungsprotokoll).

Gülsen reagiert:

„Wenn Sie noch andere Freunde oder Bekannte haben, die wählen gehen, dann sagen Sie ihnen doch auch Bescheid. Nicht nur damit sie unseren Kandidaten wählen, natürlich legen wir ihnen das nahe, aber wichtig ist, dass sie überhaupt ihr Wahlrecht nutzen“ (Oylari olan diger arkadaslariniz varsa, sadece bizim adayimizi secmek icin degil, tabi ki onu öneriyoruz ama mutlaka giden ve oy hakinizi kulanin)“ (BP11032012; OB-Wahlkampf in Frankfurt; Beobachtungsprotokoll).

Halil daraufhin:

„Ich gehe jedes Jahr“ („Her sene gidiyorum“) (BP11032012; OB-Wahlkampf in Frankfurt; Beobachtungsprotokoll).

Gülsen und Özdemir:

„Wunderbar. Sehr gut. Sehr gut“ (Harika. Çok iyi. Çok iyi) (BP11032012; OB-Wahlkampf in Frankfurt; Beobachtungsprotokoll).

Heilig:

„So und jetzt bitte übersetzen.“ (Dreht sich dabei zu den JournalistInnen und anderen PassantInnen) Habt ihr das verstanden? Vielen Dank (zu Gülsen) (BP11032012; OB-Wahlkampf in Frankfurt; Beobachtungsprotokoll).

Die Interaktion macht deutlich, dass Gülsen die Rolle der Vermittlerin einnimmt. Sie übersetzt zwischen Halil und Heilig und baut eine Kommunikationsbrücke auf. Im weiteren Verlauf übernimmt Gülsen die Gesprächsführung, um für die Oberbürgermeisterkandidatin zu werben. Die türkische Sprache ist, wie oben bereits gezeigt werden konnte, eine

entscheidende Ressource für die Kommunikation zwischen den InteraktionspartnerInnen. Auffällig ist, dass Gülsen an das Wahlrecht und an die Wichtigkeit der Wahlteilnahme erinnert. Neben der Wählermobilisierung macht Gülsen politische Aufklärungsarbeit. Ihr Handeln und ihr Selbstverständnis lassen vermuten, dass sie sich in der Verantwortung sieht, Menschen mit türkischem Migrationshintergrund zu politischem Engagement zu animieren. Die Anwesenheit von türkeistämmigen WählerInnen im Kontext der Oberbürgermeisterwahlen macht deutlich, dass ethnische Ressourcen vor allem dann zum Tragen kommen, wenn eine Rolle der Vermittlung verlangt wird. Diese Rolle kann von der Partei vergeben oder von Ratsmitgliedern bewusst übernommen werden. Der ethnische Interaktionskontext aktiviert die ethnische Ressource und wird von der Stadtverordneten genutzt. Gülsen kann sich als Vermittlerin profilieren, was von der Oberbürgermeisterkandidatin honoriert wird.

Zusammenfassung

Der Kontext der Oberbürgermeisterwahlen und, im Rahmen dessen, die Wahlkampfveranstaltung bei KUBI e.V. konnten zeigen, dass Gülsen für die Mobilisierung türkeistämmiger WählerInnen auftritt. Eine der Eigenschaften, die sichtbar wurde, ist die Vermittlung. Gülsen profilierte sich als kompetente Wirtschaftsexpertin mit Migrationshintergrund. Dabei konstruiert sie die Nachfrage nach einer Kulturvermittlung zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und der deutschen Wirtschaft bzw. umgekehrt. Das überwiegend türkeistämmige Publikum und die türkische Presse führen dazu, dass Gülsen ihren Migrationshintergrund als Ressource nutzen kann, der ihre politische Legitimität rechtfertigt. Auch die Anwesenheit der Oberbürgermeisterkandidatin spielt für Gülsens Selbstpräsentation eine wichtige Rolle: Sie kann sich vor einer angesehenen Politikerin ihrer Partei als Vermittlerin profilieren, die Zugang zu einer Wählerschicht hat, die von PolitikerInnen ohne Migrationshintergrund schwieriger zu erreichen ist.

Die Rolle der Vermittlung tritt immer dann auf, wenn Abgeordnete mit Migrationshintergrund auf potentielle WählerInnen mit Migrationshintergrund treffen. Darüber hinaus braucht die Vermittlung eine Gegenseite, die auf Vermittlung angewiesen ist.

Die Parteien in Hannover und Frankfurt haben das Potential der PolitikerInnen mit Migrationshintergrund für die Mobilisierung der Bevölkerungsgruppe mit

Migrationshintergrund erkannt. Dieses politische Feld wird von einigen Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund genutzt, um sich zu profilieren und sich Legitimität zu schaffen. Inwiefern diese Vermittlerrolle einen tatsächlichen Einfluss auf das Wahlverhalten der Menschen mit Migrationshintergrund hat, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

Zusammenfassung

Die Interaktionen zwischen WählerInnen und PolitikerInnen mit Migrationshintergrund weisen drei Charakteristika auf. Erstens ist die Sprache der Eintritt in die Interaktion und stellt eine Vertrauensbasis her. Zweitens rückt die Partei in den Hintergrund, persönliche und den Migrationshintergrund betreffende Informationen gewinnen an Relevanz. Drittens Abgeordnete und WählerInnen suchen innerhalb der Interaktionen gemeinsame Erfahrungen. Dabei sind dies meist Erfahrungen der Diskriminierung oder der Fremdheit in Deutschland. Diese Charakteristika schaffen die nötige Authentizität, die es braucht, um Solidarität herzustellen und Vertrauen bei den WählerInnen aufzubauen.

Das ständige Wechseln zwischen mehreren Positionen ist fester Bestandteil des Handlungsrepertoires der KandidatInnen mit Migrationshintergrund: Die Position der LokalpolitikerInnen, in der die Partei und deren Inhalte in den Vordergrund gestellt werden. Und die Rolle des migrantischen Lobbyisten, in der ethnische Grenzziehungsprozesse zu beobachten sind.

Die Wahlkampfphase findet in einem dynamischen Feld statt, in dem die KandidatInnen mit Migrationshintergrund aktiv auf Organisationen und Medien zugehen, in dem aber auch Migrant*innenorganisationen und ethnischen Medien versuchen, die KandidatInnen für Veranstaltungen und ihre Berichterstattung zu gewinnen.

6.4 Migrants Day – Das Wechselspiel zwischen Distanz und Nähe

„(...) man kann sich nur für Land entscheiden, man kann sich nur einem Land verbunden fühlen, aber so ist es nicht. Ich kann das auch aus meiner persönlichen Erfahrung sagen, es ist so, dass wir eine positive Schizophrenie haben, man hat Sympathien für beide Länder (...)“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

In den wissenschaftlichen Debatten über Ethnizität hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Bedeutung und inhaltliche Ausprägung von ethnischen Identifizierungen situations- und kontextabhängig sind (Okamura 1981; Chandra 2008; Brubaker 2009). Die Studien von Waters zeigen, dass ethnische Identifizierungen auf individuellen Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten beruhen, diese jedoch gleichzeitig durch strukturelle Gegebenheiten eingeschränkt sein können (Waters 1990). Für Joanne Nagel ist klar, dass:

“(...) ethnicity changes situationally, the individual carries a portfolio of ethnic identities that are more or less salient in various situations and vis-à-vis various audiences. As audiences change, the socially-defined array of ethnic choices open to the individual changes” (Nagel 1994: 154).

Die theoretische Annahme, dass Individuen ihre ethnischen Identifizierungen wählen können und diese von sozialen Kontexten bzw. vom Publikum und von Situationen abhängig sind, wird als Ausgangspunkt genommen, um die Frage zu klären, ob, wann und auf welche Art und Weise Ethnizität als eine politisch relevante Kategorie konstruiert wird.

Wie in Kapitel 6.1 gezeigt werden konnte, haben die Abgeordneten mit Migrationshintergrund einen vielfältigen politischen Alltag. Neben Sitzungen in den jeweiligen Stadtparlamenten und Ausschüssen, dominieren Fraktionssitzungen und innerparteiliche Veranstaltungen den Terminkalender der Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Neben den routinemäßigen Terminen gibt es außerparlamentarische Veranstaltungen, wie z.B. Diskussions- und Gesprächsrunden, Eröffnungsveranstaltungen für kulturelle und soziale Einrichtungen und Stadtteilstefeste. Darüber hinaus gibt es Wahlkampfphasen, die auch in einem außerparlamentarischen Kontext stattfinden, die jedoch sehr eng mit der Parteiarbeit verbunden sind. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund bewegen sich somit in verschiedenen politischen Kontexten und sind in ihrem politischen Alltag mit verschiedenen Situationen konfrontiert. In Wahlkampfphasen treffen die Abgeordneten auf WählerInnen und Wähler, in ihrem parlamentarischen Alltag

auf ihre Parteikollegen und politischen Gegner, innerhalb der Partei auf Mitglieder, politische Verbündete und Konkurrenten. Auf Veranstaltungen treffen sie auf die Organisatoren und ein Publikum. Diese verschiedenen Interaktionen in verschiedenen politischen Feldern erzeugen Erwartungen auf Seiten der InteraktionspartnerInnen und führen zu verschiedenen Positionen, Funktionen und Strategien innerhalb des politischen Handelns von Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Dies soll im Folgenden an einer ausgewählten migrations- und integrationspolitischen Veranstaltung gezeigt werden, die von einigen Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Hannover besucht wurde.

Migrations- und integrationspolitische Veranstaltungen in der städtischen Politik

Die große und immer weiter steigende Anzahl von Veranstaltungen, die das Thema der Integration und Migration behandeln, macht deutlich, dass es eine Nachfrage in der städtischen Politik Hannovers und Frankfurts gibt, in einen Dialog mit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu treten. Die Interviews und Recherchen in den beiden Städten machen deutlich, dass in der Vergangenheit oft über migrations- und integrationspolitische Themen diskutiert wurde, ohne dass migrantische AkteurInnen Teil dieser Diskussionen waren. In migrations- und integrationspolitischen Veranstaltungen wird über die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund diskutiert. Dabei geht es um rechtliche, soziale, kulturelle und religiöse Themen, die die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen. Diese Art von Veranstaltung wird meist von Migrantenorganisationen bzw. Vereinen, Stiftungen und Parteien organisiert. Migrations- und integrationspolitische Veranstaltungen sind Schnittstellen, in denen Eliten mit und ohne Migrationshintergrund aus Parteien und Organisationen zusammen mit BürgerInnen interagieren können. Viele der Abgeordneten mit Migrationshintergrund berichten, dass die Anzahl dieser Art von Veranstaltungen in den letzten Jahren zugenommen hat. Die Anzahl und die öffentliche Wahrnehmung dieser Veranstaltungen hängen auch von politischen Ereignissen, wie z.B. NSU-Morde, Rassismus und Diskriminierung, islamistischer Terror, Flüchtlinge usw. ab. Die Teilnahme von Abgeordneten mit Migrationshintergrund an diesen Veranstaltungen zeigt, wie Abgeordneten wahrgenommen werden und was von ihnen erwartet wird. Gleichzeitig ist es für die Abgeordneten die Chance, sich einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. Parteien, Migrantenorganisationen und Vereine sind städtische Akteure, die das Thema auf die Agenda der Stadtpolitik bringen. Die verschiedenen politischen Akteure sind somit Teil

der Konstruktionen von verschiedenen Rollen und konstituieren diese mit, da sie durch die thematische Ausrichtung von Veranstaltungen und Einladungen bzw. Anfragen eine Nachfrage nach ExpertInnen generieren. Plausibel ist es, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund als geeignete AnsprechpartnerInnen wahrgenommen werden, da sie mit ihrem Mandat und ihrer Biographie die wahrgenommene Nachfrage nach einem Dialog zwischen MigrantInnen und städtischer Politik schließen können.

In diesem Abschnitt werde ich den Migrants Day in Hannover analysieren, der exemplarisch für die oben beschriebenen migrations- und integrationspolitischen Veranstaltungen steht, in denen verschiedene Erwartungshorizonte aufeinandertreffen. Charakteristisch für diese Art von Veranstaltung ist ein breites bzw. vielfältiges Publikum aus ExpertInnen, Laien ehrenamtlich und professionell in diesem Politikfeld tätigen TeilnehmerInnen mit und ohne Migrationshintergrund. Diese inhaltliche Ausgestaltung der Veranstaltung besteht aus unterschiedlichen Erwartungshorizonten. Ein Erwartungshorizont besteht darin, eine Innenansicht von ExpertInnen zu bekommen, deren Migrationshintergrund für eine bestimmte Perspektive bzw. Erfahrung steht. Neben dem Migrationshintergrund repräsentieren die Abgeordneten auch ihre Parteien, so dass sich eine zweite Identifizierungs- und Zuschreibungsmöglichkeit ergibt. Aus diesen Erwartungshorizonten entstehen verschiedene Positionierungen, die dazu dienen auf diese Erwartungshorizonte zu reagieren. Innerhalb dieser Aushandlungsprozesse zwischen Erwartungen und den daraus entstehenden Positionen, lassen sich vielfältige Handlungsstrategien erkennen, um die eigenen Positionen zu legitimieren.

Migrants Day

Im Rahmen des internationalen „Migrants Day“ hatte ich die Möglichkeit, zwei der 5 Abgeordneten mit Migrationshintergrund bei einer Podiumsdiskussion in Hannover zu beobachten. Der internationale „Migrants Day“ wurde am 4. Dezember 2000 von der UN-Vollversammlung ausgerufen. Die UN wollte mit diesem Tag dem Phänomen der zunehmenden globalen Migration auf der Welt Rechnung tragen. Als Datum wurde der 18. Dezember gewählt, da am 18. Dezember 1990 die internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen von der UN verabschiedet wurde.

Unter dem Motto „Yes we can. Mehr Gesundheit, Bildung und Arbeit für alle“ gab es 2012 in Hannover neben 6 Dialogforen unter anderem Reden und Vorträge von Phillip Rösler (Vizekanzler; sein Vortrag hatte den Titel: Vielfalt als Chance für unsere Wirtschaft), Siegmund Gabriel (Parteivorsitzender der SPD; sein Vortrag hatte den Titel: Willkommens- und Anerkennungskultur in Deutschland) und Aygül Özkan (Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration; ihr Vortrag hatte den Titel: Integration – Erfolge und Herausforderungen). Neben Politikerin/n mit und ohne Migrationshintergrund ist die Veranstaltung von professionellen und ehrenamtlichen FunktionärInnen von migrantischen und nicht migrantischen (Nicht-) Regierungsorganisationen und Vereinen sowie von Laien mit und ohne Migrationshintergrund besucht.

Das Dialogforum IV, an dem ich teilnahm, hatte den Titel: „Politik gestaltet Integration? – Integration in Parteien und Programmen“. Neben dem damaligen Innenminister Uwe Schünemann und den Landtagsabgeordneten Björn Försterling nehmen die Landtagsabgeordnete Elmas (Grüne), die Stadtverordneten Demir (Grüne) und Kaya teil. Uwe Schünemann, der Innenminister Niedersachsens, vertritt die verhinderte Editha Lorberg (Landtagsabgeordnete CDU; Vorsitzende der Integrationskommission des niedersächsischen Landtages; Beauftragte der CDU-Fraktion für Aussiedlerpolitik, Heimatvertriebenenfragen und Menschenrechte). Die Konstellation der GesprächsteilnehmerInnen ist deswegen bemerkenswert, da mit Elmas und Schünemann zwei politische Gegner aufeinander treffen, die sich im Landtag und in der Öffentlichkeit zum Thema Asyl, Migration und Islam immer wieder Wortgefechte lieferten. Dabei ging es z.B. um verdachtsunabhängige Moscheekontrollen, die vom Innenministerium genehmigt wurden oder um eine Anfrage der Grünen im Landtag zum Racial Profiling. Dazu kommt die Debatte im Landtag zur Asylpolitik des Innenministers Schünemann, in der Elmas den Rücktritt des Ministers forderte. Die CDU-Landtagsabgeordnete Gudrun Pieper, die die Politik Schünemanns verteidigen wollte, rief während der Debatte in Richtung Elmas: „Am besten hätte man sie abschieben sollen“. Nach einer von den Grünen beantragten Sitzung des Ältestenrates erklärte Landtagspräsident Hermann Dinkla (CDU), „rassistische Äußerungen“ dürften „keinen Raum und Nährboden“ im Landtag finden – „auch wenn sie unbedacht geäußert werden“. Menschen mit Migrationshintergrund dürften in Niedersachsen nicht zu Opfern von Rassismus werden. Pieper entschuldigte sich anschließend öffentlich bei Elmas. Die Debatte wurde auch in der

überregionalen Presse behandelt und führte zu heftigen Reaktionen. Die Gesprächsrunde war also schon mit politischen Auseinandersetzungen der beiden TeilnehmerInnen vorbelastet.

Das Publikum des Dialogforums IV ist sehr vielfältig. Im Vorfeld des Dialogforums konnte ich mit vielen BesucherInnen des Dialogforums sprechen. Neben einfach interessierten TeilnehmerInnen (ohne professionellen oder ehrenamtlichen Bezug zu Migrations- und Integrationspolitik), sind ehrenamtliche Mitglieder von Migrant*innenorganisationen und Menschen, die in karitativen Organisationen arbeiten, vertreten. Die Anzahl der TeilnehmerInnen beläuft sich auf 52. Die Hälfte der TeilnehmerInnen hat einen sichtbaren Migrationshintergrund. Die von mir beobachteten Abgeordneten interagieren somit mit einem gemischten Publikum.

Die Podiumsdiskussion wird von Ramazan Salman geleitet. Salman ist Gründer des Ethno-Medizinischen Zentrum e.V. und organisiert seit 2009 den Migrants Day in Hannover. Seine Netzwerke führen von migrantischen und nicht migrantischen Organisationen und Vereinen bis in die Parteien hinein. Ramazan ist es, der Demir, Kaya und Elmas für die Podiumsdiskussion gewinnen kann. Die Person Salmans ist deshalb wichtig, weil es zeigt, dass es vereinzelte ethnische Netzwerke zwischen Migrant*innenorganisationen bzw. Eliten mit Migrationshintergrund und Politikern mit Migrationshintergrund gibt. Salman hat wie Demir, Kaya und Elmas türkische Wurzeln, die ihm dabei geholfen haben, alle drei für die Podiumsdiskussion zu gewinnen.

Rollenerwartungen – Wahrnehmung der Kategorie Migrationshintergrund

Die Rahmung der Veranstaltung legt bereits zu Beginn der Veranstaltung mehrere Erwartungen und Regeln fest. Da es um die Integration innerhalb der Parteien gehen soll, sind sich alle Gäste auf dem Podium bewusst, dass sie als Expert*innen zu diesem Themenfeld eingeladen wurden. Bemerkenswert ist, wie die DiskussionsteilnehmerInnen von dem Moderator vorgestellt werden. Denn bereits in der Einführung der Veranstaltung werden von Salman Rollenerwartungen formuliert. Salman stellt Elmas, Kaya und Demir als „Vorbilder gelungener Integration“ vor, die von ihren persönlichen Erfahrungen berichten sollen. Salman geht somit davon aus, dass die Erfahrungen von Elmas, Kaya und Demir andere sind als die der anderen beiden Teilnehmer. Die PolitikerInnen mit Migrationshintergrund stehen somit für eine andere Perspektive, eine andere Innenansicht,

eine direkte Betroffenheit zu dem Thema der Veranstaltung. So ist es auch nicht überraschend, wie Ramazan Elmas vorstellt:

(...) unsere Elmas von den Grünen, die sehr starke Arbeit macht in Niedersachsen, für die Vertretung der MigrantInnen sehr engagiert war. Elmas, ich würde dich als erstes darum bitten, als Vertreterin der Grünen, du bist ja auch Kandidatin, sie ist, Entschuldigung, sie ist Kandidatin im Landtag, dass sie als erstes vielleicht zu dieser Fragestellung, die wir angesprochen haben, Stellung bezieht“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Bereits zu Beginn der Diskussion wird deutlich, dass Elmas hier von Salman als Politikerin mit Migrationshintergrund dargestellt wird, die sich für die Interessen von MigrantInnen einsetzt. Die Erwartung und die Rolle, die Elmas hier einnehmen soll, ist somit vor Gesprächsbeginn bereits festgelegt. Auch bei der Vorstellung von Demir werden Rollenerwartungen von Salman formuliert:

„Ja also, man muss als Migrant sich schon für Politik interessieren und was tun, wenn man irgendwo auch gesellschaftlichen Erfolg haben will oder Demir?“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Demir wird hier als Migrant kategorisiert und identifiziert. Diese Einordnung bringt Assoziationen und Erwartungen mit sich, auf die Demir reagieren muss. Salman identifiziert Demir darüber hinaus als erfolgreichen Migranten, der sich für Politik interessiert. Demir wird somit eine Vorbildrolle zugesprochen, die definiert ist durch Leistung und Aufstieg. Salman deutet hier wie bei Elmas eine Vertraulichkeit an, indem er Demir per Vornamen vorstellt und direkt anspricht. Diese Vertraulichkeit zeigt Salman nur bei seinen Gästen mit Migrationshintergrund. Auch wenn hier eine Interpretation einer ethnischen Identifizierung mit den Gästen zu weit führen würde, so macht es dennoch deutlich, dass eine Bekanntschaft zwischen Demir und Elmas vorliegt und diese auch zum Ausdruck gebracht wird.

Rollenerwartungen – Zwischen Distanz und Nähe

Die wahrgenommene Rollenerwartung führt zu einem Aushandlungsprozess bzw. zu verschiedenen Reaktionen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Denn die Rollenerwartung, als Politikerin mit Migrationshintergrund, die Interessen von MigrantInnen zu vertreten, trifft auf wahrgenommene Erwartungen der Partei und Öffentlichkeit, diese

Rolle auch ausfüllen zu müssen. Gleichzeitig müssen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund wählbar für eine breitere Wählerschaft zu sein.

„Das heißt, dass es in Parteien natürlich auch Netzwerke gibt. Viele Mitglieder sind groß geworden in den Parteien. Und ähm da bedarf es den ein oder anderen, das betrifft auch Wirtschaftsunternehmen aber eben auch Parteien, äh Fürsprecher und Mentor, Mentorin, die jemanden, der neu in die Partei kommt oder jetzt nicht über diese Netzwerke verfügt, ähm denjenigen oder diejenige an die Hand zu nehmen und auch mal so ein paar Hintergründe äh darzulegen. Wie sind die Machtverhältnisse in Parteien? Ähm Tipps zu geben wie man sich thematisch am besten aufstellt. Das ist insbesondere für Migranten oder Menschen mit Migrationshintergrund wichtig, weil diese oft in die Ecke gestellt werden, Migrationspolitik machen zu sollen müssen als vermeintliche Experten für Migrationspolitik. ähm und in diesem Bereich habe ich mich sehr engagiert“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Elmas spricht davon, dass es MentorInnen braucht, um Menschen, die neu sind, an die Parteien heranzuführen. Dadurch sollen die noch nicht vorhandenen Netzwerke innerhalb der Partei aufgebaut werden. Überraschend ist, dass Elmas die MigrantInnen auch in ihrer thematischen Ausrichtung berät, da sie „oft in die Ecke gestellt werden Migrationspolitik machen zu müssen, als vermeintliche Experten für Migrationspolitik (...)“. Wir finden hier also eine politische Positionierung vor, die sich zwischen Nähe und Distanz zu ihrem Migrationshintergrund im politischen Kontext bewegt. Sie fühlt sich verpflichtet, sich als Mentorin für Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb der Partei einzusetzen und protestiert auch nicht, wenn sie als Vertreterin von Migranteninteressen vorgestellt wird. Sie kommt somit ihrer Vorbildrolle nach. Gleichzeitig distanziert sich Elmas jedoch von den möglichen Erwartungen, die an einen Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb der Partei gestellt werden. Diese Erwartungen beinhalten die Rollenzuschreibung, als Mensch mit Migrationshintergrund Migrations- und Integrationspolitik machen zu müssen. Diese Distanzierung von wahrgenommenen Rollenerwartungen interpretiere ich als einen Weg der politischen Profilierung und Legitimierung. Dieser Akt der Emanzipierung von Rollenerwartungen verleiht Elmas mehr Variabilität in ihrer politischen Selbstdarstellung. Elmas sieht in der Rollenerwartung Politikerin mit Migrationshintergrund gleich Migrationspolitik eine negative Zuschreibung, die sie nicht näher ausführt. Es ist sonst nicht anders zu erklären, dass sie neuen Mitgliedern mit Migrationshintergrund davon abrät, sich in der Migrations- und Integrationspolitik zu engagieren. Elmas präsentiert sich dem Publikum als Politikerin, die mehr ist als nur ihr Migrationshintergrund. Plausibel ist es, dass

Elmas wahrgenommene Erwartungen durch das Publikum bedient. Diese wahrgenommenen Erwartungen bestehen aus einer Interessenvertretung von MigrantInnen aber auch von BürgerInnen und Bürgern ohne Migrationshintergrund. Elmas ist nicht nur Expertin in migrationspolitischen Fragen und Mentorin für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern ist auch Kennerin innerer Machtstrukturen der Partei und steht für eine breitere thematische Aufstellung.

Ähnlich wie Elmas versucht Kaya sich aus wahrgenommenen Rollenzuschreibungen zu lösen, indem er die Gleichung Politiker mit Migrationshintergrund gleich Migrations- und Integrationspolitik ablehnt.

„Und Elmas hat völlig Recht, wenn ähm eine Politikerin oder Politiker mit Migrationshintergrund heißt, das heißt dann nicht, dass diese Person ausschließlich Migrationspolitik machen muss. Ähm wie auch nicht jemand, der aus der Türkei kommt oder aus Griechenland in der dritten Generation und hier lebt, der Fachmann oder die Fachfrau für die türkische Innenpolitik ist oder für griechische Innenpolitik. Das ist völlig absurd, die Kinder wachsen hier auf und sind Teil dieser Gesellschaft und dieses Selbstverständliche müssen wir übernehmen“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Man kann auch hier eine Strategie der Emanzipierung erkennen, die sich gegen gängige Rollenbilder und Erwartungen richten. Kaya lehnt hier noch eine weitere Rollenerwartung ab, nämlich die, in der PolitikerInnen mit Migrationshintergrund als ExpertInnen für die Innenpolitik des jeweiligen Herkunftslands dargestellt werden. In dem späteren Verlauf der Diskussion macht Kaya jedoch deutlich, wie wichtig ihm seine Herkunft in seiner politischen Positionierung ist:

„Und ähm wichtig ist für mich äh seine Herkunft nicht zu leugnen und auch seine politische Identität nicht zu leugnen, was gut ist wenn man ähm sag ich mal durch die Partei läuft völlig angepasst ohne Ecken und Kanten ist und man vergisst, wo man herkommt auch Politik mit den Menschen zu machen, die einem wichtig sind und für die man auch in der Gesellschaft steht und das ist auch mein Anspruch“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Die Herkunft ist für Kaya ein Bestandteil seiner politischen Identifizierung. Diese Herkunft ist ein Teil seiner Darstellung, die das nicht angepasst sein innerhalb seiner Partei repräsentiert. Sie steht für die Verbundenheit zu den WählerInnen und Wählern mit Migrationshintergrund. Man kann durchaus argumentieren, dass Kaya hier die Rolle eines Politikers annimmt, der die Menschen mit Migrationshintergrund im Parlament

repräsentiert. Die Identifizierung mit seinem Herkunftsland und seiner Zielgruppe steht in einem scheinbaren Widerspruch zu seiner vorher getätigten Aussage, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht gleich Migrationspolitik machen müssten. Man kann hier, ähnlich wie bei Elmas, ein Phänomen der Nähe und der Distanz zum Migrationshintergrund im politischen Kontext feststellen. Das Rollenbild, das Kaya automatisch in den migrationspolitischen Bereich rückt, lehnt er ab, obwohl er seit Jahren in diesem Bereich tätig ist. Die wahrgenommene Fremdzuschreibung wird hier als ein Akt der Diskriminierung und Bevormundung aufgefasst. Diese ambivalente politische Positionierung in Bezug auf den Migrationshintergrund ist ein Versuch, den verschiedenen Erwartungen der TeilnehmerInnen und Teilnehmer der Veranstaltung mit und ohne Migrationshintergrund gerecht zu werden. Man will nicht nur als InteressenvertreterInnen von MigrantInnen gelten. Ich interpretiere das als impliziten Versuch ansprechbar zu sein für alle (Mainstream) und sich nicht auf bestimmte Themen festlegen zu lassen. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund befürchten vermutlich, dass die einseitige Fokussierung Nachteile für ihre politische Karriere bringen könnte. Plausibel erscheint es mir auch, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund die Befürchtung haben, dass die Entwicklung ihrer vielfältigen Interessen durch die Zuschreibung auf ein Thema eingeschränkt wird.

Diskriminierung - Zwischen Projektion und Auflösung

Eine Form des Aushandlungsprozesses, der auch als eine Legitimierungsstrategie für die eigene politische Identifizierung und Stellung innerhalb der Partei gedeutet werden kann, ist die Kritik an Vorurteilen und Diskriminierungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Die eigene Person und Biographie steht dabei für eine Gruppe, die vom öffentlichen Diskurs als konflikthaft empfunden wird. Die Aufgabe oder die Wichtigkeit der Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb der Politik formuliert Demir folgendermaßen:

„Ähm Gleichzeitig ist es, glaube ich, auch so sehr wichtig in einer Partei zu sein, weil - es wurde vorhin schon angesprochen - Sarrazin ähm oder auch andere Akteure in der Politik, die ein leicht verzerrtes Bild über Migranten äh zeichnen. Äh ich glaube es ist sehr wichtig, dass da Migranten innerhalb der Parteien und in den Parteien sind, weil sie eben dann einschreiten können, weil sie mitmachen können, weil sie mit definieren können was die Aussage ist, die auch nach außen getragen wird, was die Schwerpunkte einer Partei sind, was die Schwerpunkte einer Politik sein sollen“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Für Demir ist eine Aufgabe der politischen Tätigkeit von PolitikerInnen mit Migrationshintergrund, gegen Vorurteile („verzerrtes Bild“) von MigrantInnen Stellung zu beziehen und diese abzubauen. Er steht für diese Bildkorrektur, für diese Neudefinition, für das Mitmachen und sich einmischen. Sein politisches Mandat, sein Bildungserfolg und sein Engagement in Verbindung mit seinem Migrationshintergrund qualifizieren ihn für diese Aufgabe.

„(...) aber es gibt schon nationalistische Reflexe bei manchen Themen, das hat auch, mit denen hat auch Sarrazin gespielt, mit denen hat Koch damals auch bei der bei der äh doppelten Staatsbürgerschaft gespielt. Ich glaube auch da ist es wichtig, dass Menschen in der Partei sind, die diese Ängste kommunizieren und die Ängste auch auflösen (...)“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Die Biografie von Demir steht für die Menschen, die die „Ängste“ nehmen können. Demir mit seinem Migrationshintergrund kommt dabei die Rolle zu, diese Ängste einerseits zu verkörpern und gleichzeitig durch die gelungene Integration (Promotionsstipendiat, politisches Engagement) wieder aufzulösen. Genau diese Doppelfunktion von Projektion und Auflösung übernimmt Demir. Diese Doppelfunktion wird im Abschnitt X unter dem Typus des Brückenbauers näher erläutert.

Staatsangehörigkeit – Neudefinition, Authentizität und Betroffenheit

Im Laufe der Veranstaltung wird immer wieder über die Staatsangehörigkeit diskutiert. Es ist Demir, der das Thema auf die Agenda der Diskussion setzt und die Ausgestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts bzw. die Vorbehalte gegen die doppelte Staatsangehörigkeit kritisiert.

*„Und **wir** sind halt auch immer damit aufgewachsen: **wir** kriegen die doppelte Staatsbürgerschaft, egal was kommt, Leute macht euch keine Sorgen, ich kläre das, war immer die Aussage. Und es ist aber nicht so gekommen, letztendlich. Jetzt haben **wir** den Optionszwang, dass halt Menschen ähm ihre Nationalität wählen müssen ab einem bestimmten Alter und ähm ich glaube da ist es, das hat wirklich gefehlt, dass damals schon Migranten da waren“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).*

Demir sieht offenbar in den bisherigen Regelungen des Staatsangehörigkeitsrechts eine Diskriminierung. Demir spricht von einem Wir und verbindet die Debatte über die doppelte Staatsangehörigkeit mit seinen eigenen Erfahrungen. Dieses „Wir“ wird von Demir nicht

näher definiert. Ich vermute, dass das Wir hier allgemein für AusländerInnen steht und somit für eine Gruppe, denen PolitikerInnen ohne Migrationshintergrund Versprechen gemacht haben. Dieses Betroffensein verleiht seiner Aussage ein anderes Gewicht. Es wirkt authentischer und glaubwürdiger, wenn Demir abstrakte politische Entscheidungen mit seiner eigenen Biografie verbindet. Dies wird deutlicher als er ausführt:

(...) also die doppelte Staats...es wird ja ganz oft, weil es heißt immer ganz oft, die doppelte Staatsbürgerschaft ist immer eine Loyalitätsfrage, man kann sich nur auf ein Land entscheiden, man kann sich nur einem Land verbunden fühlen, aber so ist es nicht. Ich kann das auch aus meiner persönlichen Erfahrung, es ist so, dass wir eine positive Schizophrenie, man hat Sympathien für beide Länder. Also ich habe auch starke Sympathien für die Türkei, das Land meiner Eltern, wo ich nicht gelebt oder aufgewachsen bin, aber genauso gehöre ich 100% eben zu Deutschland, das widerspricht sich nicht. Und ich glaub, dass es ganz wichtig ist, dass eben Menschen jeder Partei teilhaben, mitmachen, die das halt auch kommunizieren können, die die Ängste nehmen können“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Demir ist offensichtlich sehr bewegt und emotional, wenn es um die Frage der Staatsangehörigkeit geht, was erklären würde, warum er in dieser Phase etwas unvollständig spricht. Demir entkräftet die Behauptung, in der behauptet wird, man könne nur einem Land gegenüber loyal sein, mit seiner eigenen Biografie. Diese bezeichnet er als „positive Schizophrenie“, womit er den Umstand bezeichnet beiden Ländern gegenüber Loyal zu sein. Diese Verbindung eigener Lebenserfahrungen und politischer Sachverhalte macht den Politiker Demir zu einem glaubwürdigen und authentischen Politiker, der für eine Neu-Definition der Staatsbürgerschaft steht. Der Migrationshintergrund wird von Demir, wie oben schon einmal gezeigt, als eine Ressource oder ein Mehrwert dargestellt, der dazu befähigt, Ängste in der Gesellschaft zu nehmen. Der Umstand, dass Demir über seine Identifizierungserfahrungen reflektieren kann und diese mit gesellschaftlichen Diskursen über die Staatsangehörigkeit verbindet, erschafft gleichzeitig die Rolle eines Vermittlers. Diese Rolle des Vermittlers impliziert eine Selbstdarstellung als Vertreter einer Gruppe mit ähnlichen Erfahrungen. Unterstellt wird eine kollektives Interesse und einen kollektiven Gemütszustand („man hat Sympathien für beide Länder“). Plausibel erscheint es mir, dass das „Wir“ oder „man“ für eine Generation von Menschen mit Migrationshintergrund steht, die sich die Fragen der Identität und Loyalität stellen oder die mit diesen Fragen immer

wieder konfrontiert werden. Ich würde dieses „wir“ somit als eines deuten, das eher die zweite und dritte Generation von Menschen mit Migrationshintergrund anspricht.

Neue Dynamik im Gesprächsverlauf – Stärkere Identifizierung und direkte Ansprache

Die Verbindung zwischen persönlicher Betroffenheit und der Regelung des Staatsangehörigkeitsgesetzes gewinnt durch die Diskussionsdynamik an Intensität. Dies zeigt sich, als Schünemann auf die Kritik von Demir an dem Optionszwang bei der doppelten Staatsbürgerschaft reagiert. Schünemann führt aus, dass es eine Evaluierung in Bezug auf die Optionsfrage gegeben habe und diese zeige, dass es innerhalb der Familien keinerlei Probleme und Konflikte mit dieser Regelung gebe. Die Einwände, die gegen die Optionsregulierung hervorgebracht würden, wären somit völlig unbegründet. Diese Antwort löst eine Reaktion bei Demir aus, die den eigenen Migrationshintergrund noch stärker in den Vordergrund rücken lässt. Interessant ist, wie Demir beginnt:

„Ich sage das vielleicht mehr als Migrant, als hier geborener Mensch, der hier aufgewachsen ist. Also ich, für mich ist es wirklich schwierig nachzuvollziehen welche Diskussionen, welche Debatte da oder welche Ängste da innerhalb der CDU bestehen“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Demir spricht hier als Migrant. Die Identifizierung mit seinem Migrationshintergrund ist stärker als in seiner bisherigen Darstellung. Die Intensität seiner Identifizierung hat vor allen Dingen mit den Aussagen und der Präsenz von Schünemann zu tun. Gerade die vehementen Aussagen Schünemanns gegen die doppelte Staatsangehörigkeit führen zu einer stärkeren Identifizierung mit seinem Migrationshintergrund. Der Migrationshintergrund fungiert hier als Mittel, um seine Argumentation glaubwürdiger zu machen. Demir versucht mit seiner Identifizierung, die von Schünemann zitierte Evaluation zu entkräften. Interessant ist, dass Demir sich als Migrant identifiziert. Demir ist in Goslar geboren und somit im engeren kein Migrant, sondern ein Kind von EinwandererInnen. Seine Identifizierung geht über die eigene Biographie hinaus, er identifiziert sich also mit allen Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind und versucht, sich für diese Gruppe einzusetzen. Neben dem Migrationshintergrund, kommt hier eine zweite Kategorie der Identifizierung in Demirs Selbstdarstellung:

„Es gibt auch eine Wertigkeit von Kulturen in Deutschland. Die Politik befeuert das mit solchen Maßnahmen, mit solchen Schritten. Ähm das ist für mich als hier geborener

Mensch mit türkischen Wurzeln ein großes Ärgernis, wenn mal als äh Moslem stigmatisiert wird, als männlicher Moslem mit türkischem Hintergrund, weil da ganz viel Ängste mitschwingen“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Für Demir gibt es „Wertigkeiten der Kulturen“ in Deutschland, die durch die Politik befördert werden. Diese Anspielung auf die Diskriminierung bestimmter Gruppen verbindet er mit seiner Identifizierung als Moslem. Er kritisiert die Stigmatisierung von Muslimen und präzisiert diese Aussage dann nochmal, in dem er von sich als Moslem mit türkischem Hintergrund spricht. Beide wahrgenommenen Kategorien (Migrationshintergrund und Moslem) führen nach Demir zu Stigmatisierungen. Demir spricht hier aus eigenen Diskriminierungserfahrungen und verleiht seinen Aussagen somit eine Unmittelbarkeit. Diese Unmittelbarkeit entsteht aus der Personifizierung, d.h. die abstrakten Opfer von Stigmatisierungen bekommen durch Demir ein Gesicht. Die Identifizierung als türkischer Moslem ist hier als direkte Reaktion auf Schönemann zu interpretieren. Auf eine Nachfrage aus dem Publikum im Zusammenhang mit der doppelten Staatsangehörigkeit, ob die MigrantInnen eine Bedrohung seien, antwortet Demir:

Demir: „Bin ich eine Bedrohung?“

Gast aus dem Publikum: Bin ich eine Bedrohung?

Demir: Natürlich sind Sie das nicht, jaja ich auch nicht, ich, Kaya genauso wenig, wir haben beide die doppelte Staatsbürgerschaft wir sind auf jeden Fall keine Bedrohung, aber das wird oft suggeriert, aber das ist ja das Problem, dass es wird immer diese Frage der Loyalität gestellt, die es bei McAllister eben nicht gestellt wird. Was unterscheidet Sie, was unterscheidet mich, was unterscheidet Kaya von McAllister?“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Demir interagiert hier mit dem Publikum und spricht es direkt an. Eine Mehrheit der Gäste signalisiert Demir Zustimmung, indem sie ihm zunicken. Dabei sind es vor allen Dingen die Gäste mit Migrationshintergrund, die sich von Demir angesprochen fühlen. Von dieser Interaktion gehen zwei Botschaften aus. Erstens, Demir spricht hier für die Gäste mit Migrationshintergrund, von denen er glaubt, dass sie ähnliche oder gleiche Erfahrungen mit Diskriminierungen gemacht haben. Er holt sie mit ins Boot, schafft eine Gemeinsamkeit. Zweitens, spricht er alle an, die ihn und seinesgleichen als Bedrohung wahrnehmen. Schönemann steht dabei als Symbol für diese Art von negativer Wahrnehmung. Das wird

dann deutlich, wenn Demir in Richtung Schönemanns guckt, als er fragt, was ihn oder Kaya von McAllister unterscheidet. Beide werden Demir zufolge immer wieder mit der Loyalitätsfrage gegenüber Deutschland konfrontiert. Bei McAllister, dem amtierenden niedersächsischen Ministerpräsidenten mit schottischem Migrationshintergrund, werde laut Demir diese Loyalitätsfrage nicht gestellt. Auch hier geht es um die Diskriminierung bestimmter Gruppen. Gerade der türkische Migrationshintergrund ist nach Demir ausschlaggebend für den Loyalitätsvorwurf oder -zweifel und die damit zusammenhängenden Stigmatisierungen. Demir fungiert hier als Sprachrohr für eine Generation, die sich mit Fragen der Staatsbürgerschaft und damit im Zusammenhang mit Identitätskonzepten und Loyalitätsfragen beschäftigt. Seine Rolle ist hier die des jungen Politikers, der eine wahrgenommene Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund anprangert. Auch Kaya wird deutlicher in seiner Identifizierung mit seinem Migrationshintergrund. Auf die Frage von Salman, ob Kaya aufgrund seines Migrationshintergrundes mehr MigrantInnen an die Partei binde, antwortet Kaya:

„Wir mit Migrationshintergrund, wir waren früher Objekte der Politik der Gesellschaft. Jetzt werden wir zum Subjekt und handeln selbst. Und einige Menschen in der Gesellschaft müssen sich daran gewöhnen, dass wir in einem gemeinsamen Kampf uns politisch organisieren“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

Kaya definiert die politische Rolle der Menschen mit Migrationshintergrund neu. Seine Biographie steht für diesen Neuanfang, in dem Menschen mit Migrationshintergrund aktiv an der politischen Gestaltung Deutschlands teilnehmen. Kaya macht deutlich, dass eine neue Generation von Menschen mit Migrationshintergrund herangewachsen ist, die nicht nur passive „Objekte“ von politischen Entscheidungen sind. Interessant ist, dass hier das Subjekt der MigrantInnen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen wird und dieses Subjekt nicht ethnisch kategorisiert wird. Zu vermuten wäre es, dass die ethnische Kategorie in der Kategorie des Migrationshintergrundes aufgeht oder die direkten ethnischen Identifizierungen vermieden werden, um den Verdacht von ethnischer Lobbyarbeit zu vermeiden.

„Die SPD ist eine Partei, die wird im nächsten Jahr 150 Jahre alt, die hat Tradition und - das hast du angesprochen Demir - diese Partei bildet Netzwerke, da gibt es Kreise, Klüngel Kreise und Partei hat eine innere Kultur der Sprache, wie man damit umgeht. Und ähm das ist natürlich dann so, wenn man dann dazu kommt auch ähm mit

Migrationshintergrund, dass wir noch nicht Teil des Systems sind“ (BP18122012; Migrants Day Hannover; Beobachtungsprotokoll).

An dieser Stelle wechselt Kaya das Thema und wendet sich den konkreten Problemen dieser Subjektwerdung zu. Kaya konkretisiert diese Schwierigkeiten, indem er über die Netzwerke, Kreise, Klüngel und eine innere Kultur innerhalb der SPD spricht. Die Menschen mit Migrationshintergrund seien nicht Teil des Systems. Teil dieser Netzwerke, Kreise und Klüngel zu werden, bedarf generell einer längeren Parteimitgliedschaft und/oder MentorInnen innerhalb der Parteien, die die Menschen mit Migrationshintergrund in diese „innere Kultur der Sprache“ einführen. Der Aspekt der Sprache spielt immer wieder eine wichtige Rolle in den Interviews. Gute Deutschkenntnisse werden von den Abgeordneten als Voraussetzung für den Eintritt in die Parteien gesehen. Innerhalb der Parteien gibt es dann ein parteispezifisches Vokabular, das sich von Partei zu Partei unterscheidet und erlernt werden muss.

Zusammenfassung

Veranstaltungen wie der Migrants Day setzen durch die thematische Ausrichtung, Auswahl der Gäste und Zusammensetzung des Publikums einen Rahmen, in dem sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund bewegen. Dabei ist bereits die Auswahl der DiskussionsteilnehmerInnen an bestimmte Bedingungen und Merkmale geknüpft, die notwendig sind, um es auf das Podium zu schaffen. Glaubwürdigkeit und Authentizität sind dabei zwei Merkmale, die entscheidend sind. Die Diskussionsveranstaltung „Politik gestaltet Integration? –Integration in Parteien und Programmen“ braucht somit TeilnehmerInnen, die für dieses als kompetent erachtet werden. Innerhalb dieses Rahmens entstehen verschiedene Erwartungen an und zwischen den DiskussionsteilnehmerInnen. Den Abgeordneten mit Migrationshintergrund wird aufgrund der Kombination zwischen ihrer Migrationsbiographie und ihres politischen Mandates, eine spezifische Erfahrung und Kompetenz zugesprochen. Die zugesprochenen Kompetenzen setzen somit auch den Rahmen der möglichen Positionierungen fest. Die eingenommenen und zugeschriebenen Positionen variieren zwischen der Position des migrantischen Interessenvertreters, des Brückenbauers und der des Parteipolitikers. Dabei entstehen Positionsübernahmen und Positionszuschreibungen in einer ständigen Interaktion zwischen den DiskussionsteilnehmerInnen, dem Moderator und Publikum, die sich wechselseitig bedingen.

Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund reagieren auf wahrgenommene Erwartungen, übernehmen erwartete Positionen, erzeugen neue Positionen, identifizieren sich mit unterschiedlichen Gruppen, lehnen Rollenerwartungen ab oder definieren sie neu.

So kann festgehalten werden, dass der Migrationshintergrund als politische Kategorie durch die Interaktionen und Situationen sowie den inhaltlichen Schwerpunkt von Veranstaltungen mit determiniert wird. Der Migrationshintergrund als politisch relevante Kategorie wird dann sichtbar, wenn die Position der/des Brückenbauer/s/in eingenommen wird. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund auf unterstellte Ängste und Stigmatisierungen in der Gesellschaft reagieren. In der Position des/der Brückenbauer/s/in verkörpern die Abgeordneten mit Migrationshintergrund Ängste vor dem vermeintlich Unbekannten und Fremden und lösen sie gleichzeitig durch ihre Präsenz in der Partei und im Stadtparlament wieder auf. Der Migrationshintergrund hat somit eine Doppelfunktion, indem er sowohl die Projektion von Ängsten und Vorurteilen erlaubt als auch deren Auflösung ermöglicht. Innerhalb der Brückenbauerposition lässt sich die Strategie der Betroffenheit einordnen, die dann in den Vordergrund gerückt wird, wenn Abgeordnete mit Migrationshintergrund ihren Argumenten Nachdruck und Glaubwürdigkeit verleihen wollen. Die Abgeordneten verbinden dabei die eigene Biografie mit einem politischen Sachverhalt. Die Strategie der Betroffenheit kommt besonders dann zum Vorschein, wenn Themen der Diskriminierung diskutiert werden. Die wahrgenommene Diskriminierung z.B. durch das Staatsangehörigkeitsgesetz bzw. die Interpretation des Staatsangehörigkeitsrechts bekommt durch die Verbindung mit der eigenen Biografie ein anderes Gewicht. Es wirkt authentischer und glaubwürdiger, wenn die Abgeordneten mit Migrationshintergrund unmittelbar über die persönlichen Konsequenzen des Staatsangehörigkeitsgesetzes sprechen. Für plausibel halte ich es, dass die Selbstdarstellung als Opfer von Diskriminierung die Abgeordneten mit Migrationshintergrund schwerer angreifbar macht. Die Rolle des Opfers appelliert an das Gewissen der Interaktionspartner und des Publikums und verschafft den Abgeordneten zumindest in einigen Kontexten einen Vorteil.

Die Veranstaltung zeigte aber auch eine Distanzierung von der wahrgenommenen Erwartung, als Abgeordnete mit Migrationshintergrund ausschließlich Interessen von MigrantInnen vertreten zu müssen. Die Distanzierung und Übernahme von Differenzzuschreibungen sind ein konstitutives Element in der politischen Praxis von Abgeordneten mit Migrationshintergrund, um eine Anschlussfähigkeit im

kommunalpolitischen Kontext herstellen zu können. Diese Variabilität dient dazu, eine Legitimität herzustellen, die es ermöglicht, auch Menschen ohne Migrationshintergrund anzusprechen und für sie ansprechbar zu sein. Die hier portraitierten Abgeordneten vermuten offensichtlich, dass die einseitige und ausschließliche Fokussierung auf den migrations- und Integrationspolitischen Bereich Nachteile bringen könnte. Das Ausbalancieren der verschiedenen Erwartungen ist somit fundamentaler Bestandteil der politischen Positionierungen und Legitimierung der Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Sie gehört zu dem Handlungsrepertoire von einigen Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Die Loslösung von gängigen Rollenerwartungen führt zu einer Neudefinition der Frage, was es bedeutet, als Mensch mit Migrationshintergrund in einer Partei und in einem politischen Amt zu sein. Diese Frage führt zu einer Auseinandersetzung mit dem eigenen politischen Selbstverständnis, das sich im Spannungsfeld ambivalenter Erwartungen bewegt. Diese Frage macht aber auch deutlich, dass gerade in Veranstaltungen, die sich mit migrations- und integrationspolitischen Themen beschäftigen, der Migrationshintergrund immer eine Kategorie ist, die anwesend ist, die immer wieder von außen und von den Abgeordneten selber aufgeworfen und immer wieder neu verhandelt wird. Gerade die Komposition des Publikums aus Laien und ExpertInnen mit und ohne Migrationshintergrund hatte eine entscheidende Rolle für das Auftreten, da sie als Adressaten bestimmte Erwartungen und Annahmen auf Seiten der Abgeordneten mit Migrationshintergrund ausgelöst haben. Im folgenden Kapitel sollen die Selbstverständnisse und Positionen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund, die sich in den verschiedenen Handlungsarenen angedeutet haben, systematisch analysiert werden.

7 Positionen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund

In den Karrierewegen und Profilen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund wurde bereits deutlich, dass die Abgeordneten mit unterschiedlichen politischen Erfahrungen und über verschiedene Netzwerke in die Stadtparlamente gelangen. Einige davon kommen über migrations- und integrationspolitische Netzwerke in die Parteien. Ein anderer Teil der Abgeordneten gelangt über andere Wege, wie z.B. über das Engagement in Parteien (Ochsentour), Gewerkschaften, Hochschulpolitik, Elternvertretungen usw. in die Stadtparlamente. Für einen anderen Teil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund ist das Ratsmandat der Einstieg in eine politische Karriere. In einigen Fällen lässt sich empirisch belegen, dass die unterschiedlichen Karrierewege sich im Selbstverständnis und der politischen Praxis der Abgeordneten mit Migrationshintergrund niederschlagen, in anderen Fällen ist der Zusammenhang eher lose. Zehn von 16 der Abgeordneten mit Migrationshintergrund, die über migrations- und integrationspolitische Netzwerke in die Stadtparlamente gelangen, führen diese politische Positionierung auch in ihrer politischen Praxis weiter. Dies zeigt sich in den Teilnahmen an migrations- und integrationspolitischen Veranstaltungen, im Wahlkampf durch die Mobilisierung ethnischer Netzwerke und im parlamentarischen Verhalten durch migrations- und integrationspolitische Anfragen und die Initiierung von Anträgen. Dennoch zeigte sich bei den Abgeordneten mit einem migrations- und integrationspolitischen Profil, dass der politische Alltag es notwendig macht, neben den ethnischen Identifizierungen und Netzwerken andere Identifizierungen zu mobilisieren, um mit den unterschiedlichen Erwartungen und Anforderungen, die an einen Abgeordneten mit Migrationshintergrund gestellt werden, umgehen zu können. Selbst bei jenen Abgeordneten mit Migrationshintergrund, die kein migrations- und integrationspolitisches Profil aufweisen, lassen sich dennoch Situationen in Wahlkämpfen beobachten, in denen ethnische Identifizierungen mobilisiert werden.

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gemacht, dass es zum Erwartungshorizont von Abgeordneten gehört, sich in unterschiedlichen politischen Handlungsarenen bewegen zu können. In den verschiedenen Handlungsarenen werden jeweils unterschiedliche Erwartungen und Anforderungen an die Abgeordneten mit Migrationshintergrund gerichtet, die diese in ihrem Alltag balancieren müssen. Dies führt dazu, dass sich unterschiedliche Positionen herauskristallisieren. Positionen begreife ich als durch reflexive

Selbstverständnisse untermauerte habitualisierte Ergebnisse dieses Balancierungsprozesses. Positionen sind somit mehr oder weniger zeitlich stabile Synthesen, die verschiedene Aspekte, wie die Relationen des kommunalpolitischen Feldes, situative Dynamiken sowie Selbstverständnisse in sich aufnehmen. Die Abgeordneten weisen dabei unterschiedliche Positionspräferenzen auf, die sich bezogen auf die dynamischen Relationen in den Handlungsarenen verändern können. Die verschiedenen Positionen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund fügen sich nicht in eine einheitliche übersituative Synthese, sondern prozessieren ein grundlegendes Spannungsverhältnis, dem sich alle Abgeordneten stellen müssen. Einerseits ist ihr Migrationshintergrund eine Ressource für die migrantische Wählermobilisierung und eine limitierende Festlegung auf eine migrantische Interessenvertretung. Andererseits müssen sie für eine breitere Bevölkerungsschicht auch ohne Migrationshintergrund wählbar und akzeptabel sein. Dabei entsprechen jene Positionen, die eingenommen werden, um den Erwartungen des Feldes gerecht zu werden, meist nur teilweise dem Selbstverständnis der Akteure. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund interpretieren diese Spannungsverhältnisse, indem sie einerseits ein Selbstverständnis herausbilden und andererseits sich zu den Erwartungen, die an sie gerichtet werden, flexibel positionieren. In diesem Sinne determiniert das Selbstverständnis nicht das politische Handeln, weil kontextuell immer auch andere Positionen möglich sind, es liefert aber eine reflexive Lesart der eigenen Praxis, die als solche wiederum in die politische Praxis einfließen kann. Auf diese entfalten Selbstverständnisse eine Steuerungsfunktion für die Positionierungspraxis. Während aus der Perspektive der Abgeordneten dem Selbstverständnis eine zentrale Rolle zukommt, weil dadurch eine Unterscheidung zwischen „eigentlichen“ Überzeugungen und pragmatischen Erwägungen aufrecht erhalten werden kann, sind aus der Perspektive der sozialwissenschaftlichen Beobachtung die Aushandlungsprozesse, die durch diese Spannung sichtbar werden, besonders wichtig, um zu einem erweiterten Verständnis der sozialen Positionierung von Abgeordneten mit Migrationshintergrund zu gelangen. In den Aushandlungen greifen die Abgeordneten auf ihnen vertraute Verhaltens- und Interpretationsmuster zurück. In diesem Sinne schreibt sich die Dynamik von Annäherung und Distanzierung zwischen „Leitbildern“ und praktischer Positionierung in konkreten Situationen ständig weiter fort. Während Situationen Möglichkeitsräume eröffnen, limitiert die Identifikation mit Leitbildern Verhaltensmöglichkeiten.

Im Folgenden sollen vier grundlegende idealtypische Positionen vorgestellt werden, die als Leitbilder Wirksamkeit entfalten: AufsteigerInnen, Vorbilder, migrantische LobbyistInnen, „normale“ LokalpolitikerInnen. Einzelne Abgeordnete können sich dabei zu unterschiedlichen Zeitpunkten auf verschiedene Leitbilder beziehen, sie entwickeln dabei aber charakteristische Stile, diese bezogen auf ihr Selbstverständnis zu relationieren und zu hierarchisieren.

7.1 Die AufsteigerInnen

Für nahezu alle Abgeordneten mit Migrationshintergrund spielt die Narration des sozialen Aufstiegs eine wichtige Rolle, wenn es um die Selbstwahrnehmung und Legitimierung ihrer politischen Karrieren geht. Sie ist für die Mehrheit der Abgeordneten mit Migrationshintergrund fester Bestandteil ihres politischen Selbstverständnisses und dient der eigenen Sinngebung und Legitimität.

Die Narration des sozialen Aufstiegs beinhaltet meist zwei Schritte. Erstens wird die eigene bzw. familiäre Migrationsgeschichte in der Rekonstruktion der eigenen politischen Biographie als eine Hürde und Problem wahrgenommen. Zweitens werden Diskriminierungen und Widerstände, die im Zusammenhang mit dem eigenen Migrationshintergrund erfahren werden, überwunden. Die Erfolgsgeschichte gibt den Abgeordneten mit Migrationshintergrund die nötige Glaubwürdigkeit, sich z.B. als BrückenbauerInnen zwischen der migrantischen Bevölkerung und der städtischen Politik zu positionieren. Aufstieg steht dabei als Platzhalter für Vertrautheit mit dem Regelsystem der ‚Mehrheitsgesellschaft‘. Die Narration vom Aufstieg wird deshalb als politische Ressource eingesetzt, um bestimmten wahrgenommenen Erwartungen auf Seiten der Parteien und WählerInnen gerecht zu werden. Sie spielt aber auch eine wichtige Rolle in der Selbstwahrnehmung als Vorbildfunktion für eine „vorgestellte“ Migrantengemeinschaft.

„Das Aufstiegsnarrativ“

Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund erleben Ausgrenzung und Aufstieg schon innerhalb ihrer schulischen Laufbahn. Viele Eltern der Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen, meist mit einer geringen Schulbildung. Bereits in frühen Jahren machen die Abgeordneten mit

Migrationshintergrund Erfahrungen der Fremdheit und Diskriminierung im schulischen Alltag. Diese Fremdheit führt nach Wahrnehmung der Abgeordneten mit Migrationshintergrund zu Barrieren und Ausgrenzungen im Schulsystem, die jedoch in einigen Fällen mit Hilfe der Familie und individuellem Fleiß überwunden werden. Exemplarisch für den Bildungsaufstieg steht das folgende Zitat eines Ratsmitglieds aus Hannover:

„(...) die Unterstützung meines Vaters hat dazu geführt, dass wir Abitur gemacht haben, weil sonst hätten wir wahrscheinlich kein Abitur gemacht, weil wir waren die klassischen türkischen Migrantenkinder, Vater Arbeiter, Mutter Hausfrau und die meisten haben nicht gesehen, dass wir Abitur machen. Meine Grundschullehrerin sagte zu meinem Vater, ihre Söhne werden niemals das Abitur machen. Und dann sagte mein Vater, wenn man einen Esel an einer Universität festbindet, kommt er auch mit einem Diplom raus“ (Interview mit K.).

Die Erfahrungen und Auseinandersetzungen in der schulischen Laufbahn prägen viele Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Laufe ihrer politischen Sozialisierung. Sie lernen dabei, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, als Kinder von GastarbeiterInnen Abitur zu machen. Die Schule wird diesem Sinne als Ort der Bewährung verstanden, an dem Diskriminierung, Ausgrenzung lauern, aber auch Möglichkeiten zu Aufstieg und Erfolg geboten werden. Während Diskriminierung die Begrenzungen durch die Gesellschaft exemplarisch aufzeigt, stellt deren Überwindung die eigene Leistungsfähigkeit und den Wert der erfahrenen Unterstützung nur noch klarer heraus. Diese Doppelfigur von Begrenzung und Überwindung spielt für das politische Selbstverständnis eine zentrale Rolle. Viele der befragten Abgeordneten betonen ihre Sensibilität für die migrationspezifischen Aufstiegshürden und den Gerechtigkeitsinn, der sich in den Erfahrungen des Bildungsaufstiegs ausgebildet hat.

Eine andere Form der Aufstiegsnarration, die mit der Bildungsnarration verbunden ist, ist der sozial-räumliche Aufstieg. Einige Abgeordnete mit Migrationshintergrund wachsen in von ihnen wahrgenommenen „Problembezirken“ auf. Diese Bezirke werden in den Erzählungen oft beschrieben als Orte der Armut und Kriminalität mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Erfahrung, in diesen Bezirken gelebt zu haben, die Menschen in diesen Bezirken zu kennen und mit ihnen aufgewachsen zu sein, qualifiziert die Abgeordneten mit Migrationshintergrund, als glaubwürdige migrations- und integrationspolitische ExpertInnen wahrgenommen zu werden, wenn es um

Angelegenheiten in diesen Stadtteilen geht. Diese Expertise lässt sich auch als street credibility bezeichnen, die ein Wissen über Bezirke und bestimmte Milieus und deren glaubwürdige Repräsentation beinhaltet.

Exemplarisch steht hierfür das Zitat eines Ratsmitglieds aus Hannover:

„(...) aber ich bin besonders stolz darauf, gerade aus so einer Gegend, wo ich aufgewachsen bin, wo kriminelle Jugendliche sich befanden bzw. wo viele Straftaten waren und auch subkulturelle, ja wie soll ich sagen, Communities sich befanden, dass ich aus dieser Gegend in Anführungsstrichen, ich will das nicht abwerten, es geschafft habe, ein Mandat zu erlangen“ (Interview mit G.).

Der sozial-räumliche Aufstieg kann nur dann als ein Aufstieg wahrgenommen werden, wenn das Viertel, in dem man aufgewachsen ist, als Problemviertel wahrgenommen wird, d.h. wenn das Viertel negative Eigenschaften zugeschrieben bekommt, wie z.B. hohe Kriminalitätsraten in Verbindung mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Dass es sich hierbei nicht nur um individuelle Erfahrungen, sondern um eine Legitimierung der eigenen Position handelt, zeigt sich daran, dass sich auch indirekte Formen der Herstellung von street credibility finden. So finden sich Abgeordnete mit Migrationshintergrund, die selbst in „besseren“ Vierteln groß geworden sind, die auf FreundInnen, Verwandte und Bekannte verweisen, die ihnen diese Erfahrungen vermittelt haben. In den Interviews oder auf Veranstaltungen werden diese indirekten Erfahrungen angeführt, um Nähe zu den Problemdiskursen zu dokumentieren.

„Ich selber bin in einer besseren Gegend aufgewachsen oder was heißt besser, es war eine Gegend, die eine gute Mischung hatte. Ich hatte aber Freunde, die kamen aus Bezirken mit vielen Ausländern und Problemen. Ich habe viel mitgekriegt und kannte diese Leute“ (Interview mit G.)

Die dritte Narration des sozialen Aufstieges ist die Verknüpfung der Migrationsbiografie mit der ideologischen Ausrichtung der Partei. Ein Stadtverordneter mit Migrationshintergrund in Frankfurt sieht seine eigene Biographie in der SPD gut aufgehoben, indem er ausführt:

„(...) Ich glaube, es ist wichtig, dass es eine Rolle spielt (der Migrationshintergrund). Weil ich einen Migrationshintergrund zum einen hab und so zu sagen für andere ein klassischer Aufsteiger (bin) sage ich mal, das, was die Bildungsfragen angeht. Und die SPD steht ja in der 150 jährigen Historie stärker als jede andere Partei für diesen Aufstiegsgedanken (...).“

„(...) und dass ich mich nach und nach hochgearbeitet hab und die Möglichkeit hab in der SPD, die ja wirklich für diesen Aufstiegsgedanken steht, auch Parteivorsitzender zu werden, spricht glaube ich, für diese Partei spielt aber natürlich auch eine Rolle, dass sie sagen, da ist jemand, der glaubwürdig unsere Politik auch vertreten kann, weil er quasi das, was er verkauft, nicht nur verkauft, weil er Mehrheit gewinnen will oder was weiß ich was, weil er irgendwie Wahlen gewinnen will, sondern er verkörpert das durch seinen Lebenslauf auch (...)“ (Interview mit A.).

Die Beziehung zwischen sozialem Aufstieg und SPD ist ein immer wiederkehrender Topos. Der eigene soziale Aufstieg untermauert, in der SPD am rechten Platz zu sein. Den eigenen sozialen Aufstieg mit den Werten der Partei als kompatibel zu sehen, erzeugt eine Konvergenz zwischen Biografie und wahrgenommenen Leitbild der Parteien. Aber auch unabhängig vom Parteihintergrund kann über das Narrativ des Aufstiegs eine Aufwertung der eigenen Person erzielt werden, weil es meritokratische Werte aufruft. Deswegen findet es sich auch bei VertreterInnen aller Parteien. Exemplarisch dafür steht die Aussage einer Frankfurter Stadtverordneten mit Migrationshintergrund aus der CDU, die über ihre Kandidatenaufstellung feststellt:

„Natürlich stellen die ein positives Beispiel einer erfolgreich integrierte Migrantin auf, die gut Deutsch spricht und vorzeigbar ist“ (Interview mit E.).

Bekundungen authentischer Nähe zur Bevölkerung und Erfolgsnarrative finden sich natürlich bei PolitikerInnen in allen Parteien und auf allen Ebenen. Sie erhalten aber bezogen auf den Migrationshintergrund eine spezifische Ausrichtung. Dabei spielt der Verweis auf eine erfolgreiche Integration eine herausgehobene Rolle. Sozialer Aufstieg wird bei Abgeordneten mit Migrationshintergrund mit erfolgreicher Integration gleichgesetzt. „Deutschkenntnisse“ sind dabei zentrale Kristallisationspunkte für die Bewertung von Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Sie dienen ihnen als Ausweis für erfolgreiche Integration und sind gleichzeitig die Bedingung für eine politische Karriere. Vor dem Hintergrund des Bildes des ‚sprachlich limitierten Ausländers‘ wird das ‚korrekte Deutsch‘ zum Maßstab für die „Vorzeigbarkeit“ eines Kandidaten mit Migrationshintergrund.

Die ideologische Ausrichtung der Parteien kann allerdings Auswirkungen darauf haben, ob die untersuchten Abgeordneten ihre Migrationsbiographie herausstellen oder herunterspielen. So kann der Migrationshintergrund auch durch die Klassenzugehörigkeit und den sozialen Status der Eltern als Folie der Selbstrepräsentation ersetzt werden.

„Meine Eltern sind Arbeiter und haben keinen Schulabschluss. Ich war somit der erste in der Familie, der studiert hat“ (Interview mit D.).

Die Narration des sozialen Aufstieges führt zu einem gewissen Stolz in dem Familien- und Bekanntenkreis mit Migrationshintergrund. Die Erfolgsgeschichte des eigenen Aufstiegs führt dazu, dass sich die Abgeordneten als Vorbilder in ihrem eigenen Umfeld wahrnehmen. Die Position des Brückenbauers und des Vorbildes basiert auf der Narration des sozialen Aufstieges gegen Widerstände. Dadurch legitimiert sich die Rolle des Mediators, der die Kluft zwischen ethnischer Mehrheit und Minderheit überwinden kann.

(Diskriminierungs-)Erfahrung der Fremdheit – Motivation sich politisch zu engagieren

Der Verweis auf authentische Diskriminierungserfahrungen eröffnet der untersuchten Abgeordneten einen Begründungszusammenhang, in dem aus persönlichen Erfahrungen ein gesellschaftlicher Sinn gewonnen werden kann. In seiner verallgemeinerten Form kann das Argument so formuliert werden: Weil ich weiß, was Diskriminierung praktisch bedeutet, aber auch wo deren Grenzen sind, kann ich mich besonders gut für die Belange von Personen einsetzen, die ähnlichen Bedingungen ausgesetzt sind. Diese Diskriminierungserfahrungen können bereits in der Schule gemacht werden oder während des Studiums. Dabei müssen es nicht immer persönlich gemachte rassistische Erfahrungen sein, sondern sie können sich auch auf das Staatsangehörigkeitsrecht, Wahlrecht oder andere politische Ereignisse beziehen. Entscheidend ist, dass erlebte oder wahrgenommene Diskriminierung als gesellschaftlich akzeptierte Motivation dargestellt werden kann, sich für andere Menschen als Politiker einzusetzen. Dabei reduzieren die Abgeordneten ihren Migrationshintergrund aber nicht auf Diskriminierungserfahrungen. Vielmehr wird er auch als Ressource oder Potential dargestellt, das Parteien oder Gesellschaften bereichern kann. Mit Ressourcen sind Sprachkenntnisse des Herkunftslandes, ethnische Netzwerke und kollektive geteilte Erfahrungen mit der Herkunftsgruppe gemeint. Beide Facetten der Fremdheit, als Stigma und Ressource, können als legitimer Begründungszusammenhang für intrinsische Motive angeführt werden, den Weg in die Politik und die Parteien zu suchen.

Die Ambivalenz des sozialen Aufstiegs

Die Position des Aufsteigers ist von zentraler Bedeutung für die Selbstwahrnehmungen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Die Position der AufsteigerInnen beruht auf

einem der zentralen Narrative moderner Gesellschaften. Die Erzählung von den Schwierigkeiten, aber auch den Möglichkeiten des Aufstiegs in einer meritokratischen Gesellschaft¹⁰ ist eines der klassischen Legitimierungsnarrative westlicher Demokratien, das im American Dream seine wahrscheinlich prominenteste Fassung gefunden hat. Das Narrativ lebt einerseits von der Annahme, dass Differenz und Ungleichheit in der Gesellschaft (Klasse, Ethnizität usw.) Hürden sind, die es einer Person erschweren, in die höheren Ränge aufzusteigen, gleichzeitig versinnbildlicht es aber auch, dass Aufstieg für jene möglich ist, die sich genügend anstrengen. Dieser meritokratische Rahmen erlaubt es Abgeordneten, sich als herausragender Leistungsträger zu generieren und gleichzeitig damit zur Legitimation gesellschaftlicher Ungleichheiten beizutragen. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund überwinden alle Widerstände – Armut, Bildungsferne und Diskriminierung durch Leistung und Fleiß. Dieses Leistungsprinzip bzw. meritokratische Leitbild wird von der Gesellschaft honoriert und ist im öffentlichen Diskurs erwünscht. Die Betonung ihrer eigenen Erfolgsgeschichte bestätigt in letzter Instanz, dass Probleme gelöst und überwunden werden können. Insofern sind die per definitionem erfolgreichen Abgeordneten mit Migrationshintergrund legitimierend für das System parlamentarischer Demokratien, dass den Anspruch haben muss, Probleme bestehender Ungleichheiten (Klassen, Geschlecht, Ethnizität) in der Gesellschaft lösen zu können. Dabei ist es eben kein Widerspruch, wenn Abgeordnete mit Migrationshintergrund Ungleichheit und Diskriminierung wie in der Position des migrantischen Lobbyisten (Kap.7.3) thematisieren. Der soziale Aufstieg, der gleichzeitig eine erfolgreiche und abgeschlossene „Integration“ suggeriert, beschwört die Einheit der integrierten Gesellschaft. Solange ethnische Differenz und Ungleichheit auf ihre Überwindung hin betrachtet werden können, sind sie nicht bedrohlich für das Selbstverständnis der Gesellschaft. Erst wenn eingestanden werden müsste, dass Integration nicht möglich und auch nicht angestrebt ist, würde dieses Gesellschaftsbild Risse bekommen. In diesem Sinne lassen sich Themen wie Diskriminierung und Ungleichheit, im politischen Kontext eigentlich nur dann thematisieren, wenn sie unter dem Vorzeichen ihrer möglichen Auflösung – etwa im Rahmen von zukünftigen Integrationsprozessen – behandelt werden können. Demgegenüber sind politische Themen, die eine Politik der Anerkennung ethnischer oder auch religiöser Differenzen in Mittelpunkt stellen, wie z.B.

¹⁰ In den Sozialwissenschaften wird Meritokratie als ein soziales und politisches Gestaltungsprinzip bezeichnet, in den Leistungen als konstitutiv für die Verteilung von Ressourcen und sozialen Statuspositionen angesehen werden (Rieger 2005).

Minderheitenrechte für TürkInnen, Muslime etc. wesentlich komplizierter für die Untersuchungsgruppe zu lancieren. Sie würden nach dem in dem politischen Feld eingeschriebenen Gesellschaftsverständnis immer die Gefahr der Fragmentierung und des Ausstieges aus dem integrationistischen Leitmotiv implizieren. Die oft als Parallelgesellschaften stigmatisierte Differenz würde nicht als Problemlösung, sondern als Zerfall wahrgenommen. In diesem Sinne verwundert es auch nicht, dass die Abgeordneten die wahrgenommenen ethnischen Grenzziehungen in den Kontext einer Aufstiegs Geschichte stellen. Damit können sie ihre ambivalente Position legitimieren, um Anschlussfähigkeit im kommunalpolitischen Feld herzustellen.

7.2 Die Vorbilder

Die Position des Vorbildes entsteht aus dem Aufstiegsnarrativ. Ohne das Aufstiegsnarrativ würde die Position des Vorbildes seine Legitimität nicht generieren können. Beide Positionen sind somit eng miteinander verbunden. Aus der Position des sozialen Aufsteigers muss allerdings keine automatische Positionsübernahme des Vorbildes folgen. Der Hauptunterschied zwischen beiden Positionen liegt in der Auslegung und den wahrgenommenen Erwartungen, die aus dem sozialen Aufstieg entstehen. Charakteristisch für die Position des Vorbildes ist ein Verantwortungsbewusstsein jungen Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber. Dieses Verantwortungsbewusstsein lässt sich in den Selbstverständnissen und in der politischen Praxis beobachten, wenn Abgeordnete mit Migrationshintergrund ein gutes Beispiel für junge Menschen mit Migrationshintergrund sein wollen und sie politisch fördern. Der politische Erfolg und der soziale Aufstieg sensibilisieren die Abgeordneten mit Migrationshintergrund für die Hürden und Schwierigkeiten, die ihrer Wahrnehmung nach auch andere Menschen mit Migrationshintergrund erfahren haben.

„Mein Ziel ist es junge Menschen mit Migrationshintergrund für die Politik zu begeistern. Viele junge Leute kommen auch auf mich zu und fragen mich, wie ich es soweit geschafft habe. Wenn ich junge talentierte Menschen sehe, dann versuche ich, sie zu unterstützen. Mein Beispiel zeigt, dass wir alle Teil dieser Gesellschaft sein können“ (Interview mit M.).

Entscheidende Komponenten der Vorbildposition sind der Bildungserfolg, die Erlangung des Mandats sowie öffentliche Bekanntheit, die durch das Amt entstehen. In den Porträts der

beiden Städte (Kap.3) und in den Karrierewegen (Kap.4) wurde deutlich, dass einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund migrations- und integrationspolitische Strukturen innerhalb der Parteien aufbauen konnten. Diese neue Sensibilisierung bzw. Anerkennung des Migrationshintergrundes als politische Kategorie ebnet den Weg für andere politische Akteure mit Migrationshintergrund. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund fungieren als MentorInnen für andere Parteimitglieder mit Migrationshintergrund und können dadurch politische Karrierewege beeinflussen.

„Es ist nicht leicht, mit Migrationshintergrund aufzusteigen in diesem Land. Die Menschen mit Migrationshintergrund wissen das und wissen auch, dass wir dieselbe Erfahrung gemacht haben. Darum fühlen sie sich von mir vertreten“ (Interview mit M.).

Die geteilte Erfahrung, das, was die Persönlichkeiten mit Migrationshintergrund mit anderen Menschen mit Migrationshintergrund verbindet, sind Erfahrungen von Diskriminierung und Schwierigkeiten der Anerkennung. Diese Reflexion über die Verbindung zwischen dem persönlichen Aufstieg und der eigenen Wahrnehmung als Vorbild seitens der Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund lässt ein Verantwortungsgefühl für diese Gruppe bei den Abgeordneten mit Migrationshintergrund entstehen.

„Sie haben Respekt vor einem, der von ihnen ist und es geschafft hat. Ich bin ein Gesicht für die. Ich bin ein Vorbild. Und das kommt bei den Deutschen auch an, sie denken dann, man muss ihn unterstützen“ (Interview mit K.).

Einige Abgeordnete mit Migrationshintergrund sehen sich dabei als Akteure bzw. Mediatoren, die eine Zugehörigkeit zur Einwanderungsgesellschaft symbolisieren. Diese Zugehörigkeit wird durch die parlamentarische und parteipolitische Partizipation hergestellt. Ihre politische Biografie ist somit ein Bekenntnis zum Einwanderungsland und seinen politischen Institutionen. Diese Symbolik lässt sich unter folgendem Motto zusammenfassen: Ich habe es geschafft, und du kannst es auch schaffen!

Ein anderer bemerkenswerter Aspekt in diesem Zitat, das sich auch ähnlich bei anderen Abgeordneten mit Migrationshintergrund finden lässt, ist die Wirkung der Position des Vorbildes innerhalb der Partei und Öffentlichkeit. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind sich bewusst, dass sie „vorzeigbar“ sind und als „Beispiel für eine gelungene Integration“ angesehen werden. Diese Vorzeigbarkeit wird in vielen Fällen mit

dem sozialen Aufstieg gleichgesetzt, d.h. Hochschulabschluss, Beherrschung der deutschen Sprache und beruflicher Status. An dieser Stelle wird deutlich, dass der Migrationshintergrund als Kategorie wahrgenommen wird, in der die soziale Stellung nicht selbstverständlich ist, sondern als Leistung gesehen wird. Die Position des Vorbilds kann sich nur entfalten, wenn ein Problembewusstsein in Bezug auf die Kategorie des Migrationshintergrundes vorhanden ist. Die Narration des Aufstiegs und die Position des Vorbildes können sich somit immer nur dann entfalten, wenn der Migrationshintergrund mit Ausgrenzung, Marginalisierung und Diskriminierung assoziiert wird. Denn erst dann, wenn man diese Hürden und Barrieren überwunden hat, kann man die Position des Vorbilds ausfüllen. An dieser Stelle lässt sich die Ambivalenz des meritokratischen Leitbildes erkennen: Diejenigen, die es schaffen, sind letztlich jene, die unter Beweis stellen, dass das meritokratische Leitbild in letzter Instanz richtig ist.

7.3 Die migrantischen Lobbyisten

Die Position des migrantischen Lobbyisten besteht aus mehreren Komponenten und taucht in verschiedenen Kontexten auf. Die Abgeordneten nehmen sich als Anwälte und als Sprachrohr für die Interessen und Belange von MigrantInnen wahr.

„Natürlich vertrete ich die Interessen von MigrantInnen. Viele haben mich gewählt. Viele haben Probleme und Ängste, die ich jetzt übermitteln kann“ (Interview mit M.).

Die migrantischen LobbyistInnen artikulieren die Interessen von MigrantInnen in verschiedenen Kontexten auf unterschiedliche Art und Weise. In der Position des migrantischen Lobbyisten identifizieren sich die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in beiden Städten mit den EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund, durch gemeinsam wahrgenommenen Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen. Exemplarisch steht dafür eine Aussage eines Stadtverordneten mit Migrationshintergrund in Hannover:

„Ich will diesen Menschen eine Stimme geben, die sie bisher nicht hatten.“ (Interview mit D.).

Eine weitere Komponente des migrantischen Lobbyisten sind die ethnischen Netzwerke und Identifizierungen, deren Mobilisierung während des Wahlkampfes und in anderen Kontexten zu beobachten ist. Die Interaktionen mit MigrantInnenorganisationen und anderen AkteurInnen

zeigen, dass die Abgeordneten auf Türkisch, Griechisch oder Italienisch kommunizieren. In Situationen, wo AkteurInnen derselben Herkunft miteinander interagieren, werden gemeinsame Migrations-, Diskriminierungs-, Alltagserfahrungen sowie generelle politische Themen ausgetauscht. Bei einer Veranstaltung des türkischen Volkshauses in Frankfurt antwortet ein Stadtverordneter auf die Frage, was die türkischen MigrantInnen tun können, um mehr Einfluss in der Stadtpolitik zu bekommen:

„Wir müssen zusammenhalten, Sie müssen wählen gehen und sich engagieren. Denn erst dann, wenn genug von uns in der Politik sind, werden wir gehört“ (BP 13.09.2013 politische Veranstaltung Frankfurt, Beobachtungsprotokoll).

Die ethnischen Identifizierungen und Solidaritätsappelle („Wir müssen zusammenhalten“) sind fast nur im Rahmen von Interaktionen mit AkteurInnen der gleichen Herkunft zu beobachten. Es sind Teilöffentlichkeiten, wo ethnische Identifizierungen honoriert und gewünscht werden. Die Position des migrantischen Lobbyisten schafft durch ethnische Identifizierungen Authentizität, die notwendig ist, um in den ethnischen Netzwerken als migrantischer Interessenvertreter anerkannt zu werden.

Ein weiteres Charakteristikum von migrantischen Interessenvertretern sind die oben genannten Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund des Migrationshintergrundes. Bei einigen Veranstaltungen nehmen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund die Rolle des Opfers ein, um den Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen Ausdruck zu verleihen und in politischen Debatten an Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

„Meine Eltern und viele andere in meinem Umfeld dürfen in diesem Land nicht wählen. Solange das der Fall ist, werden wir immer Bürger zweiter Klasse bleiben“ (Interview mit A.).

Die Verbindung der persönlichen Betroffenheit mit politischen Ereignissen oder Zuständen, wie z.B. das fehlende Wahlrecht für nicht EU-Ausländer, die NSU-Morde, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung gehört zu den Handlungsrepertoires der migrantischen InteressenvertreterInnen. Der Migrationshintergrund oder die ethnischen Zugehörigkeit qualifiziert dabei für die eigene Gruppe zu sprechen und als legitimes Sprachrohr anerkannt zu werden. Dabei sind es vor allem die Sprache des Herkunftslandes und die geteilten Erfahrungen, die im Zusammenhang mit der eigenen Migrationsbiografie

gemacht werden, die den Abgeordneten die Legitimität verleiht zur und für die eigene Gruppen zu sprechen. Die ethnische Zugehörigkeit alleine reicht allerdings nicht, um die Legitimität herzustellen für eine Gruppe zu sprechen. Es ist der soziale Status und damit meist der soziale Aufstieg, der in Verbindung mit der ethnischen Zugehörigkeit seine Kraft entfaltet. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund verkörpern somit ein Versprechen, in dem der soziale Aufstieg aber auch die Repräsentation und Interessenvertretung möglich ist.

Anschlussfähigkeit – Migrationshintergrund und ethnische Grenzziehungen

Die direkten ethnischen Identifizierungen und Grenzziehungen sind fast ausschließlich in Interaktionen mit Personen mit gleichem Migrationshintergrund zu beobachten: Dann, wenn z.B. Abgeordnete mit türkischem Migrationshintergrund türkische Migrant*innenorganisationen besuchen oder wenn Abgeordnete mit griechischem Migrationshintergrund im Wahlkampf mit griechischen Wähler*innen interagieren (Kap. 6.2). In diesen ethnischen Kontexten wird durch die gemeinsame Sprache und Erfahrungen eine Gruppensolidarität hergestellt. In Kap.6.1 wurden einige Kontexte dargestellt, in denen Grenzziehungsmechanismen anerkannt und z.B. durch Wahlkampfunterstützung in Form von Wahlwerbung honoriert wurden. Dabei kann man häufig beobachten, dass von einem „Wir“ und „Uns“ gesprochen wird.

„Es wird Zeit, dass wir aufstehen und mitgestalten in diesem Land. Wir kriegen nichts geschenkt, sondern müssen unsere Interessen selber vertreten“ (Interview mit M.).

Ethnische Identifizierung und Grenzziehung im parlamentarischen Alltag tauchen allerdings nicht häufig auf. Vielmehr lassen sich Kategorisierungen von Migrant*innen und Menschen mit Migrationshintergrund nachweisen. So konnte in Kap. 6.1 gezeigt werden, dass in den Anträgen und Anfragen in den Stadtparlamenten die Kategorie des Migrationshintergrundes häufig auftaucht. In dem parlamentarischen Alltag ist die Kategorie vom Migrationshintergrund somit anschlussfähiger als die Adressierung bestimmter ethnischer Gruppen. Der parlamentarische Alltag, in dem es um Interessenausgleich geht, scheint nicht geeignet für die Lobbyarbeit bestimmter ethnischer Gruppen zu sein. Die Kategorie des Migrationshintergrundes ist deshalb anschlussfähiger, weil es als Benachteiligungskategorie artikuliert werden kann und die Abschaffung von Diskriminierung zur Durchsetzung von

Chancengleichheit als legitimes Ziel erscheint. Weniger legitim erscheint es, eine dezidiert ethnische Interessenpolitik zu machen. In Kontexten der Wählermobilisierung bzw. in den Interaktionen mit BürgerInnen mit Migrationshintergrund und Migrantenorganisationen hingegen sind ethnische Bezüge vorteilhaft. Sie schafft eine Verbindungen und Solidarität zwischen Abgeordneten und den Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Abgeordneten bringen immer wieder zum Ausdruck, dass die einseitige Fokussierung innerhalb des parlamentarischen Alltags auf eine bestimmte ethnische Gruppe zu Problemen führen würde, da man von anderen Abgeordneten oder Parteimitgliedern z.B. als „Türkenpolitiker“ abgestempelt werden könnte.

Die Wahrnehmung, als migrantischer Lobbyist wahrgenommen zu werden, ist für viele Abgeordnete mit Migrationshintergrund ein Vorteil, wenn es um den Zugang ins politische Feld geht. Dies gilt vor allem für die Phasen der Rekrutierung und Kandidatenaufstellung. Gleichzeitig wird immer wieder die Befürchtung geäußert, dass die Wahrnehmung, Migrations- und Integrationspolitik machen zu müssen, dazu führen könnte, Kompetenzen für andere politische Bereiche abgesprochen zu bekommen. Die wahrgenommenen Einschränkungen führen im politischen Alltag dazu, dass die migrantischen Lobbyisten die Position von „normalen“ LokalpolitikerInnen (Kap.7.4) einnehmen und den Migrationshintergrund herunterspielen. Es finden somit genau jene changierenden Positionswechsel statt, die charakteristisch für die Strukturbedingung des Brückenbauers sind (mehr dazu in Kap. 8).

Die Position des migrantischen Lobbyisten ist selbst Spannungen und Ambivalenzen unterworfen, die durch das kommunalpolitische Feld und die verschiedenen Erwartungshorizonte entstehen. Wie oben bereits erwähnt, lässt sich der Migrationshintergrund in manchen Kontexten, wie z.B. im parlamentarischen Alltag oder auf politischen Veranstaltungen, besser darstellen als ethnische Kategorien. Die Legitimität, sich für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund einzusetzen, anstatt für eine bestimmte ethnische Gruppe, erhöht sich dadurch, dass man Politik für eine größere Gruppe macht. Die Kategorie des Migrationshintergrundes könnte aber auch ein Zeichen ethnischer Neutralisierung sein, in der man nicht in den Verdacht gerät, Lobbyarbeit für eine ethnische Gruppe zu machen. In letzter Konsequenz lässt sich migrantische Interessenvertretung nur realisieren, in dem Ethnizität de-politisiert und auf die Kategorie des Migrationshintergrundes zurückgegriffen wird.

7.4 Die „normalen“ LokalpolitikerInnen

Die Identifizierung mit dem Migrationshintergrund bildet nur eine mögliche unter anderen. Die Position des „normalen“ Lokalpolitikers relativiert demonstrativ ihren Migrationshintergrund, spielt ihn herunter und spricht den ethnischen Fremdzuschreibungen ihre Absolutheit ab. Die Beschreibung der LokalpolitikerInnen mit dem Zusatz „normal“, soll die Aushandlungsprozesse beschreiben, die aufgrund von zugeschriebenen Differenzierungen entstehen. Mit „normal“ ist kein festgelegter oder vordefinierter Mainstream oder eine Mehrheitsgesellschaft gemeint. Vielmehr steht das „normal“ für verschiedene Inklusionspfade von Abgeordneten in das politische Feld, in denen sie nicht unter dem Vorzeichen ihrer Differenz als Personen mit Migrationshintergrund, sondern unter dem Vorzeichen ihrer Gleichheit als Politiker agieren. Dabei treten Identifizierungen mit den Werten einer Partei wie Gerechtigkeit, Gleichheit, Fachexpertise usw. in den Vordergrund. Die Identifizierungen folgen keinen Partikularinteressen in Form der Repräsentation von MigrantInneninteressen und -perspektiven, sondern eher geteilten Belangen einer ganzen Stadtbevölkerung, unabhängig von deren Herkunft. In dem Narrativ über den sozialen Aufstieg wurde bereits deutlich, dass der soziale Aufstieg an ein Motiv der individuellen Leistungsfähigkeit gekoppelt wird. Es lässt sich argumentieren, dass Abgeordnete mit Migrationshintergrund unter variierenden Vorzeichen an dem komplexen kommunalpolitischen Feld teilnehmen, mal als differente, mal als gleiche politische AkteurInnen. Die Strategie der Entwertung ethnischer Bezüge und die Betonung eigener Leistungen sowie parteipolitischer Grundüberzeugungen ist fundamentaler Bestandteil für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund, um den Paradigmen der Wählbarkeit und Vermittelbarkeit gerecht zu werden. Die Identifizierungen mit parteipolitisch geteilten Grundüberzeugungen lassen sich in zwei Ebenen erfassen: Erstens sind sie Teil des politischen Alltags und stehen für eine Normalität innerhalb der politischen Praxis. Zweitens lassen sich in den geführten Interviews Aussagen finden, in denen die Abgeordneten ihren Migrationshintergrund herunterspielen und relativieren.

„Die SPD steht für soziale Gerechtigkeit und für diese Werte stehe ich ein, und dieses Ziel der sozialen Gerechtigkeit gilt im Übrigen für alle, unabhängig von der Herkunft oder Religion der Menschen“ (Interview mit M.).

„Ich sehe mich als Grüne, weil es um Nachhaltigkeit und den Schutz unserer Natur geht. Die Grünen standen schon immer für eine soziale Politik, und das sind zwei zentrale Punkte die wichtig sind für mich“ (Interview mit B.).

Die politischen Identifizierungen stehen im Einklang mit den politischen Werten der Partei. Die Mitgliedschaft in Parteien macht es notwendig, sich zu den Werten der Partei zu bekennen. In vielen Interviews wird immer wieder auf die Werte und Normen der Parteien verwiesen, für was sie stehen und wie sie sich von anderen Parteien abgrenzen. Diese ritualisierten Partei-Bekenntnisse sind nötig, um Solidarität mit anderen Parteimitgliedern herzustellen und die Loyalität zu der Partei zu beweisen. Das Bekenntnis zu der Partei ist fundamentaler Bestandteil der politischen Identifizierungen und notwendig, wenn man innerhalb der Parteien Ämter und Posten übernehmen will. Innerhalb der Rolle des Parteimitglieds kommt es in einigen Kontexten zu Identifizierungen mit einem bestimmten Parteiflügel.

„Wenn ich bei den Jusos bin z.B., da geht es nicht um meinen Migrationshintergrund, sondern um Ahmet den Alt-Linken“ (Interview mit M.).

An diesem Zitat wird auch deutlich, dass der Migrationshintergrund als Marker in einigen Kontexten keine Rolle spielt. Der Migrationshintergrund als Marker ist nicht immer Teil von Selbst- und Fremdwahrnehmungen. Erst die Interaktionen, in denen der Migrationshintergrund durch Fremd- oder Selbstzuschreibungen abgerufen wird, machen den Migrationshintergrund zu einer politischen relevanten Kategorie und somit sichtbar. Charakteristisch für intensive Interaktionen ist, dass die Relevanz von Identitätsmarkern (Mann-Frau, Türke-Deutsche usw.) abnimmt und es zu einer Individualisierung von Zuschreibungen bzw. Akzentuierungen anderer Differenzen kommt (der/die Linke, ChaotIn, StudentIn/SchülerIn usw.).

Einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund geben an, nicht nur eine bestimmte Gruppe vertreten zu wollen, sondern die ganze Stadtgesellschaft. Die Interessenvertretung hat somit einen universellen Charakter und verfolgt keinen migrantischen Partikularismus. Es lassen sich somit unterschiedliche Skalierungsniveaus unterscheiden: Bezogen auf die Person des Abgeordneten werden andere Repräsentationsmodi relevant als im Kontext der Partei. Die Abgeordneten werden mit ihren sozialen Merkmalen in Verbindung gebracht, aus denen verschiedene Erwartungen entstehen. Im Fall der Abgeordneten mit Migrationshintergrund

besteht die Erwartung, WählerInnen mit Migrationshintergrund zu mobilisieren und migrations- und integrationspolitische Themen zu besetzen. Gleichzeitig herrscht in den Parteien die „Idee des Volksvertreters“ vor, die eher beansprucht, die ganze Stadtbevölkerung zu vertreten. Beide Repräsentationsmodi werden innerhalb der Parteien produziert und müssen von den Abgeordneten ausbalanciert werden.

„Ich wurde von den BürgerInnen und Bürgern der Stadt Frankfurt gewählt, nicht nur von Menschen mit Migrationshintergrund. Ich versuche die Interessen aller WählerInnen zu vertreten“ (Interview mit E.).

Dieses Zitat steht für einen Aushandlungsprozess, in dem die Abgeordneten mit Migrationshintergrund demonstrativ artikulieren, für mehr zu stehen als nur für MigrantInneninteressen. Die Position des „normalen“ Lokalpolitikers sieht ihre/seine Stärken und Interessen in anderen politischen Bereichen. Leistung und Kompetenzen werden unterstrichen, automatische Zuschreibungen abgelehnt. Der Migrationshintergrund ist „keine Fähigkeit“, „keine Kompetenz“, wird oft von Abgeordneten mit Migrationshintergrund geäußert. In vielen Kontexten wird betont, dass „man mehr ist als sein Migrationshintergrund“. Diese Distanzierungen betten sich in meritokratische Erzählstrukturen ein, in denen die eigene Leistung betont und die Fremdzuschreibung des Migrationshintergrundes abgelehnt wird. Die Kategorie des Migrationshintergrundes lässt sich nicht durch Leistung erwerben, lässt sich aber in seiner Überwindung in ein Erfolgsnarrativ einbetten.

7.5 Positionspräferenzen und Positionswechsel

Die dargestellten idealtypischen Positionen lassen sich bei nahezu allen Abgeordneten mit Migrationshintergrund wiederfinden. Die Positionen bilden das Spektrum von Identifikations- und Handlungsrepertoires ab, die sich aus der kommunalpolitischen Praxis ergeben und beziehen sich jeweils auf unterschiedliche Sinnhorizonte, bezogen auf die sich eine Person positionieren kann. Dadurch stehen unterschiedliche Figurationen von Differenzen und Gemeinsamkeiten im Vordergrund. Wie lassen sich aber nun die verschiedenen politische Schwerpunkte und die Besetzung von unterschiedlichen Ausschüssen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund erklären?

Die Positionen markieren Grenzen und bestimmen situations- und kontextspezifisch Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit, Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Dennoch lassen sich unterschiedliche Gewichtungen von Positionen beobachten, die als Positionspräferenzen bezeichnet werden sollen. Einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund lassen sich somit eher in der Position des „normalen“ Lokalpolitikers als in der Position des migrantischen Lobbyisten verorten. Die vorgestellten Positionen lassen sich auch in anderen Studien finden. Back und Solomos finden im Kontext Birminghams die Typen: *communal advocate* und *party soldier*, den *black socialist* vor. Die beiden Typen des *communal advocate* und *black socialist* machen deutlich, wie ethnische Grenzziehungsprozesse die politischen Identifizierungen und politischen Karrieren der PolitikerInnen beeinflussen. Dabei taucht der *communal advocat* auch ähnlich in anderen Studien als ethnischer Entrepreneur, *community leader*, *Broker* oder *Bridge-Builder* auf (Solomos/Back 1995; Martiniello 1998; Garbaye 2005; Maxwell 2012; Nergiz 2013). Charakteristisch für diesen Typus von PolitikerInnen ist, dass er meist durch seine elitäre Position als Brücke oder Sprachrohr von ethnisch diskriminierten Gruppen fungiert. Er besitzt die Fähigkeit, WählerInnen mit Migrationshintergrund zu mobilisieren. Die PolitikerInnen identifizieren sich bewusst mit der eigenen ethnischen Gemeinschaft und artikulieren aus ihrer Position heraus die Ausgrenzungen, Benachteiligungen und Diskriminierungen der eigenen Gruppe. Der Typus des „party soldiers“ bei Back und Solomos zeigt, dass ethnische Grenzziehungsprozesse nicht zwangsläufig die politischen Identifizierungen der PolitikerInnen bestimmen und die unterschiedlichen Karrierewege unabhängig von ethnischen Ressourcen möglich sind. Vielmehr lassen sich PolitikerInnen finden, die sich z.B. mit den Werten und Normen der Parteien identifizieren bzw. alternative Identifizierungen aufweisen.

Im Gegensatz zu den Typologien von Back und Solomos sind die Positionen im kommunalpolitischen Feld aufeinander bezogen, d.h. Positionen können in der Praxis wechseln. Politische Praxis und Positionen haben keinen kausalen Zusammenhang, da der komplexe politische Alltag diese Positionen immer wieder aufbricht. Diese Positionen sind allerdings nicht beliebig, sondern markieren die Grenzen von Handlungsspielräumen. Gleichzeitig weisen verschiedenen Personen unterschiedliche Präferenz für Positionierungen auf, die wiederum Auswirkungen darauf haben, in welchen politischen Feldern und

Netzwerken sie Akzeptanz finden. Statt einheitlichen fixen Positionen, finden sich eher Aufenthaltswahrscheinlichkeiten und Dynamiken der Öffnung und der Schließung.

Der komplexe kommunalpolitische Alltag mit unterschiedlichen Erwartungen und Interaktionspartnern macht es notwendig, Positionen zu wechseln, ohne dabei Expertisen und Kompetenzen aufzugeben. So lassen sich Abgeordnete finden, die keine migrations- und integrationspolitischen Profile aufweisen und somit eher in die Position des „normalen“ Lokalpolitikers zuzuordnen sind. Sie grenzen sich bewusst von den wahrgenommenen Erwartungen ab, als Abgeordnete mit Migrationshintergrund Migrationspolitik machen zu müssen. Exemplarisch steht dafür die Aussage eines Ratsmitglieds aus Hannover:

„Ich habe bewusst den Migrationsausschuss vermieden, das habe ich ja schon während des Wahlkampfes gemacht, dass ich mich nicht für Themen stark gemacht habe, die so klassische Felder sind, wo man eigentlich Menschen mit Migrationshintergrund so zu sagen vermutet oder meint, dass die am ehesten solche Themen besetzten sollten und könnten“ (Interview mit T.).

Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund reflektieren Erwartungen, die mit ihrem Migrationshintergrund einhergehen. Oft sind es die Parteien selbst, die den Abgeordneten migrations- und integrationspolitische Themen zuweisen. In den meisten Fällen befürchten die Abgeordneten mit Migrationshintergrund, mit den Zuschreibungen in einen politischen Bereich gedrängt zu werden, der wenig Gestaltungsspielraum bietet.

„Was wird in einem Integrationsausschuss beschlossen? Ich bin da skeptisch. Im Grunde genommen hat man da kaum Macht, und man wird abgespeist mit einem solchen Thema“ (Interview mit T.).

Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund, die ein migrations- und integrationspolitisches Profil aufweisen, sind eher bei den migrantischen Lobbyisten und den Vorbildern verortet. Dennoch bringen die Abgeordneten immer wieder zum Ausdruck, dass die einseitige Fokussierung innerhalb des parlamentarischen Alltags auf eine bestimmte ethnische Gruppe zu Problemen führen würde, da die Gefahr bestehe, von anderen Abgeordneten oder Parteimitgliedern z.B. als „Türkenpolitiker“ abgestempelt werden könnte. Dies würde viele politische Türen verschließen. Die Wahrnehmung als ethnischer Lobbyist eingeordnet zu werden, geht Hand in Hand mit der Befürchtung, die Kompetenz für andere politische Bereiche abgesprochen zu bekommen. Die wahrgenommenen Einschränkungen führen in einigen Interviewsituationen dazu, dass die migrantischen Lobbyisten die Position des

„normalen“ Lokalpolitikern annehmen und den Migrationshintergrund herunterspielen und relativieren. Die Distanzierung von ethnischer Interessenvertretung ist konstitutiv, um den verschiedenen Erwartungen im politischen Alltag gerecht zu werden (mehr dazu in Kap. 8).

Positionswechsel – Zwei Beispiele

Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund können unterschiedliche Positionen annehmen, weisen jedoch unterschiedliche Positionspräferenzen auf. Die Positionen sind fragile und flexible Identifikationsmuster und Handlungsstrategien, die in einem dynamischen Prozess zwischen Fremd- und Selbstzuschreibungen im kommunalpolitischen Kontext entstehen. In den Karrierewegen (Kap. 5) und der politischen Praxis (Kap.6) ist bereits deutlich geworden, dass sich zwar unterschiedliche politische Profile erkennen lassen, diese jedoch in der politischen Praxis nicht immer ihre Entsprechung finden. Gerade die politische Praxis hat die Varianzen und Wechsel verschiedener Positionen deutlich gemacht. Dabei können ethnische Grenzziehungsprozesse einen instrumentellen Charakter annehmen, um WählerInnen zu mobilisieren, und durch kontextuelle Veränderungen und Fremdzuschreibungen entstehen. Dies soll an zwei Beispielen kurz veranschaulicht werden.

In Kap. 4.1 wurde der politische Werdegang von Tuna nachgezeichnet. Zur Erinnerung: Tunas politische Karriere zeigte dabei keinerlei migrations- und integrationspolitische Netzwerke auf. Sie war Quereinsteigerin, d.h. ihr Ratsmandat war der Beginn ihrer politischen Karriere. Tuna gehörte zu denjenigen PolitikerInnen, die sich bewusst von migrations- und integrationspolitischen Themen distanzieren und andere Themen besetzen. Der Migrationshintergrund spielte zwar in ihrer Wahrnehmung für die Partei eine Rolle, für ihr Selbstverständnis allerdings kaum. Dies zeigte sich auch in ihrer Wahl der Ausschüsse, in dem sie neben dem Verwaltungsausschuss, den Kulturausschuss und Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters besetzte. Tuna lässt sich somit unter der Position der „normalen“ LokalpolitikerInnen einordnen. Doch obwohl der Migrationshintergrund in Tunas politischem Selbstverständnis keine Rolle spielt, versuchte sie während des Wahlkampfes türkeistämmige WählerInnen zu mobilisieren (Kap.6.2.2). Dafür ging sie im Kommunalwahlkampf gezielt auf türkische Geschäfte zu oder verteilte Wahlwerbung vor Moscheen. Tunas Fall steht exemplarisch für die Varianzen an Positionen, die durch die komplexen Anforderungen im kommunalpolitischen Feld entstehen.

Das zweite Beispiel für einen situations- und kontextbedingten Positionswechsel ist Amir, ein Stadtverordneter mit syrischem Migrationshintergrund aus Frankfurt. Amir hat ein gewerkschafts- und bildungspolitisches Profil, das wie bei Tuna keinen migrations- und integrationspolitischen Bezug aufweist. Sein politisches Engagement beginnt mit den Protesten gegen die Studiengebühren in Hessen und Frankfurt. Er sieht sich während des Interviews im Jahre 2012 nicht als migrantischer Interessenvertreter, sondern als Repräsentant der ganzen Stadtbevölkerung. Auch Amir lässt sich somit in den Typus des „normalen“ Lokalpolitikers zuordnen. Dies ändert sich jedoch mit dem Bürgerkrieg in Syrien und der Flucht von SyrerInnen nach Europa. Der öffentliche Diskurs über syrische Flüchtlinge macht Amir plötzlich zu einem Ansprechpartner und einer Symbolfigur für die Lage der syrischen Flüchtlinge im kommunalpolitischen Kontext Frankfurts. Exemplarisch dafür stehen die Überschriften einiger ausgewählter Zeitungsartikel:

„Telefonischer Hilferuf der Verwandten in Syrien“ (Riebsamen 2013).

„Vom Flüchtling zum Hoffnungsträger“ (Schiel 2016).

„Vom syrischen Flüchtling zum Volksvertreter“ (hr-iNFO).

Amirs eigene Migrationsbiografie wird zu einer politischen Kategorie im kommunalpolitischen Kontext konstruiert. Der Migrationshintergrund ist ein Marker für unterschiedliche Hoffnungen und Erwartungen, die an Amir gerichtet werden. Diese kontextuellen Veränderungen ermöglichen Amir wiederum, diese neuen Diskursräume zu besetzen und Unterstützung für sich und seine politischen Ziele zu mobilisieren. Amirs politische Biographie macht deutlich, dass sich das Verhältnis zum eigenen Migrationshintergrund als politische Kategorie im Laufe der Karriere verändern kann. In beiden Beispielen gibt es Ambivalenzen zwischen den reflexiven Selbstverständnissen und politischer Praxis. Diese lassen sich nicht endgültig auflösen, sondern werden vielmehr im politischen Alltag immer wieder reproduziert.

Zusammenfassung

Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund repräsentieren Erfolgsgeschichten, die sich in ihren Selbstverständnissen widerspiegeln. Diese Geschichte des Aufstiegs durchzieht alle

vorgestellten Positionen. Diese Positionen sind dennoch Spannungsverhältnissen unterworfen, die durch die verschiedenen Erwartungshorizonte im kommunalpolitischen Feld entstehen. Die Aushandlungsprozesse, die sich in einer Annäherung und Distanzierung zu der Kategorie des Migrationshintergrundes bewegen, sind konstitutiv für die Positionierungen der Abgeordneten. Ihre Erfolgsgeschichten zeigen uns, dass wir letztendlich Anerkennung nur erfahren können, wenn zentrale gesellschaftliche Werte anerkannt werden. Den meritokratischen Rahmungen stehen die ethnisch-politischen Kategorien entgegen. So lässt sich z.B. Antidiskriminierung als politisches Thema im Mainstream einbetten, da es nicht gegen die Grundprinzipien einer meritokratischen Weltanschauung verstößt. Ein Zuviel an ethnischer Lobbyarbeit birgt hingegen die Gefahr, einem Partikularismus Vorschub zu leisten, der die Einheit einer integrierten Gesellschaft gefährden würde. Zudem äußern die Abgeordneten die Sorge, den Status eines ethnischen Lobbyisten zu bekommen und dadurch aus wichtigen politischen Positionen und Netzwerken ausgeschlossen zu werden. Dieses skizzierte Spannungsfeld wird von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund wahrgenommen und führt zu Varianzen von Positionierungen. Im folgenden Kapitel 8 wird die Figur des Brückenbauers eingeführt, die gleichzeitig als Strukturbedingung und mögliche Handlungsstrategie fungiert, um die unterschiedlichen Erwartungen zu balancieren und miteinander zu versöhnen.

8 Spannungsverhältnisse politischer Repräsentation - zwischen Nähe und Distanz zum Migrationshintergrund

Abgeordnete mit Migrationshintergrund sind mit unterschiedlichen Erwartungen konfrontiert: Auch sie selbst haben bestimmte Vorstellungen von ihrer eigenen Rolle. Solche unterschiedlichen Erwartungen und Rollenbilder sind nicht immer konfliktfrei vereinbar, es entstehen Spannungen. Unter einem Spannungsverhältnis verstehe ich die Beziehung und Wechselwirkung der verschiedenen Positionen, die von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund eingenommen werden. Dieses ergibt sich aus den ambivalenten Erwartungen an die Abgeordneten, für eine migrantische und ethnische Gruppe zu stehen, aber gleichzeitig „wählbar“ für eine breitere Wählerschicht und „vermittelbar“ innerhalb der Parteien zu sein. Diese Wählbarkeit nach außen und Vermittelbarkeit nach innen kann leichter vereinbaren, wer spezifische Eigenschaften besitzt, wie die Erfahrung des sozialen Aufstiegs, gute Sprachkenntnisse und rhetorische Fähigkeiten, aber eben auch ethnische Identifizierungen oder einseitige migrantische Interessenpolitik zu vermeiden. Die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Wahlbezirken, in denen die WählerInnen ohne Migrationshintergrund in aller Regel die Mehrheit bilden, in denen es aber auch eine zu mobilisierende migrantische Wahlbevölkerung gibt, fordert eine Balancierung von ethnischen und nicht ethnischen Grenzziehungen. Interessanterweise werden in dieser Repräsentationslogik ethnische Identifizierungen mitgedacht, aber sowohl von Parteien als auch von den Abgeordneten häufig nicht direkt artikuliert. Aufgrund des skizzierten Spannungsverhältnisses muss die Bezugnahme auf ethnische Differenzierungen indirekt und kompliziert bleiben. Die Repräsentationslogik führt zu einem Spannungsverhältnis, das aus einer universalistischen Ausrichtung von Parteien auf die Interessenvertretung der ganzen Stadtbevölkerung, und dem Wunsch, partikulare Interessen, wie die Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, anzusprechen, entsteht.

8.1 Spannungsverhältnisse der politischen Repräsentation

In den Kapiteln 6 und 7 wurden die unterschiedlichen Handlungsarenen, in denen die Abgeordneten mit Migrationshintergrund agieren und die Positionen, die sie dabei einnehmen, analysiert. Dabei lassen sich die Handlungsarenen in Kontexte und Situationen

sortieren, in denen ethnische Grenzziehungen sichtbar werden und solche, in denen die Grenzziehungen Aushandlungsprozessen unterworfen sind. In den verschiedenen Handlungsarenen werden jeweils unterschiedliche Erwartungen und Anforderungen an die Abgeordneten mit Migrationshintergrund gerichtet, die diese in ihrem Alltag balancieren müssen. Da sie dies auf unterschiedliche Art tun, führt das zu unterschiedlichen Positionen und dazu, dass Selbstverständnis und politische Praxis nicht immer übereinstimmen.

Wie lassen sich diese Varianzen zwischen den Positionen erklären? Warum kommt es zu Ambivalenzen zwischen Selbstverständnis und politischer Praxis? Nachdem die Abgeordneten mit Migrationshintergrund in die Stadtparlamente gewählt werden, ergeben sich verschiedene Handlungsoptionen. Die politische Praxis deckt sich dabei, wie gezeigt werden konnte (vgl. Kap. 7), nicht immer mit den Erwartungen an die Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund bewegen sich in unterschiedlichen Kontexten, besetzen unterschiedliche Ausschüsse und Arbeitskreise und interagieren mit verschiedenen AkteurInnen auf verschiedenen Ebenen. Daraus ergeben sich zwei Ebenen bzw. Dimensionen, die im Folgenden als authentische und variable Repräsentation bezeichnet und eingeführt werden sollen. Die authentische Repräsentation geht davon aus, dass Abgeordnete mit Migrationshintergrund andere Personen mit Migrationshintergrund repräsentieren und zur Wahl mobilisieren können. Die variable Repräsentation impliziert, dass diese Abgeordneten bezogen auf verschiedene Kontexte unterschiedliche Interessen oder Bevölkerungsgruppen repräsentieren und unterschiedliche Aspekte mobilisieren können. Die wahrgenommenen Erwartungen, die durch den Migrationshintergrund entstehen, führen zu Limitierungen und Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten. Die politische Praxis hingegen lässt einen größeren Spielraum zu, wodurch die Abgeordneten mit Migrationshintergrund verschiedene Positionen einnehmen können. Die Positionen der Abgeordneten mit Migrationshintergrund ergeben sich aus drei überlappenden Spannungsverhältnissen, die über Fragen der direkten Repräsentation hinausgehen:

Authentische und variable Repräsentation: Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund können sowohl durch die authentische Repräsentation auf ihre Repräsentationsfunktion und damit ihren Migrationshintergrund festgelegt werden, als auch diese Funktion selbst festlegen. Gleichzeitig haben sie die Möglichkeit, sich in unterschiedlichen Kontexten auf unterschiedliche Weise zu präsentieren und Festlegungen neu zu verhandeln. Dabei lässt

sich auf diesen zwei Ebenen eine Nähe und Distanz zum Migrationshintergrund beobachten. Mit Distanz und Nähe ist ein Identifizierungs- und Handlungsrepertoire von Abgeordneten mit Migrationshintergrund gemeint, das sich zwischen Ethnisierung und De-Ethnisierung im kommunalpolitischen Kontext bewegt. Dies bedeutet nicht, dass sich diese beiden Positionen ausschließen, sondern dass diese Positionen mit wechselnden Interaktionspartnern immer wieder neu verhandelt werden können. Diese Positionen sind für die meisten Abgeordneten nicht fixe, unveränderbare Identifizierungen, sie sind vielmehr fluid, widersprüchlich und in einem ständigen Wechsel. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund bewegen sich in Kontexten von Parteistrukturen, Stadtverwaltung, Rats- oder Stadtverordnetenversammlungen und interagieren mit anderen städtischen Akteuren wie z.B. Migrantenorganisationen, Vereinen und Gewerkschaften. Hinzu kommen die unterschiedlichen Erwartungen von WählerInnen und Interessengruppen. Die Erwartungen in diesen unterschiedlichen Kontexten werden von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund interpretiert und führen vermittels von Aushandlungsprozessen zu variierenden Selbstverständnissen und politischen Praxen.

Schließung und Öffnung von Handlungsoptionen: Aus dem ersten Spannungsverhältnis ergibt sich ein zweites. Der Migrationshintergrund limitiert einerseits Handlungsoptionen, weil KandidatInnen bzw. Abgeordnete immer wieder auf diesen verwiesen und reduziert werden und zwar auch gegen ihren ausdrücklichen Willen. Gleichzeitig eröffnet der Migrationshintergrund Handlungsoptionen. Will man verstehen, welche Relevanz ethnische oder migrantische Identifizierungen und Handlungen haben, dann muss auch danach gefragt werden, was mit ethnischen Kommunikationsformen jeweils erreicht werden kann oder soll. Der Migrationshintergrund wird von einigen Abgeordneten als eine spezifische Ressource wahrgenommen. Durch eine Identifizierung können sie sich von anderen Abgeordneten und Parteimitgliedern abgrenzen. Die Abgeordneten schaffen dadurch ein Alleinstellungsmerkmal, das sie zu TrägerInnen von Wissensbeständen bzw. Erfahrungen macht, die den anderen Abgeordneten und KandidatInnen ohne Migrationshintergrund verschlossen bleiben. Die Identifizierung mit dem Migrationshintergrund ist somit ein Akt der Profilierung in einem parteipolitischen Bezugsfeld. Diese Profilierung bleibt aber gleichzeitig an eine Identifizierung mit einem Kollektiv gebunden. Der Migrationshintergrund deutet auf eine geteilte Erfahrung und geteiltes Wissen mit einer meist ethnisch definierten Gruppe von Menschen hin.

Den Migrationshintergrund als Ressource zu verwenden, impliziert paradoxerweise auch, sich auf gesellschaftlich präsente Problemdiskurse zu beziehen. Dies ist dann der Fall, wenn er zur Ressource nicht für die Gewinnung eigenethnischer UnterstützerInnen wird, sondern für die eigene Stellung in der Partei oder gegenüber der Wählerschaft allgemein. BrückenbauerInnen und Integrationsvorbilder sind deshalb attraktiv, weil unterstellt wird, dass sie aus einer Gruppe mit besonderen Problemen und Hindernissen herausragen und den Vertretern der „Mehrheitsgesellschaft“ das Funktionieren der Integrationsmechanismen vorführen. Die Problematisierung von Diskriminierung oder auch von mangelnder Integration schafft Räume für politische Positionierungen. Manche Problemdiskurse haben somit den ambivalenten Effekt, einerseits auszugrenzen, aber auch Räume für jene Angehörigen der betreffenden Gruppen zu eröffnen, die als Gegenbeispiele und Erfolgsmodelle von beiden Seiten, den weniger erfolgreichen Migranten und den Angehörigen der „Mehrheitsgesellschaft“, vereinnahmt werden können.

Als Abgeordnete mit Migrationshintergrund wahrgenommen zu werden, empfinden einige Abgeordnete mit Migrationshintergrund als Einschränkung. Sie distanzieren sich bewusst von den Rollenerwartungen, als Abgeordnete mit Migrationshintergrund Migrations- und Integrationspolitik machen zu müssen. In vielen Fällen scheint die Distanzierung ein notwendiger Bestandteil zu sein, um den vielfältigen, ambivalenten Erwartungen, die an die Repräsentation gestellt werden, gerecht zu werden. Einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund sehen ihre Expertise in anderen politischen Bereichen und fühlen sich von den migrationsbezogenen Erwartungshaltungen vereinnahmt. Der ambivalente Charakter des Migrationshintergrunds, der sowohl Ressource als auch Einschränkung sein kann – und zwar abhängig von wechselnden InteraktionspartnerInnen - ist situations- und kontextabhängig, und nahezu alle Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind mit dieser Ambivalenz konfrontiert.

Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit des Migrationshintergrundes: Der Migrationshintergrund muss in dem Repräsentationsprozess präsent und sichtbar bleiben, um Karrierewege in den Parteien zu erleichtern und die migrantische Wählerschaft zu mobilisieren. Gleichzeitig darf der Migrationshintergrund nicht zu sehr in den Vordergrund treten, weil Parteien Organisationen sind, die sich primär an verallgemeinerbaren politischen Zielen orientieren. Diese Sichtbarkeit ist aber nicht unbedingt gegeben, nicht zuletzt weil es in

Fremdzuschreibungen auch kontextuelle Unterschiede darin gibt, wie viel Differenz und welche Arten von Differenz als relevant interpretiert werden.

In dieser Arbeit wurde gezeigt, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund aufgrund der tiefgreifenden Verankerung der Spannungsverhältnisse der Repräsentation im kommunalpolitischen Feld letztlich die Figur des Brückenbauers zu affirmieren haben, um darüber eigene Handlungsmöglichkeiten zu generieren. Das ist der Deal: Grundsätzlich kann niemand, der oder die realistische Karrierechancen haben will, sich verweigern, BrückenbauerIn zu sein. Wie dies dann aber geschieht, bleibt dem Einzelnen überlassen und lässt Variationsmöglichkeiten offen.

8.2 BrückenbauerInnen – Balancierung verschiedener Erwartungen

Aus den drei Spannungsverhältnissen der Repräsentation ergibt sich wiederum die Zentralität der Figur des Brückenbauers. Dieser Idee liegt zugrunde, dass die skizzierten widersprüchlichen Verhaltenserwartungen durch Personen balanciert werden können, die Brücken zwischen Migranten und Mehrheitsgesellschaft, universalistischen Zielen und partikularen Interessen bauen könnten. Die Figur des Brückenbauers impliziert die Hoffnung auf die Versöhnung der Widersprüche, delegiert aber gleichzeitig die Verantwortung hierfür an jene Personen, die auf diese Rolle festgeschrieben werden. Da die befragten und beobachteten Abgeordneten mit Migrationshintergrund alle mit den skizzierten Handlungsdilemmata umgehen müssen und sich an der Figur des Brückenbauers abarbeiten, ist auch ihr Selbstverständnis als Abgeordnete davon geprägt. Allerdings können die Widersprüche auf unterschiedliche Weisen aufgelöst werden. Wie gezeigt werden konnte, lassen sich vier Positionen finden, die dazu dienen, zwischen den verschiedenen Anforderungen, die an den Brückenbauer gestellt werden, zu navigieren.

Die wahrgenommenen Erwartungen der Repräsentation finden in dem Bild des Brückenbauers ihre Entsprechung und reflektieren in gewisser Weise die Bedingungen, unter denen Abgeordnete mit Migrationshintergrund agieren. Das bedeutet vor allem, dass sie permanent zwischen Differenzzuschreibung und deren Auflösung manövrieren müssen – sie werden als Personen mit Migrationshintergrund wahrgenommen, müssen aber an den nicht ethnisch markierten Mainstream der Parteien anschlussfähig sein. Sie symbolisieren in diesem Sinne, dass Differenz besteht, aber nur dann politisch mobilisierbar ist, wenn sie in letzter Instanz überbrückt werden kann. Die Narration des sozialen Aufstiegs ist dabei

konstitutiv für die Figur des Brückenbauers, da sie versucht, die ethnischen Fremdzuschreibungen in eine alternative Zugehörigkeitskategorie einzubetten. Zugehörigkeit zur deutschen „Mehrheitsgesellschaft“ wird dabei entlang von Leistungsnarrativen hergestellt. Die Abgeordneten sind somit nur dann „wählbar“ und „vermittelbar“ wenn ihre Biographien an Erfolgs- und Leistungsnarrative angeknüpft werden können. Dieses Bild der/des Brückenbauer/s/in ist dabei mehr als eine Position, die Abgeordnete mit Migrationshintergrund einnehmen können. Die Figur des Brückenbauers steckt den Rahmen der Varianzen verschiedener Positionen ab, die aus den vier Positionen, der des sozialen Aufsteigers, des Vorbildes, des migrantischen Lobbyisten und des „normalen“ Lokalpolitikers bestehen. Die Figur des Brückenbauers versucht die unterschiedlichen Erwartungen, die an die Abgeordneten gestellt werden, aufzulösen. Die verschiedenen Positionierungen entstehen somit in einem reflexiven Prozess, der sich immer wieder auf die Figur des Brückenbauers bezieht.

Selbst einen Migrationshintergrund zu haben, macht einen Abgeordneten glaubwürdiger und authentischer als Repräsentanten dieser Bevölkerungsgruppen. Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund gehen davon aus, dass ihr Migrationshintergrund von den Parteien und anderen städtischen AkteurInnen als Ressource und Potential wahrgenommen wird. Diese Rahmung von Potentialen und Ressourcen macht es für die Abgeordneten möglich, den Migrationshintergrund unter vielen anderen Identifizierungen zu mobilisieren. Entgegen dem ExpertInnendiskurs lassen sich in den öffentlichen Debatten jedoch auch Diskurse über Diskriminierung, Rassismus, mangelnde Integrationsbereitschaft von bestimmten Gruppen, Islamismus, Kriminalität und Parallelgesellschaften finden. Diese Ambivalenz, so mein Argument, lässt eine Nachfrage nach Abgeordneten mit Migrationshintergrund entstehen, die zwischen einer migrantischen Bevölkerung und der städtischen Politik vermitteln können.

Problemdiskurse sind dabei notwendiger Bestandteil der Rahmungen von BrückenbauerInnen, da erst die Problematisierung bestimmter Gruppen den Migrationshintergrund der Abgeordneten zu einer politisch relevanten Kategorie werden lässt. Denn Brücken und Vorbilder braucht man nur da, wo es keine Verbindungen gibt und wo bestimmten Gruppen geholfen werden muss. Die Problematisierungsdiskurse setzen Grenzziehungsmechanismen in Gang und sind ein Bestandteil der Identifizierungen und der politischen Praxis der Abgeordneten mit Migrationshintergrund.

8.3 Abgeordnete mit Migrationshintergrund = BrückenbauerInnen?

Für zwei Stadtverordnete mit österreichischem und französischem und für ein Ratsmitglied mit finnischem Migrationshintergrund spielt der Migrationshintergrund keine entscheidende Rolle in der Selbst- und Fremdwahrnehmung. Auch wenn definitorisch ein Migrationshintergrund vorliegt, wird bei den Abgeordneten kaum eine Auseinandersetzung mit der eigenen oder familiären Migrationsgeschichte nach außen deutlich. Für plausibel halte ich, dass die Sichtbarkeit und Größe von ethnischen Gruppen und deren Wahrnehmung in der Stadtbevölkerung erheblich davon abhängt, ob der Migrationshintergrund als politische Kategorie erkannt wird. Nicht jede Migrationsbiografie lässt sich politisieren, d.h. führt zu einem Aushandlungsprozess im politischen Feld. Diese fehlenden Aushandlungsprozesse werden auch in den Biografien der Abgeordneten mit Migrationshintergrund deutlich. Es werden keinerlei Erfahrungen der Fremdheit oder Diskriminierungserfahrungen artikuliert. Verfolgt man die öffentlichen Migrations- und Integrationsdiskurse, lassen sich nur wenige Bezüge zu österreichischen, finnischen oder französischen MigrantInnen finden. Weder in Diskursen über Gleichheit, Rassismus oder Integrationsprobleme aber tauchen diese Herkunftsgruppen auf.

Die Beispiele von Abgeordneten mit Migrationshintergrund, die nicht als Brückenbauer wahrgenommen werden und sich als solche auch nicht identifizieren, die somit aus der migrantischen Repräsentationslogik ausscheiden, machen deutlich, unter welchen Bedingungen die Figur des Brückenbauers als Referenzrahmen möglich wird. Sichtbarkeit, Problematisierung/Diskriminierung und größere migrantische Bevölkerungsgruppen sind dabei drei Faktoren, die den Referenzrahmen des Brückenbauers abstecken. Sind diese drei Faktoren nicht vorhanden, ergeben sich keine Ethnisierungsprozesse im kommunalpolitischen Alltag. Sichtbarkeit bezieht sich dabei auf Namen und äußerliche Merkmale, die von den verschiedenen AkteurInnen als anders und fremd wahrgenommen werden. Damit ist nicht gemeint, dass die Sichtbarkeit auch real existiert, vielmehr basiert sie auf Konstruktionen und Aushandlungsprozessen in dem politischen Alltag. Mit der Sichtbarkeit verbunden sind die Problematisierungen und Diskriminierungen bestimmter Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund. Das fehlende kommunale Wahlrecht, Debatten über die Staatsbürgerschaft sowie Rassismus und Diskriminierungen bilden Themenfelder, die von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund besetzt werden

können. Die Problematisierungen schaffen somit eine Nachfrage nach authentischen AnsprechpartnerInnen, die diese Themen in der Öffentlichkeit artikulieren und vermitteln können. Die Sichtbarkeit und die Diskursfelder benötigen dabei eine zu mobilisierende Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Denn erst die Anwesenheit einer migrantischen Bevölkerung und deren Problematisierung schafft die Nachfrage nach Brückenbauern und Vermittlern im städtischen Kontext. Abgeordnete mit finnischen, österreichischen und französischen Migrationshintergrund fallen aus der Repräsentationslogik heraus, da diese Herkunftsgruppen weder sichtbar sind noch als Problemgruppen thematisiert werden.

9 Fazit

Die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund rückt immer stärker den Fokus der Öffentlichkeit. Auch wenn die Menschen mit Migrationshintergrund in den deutschen Parlamenten noch unterrepräsentiert sind, lässt sich auf allen politischen Ebenen ein Aufwärtstrend beobachten. Der demografische Wandel und die wachsende Zahl der Einbürgerungen werden die wahlpolitische Relevanz von Personen mit Migrationshintergrund weiter erhöhen. Die vorliegende Studie zeigt, wie die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund von Spannungsverhältnissen geprägt ist. Sie möchte konzeptionelle und methodologische Anreize für weitere Forschungsvorhaben bieten. In der Analyse von Spannungsverhältnissen, stieß diese Studie aber auch an Grenzen, aus denen sich Fragestellungen für weitere Studien ergeben können. Diese sollen im Folgenden diskutiert werden.

Verbindung zwischen Selbstverständnissen und politischer Praxis

In der Forschung zur politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund haben sich drei Forschungsstränge herauskristallisiert: Studien, die den Zugang ethnischer Minderheiten in die Parteien untersuchen, Studien zur substantiellen Repräsentation (parlamentarisches Verhalten, Anträge und Anfragen) und Studien zu Motivationen, Karrierewegen und Identifikation.

Studien zur substantiellen Repräsentation untersuchen das parlamentarische Verhalten. Die oft quantitativen Forschungsdesigns führen zu einer Verkürzung, da andere politische Handlungsarenen ausgeblendet werden. Die Analysen der vorliegenden Arbeit haben gezeigt, dass sich neben dem parlamentarischen Alltag andere Handlungsarenen im kommunalpolitischen Alltag finden lassen. Dazu gehören neben politischen und kulturellen Veranstaltungen Wahlkämpfe und Demonstrationen. In diesen lassen sich verschiedene Aushandlungsprozesse ethnischer Grenzziehungen beobachten. Die parlamentarische Repräsentation ist ohne Zweifel das wichtigste politische Handlungsfeld, um die Interessen von Minderheiten und marginalisierter Gruppen zu vertreten und diese zum Teil des demokratischen Willensbildungsprozesses zu machen. Dennoch lässt sich argumentieren,

dass auch außerparlamentarische Handlungen einen Beitrag zu politischen Willensbildungsprozessen leisten können. Zum einen haben die Analysen der Wahlkämpfe gezeigt, dass die Abgeordneten mit Migrationshintergrund Vertrauen zu WählerInnen mit Migrationshintergrund aufbauen können, was wiederum das Vertrauen auf Seiten der migrantischen Bevölkerung in die politischen Institutionen in Deutschland stärken kann. Zum anderen konnte gezeigt werden, dass einige der Abgeordneten mit Migrationshintergrund nicht nur in Parlamenten, sondern auch auf politischen Veranstaltungen Themen wie Diskriminierung und Rassismus auf die kommunalpolitische Agenda der beiden Städte bringen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die einseitige Fokussierung auf den parlamentarischen Output von Abgeordneten mit Migrationshintergrund nicht reicht, um die Rolle des Migrationshintergrundes in der politischen Repräsentation zu erfassen. Vielmehr müssen neben dem Output die Aushandlungen von Selbstverständnissen, die aufgrund des Migrationshintergrundes entstehen, mit einbezogen werden.

Studien zu Motivationen, Karrierewegen und Identifikation von Abgeordneten mit Migrationshintergrund arbeiten oft mit qualitativen Interviews und können helfen Subjektivierungsprozesse zu verstehen (Solomos/Back 1995; Michon 2011; Nergiz 2013; Softic 2015). Dieser Forschungsstrang erfasst ähnlich wie die Forschung zur substantiellen Repräsentation die diversen Handlungsarenen, in denen sich PolitikerInnen mit Migrationshintergrund bewegen, häufig nicht. durch die hier vorgenommen methodologische Erweiterung durch teilnehmende Beobachtungen, Online-Ethnografie sowie Analyse von Anfragen und Anträgen in Parlamenten konnten verschiedene Handlungskontexte in den Blick genommen werden. So konnte gezeigt werden, dass sich verschiedene Positionen je nach Kontext und Situationen verändern können und dass Selbstverständnis sowie politisches Verhalten nicht immer kongruent sein müssen.

Der dritte Forschungsstrang untersucht den Zugang ethnischer Minderheiten zu den Parteien. Im Mittelpunkt dieser Studien stehen die Gelegenheitsstrukturen und die Frage danach, welche Faktoren politische Repräsentation ermöglichen oder verhindern (Donovan 2007; Bird/Saalfeld/Wüst 2010; Maxwell 2012). Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Bedingungen für Rekrutierungen und Kandidatenaufstellung in den Parteien (Norris/Lovenduski 1995; Norris 1997,2006). Diese Studien können allerdings nicht klären, auf welche Art und Weise der Migrationshintergrund im Repräsentationsprozess von den AkteurInnen selbst verhandelt wird. So konnte die vorliegende Arbeit zeigen, dass der

Migrationshintergrund in der Wahrnehmung der Abgeordneten eine Ressource in Rekrutierungs- und Kandidatenaufstellungsprozessen darstellt. Die ethnische Ressource entsteht dabei in einem Prozess zwischen Selbst- und Fremdzuschreibungen. Die Erwartungen, die aus der Kategorie des Migrationshintergrundes entstehen, führen zu unterschiedlichen Positionierungen in einem relationalen kommunalpolitischen Feld.

Die vorliegende Arbeit hatte das Ziel, Selbstverständnisse und politische Praxis zusammenzubringen, um die ethnischen Grenzziehungsprozesse in ihren verschiedenen, oft widersprüchlichen Facetten erfassen zu können. Nimmt man die Annahme ernst, dass ethnische Grenzziehungsprozesse situations- und kontextabhängig sind, dann ist es unerlässlich, den politischen Alltag mit seinen unterschiedlichen Erwartungshorizonten, Handlungsstrategien sowie Interaktionsprozessen in zukünftige Forschungsvorhaben mit einzubeziehen.

Zwischen Interessenvertretung und Reproduktion von Machtverhältnissen

Die Abgeordneten mit Migrationshintergrund sind nicht nur PolitikerInnen und Aushängeschilder ihrer Parteien. Sie sind die Gesichter und Symbole der Gesellschaft, in der sie leben und die sie repräsentieren. Sie stehen für einen Wandel, in dem Menschen mit Einwanderungsbiographien nicht mehr nur Objekte politischer Auseinandersetzungen sind, sondern Subjekte, die politische Willensbildungsprozesse mitgestalten.

Durch ihren Fokus auf den politischen Alltag konnte diese Untersuchung ein komplexeres Bild der politischen Realität zeichnen und die unterschiedlichen Netzwerke, Positionen und Handlungsstrategien sichtbar machen. Die Kategorie des Migrationshintergrundes ist dabei eingebettet in die relationalen Verhältnisse zwischen Inklusion und Exklusion, Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit sowie Nähe und Distanz.

Die Figur des Brückenbauers steht für einen Aushandlungsprozess zwischen der Artikulation von migrantischen Interessen und einem dominierenden politischen Diskurs, in dem die Regeln und Bedingungen für diese Interessenvertretung festgelegt werden. In der Figur des Brückenbauers werden die Spielregeln für die Abgeordneten mit Migrationshintergrund innerhalb des kommunalpolitischen Feldes festgelegt. Die Abgeordneten und KandidatInnen mit Migrationshintergrund agieren in einem kommunalpolitischen Feld, in dem in den letzten 20 Jahren eine Nachfrage nach politischen AkteurInnen mit Migrationshintergrund entstanden ist. Diese Nachfrage ist Ergebnis des diagnostizierten Paradigmenwechsels

städtischer Integrationspolitik, in dem Migration und Integration einen ressourcen- oder potentialorientierten Wandel erfahren haben und positiv konnotiert wurden (Häusermann/Kapphan 2008; Pütz/Rodatz 2014: 166, Rodatz 2012: 79). Parallel ist zu beobachten, dass in den öffentlichen Debatten Diskurse über Diskriminierung, Rassismus, mangelnde Integrationsbereitschaft von bestimmten Gruppen, Islamismus, Kriminalität und Parallelgesellschaften einflussreich sind. Dieses Spannungsfeld zwischen Ressource und Problematisierung lässt eine Nachfrage nach KandidatInnen mit Migrationshintergrund entstehen und macht die Kategorie des Migrationshintergrundes zu einer politisch relevanten Ressource. Diese Nachfrage nach Abgeordneten mit Migrationshintergrund ist allerdings an Bedingungen, Erwartungen sowie Eigenschaften gebunden. Die Abgeordneten müssen wählbar und vermittelbar sein, um anschlussfähig im kommunalpolitischen Feld zu sein. Diese Wählbarkeit wird mit einem sozialen Aufstieg, guten Deutschkenntnissen und einer „erfolgreichen Integration“ assoziiert. Die Figur des Brückenbauers basiert auf einem meritokratischen Narrativ, in dem Differenz und Ungleichheit in der Gesellschaft (Klasse, Ethnizität usw.) Hürden sind, die es einer Person erschweren, in die höheren Ränge aufzusteigen, gleichzeitig versinnbildlicht es aber auch, dass Aufstieg für jene möglich ist, die sich genügend anstrengen. Dieser meritokratische Rahmen erlaubt es Abgeordneten, sich als herausragende Leistungsträger zu positionieren und gleichzeitig damit zur Legitimation gesellschaftlicher Ungleichheiten beizutragen. Für Spivak, der die Repräsentationsdiskurse aus einer postkolonialen Perspektive kritisiert, können die Abgeordneten mit Migrationshintergrund im Repräsentationsprozess nicht gehört werden, wenn sie außerhalb der Diskurslinien liegen, die von „official institutional structures of representation“ (Spivak 1988: 306) festgelegt werden. Es lässt sich mit Spivak argumentieren, dass die meritokratischen Diskurse in den Selbstverständnissen der Abgeordneten, die immer auch eine situative Distanzierung von ethnischen Grenzziehungen und ethnischer Lobbyarbeit enthalten, eine gewollte Anpassung an bestehende Herrschaftsverhältnisse darstellen. Gleichzeitig schafft die Kategorie des Migrationshintergrundes, die als eine Balancierungskategorie fungiert, einen Raum für die Artikulation von migrantischen Interessen. Die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund führt dazu, dass die Interessen und Belange der migrantischen Bevölkerung auf die politische Agenda der Städte kommen. Sie beeinflussen somit demokratische Willensbildungsprozesse, indem sie neue Prioritäten, Perspektiven, Argumente und Meinungen in die städtischen

Diskurse bringen. Dies zeigt sich sowohl in der Etablierung von migrantischen Strukturen innerhalb der Parteien als auch im parlamentarischen Alltag und auf politischen Veranstaltungen. Die Abgeordneten verweisen dabei auf die mit den WählerInnen geteilten migrationsspezifischen Erfahrungen. Es macht somit einen Unterschied, ob Menschen mit Migrationshintergrund in den Parlamenten sitzen oder nicht. Die Erfahrungen mit Fremdheit, Diskriminierungen und Ausgrenzungen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund können nicht in dem gleichen Umfang von Abgeordneten, denen diese Erfahrungen fehlen, repräsentiert werden. Die Ergebnisse dieser Arbeit bieten empirische Belege für die Wirksamkeit deskriptiver Repräsentation, die auch von Mansbridge, Phillips und Dovi angenommen wird.

Die Aushandlungsprozesse der vorgestellten Positionen (Kap.7) lassen sich an der Verwendung der Kategorie des Migrationshintergrundes veranschaulichen, die in parlamentarischen Debatten aber auch auf politischen Veranstaltungen oft anstelle von ethnischen Kategorien verwendet wird. Die Verwendung der Kategorie des Migrationshintergrundes könnte ein Zeichen ethnischer Neutralisierung sein, in der man nicht in den Verdacht gerät, Lobbyarbeit für eine ethnische Gruppe zu machen. In letzter Konsequenz lässt sich migrantische Interessenvertretung nur dann realisieren, wenn Ethnizität de-politisiert und auf die Kategorie des Migrationshintergrundes zurückgegriffen wird. Obwohl beide Kategorien auf ethnische Differenzen abstellen, scheint die Kategorie des Migrationshintergrundes anschlussfähiger im kommunalpolitischen Feld zu sein, da das Ethnische mitgedacht, aber nicht direkt artikuliert wird. Die Kategorie des Migrationshintergrundes ist in diesem Sinne kompatibel mit der Figur des Brückenbauers, da sie immer auch eine Distanzierung von ethnischen Identifizierungen beinhaltet.

Die Figur der BrückenbauerIn steht für die Möglichkeit, die Interessen einer migrantischen Bevölkerung zu artikulieren und zu vertreten. Gleichzeitig sind den BrückenbauerInnen durch das kommunalpolitische Feld Grenzen gesetzt. Um die Effekte der parlamentarischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in der städtischen Politik zu erfassen, müssten langfristige politische Prozesse in den Blick genommen werden.

Staatsbürgerschaft sowie Rassismus und Diskriminierungen bilden Themenfelder, die von den Abgeordneten mit Migrationshintergrund besetzt werden können. Die Problematisierungen schaffen somit eine Nachfrage nach authentischen AnsprechpartnerInnen, die diese Themen in der Öffentlichkeit artikulieren und vermitteln können. Die Sichtbarkeit und die Diskursfelder benötigen dabei eine zu mobilisierende Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Denn erst die Anwesenheit einer migrantischen Bevölkerung und deren Problematisierung erschafft die Nachfrage nach Brückenbauern und Vermittlern im städtischen Kontext. Abgeordnete mit finnischen, österreichischen und französischen Migrationshintergrund fallen aus der Repräsentationslogik heraus, da diese Herkunftsgruppen weder sichtbar sind noch als Problemgruppen thematisiert werden.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Alemann, Ulrich Von (1981): Responsive Demokratie - ein Lob dem Mittelmaß? *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 12(3), 438-440.
- Alemann, Ulrich Von (1985): Repräsentation, in Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik. Band 1: Politikwissenschaft. Theorien-Methoden-Begriffe, 863-868.
- Anthias, Floya (2002): Where do I belong?: Narrating collective identity and translocational positionality. *Ethnicities*, 2(4), 491-514.
- Anthias, Floya (2009): Belonging, identity, intersectionality, and translocational positionality, in Rosenthal, Gabriele/Bogner, A. (Hrsg.): *Ethnicity, Belonging and Biography: Ethnographical and Biographical Perspectives*. Berlin: Lit Verlag.
- Anfrage der Grünen Fraktion (2012): Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Konzepten gegen Islamophobie. Anfrage Nr. 1405/2012.
- Antrag der CDU Fraktion (2012): Interkulturelle Elternarbeit zur Förderung von Bildungserfolgen junger Migrantinnen und Migranten voranbringen. Antrag Nr. 313.
- Antrag der Fraktionen: CDU-Fraktion, Grünen-Fraktion, SPD-Fraktion, Linke-Fraktion, FDP-Fraktion, Freie Wähler-Fraktion Und Elf Piraten-Fraktion (2012): Begründung einer Städtepartnerschaft mit Eskisehir. Antrag Nr. 406/12.
- Antrag der Hannoveraner Fraktion (2013): Antrag der Fraktion Die Hannoveraner: Problematik der Einwanderung aus Rumänien, Bulgarien, dem übrigen Südosteuropa und aus der Dritten Welt. Antrag Nr. 2608/2013.
- Antrag der Piraten Fraktion (2011): Antrag der Fraktion Die Piraten: Errichtung eines neuen Oberstufengymnasiums im Gallus. Antrag Nr. 67/2011.
- Antrag der SPD Fraktion (2013): Antrag der SPD-Fraktion zu einer Aktuellen Stunde zum Thema: "Fünf Jahre Lokaler Integrationsplan - Bilanz einer Erfolgsgeschichte." Antrag Nr. 0871/2013.
- Arkadaş-E.V., Can: abgerufen am 02.11.2015, unter: http://deutsch.canarkadas.de/?page_id=11.
- Atkeson, Lonna Rae/Carrillo, Nancy (2007): More is Better: The Influence of Collective Female Descriptive Representation on External Efficacy. *Politics and Gender*, 3(1), 79-101.
- Aybek, Can M./Straßburger, Gaby (2009): "Politik des friedlichen Zusammenlebens": Integrationsansatz mit Modellcharakter in Frankfurt am Main, in Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft: Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 351.365.
- Banton, Michael (2001): Progress in ethnic and racial studies. *Ethnic and Racial Studies*, 24(2), 173-194.
- Barbehön, Marlon (2013): Kommunale politische Eliten und die Eigenlogik der Städte – Zur machtkonstitutiven Wirkung des Diskurses, in Harm, Katrin/Aderhold, Jens (Hrsg.): *Die subjektive Seite der Stadt: Neue politische Herausforderungen und die Bedeutung von Eliten im lokalen Bereich*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 273-293.
- Bausch, Christiane M. A. (2014): Inklusion durch politische Selbstvertretung?: Die Repräsentationsleistung von Ausländer- und Integrations(bei)räten. Baden-Baden: Nomos.

- Behrendt, Günter Max (1998): Die Rolle türkischer Vereine in der multikulturellen Gesellschaft. Ein Forschungsbericht aus Hannover. *Migration und soziale Arbeit* (3-4), 16-61.
- Berking, Helmuth/Löw, Martina (2005): Die Wirklichkeit der Städte. Baden-Baden: Nomos.
- Bertelsmann-Stiftung (2007). Die Brückenbauer der Integration stärken. Abgerufen am 21.03.2014, unter: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/70302.html>.
- Best, Heinrich/Hausmann, Christopher/Schmitt, Karl (2000): Challenges, Failures, and Final Success: The Winding Path of German Parliamentary Leadership Groups towards a Structurally Integrated Elite 1848-1999, in Cotta, Maurizio/Best, Heinrich (Hrsg.): *Parliamentary Representatives in Europe 1848-2000*. Oxford: Oxford University Press, 138-195.
- Bird, Karen/Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (2011): *The Political Representation of Immigrants and Minorities: Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies*: Routledge.
- Blätte, Andreas (2014): *Einwandererverbände in der Migrations- und Integrationspolitik 1998-2006: Zugang, Normen und Tausch*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bloemraad, Irene/Schönwälder, Karen (2013): Immigrant and Ethnic Minority Representation in Europe: Conceptual Challenges and Theoretical Approaches. *West European Politics*, 36(3), 564-579.
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2007): *Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung: Eine policyorientierte Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bojadzije, Manuela (2008): *Die windige Internationale: Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Borchert, Jens/Stolz, Klaus (2003): Fighting insecurity: Political careers and career politics in the Federal Republic of Germany. *Politische Vierteljahresschrift*, 44(2), 148-173.
- Bourdieu, Pierre (1991): *Language and Symbolic Power*. Cambridge: Harvard University Press.
- Brady, Henry E./Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman (1995): Beyond Ses: A Resource Model of Political Participation. *The American Political Science Review*, 89(2), 271-294.
- Breidenstein, Georg/Hirschauer, Stefan/Kalthoff, Herbert/Nieswand, Boris (2015): *Ethnografie Die Praxis der Feldforschung*. Stuttgart: UTB.
- Brillante, Luigi (2012): Wortprotokoll über die 16. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung: Aktuelle Stunde zu den Fragen 628, 630, 633.
- Brubaker, Rogers (2004): *Ethnicity Without Groups*. Cambridge und London: Harvard University Press.
- Brubaker, Rogers (2009): Ethnicity, Race, and Nationalism. *Annual Review of Sociology*, 35, 21-42.
- Brubaker, Rogers/Cooper, Frederick (2000): Beyond "identity". *Theory and Society*, 29, 1-47.
- Bukow, Sebastian (2012): *Die professionalisierte Mitgliederpartei: Politische Parteien zwischen institutionellen Erwartungen und organisationaler Wirklichkeit*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bundesamt, Statistisches (2005). Personen mit Migrationshintergrund. Abgerufen am 14.06.2015, unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Methoden/PersonenMitMigrationshintergrund.html>.

- Bürklin, Wilhelm P./Rebenstorf, Hilke (1997): *Eliten in Deutschland: Rekrutierung und Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Chandra, Kanchan (2008): *Ethnic invention: a new principle for institutional design in ethnically divided democracies*, in Levi, Margaret, Johnson, James, Knight, Jack/Stokes, Susan (Hrsg.): *Designing Democratic Government: Making Institutions Work*. New York: Russell Sage Foundation.
- Childs, Sarah /Lovenduski, Joni (2012): *Political Representation*, in Georgina, Waylen/Karen, Celis/Johanna, Kantola/Weldon, S. Laurel (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Gender and Politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Chong, Dennis (2014): *Collective Action and the Civil Rights Movement*. Chicago und London: University of Chicago Press.
- Clifford, James/Marcus, George E./Research, School of American (1986): *Writing Culture: The Poetics and Politics of Ethnography*. Berkeley, Los Angeles und London: University of California Press.
- Collet, Christian (2008): *Minority Candidates, Alternative Media, and Multiethnic America: Deracialization or Toggling? Perspectives on Politics, 6(04), 707-728*.
- D'antonio, Oliver (2014): *Zwischen Rathaus, Milieu und Netzwerk: Über die lokale Verankerung politischer Parteien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Dahl, Robert A. (1961): *Who Governs?: Democracy and Power in an American City*. New Haven und London: Yale University Press.
- Derlien, Hans-Ulrich/Lock, Stefan (1994): *Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen. Zeitschrift für Parlamentsfragen 25(1), 61-94*.
- Desipio, Louis (1998): *Counting on the Latino Vote: Latinos as a New Electorate*. Charlottesville und London: University Press of Virginia.
- Diallo, Nimatoulaye (2012): *Wortprotokoll über die 16. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung: Aktuelle Stunde zu den Fragen 628, 630, 633*.
- Diehl, Claudia (2002): *Die Partizipation von Migranten in Deutschland: Rückzug oder Mobilisierung?* Opladen: Leske + Budrich.
- Dimaggio, Paul (1992): *"Nadels paradox revisited: relational and cultural aspects of organizational structure"*, in Nohria, Nittin/Eccles, Robert G. (Hrsg.): *Networks and Organizations: Structure, Form, and Action*. Boston: Harvard Business School Press, 118-142.
- Do Mar Castro Varela, María/Dhawan, Nikita (2004): *Horizonte der Repräsentationspolitik-Taktiken der Intervention*, in Roß, Bettina (Hrsg.): *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft: Perspektiven für eine anti-rassistische und feministische Politik und Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 205-226.
- Donovan, Barbara (2007): *'Minority' Representation in Germany. German Politics, 16(4), 455-480*.
- Dörner, Andreas/Vogt, Ludgera (2002): *Wahl-Kämpfe: Betrachtungen über ein demokratisches Ritual*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dovi, Suzanne (2007): *Theorizing Women's Representation in the United States. Politics & Gender, 3(3), 297-319*.
- Dreßler, Ulrich (2010): *Kommunalpolitik in Hessen*, in Kost, Andreas/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 165-186.

- Egner, Björn/Krapp, Max C./Heinelt, Hubert (2012): Das deutsche Gemeinderatsmitglied: Problemsichten – Einstellungen – Rollenverständnis. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Ehrich, Karin (2011): Die Frauen im Rat der Landeshauptstadt Hannover 1946-2011. Wege, Ziele. Erfolge. *Hannoversche Geschichtsblätter, Beiheft 6*. Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung.
- Eickelpasch, Rolf/Rademacher, Claudia (2015): Identität. Bielefeld: transcript.
- Esaiasson, Peter/Holmberg, Sören (1996): Representation from above: members of Parliament and representative democracy in Sweden. Aldershot: Dartmouth.
- Eulau, Heinz/Wahlke, John C./Buchanan, William/Ferguson, Leroy C. (1959): The Role of the Representative: Some Empirical Observations on the Theory of Edmund Burke. *American Political Science Review*, 53(3), 742-756.
- FAZ.Net (2010): Aygül Özkan vereidigt - „So wahr mir Gott helfe“. Abgerufen am 28.03.2016, 2016, unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/niedersachsen-ayguel-oezkan-vereidigt-so-wahr-mir-gott-helfe-1966039.html>.
- Fennema, Meindert/Tillie, Jean (1999): Political participation and political trust in Amsterdam: civic communities and ethnic networks. *Journal of Ethnic & Migration Studies*, 25(4), 703-726.
- Flick, Uwe (2011): Triangulation: Eine Einführung: Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Foner, Nancy/Fredrickson, George M. (2004): Not Just Black and White: Historical and Contemporary Perspectives on Immigration, Race, and Ethnicity in the United States: New York: Russell Sage Foundation.
- Foroutan, Naika (2010): Neue Deutsche, Postmigranten und Bindungs-Identitäten : wer gehört zum neuen Deutschland? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2010, Nr. 46-47, 9-15.
- Foroutan, Naika/Schäfer, Isabel (2009): Hybride Identitäten - muslimische Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2009, Nr. 5, 11-18.
- Frankfurt, Häuserrat (1974): Wohnungskampf in Frankfurt. München: Trikont-Verlag.
- Frankfurt, Magistrat der Stadt Frankfurt Am Main. Dezernat Xi - Integration. (2012). Vielfalt und Integration vor Ort. „Einsatz von ehrenamtlichen Stadtteilbeauftragten für Vielfalt und Integration in den Stadtteilen des Ortsbezirkes 10.“ Abgerufen am 21.03.2015, unter: <http://www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de/en/angebote/ehrenamtliche-stadtteilbeauftragte-fuer-vielfalt-und-integration>.
- Frankfurt, Stadt: Türkische Kulturvereine. Abgerufen am 18.06.2015, unter: https://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3268118&_ffmpar%5B_id_inhalt%5D=4683447.
- Frankfurt, Stadt (2012): Daten-Fakten-Zahlen 2012. Stadtverordnetenversammlung. Ausschüsse. Ortsbeiräte. Frankfurt am Main.
- Frankfurt, Stadt (2015): Ausschuss für Bildung und Integration. Abgerufen am 21.02.2015, unter: https://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3869&_ffmpar%5B_id_inhalt%5D=102829.
- Garbaye, Romain (2005): Getting Into Local Power: The Politics of Ethnic Minorities in British and French Cities. Oxford: Blackwell.
- Geertz, Clifford (2008): Local Knowledge: Further Essays In Interpretive Anthropology. New York: Basic Books.

- Geißel, Brigitte (1999): Politikerinnen: Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Geißel, Brigitte/Sahner, Heinz/Katja Pählekatja (2003): Lokale politisch-administrative Eliten. Lebensverläufe zwischen Kontinuität und Neupositionierung. Jena.
- Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.
- Gissendanner, Scott (2002): Die Bedeutung des Bürgermeisters für die strategische Entscheidungsfähigkeit deutscher Großstädte, in Bogumil, Jörg (Hrsg.): Kommunale Entscheidungsprozesse im Wandel: Theoretische und empirische Analysen Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 91-109.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (1967): The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research. New Brunswick und London: Aldine Publishing.
- Griechische-Gemeinde: Abgerufen am 12.03.2015, unter: <http://www.ggfu-frankfurt.de/index.php/joomla-overview.html>
- Gruber, Andreas K. (2009): Der Weg nach ganz oben: Karriereverläufe deutscher Spitzenpolitiker. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Habermas, Jürgen (1973): Kultur und Kritik: verstreute Aufsätze. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hadeed, Anwar (2005): Selbstorganisation im Einwanderungsland : Partizipationspotenziale von Migranten-Selbstorganisationen in Niedersachsen. Oldenburg: BIS-Verl.
- Hall, Stuart/Du Gay, Paul (1996): Questions of Cultural Identity. Los Angeles, London und Neu Dehli: SAGE Publications.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina (2007): Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hannover, Landeshauptstadt (2008): Lokaler Integrationsplan. Hannover: Landeshauptstadt Hannover.
- Hannover, Stadt: Abgerufen am 02.03.2015, unter: <http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Soziales/Integration-Einwanderung/Projekte-und-Themen/Die-Moscheen-Hannovers/Die-%E2%80%9ED%C4%B0T%C4%B0B-T%C3%BCrkisch-Islamische-Gemeinde-zu-Hannover-e.V.%22>.
- Hannover, Stadt (2003): Bildung des Migrationsausschusses. Abgerufen am 02.08.2015, unter: <http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Soziales/Integration-Einwanderung/Gremien-der-Integrationsarbeit/Internationaler-Ausschuss>
- Hannover, Stadt (2007): Integrationslotsen. Abgerufen am 03.11.2015, unter: <http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Soziales/Integration-Einwanderung/Projekte-und-Themen/Integrationslotsinnen-und-lotsen>
- Hannover, Stadt (2015). Gremium - Internationaler Ausschuss. Abgerufen am 21.02.2015, from <http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Soziales/Integration-Einwanderung/Gremien-der-Integrationsarbeit/Internationaler-Ausschuss>.
- Haruna, Hadija (2012). Der Staat nimmt eine Klassifizierung vor. Abgerufen am 18.04.2015, 2015, unter: <http://www.migazin.de/2012/10/25/der-staat-nimmt-eine-klassifizierung-vor/>.
- Häußermann, Hartmut/Kaplan, Andreas (2008): Integrationspolitik der Städte: ein Paradigmenwechsel, in Bommers, Michael (Hrsg.): Migrationsreport 2008 : Fakten - Analysen - Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 15-47.
- Heckmann, Friedrich (1992): Ethnische Minderheiten, Volk und Nation: Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart: Enke.

- Heckmann, Friedrich (1997): Ethnos — eine imaginierte oder reale Gruppe? Über Ethnizität als soziologische Kategorie, in Hettlage, Robert/ Deger, Petra/Wagner, Susanne (Hrsg.): Kollektive Identität in Krisen: Ethnizität in Region, Nation, Europa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 46-55.
- Helbig, Felix (2012). "Ihr seid hier nicht in Afrika". Abgerufen am 12.01.2015, unter: <http://www.fr-online.de/vorwuerfe-gegen-polizei/attacke-gegen-deutsch-aethiopier-ihr-seid-hier-nicht-in-afrika-,20810664,20797476.html>.
- Hero, Rodney E./Campbell, Anne G. (1996): Understanding Latino Political Participation: Exploring the Evidence from the Latino National Political Survey. *Hispanic Journal of Behavioral Sciences*, 18(2), 129-141.
- Herzog, Dietrich (1975): Politische Karrieren: Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Herzog, Dietrich (1989): Was heißt und zu welchem Ende studiert man Repräsentation?, in Herzog, Dietrich/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Konfliktpotentiale und Konsensstrategien, Opladen: Westdeutscher Verlag, 307-335.
- Herzog, Dietrich (2013): Politiker/politische Klasse, in Greiffenhagen, Martin/ Neller, Katja/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 333-338.
- Hoecker, Beate (2007): Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?, in Holtz-Bacha, Christina/König-Reiling, Nina (Hrsg.): Warum nicht gleich? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 52-65.
- Hoffmann, Lutz (2002): Ausländerbeiräte in der Krise. *Zeitschrift für Ausländerrecht und Politik*, 2, 63-70.
- Hoffmann, Peter (2010): Kommunalpolitik in Niedersachsen, in Kost, Andreas/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in den deutschen Ländern: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 205-230.
- Holl, Stefan (1989): Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg: Sozialprofil, Rekrutierung, Selbstbild. Kehl: Engel Verlag.
- Holtkamp, Lars (2007): Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie: Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holtkamp, Lars (2010): Professionalisierung der Kommunalpolitik? : empirische und normative Befunde. *Politische Vierteljahresschrift* Heft 44, 103-120.
- Hr-Info (2015): Das Interview. Vom syrischen Flüchtling zum Volksvertreter. Abgerufen am 05.12.2015, unter: <http://www.ardmediathek.de/radio/hr-iNFO-Das-Interview/Mike-Josef-vom-syrischen-Fl%C3%BChtling-zu/hr-iNFO/Audio-Podcast?documentId=31026986&bcastId=468110>.
- Hunger, Uwe/Candan, Menderes (2009): Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg : Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Münster.
- Hunn, Karin (2005): "Nächstes Jahr kehren wir zurück...": die Geschichte der türkischen "Gastarbeiter" in der Bundesrepublik. Göttingen: Wallstein.
- Jacobs, Dirk/Tillie, Jean (2004): Introduction: social capital and political integration of migrants. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 30(3), 419-427.
- Jenkins, Richard (1997): Rethinking Ethnicity: Arguments and Explorations. London: SAGE Publications.

- Jentges, Erik (2014): Die soziale Magie politischer Repräsentation: Charisma und Anerkennung in der Zivilgesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag.
- Jones-Correa, Michael (1998): *Between two Nations. The Political Predicament of Latinos In New York City*: Cornell University Press.
- Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (2008): *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Karakayali, Serhat (2005): Lotta Continua in Frankfurt, Türken-Terror in Köln : migrantische Kämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik, in Hüttner, Bernd/Oy, Gottfried/Schepers, Norbert (Hrsg.): *Vorwärts und viel vergessen*. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen. Neu-Ulm: AG SPAK Publikationen, 121-134.
- Karpf, Ernst (2013): *Eine Stadt und ihre Einwanderer: 700 Jahre Migrationsgeschichte in Frankfurt am Main*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Kelle, Udo/Kluge, Susann (2010): *Vom Einzelfall zum Typus: Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kliehm, Martin (2012): Wortprotokoll über die 16. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung: 15. Fragestunde.
- Knaut, Annette (2011): *Abgeordnete als Politikvermittler*. Baden-Baden: Nomos.
- Koll, Christian (2007): Statuszuweisung und Lebensverlaufsanalyse: Zum Einfluss von ererbtem und erworbenem Kapital auf berufliche Karrieren lokaler politischer und administrativer Eliten. In Pähle, Katja/Reiser, Marion (Hrsg.), *Lokale politische Eliten und Fragen der Legitimation*. Baden-Baden: Nomos, 23-44.
- Kubi, Verein für Kultur und Bildung E.V: Abgerufen am 12.06.2015, unter: <http://egitim.de/kubi.php4@strLang=deut&SeitenNr=12&Aktiv=Navi01sub.html>
- Kühne, Alexander (2013): Repräsentation enträtselt oder immer noch 'the Puzzle of Representation'? : Entwicklungen und Lehren aus unterschiedlichen Forschungsstrategien. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 44(3), 459-485.
- Lal, Barbara (1997): Ethnic Identity Entrepreneurs: Their Role in Transracial and Intercountry Adoptions. *Asian and Pacific Migration Journal*, 6(3-4), 385-413.
- Lamnek, Siegfried/Krell, Claudia (2010): *Qualitative Sozialforschung: Lehrbuch*. Weinheim: Beltz.
- Lee, Taeku (2008): Race, Immigration, and the Identity-to-Politics Link. *Annual Review of Political Science* 11, 475-478.
- Leggewie, Claus (1990): *Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik*. Berlin: Rotbuch-Verlag.
- Leighley, Jan/ Tetsuya Matsubayashi (2011): The Implications of Class, Race, and Ethnicity for Political Networks. *American Politics Research*, 37(5), 824-855.
- Leighley, Jan; Arnold Vedlitz (1999): Race, Ethnicity, and Political Participation: Competing Models and Contrasting Explanations. *The Journal of Politics*, 61(4), 1092-1114.
- Lien, Pei-Te/Conway, Margaret M./Wong, Janelle (2004): *The Politics of Asian Americans: Diversity and Community*. New York und London: Routledge.
- Linden, Markus/Thaa, Winfried (2009): *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen*. Baden-Baden: Nomos.
- Loewenberg, Gerhard/Mans, Thomas C. (1988): Individual and Structural Influences on the Perception of Legislative Norms in Three European Parliaments. *American Journal of Political Science*, 32(1), 155-177.

- Lösche, Peter (2005): „Politische Führung“ und Parteivorsitzende. Einige systematische Überlegungen, in Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael (Hrsg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 2005. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 349-368.
- Löw, Martina (2012): "Jede Stadt ist ein Seelenzustand" : Über Städtische Vergesellschaftung und Identitätsanforderung, in Hoppe, Andreas (Hrsg.): Raum und Zeit der Städte. Städtische Eigenlogik und jüdische Kultur seit der Antike. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 11-24.
- Madge, Clare/Raghuram, Parvati/Skelton, Tracey/Willis, Katy/Williams, Jenny (1997): Feminist geographies: explorations in diversity and difference. Harlow: Longman.
- Maier, Jürgen/Schmitt, Karl (2008): Kommunales Führungspersonal im Umbruch: Austausch, Rekrutierung und Orientierungen in Thüringen. Weisbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mansbridge, Jane (1999): Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent "Yes". *The Journal of Politics*, 61(03), 628-657.
- Mansbridge, Jane (2003): Rethinking Representation. *The American Political Science Review*, 97(4), 515-528.
- Martiniello, Marco (1998): Foreign Origin Politicians in Belgium, in Martiniello, Marco (Hrsg.): Multicultural Policies and the State: a comparison of two European societies: Utrecht: Ercomer, 109–124.
- Martiniello, Marco (1997): Personal experience and research experience: a reflexive account. In Bousetta, Hassan (Hrsg.): MERGER—Newsletter of the Migration and Ethnic Relations Group.
- Maxwell, Rahsaan (2012): Ethnic Minority Migrants in Britain and France. Integration Trade-Offs. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mcadam, Doug/Mccarthy, John D./Zald, Mayer N. (1996): Comparative Perspectives on Social Movements: Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mccormick, Joseph li/Jones, Charles E. (1993): The conceptualization of deracialization: Thinking through the dilemma, in Persons, Georgia A. (Hrsg.): Dilemmas of Black Politics: Issues of Leadership and Strategy. New York: HarperCollins.
- Medick, Veit (2011). Gabriel drückt Migrantenquote durch. Abgerufen am 21.06.2016, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-gabriel-drueckt-migrantenquote-durch-a-761572.html>.
- Merton, Robert K. (1995): Soziologische Theorie und soziale Struktur. Berlin: De Gruyter.
- Michon, Laure (2011): Ethnic minorities in local politics: comparing Amsterdam and Paris. Amsterdam: University of Amsterdam.
- Mielke, Gerd/Eith, Ulrich (1994): Honoratioren oder Parteisoldaten? Bochum: Brockmeyer.
- Miller, Arthur H./Gurin, Patricia/Gurin, Gerald/Malanchuk, Oksana (1981): Group Consciousness and Political Participation. *American Journal of Political Science*, 25(3), 494-511.
- Miso-Netzwerk: Abgerufen am 25.01.2016, unter: http://www.misonetz.de/index.php?article_id=29
- Müller, Marion/Zifonun, Dariuš (2010): Wissenssoziologische Perspektiven auf ethnische Differenzierung und Migration Eine Einführung. In Müller, Marion/Zifonun, Dariuš (Hrsg.): Ethnowissen: Soziologische Beiträge zu ethnischer Differenzierung und Migration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-33.

- Murr, Günther (2012). Er will die SPD stark machen. Abgerufen am 21.03.2015, from <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Er-will-die-SPD-stark-machen;art675,243143>
- Nadel, Siegfried F. (2013): *The Theory of Social Structure*. London: Routledge.
- Nagel, Joane (1994): Constructing Ethnicity: Creating and Recreating Ethnic Identity and Culture. *Social Problems*, 41(1), 152-176.
- Nergiz, Devrimsel D. (2013): *I Long for Normality: A Study on German Parliamentarians with Migration Backgrounds*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Nieswand, Boris (2010): *Diversität und Gesellschaft*. Göttingen: Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften Abteilung – Soziokulturelle Vielfalt.
- Norris, Pippa (1997): *Passages to Power: Legislative Recruitment in Advanced Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa (2006): Recruitment. In Katz, Richard.S./Crotty, Willimas.J. (Hrsg.): *Handbook of Party Politics*. London: SAGE Publications, 89-108.
- Norris, Pippa/Franklin, Mark (1997): Social representation. *European Journal of Political Research*, 32(2), 185-210.
- Norris, Pippa/Lovenduski, Joni (1993): 'If Only More Candidates Came Forward': Supply-Side Explanations of Candidate Selection in Britain. *British Journal of Political Science*, 23(3), 373-408.
- Norris, Pippa/Lovenduski, Joni (1995): *Political Recruitment: Gender, Race and Class in the British Parliament*. Cambridge: Cambridge University Press.
- O'Connor, Patricia (2004): The conditionality of status: Experience-based reflections on the insider/outsider issue. *Australian Geographer*, 35(2), 169-176.
- Okamura, Jonathan Y. (1981): Situational ethnicity. *Ethnic & Racial Studies*, 4(4), 452-465.
- Okin, Susan M. (1999): Is Multiculturalism Bad for Women?, in Cohen, Joshua, Howard, Mathew/Nussbaum, Martha (Hrsg.): *Is Multiculturalism Bad for Women?* Princeton: Princeton University Press.
- Pähle, Katja/Reiser, Marion (2007): Lokale politische Eliten und Fragen der Legitimation, in Pähle, Katja/Reiser, Marion (Hrsg.): *Lokale politische Eliten und Fragen der Legitimation*. Baden-Baden: Nomos, 7-22.
- Patzelt, Werner J. (1993): *Abgeordnete und Repräsentation: Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit*. Passau: Wissenschaftsverlag Rothe.
- Patzelt, Werner J. (2009): *Parlamentssoziologie*. In Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hrsg.): *Politische Soziologie: Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 311-351.
- Petersen, Jürgen (2010): *Repräsentation in Demokratien: Konzepte deutscher und amerikanischer Politiker*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Phillips, Anne (1995): *The Politics of Presence*. Oxford: Oxford University Press.
- Phillips, Anne (1997): Democracy and Difference: Some Problems for Feminist Theory, in Kymlicka, Will (Hrsg.): *The rights of minority cultures*. Oxford: Oxford University Press.
- Phillips, Anne (1998): Democracy and Representation: Or, Why Should it Matter Who our Representatives Are? in Phillips, Anne (Hrsg.): *Feminism and politics*. Oxford: Oxford University Press, 224-240.
- Pitkin, Hanna F. (1967): *The Concept of Representation*. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.
- Pries, Ludger (2010): *Transnationalisierung: Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2014): *Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Radtke, Frank-Olaf (2003): Multiculturalism in Germany: Local Management of Immigrants' Social Inclusion. *International Journal on Multicultural Societies*, 5(1), 55-76.
- Ramakrishnan, Karthick S. (2005): *Democracy in Immigrant America: Changing Demographics and Political Participation*. Stanford: Stanford University Press.
- Ramakrishnan, Karthick S./Bloemraad, Irene (2008): *Civic Hopes and Political Realities: Immigrants, Community Organizations, and Political Engagement*. New York: Russell Sage Foundation.
- Reckwitz, Andreas (1999): Anthony Giddens. In Kaesler, Dirk (Hrsg.): *Klassiker der Soziologie, Band II. Von Talcott Parsons bis Anthony Giddens*. München: Beck.
- Reiser, Marion (2007): *Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik: Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Remlein, Thomas. (2011): Die erste Schülerin im Römer, in FNP vom 19.04.2011.
- Riebsamen, Hans. (2013): Telefonischer Hilferuf der Verwandten in Syrien. Abgerufen am 30.08.2015, unter: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/syrer-und-spd-chef-mike-josef-telefonischer-hilferuf-der-verwandten-in-syrien-12609930.html>.
- Rodatz, Mathias (2012): Produktive Parallelgesellschaften: Migration und Ordnung in der (neoliberalen) Stadt der Vielfalt. *Behemoth : a Journal on Civilisation*, 5(1).
- Rodatz, Mathias (2014): Migration ist in dieser Stadt eine Tatsache. Urban politics of citizenship in der neoliberalen Stadt. *sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung*, 2(3), 24.
- Rogers, R. Reuel (2006): *Afro-Caribbean Immigrants and the Politics of Incorporation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosenthal, Gabriele (1999): Migrationen und Leben in multikulturellen Milieus: Nationale Zugehörigkeit zur Herstellung von familien- und lebensgeschichtlicher Kontinuität, in Apitzsch, Ursula (Hrsg.): *Migration und Traditionsbildung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 22-34.
- Rosenthal, Gabriele (2004): Ethnisierung der Biographie' und Traumatisierung, in Ottersbach, Markus/Yildiz, Erol (Hrsg.): *Migration in der metropolitanen Gesellschaft: zwischen Ethnisierung und globaler Neuorientierung*. Münster: Lit Verlag.
- Rosenthal, Gabriele (2008): *Interpretative Sozialforschung: eine Einführung*. Weinheim und München: Juventa-Verlag.
- Rosenthal, Gabriele/Bogner, A. (2009): *Ethnicity, Belonging and Biography: Ethnographical and Biographical Perspectives*. Berlin: Lit Verlag.
- Rösmann, Tobias (2010): Im Gespräch: Ezhar Cezairli: „Das Wort ‚christlich‘ ist kein Hindernis“. Abgerufen am 22.03.2015, unter: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/im-gespraech-ezhar-cezairli-das-wort-christlich-ist-kein-hindernis-15820.html>.
- Russo, Federico/Wiberg, Matti (2010): Parliamentary Questioning in 17 European Parliaments: Some Steps towards Comparison. *The Journal of Legislative Studies*, 16(2), 215-232.
- Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (2011): Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland und Schweden: Opportunitäten und Politikschwerpunkte, in Edinger, Michael/Patzelt, Werner J. (Hrsg.): *Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 44*, 312-333.

- Saalfeld, Thomas/ Bischof, Daniel (2012): Minority-Ethnic MPs and the Substantive Representation of Minority Interests in the House of Commons, 2005–2011. *Parliamentary Affairs*, 66, 305–328.
- Saward, Michael (2010): *The Representative Claim*. Oxford: Oxford University Press.
- Scheffer, Thomas (2002): Das Beobachten als sozialwissenschaftliche Methode - von den Grenzen der Beobachtbarkeit und ihrer methodischen Bearbeitung, in Schaeffer, Doris/Müller-Mundt, Gabriele (Hrsg.): *Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung*. Bern: Huber, 351-374.
- Schiel, Olaf (2016): Vom Flüchtling zum Hoffnungsträger. Macht OB Feldmann Mike Josef zum Kronprinzen? Abgerufen am 25.07.2016, 2016, unter: <http://www.bild.de/regional/frankfurt/frankfurt-regional-politik-und-wirtschaft/macht-spd-ob-feldmann-mike-josef-zum-kronprinz-44855036.bild.html>.
- Schmitz, Constanze/Wüst, Andreas M. (2011): Was bewegt Politiker mit Migrationshintergrund? Befunde aus deutschen Großstädten. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 42(4), 850-862.
- Schoen, Harald (2007): Ein Wahlkampf ist ein Wahlkampf ist ein Wahlkampf? Anmerkungen zu Konzepten und Problemen der Wahlkampfforschung. In Jakob, Nikolaus (Hrsg.): *Wahlkämpfe in Deutschland: Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912 – 2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 34-45.
- Schöne, Helmar (2010): *Alltag im Parlament: Parlamentskultur in Theorie und Empirie*. Baden Baden: Nomos.
- Schönwälder, Karen (2009a): Einwanderer als Wähler, Gewählte und transnationale Akteure. *Politische Vierteljahresschrift*, 50(4), 832-849.
- Schönwälder, Karen (2009b): Einwanderer in politischen Ämtern: in Deutschland noch eine Seltenheit. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft 2009*.
- Schönwälder, Karen (2009c): Trendsetter Obama? The ascent of immigrant voters and politicians in European states. MMG 09-03 Working Paper. Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften, Göttingen.
- Schönwälder, Karen (2010): Einwanderer in Räten und Parlamenten. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 46-47, 29-35.
- Schönwälder, Karen/Baykara-Krumme, Helen/Schmid, Nadine (2008): *Ethnizität in der Zuwanderungsgesellschaft Deutschland: zur Beobachtung ethnischer Identifizierungen, Loyalitäten und Gruppenbildungen*. Expertise für das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen im Rahmen des Berichts zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands. Göttingen.
- Schönwälder, Karen/Sinanoglu, Cihan/Volkert, Daniel (2011): *Vielfalt sucht Rat Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Schulte, Max (2015): *Mehrfachengagierte und ihre Engagementkarrieren: Typen und Einflussfaktoren*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Searing, Donald (1995): 'Backbench and Leadership Roles in the House of Commons'. *Parliamentary Affairs*, 48, 418-437.
- Siefert, Wolfgang (2012): Wortprotokoll über die 16. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung: 15. Fragestunde.
- Softic, Damir (2015): *Migranten in der Politik: Eine empirische Studie zu Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund*. Wiesbaden: Springer Fachmedien

- Solomos, John/Back, Les (1995): *Race, Politics and Social Change*. London und New York: Routledge.
- SPD-Veranstaltung (2012). Willkommenskultur in Deutschland. Gibt es eine Heimat auch in der Mehrzahl? Abgerufen am 24.06.2016, unter: <http://www.schroeder-koepf.de/content/361694.php>.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1987): *Subaltern Studies: Deconstructing Historiography*. Other Worlds: Essays in Cultural Politics. New York: Routledge, 197–221.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): Can the Subaltern Speak? Speculations on Widow Sacrifice, in Nelson, Cary/ Grossberg, Lawrence (Hrsg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. Urbana: University of Illinois Press, 271-313.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1990): *The Post-colonial Critic: Interviews, Strategies, Dialogues*. New York/London: Routledge.
- Stadtplanungsamt, Stadt Frankfurt. (2006). Integriertes Erneuerungsverfahren nach dem Bund-Länder-Programm. "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt". Abgerufen am 21.05.2015, unter: http://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/soziale_stadt_gallus_5501.html.
- Stegbauer, Christian (2010): Positionen und positionale Systeme, in Stegbauer, Christian/Häußling, Roger (Hrsg.): *Handbuch Netzwerkforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 135-144.
- Thiele, Carmen (Alev) (2012): Wortprotokoll über die 16. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung: 15. Fragestunde.
- Thomas, Veronika (2011). Migrantenorganisationen und die Serbisch-Orthodoxe rufen zum Wählen auf. Abgerufen am 15.05.2015, unter: <http://www.haz.de/Hannover/Kommunalwahl-2011/Migrantenorganisationen-und-die-Serbisch-Orthodoxe-rufen-zum-Waehlen-auf>.
- Thomassen, Jacques (1991): Empirical Research into Political Representation. A Critical Reappraisal. In Klingemann, Hans-Dieter, Stöss, Richard/Weßels, Bernhard (Hrsg), *Politische Klasse und politische Institutionen: Probleme und Perspektiven der Elitenforschung*. Dietrich Herzog zum 60. Geburtstag. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 259-274.
- Tillie, Jean (2004): Social capital of organisations and their members: explaining the political integration of immigrants in Amsterdam. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 30(3), 529-541.
- Trampusch, Christine (2004): Vor Verbänden zu Parteien. Elitenwechsel in der Sozialpolitik. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 35(4), 646-666.
- Türkisches-Volkshaus: Abgerufen am 28.04.2015, unter: http://volkshaus-frankfurt.de/?page_id=16.
- Uhlener, Carole J./Cain, Bruce E./Kiewiet, D. Roderick (1989): Political Participation of Ethnic Minorities in the 1980s. *Political Behavior*, 11(3), 195-231.
- Uppendahl, Herbert (1981): Repräsentation und Responsivität : Bausteine einer Theorie responsiver Demokratie. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 12(1), 123-134.
- Van Evera, Stephen (2001): "Primordialism Lives!". *APSA-CP: Newsletter of the Organized Section in Comparative Politics of the American Political Science Association*, 12(1), 20-22.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry/Nie, Norman H. (1993): Race, Ethnicity and Political Resources: Participation in the United States. *British Journal of Political Science*, 23(4), 453-497.

- Wahlke, John C./Buchanan, William/Eulau, Heinz/Ferguson, Leroy (1962): *The Legislative System. Explorations in Legislative Behavior*: New York, London.
- Wängnerud, Lena (2009): Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation. *Annual Review of Political Science*, 12(1), 51-69.
- Waters, Mary C. (1990): *Ethnic Options: Choosing Identities in America*. Berkeley: University of California Press.
- Weber, Max (1956): *Wirtschaft und Gesellschaft : Grundriss der verstehenden Soziologie ; mit einem Anhang: die rationalen und soziologischen Grundlagen der Musik*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- White, Harrison C. (1992): *Identity and Control: A Structural Theory of Social Action*: Princeton: Princeton University Press.
- White, Stephen/Nevitte, Neil/Blais, André/Gidengil, Elisabeth/Fournier, Patrick (2008): The Political Resocialization of Immigrants. *Political Research Quarterly*, 61(2), 268-281.
- Whiteley, Paul/Seyd, Patrick/Richardson, Jeremy (1994): *True Blues: The Politics of Conservative Party Membership: The Politics of Conservative Party Membership*. Oxford: Oxford University Press.
- Wiechmann, Elke/ Holtkamp, Lars (2009): Politische Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. *Gender: Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 3(3), 128-137.
- Williams, M.S. (2000): *Voice, Trust, and Memory: Marginalized Groups and the Failings of Liberal Representation*. Princeton: Princeton University Press.
- Wimmer, Andreas (2008): Ethnische Grenzziehungen in der Immigrationsgesellschaft. Jenseits des Herder'schen Commonsense. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48(Special Issue), 57-80.
- Wimmer, Andreas (2008): Elementary strategies of ethnic boundary making. *Ethnic and Racial Studies* 31(6): 1025–1055.
- Wimmer, Andreas (2009): How to study ethnicity in immigrant societies. Herder`s heritage and the boundary-making approach. *Sociological Theory*, 27(3), 244-270.
- Wimmer, Andreas (2010): Ethnische Grenzziehungen. Eine prozessorientierte Mehrebenentheorie. In Müller, Marion/Zifonun, Darius (Hrsg): *Ethnowissen. Soziologische Beiträge zu ethnischen Differenzierungen und Migration.*: VS Verlag.
- Wolbrecht, Christina/Campbell, David E. (2007): Leading by Example: Female Members of Parliament as Political Role Models. *American Journal of Political Science*, 51(4), 921-939.
- Wüst, Andreas M.(2011): Politische Repräsentation von Parteien im Vergleich. Die Rolle von Parteien. In Stiftung, Bertelsmann (Hrsg.): *Wer gehört dazu?: Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 117-135:
- Wüst, Andreas M./Heinz, Dominic (2009): Die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland. In Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen*. Baden-Baden: Nomos, 200-217.
- Wüst, Andreas M./Schmitz, Contanze (2010): Zwischen migrationsspezifischer Prägung und politischer Opportunitätsstruktur: Abgeordnete mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten seit 1987, in Weißeno, Georg (Hrsg.): *Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen*. Bonn: Verlag Barbara Budrich, 127-144.
- Zimmermann, Karsten (2008): *Eigenlogik der Städte : eine politikwissenschaftliche Sicht*. In *Die Eigenlogik der Städte : neue Wege für die Stadtforschung* (pp. 207-230). Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Zimmermann, Karsten/Barbehön, Marlon/Münch, Sybille (2014): Eigenlogik der Städte: ein fachdisziplinärer Beitrag zur Diskussion. *Leviathan*, Jg. 42(H. 2), 163-173.

Anlage: Übersicht über die geführten Interviews

Übersicht der interviewten Abgeordneten in Hannover

Name	Partei	Geschlecht	Geburtsjahr	Geburtsort	Migrationshintergrund
Kaya	SPD	m	1969	Deutschland	Türkei
Tuna	SPD	w	1971	Deutschland	Türkei
Güler	Grüne	w	1986	Deutschland	Türkei
Demir	Grüne	m	1981	Deutschland	Türkei

Übersicht der interviewten Abgeordneten mit in Frankfurt

Name	Partei	Geschlecht	Geburtsjahr	Geburtsort	Migrationshintergrund
Mehmet	SPD	m	1956	Türkei	Türkei
Amir	SPD	m	1983	Syrien	Syrien
Jannis	SPD	m	1951	Griechenland	Griechenland
Burcin	SPD	w	1969	Deutschland	Türkei
Herbert	SPD	m	1961	Deutschland	Österreich
Katharina	CDU	w	1974	Russland	Russland
Elif	CDU	w	1962	Türkei	Türkei
Ergül	Grüne	m	1970	Türkei	Türkei
Gülsen	Grüne	w	1971	Türkei	Türkei
Lea	Grüne	w	1961	Frankreich	Frankreich
Alev	Linke	w	1993	Deutschland	Türkei
Lorenzo	Liste	m	1958	Italien	Italien

Übersicht der interviewten ExpertInnen

Name	Ort
Dursun T.	Hannover
Ali G.	Hannover
Ernst K.	Frankfurt
Eugenio T.	Frankfurt